



Europäische Union
Europäischer Sozialfonds



Instruments & Effects

Der Dritte Sektor: Wege zur Stabilisierung und Unterstützung der beschäftigungspolitischen Potentiale von Not-for-Profit-Organisationen

Internationale Fachtagung am 16./17. September 2004 in Göttingen
veranstaltet von Instruments & Effects,
einem Kooperationsprojekt der Stadt Göttingen, BUPNET GmbH und
zoom - Gesellschaft für prospektive Entwicklungen e.V.

Dokumentation

Beschäftigungsförderung Göttingen kAöR (Hrsg.)

erstellt von: Lars Kamp, Sandra Kotlenga, Barbara Nägele



Der Dritte Sektor: Wege zur Stabilisierung und Unterstützung der beschäftigungspolitischen Potentiale von Not-for-Profit-Organisationen

Internationale Fachtagung am 16./17. September 2004 in Göttingen, veranstaltet von Instruments & Effects, einem Kooperationsprojekt der Stadt Göttingen, BUPNET GmbH und zoom - Gesellschaft für prospektive Entwicklungen e.V.

Dokumentation

Beschäftigungsförderung Göttingen kAöR (Hrsg.)

erstellt von: Lars Kamp, Sandra Kotlenga, Barbara Nägele

Göttingen im Januar 2005
Stadt Göttingen (Hg.)
Instruments & Effects
c/o zoom - Gesellschaft für prospektive Entwicklungen e.V.
Theaterstr. 8
D-37073 Göttingen
Telefon +49 (0)551 508450
Telefax +49 (0)551 5084521
Email: info@instrumentsandeffects.de
www.instrumentsandeffects.de



Gesellschaft für prospektive Entwicklungen e.V.

BUPNET

 **Beschäftigungsförderung
Göttingen** kommunale Anstalt öffentlichen Rechts

Inhaltsverzeichnis

Vorab - Zum Aufbau der Dokumentation und einige Bemerkungen in eigener Sache	7
Einleitung Die Tagung vor dem Hintergrund einer Untersuchung zum Dritten Sektor <i>Sandra Kotleng (zoom e.V., Instruments & Effects, Göttingen)</i>	8
Grußwort zur Eröffnung der Tagung <i>Dr. Dagmar Schlapeit-Beck (Sozialdezernentin der Stadt Göttingen)</i>	17
1. Tag	
Panel Session I Beschäftigung im Dritten Sektor: Theoretische und Empirische Zugänge	19
Der Dritte Sektor und seine beschäftigungspolitischen Potentiale im Kontext der europäischen Förderpolitik <i>Brendan Sinnott (Europäische Kommission, Brüssel, Belgien)</i>	21
Facetten von Arbeit und Beschäftigung im Dritten Sektor <i>Thomas Wex (Universität Chemnitz, Deutschland)</i>	30
Die Beschäftigungswirkungen des Dritten Sektors in europäischer Perspektive <i>Dr. sc. Eckhard Priller (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung)</i>	35
Der Dritte Sektor in Deutschland - Ergebnisse einer Unternehmensbefragung <i>Prof. Dr. Ernst Kistler (INIFES, Stadtbergen, Deutschland)</i>	44
Podiumsgespräch I Die Rolle des Dritten Sektors für die zukünftige Gestaltung von Arbeit	53

2. Tag

Panel Session II

Handlungsmöglichkeiten zur Stärkung des Dritten Sektors 73

Sozialgenossenschaften in Italien

Dr. Monica Loss (Issan Istituto Studi Sviluppo Aziende Non Profit, Università degli Studi di Trento, Italien) 75

Lokale kooperative Entwicklungszentren in Schweden: Förderung von neuen Genossenschaften und anderen Not-for-Profit Organisationen

Eva Johansson (Beraterin für Kooperativen, Kooperativt IdéCentrum i Stockholm, KIC, Schweden) 86

Instrumente für eine lokale Förderung des Dritten Sektors

Karen Richter und Bettina Roß (Instruments & Effects, Göttingen, Deutschland) 90

Förderung eines Dritt-Sektor-Bewusstseins: Memorandum für eine zukunftsfähige und gemeinwohlorientierte Weiterentwicklung des Dritten Sektors

Jürgen Klute (Sozialpfarramt Kirchenkreis Herne, Deutschland) 100

Der Vertrag zwischen der Regierung und dem Dritten Sektor in Großbritannien: Auswirkungen aktueller Politik auf den Not-for-Profit Sektor

Prof. Marilyn Taylor (University of the West of England, Bristol; UK) 104

Podiumsgespräch II

**Wege zur Stabilisierung des Dritten Sektors:
Möglichkeiten und Grenzen gegenseitigen Lernens in Europa** 115

Resümee

**Der Dritte Sektor: Wege zur Stabilisierung und Unterstützung der
beschäftigungspolitischen Potentiale von Not-for-Profit-Organisationen**
Dr. Mike Aiken (Open University, Milton Keynes, United Kingdom) 130

Anhang 141

**Memorandum für eine zukunftsfähige, gemeinwohlorientierte Weiterentwicklung
des Dritten Sektors** 141

Tagungsprogramm 149

**Vorab -
Zum Aufbau der Dokumentation und einige Bemerkungen in eigener Sache**

Knapp 5 Monate nach der Tagung „Der Dritte Sektor - Wege zur Stabilisierung und Unterstützung von beschäftigungspolitischen Potentialen von Not-for-Profit-Organisationen“ legen wir hiermit die Dokumentation der Tagung vor. Wir freuen uns, dass wir damit allen Interessierten die Möglichkeit bieten können, die Vorträge und Diskussionen der Tagung nachzuvollziehen.

Überschattet wird die Herausgabe dieser Dokumentation durch den plötzlichen Tod eines der Referenten. Thomas Wex starb Mitte November 2004. Eine kurze Würdigung seiner wissenschaftlichen Arbeit findet sich im Anschluss an seinen Vortragstext. Wir als VeranstalterInnen der Konferenz bzw. HerausgeberInnen der Dokumentation haben ihn leider nur kurz gekannt, dabei aber als überaus freundlichen, zugewandten und kompetenten Menschen kennen gelernt, mit dem die Zusammenarbeit Spaß gemacht hat. Wir erinnern uns gut an sein aufrichtiges und erfolgreiches Bemühen darum, wissenschaftliche Erkenntnisse und Systematisierungen so zu vermitteln, dass auch die anwesenden PraktikerInnen aus dem Dritten Sektor davon profitieren konnten.

Die hiermit vorliegende Dokumentation der Tagung basiert auf den schriftlich ausgearbeiteten Vorträgen der ReferentInnen und der bearbeiteten Transkription der Podiumsdiskussionen. Die Reihenfolge der Beiträge folgt dem Tagungsprogramm (im Anhang). In der Einleitung wird das Projekt *instruments & effects* skizziert, werden unsere Überlegungen bei der Planung der Tagung nachvollzogen und die einzelnen Vorträge und Diskussionen der Tagung zusammengefasst. Am Ende der Dokumentation befasst sich Mike Aiken vor dem Hintergrund seiner Erfahrungen in europäischen Netzwerken und praxisorientierter Forschung mit den Möglichkeiten und Grenzen gegenseitigen Lernens. Er reflektiert in diesem Beitrag die Diskussionen der Tagung - im guten Sinne eines Tagungsresümees.

Ausgehend von den Beiträgen der Tagung und unseren Diskussionen über Arbeiten und Beschäftigung im Dritten Sektor entschlossen wir uns, ein Buch zu diesem Thema herauszugeben. Unter dem Titel „Der Dritte Sektor - Chancen für Beschäftigung“ (Arbeitstitel) wird im Frühjahr 2005 im Talheimer Verlag eine über diese Tagungsdokumentation deutlich hinausführende Zusammenstellung von Beiträgen zu Fragestellungen erscheinen, die im Zusammenhang mit dem Projekt *instruments & effects* und der Tagung entwickelt wurden. Viele der ReferentInnen der Tagung erklärten sich bereit, Artikel für dieses Buch zu schreiben. Zusätzlich werden in dem Band aktuelle Texte von anderen international ausgewiesenen ExpertInnen erscheinen.

Wir danken der Europäischen Kommission für die finanzielle Unterstützung des Projekts und allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern sowie den Referentinnen und Referenten herzlich für Ihre Beiträge und wünschen viel Spaß beim Lesen!

Lars Kamp, Sandra Kotlenga, Barbara Nägele

Göttingen im Januar 2005

Einleitung

Die Tagung vor dem Hintergrund einer Untersuchung zum Dritten Sektor

Sandra Kotlenga (zoom e.V., Instruments & Effects, Göttingen)

Hintergrund und Ausgangspunkt der Tagung

„Not-for-Profit-Organisationen können in erheblichem Maße zu sozialer Integration, lokaler wirtschaftlicher Entwicklung sowie zu Beschäftigung beitragen“ - so beschrieb ein Grundsatzpapier der Europäischen Kommission 1998 die Potentiale des Dritten Sektors. War diese Annahme richtig? Welche beschäftigungspolitischen Potentiale hat der Dritte Sektor tatsächlich und in welcher Weise werden diese Potentiale wirksam? Welche Rolle kann damit dem Dritten Sektor für die zukünftige Gestaltung von Arbeit zukommen? Und welche lokalen und überregionalen Ansatzpunkte gibt es in verschiedenen europäischen Ländern, um den Not-for-Profit Sektor und damit seine beschäftigungspolitische Wirkung zu stärken?

Diesen Fragestellungen wurde auf der hier dokumentierten europäischen Tagung nachgegangen, die im Rahmen des Göttinger Projekts „instruments and effects“ durchgeführt wurde. Dieses Kooperationsprojekt der Stadt Göttingen, des Vereins zoom - Gesellschaft für prospektive Entwicklungen e.V. und des Bildungsträgers BUPNET wurde durch den Europäischen Sozialfonds gemäß Artikel 6 (Innovative Maßnahmen) gefördert und endete nach 27-monatiger Laufzeit am 31. Januar 2005.

Das Projekt *instruments & effects*

Die beschäftigungspolitische Bedeutung des Dritten Sektors und die Möglichkeiten zur Wahrnehmung seiner vielfältigen gesellschaftlichen Funktionen ist von Projektbeginn an der zentrale Ansatzpunkt von „instruments & effects“ gewesen. Vorrangiges Ziel des Projekts war es, Vorschläge für die Förderung des Dritten Sektors und seiner beschäftigungspolitischen Potentiale zu entwickeln. Eine ausführliche Projektbeschreibung und die Ergebnisse des Projekts im Detail sind auf der Homepage www.instrumentsandeffects.de zusammengestellt.

Als ein herausragendes Merkmal des Dritten Sektors gilt, dass die hier geleistete Arbeit sowohl als Lohnarbeit als auch auf der Grundlage unbezahlten freiwilligen Engagements erbracht wird; dazwischen bestehen fließende Übergänge. So werden viele der im Dritten Sektor entstandenen Beschäftigungsverhältnisse und vielfältige Tätigkeitsformen aus themenanwaltschaftlichem Engagement oder Selbsthilfeaktivitäten heraus entwickelt. Als Akteure zwischen Markt, Staat und Zivilgesellschaft - ein weiteres wichtiges Merkmal - können Not-for-Profit-Organisationen zudem auf finanzielle und ideelle Ressourcen aus allen drei Bereichen zurückgreifen, d.h. auf öffentliche Mittel, Eigeneinnahmen, Spenden-, Sponsor- und Stiftungsmittel und nicht zuletzt auf freiwilliges Engagement. Aus diesen Merkmalen ergeben sich möglicherweise besondere Potentiale des Dritten Sektors, neue bedarfsgerechte Angebote und damit verbunden auch Erwerbsarbeitsplätze zu schaffen, neue Tätigkeitsmuster zu entwickeln und insbesondere für am Arbeitsmarkt benachteiligte Menschen Integrationschancen zu eröffnen.

Ausgehend von diesen Grundannahmen führte das Projektteam 2003 am Beispiel Göttingen zunächst eine Studie zu den Angeboten, der finanziellen Ausstattung und der Beschäftigungssituation bei Not-for-Profit-Organisationen in den Bereichen Soziales, Kultur, Umwelt und Sport durch. In der Untersuchung richtete sich der Blick insbesondere auf jene Teile des Dritten Sektors, die in den letzten Jahrzehnten im Kontext neuer sozialer Bewegungen entstanden sind. Aus Selbsthilfeaktivitäten, soziokulturellem und politischem Engagement heraus haben sich hier vielfach Beschäftigungsverhältnisse entwickelt, die auch weiterhin eng mit zivilgesellschaftlichem Engagement verbunden

sind. Neben der grundsätzlichen Relevanz des Dritten Sektors für die Gestaltung des Gemeinwesens und für die Schaffung von Beschäftigungsmöglichkeiten war die absehbare Krise der öffentlich geförderten Beschäftigung Ausgangspunkt der Untersuchung. Absehbar waren zu Beginn des Projekts der Umbau von Beschäftigungspolitik und der damit zusammenhängenden Förderinstrumente (wie z.B. die sog. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen für Arbeitslose), generell sinkende öffentliche Förderungen bei gleichzeitig wachsenden Bedarfen v.a. nach sozialen Dienstleistungen und Angeboten.

Zentrale Ergebnisse der Göttinger Untersuchung

In der Göttinger Untersuchung des Dritten Sektors wurden Beschäftigungseffekte und nicht verwirklichte Beschäftigungspotentiale deutlich.

Dort, wo Beschäftigungsverhältnisse geschaffen und verstetigt werden konnten, war insbesondere im Kultur- und Sozialbereich zumeist eine kontinuierliche öffentliche Sockelfinanzierung von Personal die Grundlage für die Einwerbung und Erwirtschaftung anderer Mittel. Dabei erwiesen sich die Möglichkeiten, durch Verkauf von Produkten und Dienstleistungen relevante Einnahmen zu erzielen in den Bereichen Soziales, Kultur, Sport und Umwelt jeweils als sehr unterschiedlich; sie waren insbesondere im Sozialbereich begrenzt auf größere Einrichtungen ab einem Jahresbudget von 100.000 Euro. Private Fremdmittel (Spenden, Sponsoring und Stiftungen) hatten nur eine geringe Bedeutung bei der Finanzierung der Einrichtungen und wurden in der Tendenz als rückläufig beschrieben. Die Akquise solcher Mittel gelang eher in den Bereichen Kultur und Sport als im Sozialbereich.

Bei kleinen Organisationen hatten in der Vergangenheit häufig die Instrumente der Beschäftigungsförderung der Kommune und des Arbeitsamtes die Funktion einer Anschubfinanzierung, aber auch einer - dauerhaft prekären - „Sockelfinanzierung“. Kleinere Einrichtungen nutzten diese Förderinstrumente dazu, hauptamtliches Personal zu finanzieren. Größere Träger führten auf dieser Grundlage Beschäftigungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für bestimmte Zielgruppen durch und nutzten die eingesetzten Mittel zur Kofinanzierung von Projekten aus Förderprogrammen der EU, wodurch ebenfalls neue Beschäftigungsverhältnisse geschaffen wurden.

Konkrete positive Beschäftigungswirkungen hingen in unserer Untersuchung also von sozialpolitischen Rahmenbedingungen und von öffentlicher Förderung als Basis für die Akquise anderer Mittel ab. Während der Projektdurchführung haben sich die Rahmenbedingungen des Dritten Sektors in Deutschland auf die eingangs beschriebene Weise leider dramatischer als befürchtet verschlechtert. Damit ging auch ein Abbau von bezahlter Beschäftigung bei vielen Einrichtungen einher.

Auf Grundlage der in der Untersuchung erhobenen Informationen und ausgehend von der aktuell prekären Lage vieler Organisationen wurden Empfehlungen zur Stabilisierung und Weiterentwicklung des Dritten Sektors formuliert, die auf die kommunale Förderung, die Vernetzung der Träger untereinander, die Gestaltung von Beschäftigungspolitik sowie die rechtlichen Rahmenbedingungen abzielen. Einige der Vorschläge wurden im Rahmen der Tagung vorgestellt.

Ergebnisse des Projekts können bei zoom e.V., Theaterstr.8, 37073 Göttingen, (0049/551/5084510) bestellt werden oder von der Homepage www.instrumentsandeffects.de abgerufen werden.

Zielsetzung und thematische Schwerpunktsetzung für die Tagung vor dem Hintergrund der Projektergebnisse

Aus den zentralen Ergebnissen der bisherigen Projektarbeit, insbesondere der durchgeführten Untersuchung ergaben sich wichtige Zielvorgaben für die Planung der internationalen Tagung zum Ende des Projekts. Folgende Aspekte sollten besondere Berücksichtigung finden:

- Zusammenführen getrennter Debatten

In der Auseinandersetzung des Projekts mit aktuellen Debatten über die Rolle des Dritten Sektors bei der Gestaltung der „Zukunft der Arbeit“ wurde exemplarisch deutlich, dass der Dritte Sektor von verschiedenen AkteurlInnen als gesellschaftlich nützlich und förderungswürdig erachtet wird, dies aber aus jeweils sehr unterschiedlichen Perspektiven heraus. Während die einen v.a. auf das Beschäftigungswachstum im Bereich der Schaffung neuer Erwerbsarbeitsplätze durch innovative Potentiale in der lokalen Ökonomie abheben, betonen andere v.a. die Chancen für die Entstehung neuer Tätigkeits- und Partizipationsmuster durch zivilgesellschaftliches Engagement; wieder andere heben hervor, dass der Dritte Sektor insbesondere arbeitsmarktliche Integrationschancen für Menschen bietet, die am sogenannten 1. Arbeitsmarkt benachteiligt sind. Zumeist werden diese Debatten von unterschiedlichen AkteurlInnen und thematisch getrennt voneinander geführt, die Konzepte zur Förderung des Dritten Sektors, die daraus abgeleitet werden, stehen daher oft unverbunden nebeneinander oder widersprechen sich teilweise auch.

Diese jeweils für sich verkürzten Blickwinkel sind u.E. deshalb problematisch, weil die Stärken des Dritten Sektors gerade in seiner Mehrdimensionalität liegen und v.a. durch eine Integration von Infrastrukturförderung, Beschäftigungsförderung und Anerkennungskultur für zivilgesellschaftliches Engagement weiterentwickelt werden könnten. So wurde im Rahmen der Untersuchung beispielsweise deutlich, dass viele Erwerbsarbeitsplätze in Verbindung mit zivilgesellschaftlichem Engagement entwickelt wurden, und dass umgekehrt dieses Engagement gerade in kleineren stark ehrenamtlich getragenen Vereinen einer hauptamtlichen Koordinationsfunktion bedarf. Diese wurde bislang häufig z.B. durch eine/n über eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme finanzierte/n hauptamtliche MitarbeiterIn wahrgenommen.

Vor diesem Hintergrund sollte die Tagung einen Beitrag dazu leisten, die verschiedenen Ansätze zur Förderung des Dritten Sektors in einem europäischen Kontext aufzugreifen und die Potentiale und Grenzen der verschiedenen Perspektiven deutlich zu machen.

- Die Rolle des Dritten Sektors im Kontext staatlicher Beschäftigungspolitiken

Dieser Aspekt erwies sich v.a. vor dem Hintergrund als bedeutsam, dass die befragten Organisationen im hohen Maße von Mitteln der Beschäftigungsförderung abhängig waren. Zum einen waren viele der befragten Organisationen Träger von qualifizierenden Gruppenmaßnahmen zum anderen wurden diese Mittel auch von kleinen Einrichtungen genutzt, um mangels Alternativen überhaupt Personal finanzieren zu können. So waren in der Göttinger Untersuchung im Jahr 2003 28 % aller sozialversicherungspflichtigen Stellen über Mittel der Beschäftigungsförderung der Kommune oder der Bundesanstalt für Arbeit finanziert. Durch den Umbau der Beschäftigungsförderung fiel ein Großteil dieser Stellen weg. Dadurch entstanden negative Dominoeffekte, weil aufgrund der Interdependenz der Finanzierungsinstrumente hiervon wiederum andere Stellen mit abhingen. Für die Tagung ergab sich angesichts dieser existentiellen Abhängigkeit von beschäftigungspolitischen Programmen in Verbindung mit den in Gesamteuropa zunehmenden Workfarestrategien die Frage, welche gesellschaftliche Funktion der Dritte Sektor bei der Durchsetzung solcher Konzepte - gezwungenermaßen - übernimmt. Werden Not-for-Profit-Organisationen dabei zu reinen Ausführ-

renden restriktiver Sozialpolitik oder können sie sich als sozialanwaltschaftliche Gestalter von Beschäftigungspolitik und damit als zivilgesellschaftliche Kraft einbringen?

- Staatsabhängigkeit des deutschen Dritten Sektors und mögliche Alternativen

In der Untersuchung von instruments & effects war zumeist eine kontinuierliche Grundfinanzierung aus öffentlichen Mitteln als Basis einer hauptamtlichen Struktur die Voraussetzung, um weitere Quellen erschließen zu können und sich mit einem Finanzmix aus öffentlichen Mitteln, Einnahmen am Markt sowie Spenden- und Sponsormitteln langfristig zu etablieren. Öffentliche Mittel stellten also die zentrale Grundlage dar sowohl zur Aufrechterhaltung der Aktivitäten als auch zur Akquise anderer Finanzmittel.

Angesichts dieser „Staatsabhängigkeit“ stellte sich die Frage, ob und unter welchen Rahmenbedingungen es gelingen kann, auch andere Finanzquellen stärker bei der Finanzierung zu nutzen. Im Rahmen der Tagung sollten daher europäische Beispiele vorgestellt werden, bei denen auch andere als öffentliche Einnahmequellen, z.B. Verkaufserlöse, stärker bei der Finanzierung des Dritten Sektors zum Tragen kommen. Es sollte dabei deutlich werden, welche Rahmenbedingungen nötig sind z.B. für die Förderung gemeinwirtschaftlicher Ansätze, die Elemente von Selbsthilfe und Solidarität mit erwerbswirtschaftlichen Aktivitäten verbinden. Auch sollte die Tagung aufzeigen, wie Finanzierungsstruktur und Beschäftigung in den verschiedenen „Dritten Sektoren“ mit der gesellschaftlichen Verortung des Dritten Sektors zwischen Markt, Staat und Zivilgesellschaft zusammenhängen.

- Vernetzung und Selbstverständnis des Dritten Sektors

Ein weiteres wichtiges Ergebnis der Untersuchung war schließlich, dass Konkurrenz um knappe Mittel bei allenfalls punktueller und bereichsspezifischer Zusammenarbeit ein gemeinsames Auftreten von AkteurlInnen des Dritten Sektors erschwert.

So können in öffentlichen Haushaltsdebatten z.B. die Bereiche Soziales und Kultur gegeneinander „ausgespielt“ werden. Um sich als relevanter eigenständiger Bereich von Wirtschaft und Beschäftigung und als zivilgesellschaftliche Kraft in sozialpolitischen Auseinandersetzungen um die zukünftige Gestaltung des Gemeinwesens behaupten zu können, wäre zweierlei erforderlich: Ein öffentliches Bewusstsein über die Gemeinsamkeiten und Besonderheiten von Not-for-Profit-Organisationen und darauf aufbauend stärkere Vernetzungs- und Kooperationsstrukturen der AkteurlInnen. Für die Tagung ergab sich aus diesem Befund das Anliegen, konkrete Ansätze vorzustellen, die einen Verständigungsprozess über Funktion und Rolle des Dritten Sektor u.a. in Auseinandersetzung mit dem Staat ermöglichen, sowie Ansatzpunkte zur Unterstützung von Netzwerken aufzuzeigen.

Tagungsaufbau und Fragestellungen

Diese Grundüberlegungen wurden in vier Tagungsblöcken an zwei Tagen mit je einem Vortragspanel und einer Podiumsdiskussion umgesetzt. Der inhaltliche Aufbau war dabei so angelegt, dass auf den Podiumsdiskussionen die in den Vorträgen vorgestellten Informationen und Erkenntnisse über den Dritten Sektor aufgegriffen und unter einer bestimmten Perspektive zugespitzt diskutiert werden sollten.

Das **1. Vortragspanel** diente der Bestandsaufnahme. Mit den Vorträgen wurde ein Überblick zum Thema Arbeit und Beschäftigung im Dritten Sektor vor dem Hintergrund bisheriger Untersuchungen gegeben. Gemeinsame Ausgangsfrage war, inwiefern der Dritte Sektor hier eigentlich Besonderheiten aufweist und möglicherweise als relevanter Akteur von Beschäftigungspolitik gewertet werden

kann. Dabei wurden sowohl qualitative Aspekte der im Dritten Sektor geleisteten Arbeit vorgestellt, als auch quantitative Ergebnisse zu bisherigen Beschäftigungseffekten in den verschiedenen europäischen Ländern.

In dem anschließenden **1. Podiumsgespräch** wurde diskutiert, welche Rolle der Dritte Sektor bei der Gestaltung der Zukunft der Arbeit einnehmen könnte und sollte. Ausgangsfrage sollte sein, welche der in den Vorträgen sichtbar gewordenen Potentiale des Dritten Sektors dafür genutzt werden könnten. Dabei sollte auch berücksichtigt werden, welche Auswirkungen die aktuellen sozial- und beschäftigungspolitischen Umbrüche in Europa auf die Arbeit im Dritten Sektor, seine gesellschaftliche Rolle und schließlich seine besonderen Potentiale haben.

In dem am nächsten Tag folgenden **2. Vortragspanel** wurden erfolgversprechende Ansatzpunkte aus verschiedenen Ländern Europas vorgestellt, mit denen der Dritte Sektor und seine beschäftigungspolitischen Potentiale gestärkt werden könnten. Die Frage war dabei, welche Erfahrungen damit vorliegen und welche gesellschaftliche Rolle der Dritte Sektor dabei als Akteur zwischen Markt, Staat und Zivilgesellschaft spielt. Wo setzen dementsprechend die konkreten Handlungsmöglichkeiten an - auf der Ebene gesetzlicher Grundlagen für Organisation und Finanzierung, bei der direkten staatlichen Förderung, bei der Schaffung von Unterstützungsstrukturen oder auch bei der politischen Stärkung des Dritten Sektors?

Mit dem tagungsabschließenden **2. Podiumsgespräch** sollten die Grenzen und Möglichkeiten gegenseitigen Lernens in Europa im Hinblick auf die Stärkung des Dritten Sektors diskutiert werden, dies vor allem vor dem Hintergrund der am Vormittag vorgestellten Ansätze und ihrer unterschiedlichen nationalen Rahmenbedingungen. Es sollte deutlich werden, inwiefern aktuelle Herausforderungen in den Ländern vergleichbar und Handlungsmöglichkeiten und Lösungen übertragbar sind.

Ablauf der Tagung und Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse

1. Tag

Panel Session I - Beschäftigung im Dritten Sektor: Theoretische und empirische Zugänge

Als erster Redner befasste sich **Brendan Sinnott**, von der Direktion für Beschäftigung und Soziales der EU-Kommission und dort zuständig für das ESF-Referat „innovative Maßnahmen gemäß Art. 6“ mit dem Thema „Der Dritte Sektor und seine beschäftigungspolitischen Potentiale im Kontext der europäischen Förderpolitik“. Er hob hervor, dass dem Dritten Sektor v.a. hinsichtlich einer stärker lokal verankerten EU-Beschäftigungspolitik eine wichtige Bedeutung zukommt.

In seinem Vortrag „Facetten von Arbeit und Beschäftigung im Dritten Sektor“ befasste sich **Thomas Wex** von der Universität Chemnitz mit den verschiedenen Formen von Arbeit im Dritten Sektor. Er verwies v.a. auf die sozialen und arbeitsmarktlichen Integrationspotentiale des Dritten Sektors, die sowohl im Bereich der Erwerbsarbeit als auch der Freiwilligenarbeit liegen und zudem durch die Schaffung flexibler Übergangsmärkte verwirklicht werden. Im Zusammenhang mit der zunehmenden „Flexibilisierung und Entgrenzung von Arbeit“ diskutierte er die Möglichkeiten und Grenzen des Dritten Sektors, sich als eigenständige gesellschaftliche Kraft gegenüber seiner zunehmenden Ökonomisierung zu behaupten.

Eckhard Priller vom Wissenschaftszentrum Berlin ging in seinem Vortrag auf „die Beschäftigungswirkung des Dritten Sektors in europäischer Perspektive“ ein. Er stellte dazu zentrale Ergebnisse des Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Projekts vor, einer fortlaufenden internationalen Vergleichsstudie zum Dritten Sektor, die diesen erstmals zahlenmäßig erfasst und damit als gesellschaftlich relevanten Faktor sichtbar gemacht hat. Auf dieser Grundlage gab Eckhard Priller einen

Überblick über Beschäftigungswirkungen des Dritten Sektors in europäisch vergleichender Perspektive. Dabei wurde deutlich, dass die Beschäftigungseffekte wesentlich davon abhängen, welche Rolle des Dritten Sektors in den verschiedenen europäischen Ländern und ihren wohlfahrtsstaatlichen Arrangements spielt.

Zum Abschluss des ersten Panels referierte **Ernst Kistler** vom ifes-Institut in seinem Vortrag „Der Dritte Sektor in Deutschland: Ergebnisse einer Unternehmensbefragung“ über Beschäftigung und Arbeitsbedingungen im deutschen Dritten Sektor. Er bezog sich dabei auf Ergebnisse einer Unternehmensbefragung aus dem Jahr 2000/2001 auf der Grundlage des IAB-Betriebspanels. Demnach konnte für den Vergleichszeitraum für den dritten Sektor zum einen eine etwas stärkere Zunahme von Beschäftigtenzahlen (um 4 %) als in der Gesamtwirtschaft (um 1 %) als auch eine überdurchschnittliche Beschäftigung von am Arbeitsmarkt benachteiligten Menschen nachgewiesen werden.

Podiumsgespräch I - Die Rolle des Dritten Sektors für die zukünftige Gestaltung von Arbeit

Die in den vorhergehenden Vorträgen vorgestellten Befunde aus den unterschiedlichen Untersuchungen und Betrachtungen zum Dritten Sektor wurden in einer anschließenden Podiumsdiskussion unter der zugespitzten Fragestellung nach der Rolle des Dritten Sektors für die zukünftige Gestaltung von Arbeit eingehender diskutiert.

Hier wurden verschiedene Perspektiven und Aspekte zusammen geführt. **Volker Eick**, Mitarbeiter an der FU Berlin (John F. Kennedy-Institut für Nordamerikastudien), verwies auf die wachsende Rolle von Organisationen des Dritten Sektors bei der Umsetzung beschäftigungspolitischer Workfarestrategien und den damit einhergehenden drohenden Verlust ihrer zivilgesellschaftlichen Verankerung als Sozialanwälte. Dadurch verlören die oftmals selber aus Selbsthilfe- und Basisaktivitäten entstandenen Organisationen nicht nur ihre Nähe zu den Betroffenen, sondern bereiteten als Mittlerorganisationen der Umsetzung „punitiver Sozialpolitik“ den Weg. **Eva Hambach** vom Europäischen Freiwilligen Centrum (CEV) fokussierte ebenfalls auf die Rolle des Dritten Sektors als zivilgesellschaftlichem Akteur und die Bedeutung von freiwilligem Engagement dabei. Am Beispiel Niederlande machte sie deutlich, dass Sinn und Zweck des freiwilligen Engagements gefährdet sind, wenn der Staat dieses als Mittel zur Umsetzung sozialpolitischer Programme oder zum Ausgleich sozialpolitischer Versäumnisse heranzieht. Die Möglichkeiten von Übergängen zwischen zivilgesellschaftlichem Engagement und Erwerbsarbeit und die Besonderheiten des Zusammenwirkens verschiedener Tätigkeitsformen waren die Aspekte, die **Gerd Mutz** vom Münchner Institut für Sozialforschung (MISS) im Hinblick auf die mögliche Rolle des Dritten Sektors für die Gestaltung von Arbeit einbrachte. Ein eigener positiver Begriff des Dritten Sektors sollte nicht nur auf Beschäftigungswirksamkeit, sondern v.a. auf die Qualitäten der an Partizipation und Integration orientierten Leistungen gründen. **Birgit Trukeschitz** von der Wirtschaftsuniversität Wien befasste sich mit den oftmals flexiblen Arbeitsverhältnissen innerhalb des sozialen Dienstleistungssektors, auch unter Berücksichtigung geschlechterhierarchischer Arbeitsteilung; sie betonte, dass die zunehmende Prekarisierung von Arbeit den gesamten Erwerbsarbeitsbereich umfasst. Sie hob sowohl die Notwendigkeit einer ausreichenden finanziellen Ausstattung von Dritt-Sektor-Organisationen als auch die einer erwerbsunabhängigen sozialen Absicherung von prekär Beschäftigten hervor, um Qualitätsstandards von Arbeit und Arbeitsbedingungen gewährleisten zu können. Zudem brachte sie ihre Erfahrungen mit Workfarepolitik in Österreich ein.

Als wichtiges Ergebnis dieser Podiumsdiskussion lässt sich festhalten, dass sich der Dritte Sektor bzw. dessen besondere Potentiale zur Entwicklung innovativer Formen von Arbeit und Beschäftigung derzeit in einer gefährdeten Position befinden. Angesichts zunehmender Workfarestrategien und auch angesichts zunehmend flexibilisierter Arbeit nimmt der Dritte Sektor in Europa aktuell eine

ambivalente gesellschaftliche Rolle ein. Einerseits haben deren Organisationen als eigenständige zivilgesellschaftliche Akteure besondere Potentiale neuer Tätigkeitsformen zu entwickeln und darüber auch Integration zu ermöglichen. Andererseits werden sie als Träger verordneter gemeinnütziger Arbeit oder aber von Ersatzarbeitsfeldern im Rahmen von Freiwilligennetzwerken von staatlicher Seite zur Lösung arbeitsmarktlicher Probleme herangezogen. Damit aber laufen die Organisationen des Dritten Sektors Gefahr, die eigenen Stärken und Potentiale nicht mehr ausschöpfen zu können, weil die Nähe zu gesellschaftlichen Bedarfen vom Ansatz her unterhöhlt wird. Insgesamt wurde deutlich, dass die mögliche Bedeutung des Dritten Sektors bei der zukünftigen Gestaltung von Arbeit von seiner generellen gesellschaftlichen Rolle im Kräftefeld zwischen Markt, Staat und Zivilgesellschaft abhängt und dass die Förderung vorhandener Potentiale einer eigenständigen Entwicklung des Dritten Sektors bedarf.

2.Tag

Panel Session II - Handlungsmöglichkeiten zur Stärkung des Dritten Sektors

In einem dritten Block der Konferenz am Freitagmorgen ging es um verschiedene Handlungsoptionen zur Stärkung des Dritten Sektors.

Monica Loss von der Universität Trento (Italien) stellte das Modell der italienischen Sozialgenossenschaften vor. Die dortigen „Sozialgenossenschaften“ verfolgen nicht nur das Ziel der wirtschaftlichen Förderung der Mitglieder auf Gegenseitigkeit, sondern auch ein „Solidarziel“. Seit 1991 in Italien in einem entsprechenden Gesetz eine eigene Rechtsgrundlage für Sozialgenossenschaften geschaffen wurde, kam es zu einer starken Gründungswelle im Dritten Sektor. Sozialgenossenschaften spielen durch ihre lokale Einbettung und ihre „Multi-Stakeholderstruktur“ eine zunehmend wichtige Rolle bei der Erbringung sozialer Dienstleistungen und der Schaffung von Erwerbsarbeitsplätzen, allerdings auch als Politikgestalter.

Eva Johansson vom Kooperativen-Beratungszentrum Hägersten (Schweden), informierte über „lokale kooperative Entwicklungszentren“ in Schweden, die seit den achtziger Jahren flächendeckend im ganzen Land aufgebaut wurden und zu einem großen Anteil über zentralstaatliche Mittel verbunden mit lokalen Kofinanzierungen finanziert werden. Deren Aufgabe ist es, Genossenschaften und andere Not-for-Profit-Organisationen in ihrer Gründung aber auch in ihrer weiteren Entwicklung zu beraten und zu unterstützen. Durch die Beratungs- und Vernetzungsarbeit setzen sie einerseits politische Programme im Bereich Arbeitsförderung und soziale Integration um, zum anderen fungieren sie aber auch als Netzwerke und Interessenvertretung für die unter ihrem Dach zusammengeschlossenen Organisationen und Verbände.

Bettina Roß und Karen Richter, Mitarbeiterinnen im Projekt instruments & effects, stellten die darin entwickelten Elemente einer Förderung des Dritten Sektors auf lokaler Ebene vor. Diese zielen v.a. auf eine planbare, an lokalen Bedürfnissen orientierte öffentliche Basisfinanzierung als notwendiger Grundlage für die Einwerbung und Erwirtschaftung anderer Mittel ab. Zum anderen wurden Vorschläge für eine Integration von lokal verankerter Beschäftigungspolitik und der Stabilisierung sozialer und kultureller Infrastruktur gemacht.

Jürgen Klute, Sozialpfarrer im Kirchenkreis Herne, referierte über das „Memorandum für eine zukunftsfähige und gemeinwohlorientierte Weiterentwicklung des Dritten Sektors“. Dieses könnte als Grundlage für einen Selbstverständigungsprozess der unterschiedlichen Organisationen des Dritten Sektors mit dem Ziel, die Besonderheiten und Gemeinsamkeiten und auch der „Eigenlogik“ des Dritten Sektors zu verdeutlichen. Ein solches „Dritt-Sektor-Bewusstsein“ sei notwendig, um die gesellschaftspolitische Bedeutung des Dritten Sektors zu stärken und gemeinsam vertreten zu können.

Marilyn Taylor von der Universität Bristol (Großbritannien) berichtete über den britischen Compact. In Großbritannien wurden 1998 mit Antritt der Labour-Regierung in einem Vertrag zwischen Staat und dem Dritten Sektor die Kooperationsbeziehungen festgelegt. Es wurde deutlich, dass die konkrete Ausgestaltung und die Effekte des Compact im wesentlichen von der Umsetzung durch lokale Akteure abhängt. Prinzipiell gibt der Compact vielen Einrichtungen des Dritten Sektors mehr Planungssicherheit, gleichzeitig besteht aber die Gefahr einer Vereinheitlichung.

Insgesamt stellte sich heraus, dass die Frage der Unterstützung des Dritten Sektors wesentlich von der Gestaltung der Rahmenbedingungen abhängt, in denen Organisationen des Dritten Sektors agieren. So hingen die erfolgreichen Beispiele für eine stärker gemeinwirtschaftliche Entwicklung, die sektorspezifische Eigenlogik und ökonomisches Handeln miteinander verbinden könnte (Beispiel Schweden und Italien) von rechtlichen Grundlagen und konkreten Unterstützungsstrukturen von Seiten des Staates ab. Eine Voraussetzung, um angemessene Rahmenbedingungen einzufordern und zu nutzen, besteht wiederum in der Schärfung des Profils des Dritten Sektors als Akteur gegenüber und im Austausch mit Markt und Staat.

Podiumsdiskussion II -

Wege zur Stabilisierung des Dritten Sektors, Möglichkeiten und Grenzen gegenseitigen Lernens

In einem abschließenden Podiumsgespräch wurden die Möglichkeiten gegenseitigen Lernens in Europa im Hinblick auf die Förderung der Potentiale des Dritten Sektors diskutiert. Es diskutierten: **Eckhard Priller** vom Wissenschaftszentrum Berlin, der seine Forschungserfahrungen mit dem Dritten Sektor in verschiedenen Ländern eingebracht hat, **Dagmar Schlapeit-Beck**, Stadträtin für Soziales, Jugend und Kultur der Stadt Göttingen als Vertreterin der kommunalpolitischen Perspektive, **Marianna Török** vom Non-Profit Informations- und Trainingszentrums in Budapest, die Informationen und Einschätzungen über die Entwicklung des Dritten Sektor in einem Beitrittsland und die Bedeutung steuerrechtlicher Förderung beitrug und **Mike Aiken** von der Open University in Großbritannien, der in einem europäischen Forschungsnetzwerk zu sozialen Beschäftigungsunternehmen mitarbeitet und von daher über einschlägige Erfahrungen mit dem Thema „gegenseitiges Lernen“ verfügt.

In der Diskussion zeichnete sich ab, dass es verschiedene Ebenen gibt, auf denen gegenseitiges Lernen im und über den Dritten Sektor sinnvoll sein kann, sowohl zwischen verschiedenen Ländern als auch zwischen Theorie und Praxis. Zwischen Ländern ist dabei die Übertragbarkeit einerseits begrenzt, weil die Struktur des Dritten Sektors und seinen gesellschaftliche Stellung sehr verschieden sind. Andererseits können auf einer gesamteuropäischen und nationalstaatlichen Ebene bei der Gestaltung und Veränderung von Rahmenbedingungen für den Dritten Sektor bereits vorhandene Erfahrungen in anderen Ländern genutzt werden. Als Beispiel für länderübergreifendes Lernen auf nationalstaatlicher Ebene wurde die Übernahme des modifizierten Modells der ungarischen „Prozentgesetze“ zur Finanzierung des Dritten Sektors durch die Slowakei vorgestellt. Auf der Ebene der Organisationen des Dritten Sektors selber könne der länderübergreifende Austausch einen Beitrag zur Stärkung des Selbstbewusstseins des Sektors leisten, da durch die Unterschiede die eigenen Besonderheiten und Stärken wahrnehmbarer werden. Insgesamt würden die Möglichkeiten gegenseitigen Lernens allerdings nicht ausreichend wahrgenommen.

Im Zusammenhang mit gesamteuropäischen Rahmenbedingungen und ihren Einfluss auf nationale Gesetzgebungen wurde der Themenbereich Wettbewerbsrecht und Marktorientierung im Dritten Sektor angesprochen. Eine stärkere Marktorientierung im Sinne von erwerbswirtschaftlichen Aktivitäten sei insbesondere für Einrichtungen im Bereich der sozialen Dienste begrenzt. Markt und Wettbewerb beschränkten sich allerdings nicht auf marktliche Aktivitäten im engeren Sinne, son-

dern auch öffentliche Gelder sind ein „Markt“, von dem v.a. die größeren, etablierten und gut vernetzten Organisationen profitieren.

Generell seien der Dritte Sektor und seine spezifischen Leistungen nicht mit kurzfristigen betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien zu messen, da die Besonderheit gerade in der Multifunktionalität und der Integration sozialer und ökonomischer Ziele liege.

Fazit

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass sich der angestrebte Ansatz, verschiedene Diskussionsstränge um den Dritten Sektor zusammen zu führen, als sinnvoll erwiesen hat. Es wurde bestätigt, dass durch die einseitige Betonung sowohl der beschäftigungspolitischen als auch der engagementspezifischen Aspekte die Wahrnehmung des Sektors und die Maßnahmen seiner Stärkung zu sehr verengt werden und damit die in der Mehrdimensionalität liegenden Potentiale ungeachtet bleiben. Diese ergeben sich aus der Zwischenstellung des Dritten Sektors und sind durch die Vereinnahmung sowohl zur Umsetzung restriktiver Beschäftigungs- und Sozialpolitiken als auch als ehrenamtlicher Ausfallbürge für den Staat tendenziell gefährdet. Um sie nutzen zu können, müsste der Dritte Sektor sich daher als eigenständige zivilgesellschaftliche Kraft behaupten. Zur Positionierung in Auseinandersetzungen um die Zukunft des Gemeinwesens sollte der Dritte Sektor daher seine Spezifik und den daraus entstehenden „sozialen Mehrwert“ herausstellen.

Grüßwort zur Eröffnung der Tagung

Dr. Dagmar Schlappeit-Beck (Sozialdezernentin der Stadt Göttingen)

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich heiße Sie hier im Sartorius College in Göttingen herzlich willkommen und begrüße Sie - auch im Namen der Projektpartner zoom - Gesellschaft für prospektive Entwicklungen e.V. und BUPNET - mit großer Freude als Teilnehmer der Fachtagung „Der Dritte Sektor: Wege zur Stabilisierung und Unterstützung der beschäftigungspolitischen Potentiale von Not-for-Profit-Organisationen“.

Zusammen mit den beiden genannten Projektpartnern führt die Stadt Göttingen seit knapp zwei Jahren ein Projekt mit dem Titel „instruments and effects“ durch, in dem eben dieser Frage, wie die beschäftigungspolitischen Potentiale kleinerer und mittlerer Träger des Dritten Sektors gestärkt werden können, nachgegangen wird.

Für eine Stadt wie Göttingen - wie mit Sicherheit auch für die meisten Städte, aus denen Sie heute hier nach Göttingen gekommen sind - ist die Existenz und die Arbeit dieser Einrichtungen sehr wichtig. Die Organisationen des Dritten Sektors, die Verbände, die Vereine, die Initiativen aus den Bereichen Sport, Kultur und Soziales leisten einen wesentlichen Beitrag zur sozio-kulturellen Infrastruktur der Stadt Göttingen. Sie sorgen dafür, dass eine Stadt wie Göttingen ein lebenswertes Umfeld bietet, das durch ein vielfältiges Kultur- und Freizeitprogramm genauso gekennzeichnet ist, wie durch professionelle Hilfs- und Betreuungsangebote sowie eine aktive Interessensvertretung der BürgerInnen dieser Stadt.

Und darüber hinaus schaffen sie Arbeit - ein Aspekt der in der Diskussion über Zuschüsse und Fördermöglichkeiten oft vergessen wird. Diese Organisationen schaffen Erwerbsarbeit, wobei fließende Übergänge zwischen ehrenamtlicher und hauptamtlicher Arbeit ein häufig zu beobachtendes Charakteristikum sind.

Gerade die Schaffung von Arbeitsplätzen ist in manchen Bereichen des Dritten Sektors in den letzten Jahren allerdings stark eingeschränkt worden. Hierfür sind in Deutschland u.a. die Veränderungen in der Förderung individueller Beschäftigungsaufnahme über Mittel der Bundesagentur für Arbeit und der Kommune verantwortlich. Diese Fördermittel, die den Individuen bei dem Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zugute kamen, hatten sich in den letzten 15 Jahren immer mehr auch zu einer mittelbaren Infrastrukturförderung der Einrichtungen des Dritten Sektors entwickelt. Die Umstellungen bei den besagten Förderinstrumenten haben deshalb nicht nur zu einer veränderten individuellen Förderung beigetragen, sondern auch zu einem starken Rückgang der Infrastrukturförderung geführt. Dies führt nach einer Studie des Projektes „instruments and effects“ zu einem negativen Dominoeffekt. Das bedeutet, dass durch das Wegfallen von bestimmten Basisförderungen auch die Möglichkeiten zur Akquise weiterer Mittel erheblich eingeschränkt werden und dadurch eben auch die beschäftigungspolitischen Potentiale sukzessive immer stärker gefährdet sind.

Diese Tagung soll nun ein letzter Meilenstein in dem hier vor Ort durchgeführten Projekt sein, soll aber vor allem die Möglichkeit sein, im internationalen Rahmen über Wege zur Stabilisierung der Organisationen des Dritten Sektors zu diskutieren und unsere Erfahrungen an Sie weiter zu geben und gleichzeitig von Ihren Erfahrungen in anderen Städten Deutschlands, vor allem aber auch in anderen Ländern zu profitieren.

Ich freue mich deshalb, dass die Tagung auf reges Interesse gestoßen ist. Leider konnten bei weitem nicht alle Interessierten aufgenommen werden. Letztendlich darf ich hier und heute etwa 120 TeilnehmerInnen aus 9 Ländern begrüßen.

Ganz besonders begrüßen möchte ich Herrn Brendan Sinnott, der die Europäischen Kommission, Generaldirektion Employment and Social Affairs, repräsentiert und ohne deren Förderung im Rahmen der innovativen Maßnahmen gemäß Art. 6 der ESF-Verordnung weder das hier vor Ort durchgeführte Projekt noch diese Tagung hätten durchgeführt werden können. Vielen Dank für die Unterstützung, die Sie diesem wichtigen Anliegen gewährt haben, und dafür, dass Sie sich die Zeit genommen haben, an dieser Tagung persönlich teilzunehmen.

Auch bei allen ReferentInnen aus dem In- und Ausland möchte ich mich bedanken, ohne die das interessante Programm dieser Tagung niemals möglich gewesen wäre. Aber selbstverständlich bedanke ich mich auch bei allen TeilnehmerInnen, die den zum Teil weiten Weg nach Göttingen auf sich genommen haben und die die Gewähr für einen regen Austausch über die Inhalte der Tagung sind.

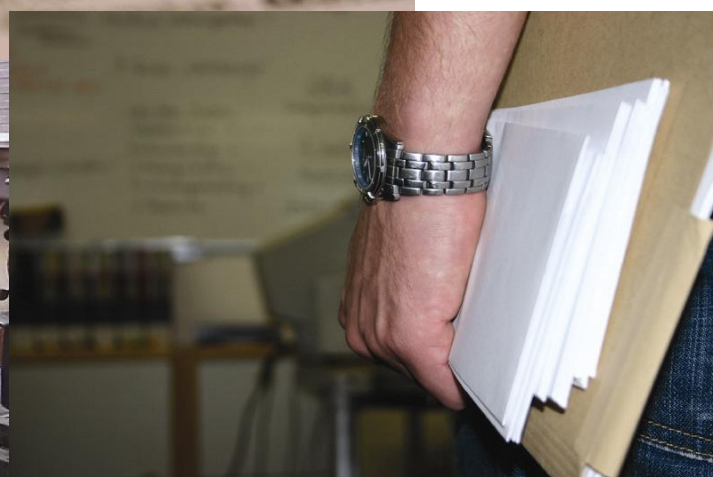
Zum Schluss möchte ich mich auch noch dem Team des Projektes für die Arbeit in den letzten zwei Jahren bedanken. Für die Realisierung dieser Tagung muss ich dabei die Arbeit des Projektpartners zoom e.V. hervorheben, der innerhalb unseres Projektverbundes die Verantwortung für die Realisierung dieser Tagung übernommen hat. Frau Barbara Nägele und Herr Nils Pagels von zoom e.V. werden Sie von nun an auch durch das Programm dieser Tagung begleiten.

Ich wünsche Ihnen eine erkenntnisreiche Tagung, während derer Sie alle ein gemeinsames Ziel leiten sollte: Lassen sie uns das Potential des Dritten Sektors nicht ungenutzt lassen, sondern lassen Sie uns gemeinsam nach Wegen suchen, wie dieser Sektor so stabilisiert werden kann, damit alle Facetten und Ressourcen zum Tragen kommen.

Vielen Dank!

Panel Session I

Beschäftigung im Dritten Sektor: Theoretische und Empirische Zugänge



Moderation Sandra Kotlenga:

In diesem ersten Vortragspanel geht es um eine Bestandsaufnahme und um einen Überblick zum Thema „Arbeit und Beschäftigung im Dritten Sektor“. Die Ausgangsfrage dabei ist, welche Besonderheiten der Dritte Sektor bezogen auf das Thema Arbeit und Beschäftigung eigentlich aufweist, welche verschiedenen Formen von Arbeit und Beschäftigung es im Dritten Sektor gibt und was für Zahlenmaterial über Beschäftigungseffekte im deutschen Dritten Sektor, aber auch im europäischen Vergleich vorliegt. Schließlich geht es um die Frage, was die Ausgangspunkte für die Europäische Kommission waren, den Dritten Sektor explizit einzubeziehen in Programme zur Förderung von Beschäftigung und sozialer Integration.

Zu den Referenten:

Brendan Sinnott kommt von der Europäischen Kommission, er ist dort Leiter des zuständigen Referates für innovative Maßnahmen gemäß Art. 6 innerhalb der Direktion Beschäftigung und Soziales.

Thomas Wex von der Universität Chemnitz ist Soziologe und Ökonom. Er hat daher einen interdisziplinären Blick auf den Dritten Sektor; er beschäftigt sich schon sehr lange mit diesem Thema und arbeitet aktuell an einem Projekt zum Thema „Entgrenzung von Arbeit“.

Eckhard Priller ist beim Wissenschaftszentrum Berlin tätig. Er hat an der ersten internationalen Vergleichsstudie zum Dritten Sektor, dem Johns Hopkins Projekt, mitgewirkt. Darüber hinaus beschäftigt er sich aktuell noch mit Fragen bezüglich der Veränderung des ehrenamtlichen Engagements.

Ernst Kistler von inifes (Internationales Institut für empirische Sozialökonomie) in Stadtbergen befasst sich v.a. mit arbeitsmarktpolitischen Fragen und hat eine Untersuchung zum Thema „Beschäftigungspotentiale und -effekte im Dritten Sektor“ durchgeführt, deren Ergebnisse er uns heute vorstellen wird.

Ihnen ein herzliches Willkommen - uns allen wünsche ich einen erkenntnisreichen Nachmittag.

Der Dritte Sektor und seine beschäftigungspolitischen Potentiale im Kontext der europäischen Förderpolitik

Brendan Sinnott (Europäische Kommission, Brüssel, Belgien)

Meine Damen und Herren,

Zuerst einmal möchte ich Ihnen für die Einladung danken - als Vertreter der Europäischen Kommission bin ich heute hier in Göttingen, um Ihnen einen Einblick in EU-Initiativen zur Förderung lokaler und regionaler Beschäftigung zu vermitteln.

Meine Präsentation ist wie folgt strukturiert:

1. Lokale Beschäftigungsentwicklung: Die Rolle regionaler und lokaler Behörden
2. Wie kann die EU lokale Beschäftigungsentwicklung fördern?
 - a. Die Lissabon-Strategie
 - b. Die *European Employment Strategy* (EES)
 - c. Die Strukturfonds und Sozialinitiativen
 - d. Verbreitung von *best practice*
3. Projekte nach ESF Artikel 6, die eine Beschäftigungsstrategie entwickeln
4. Die Strukturfonds ab 2007
5. Der Dritte Sektor

Da die Zeit knapp ist, das Thema jedoch ziemlich komplex, möchte ich mich dafür entschuldigen, dass mein Vortrag etwas theoretisch bleibt. Wenn Sie einen eher Praxis orientierten Einblick erhalten möchten, bitte ich Sie, auf unsere ESF Artikel 6 - Website zu schauen, wo Sie eine Aufstellung von Hintergrundinformationen finden können.

Lokale Beschäftigungsentwicklung: die Rolle regionaler und lokaler Behörden

Vorab eine Bemerkung zu meiner Verwendung von EU-Jargon: wenn ich den Begriff lokal benutze, meine ich selbstverständlich auch die regionale Ebene.

Europäische und nationale Beschäftigungsstrategien können - wie alle zentral gestaltete Politik - nicht ohne Handeln, Engagement und Mitarbeit seitens regionaler und lokaler Akteure erfolgreich sein. Die lokale Ebene ist in der besten Position dafür, nationale und regionale Strategien in praktisches Handeln an der Basis umzusetzen. Und wir glauben fest daran, dass es die lokalen Akteure sind, die die Bedingungen, Ziele und Bedürfnisse vor Ort am besten verstehen.

Es entwickelt sich gegenwärtig ein Bewusstsein dafür, dass Empowerment der lokalen Ebene nicht nur die Effektivität zentral gesteuerter Politik verbessert, sondern auch die Demokratie, die Chancengleichheit und den sozialen Zusammenhalt stärkt. Aus diesem Grund werden aus kommunalen und regionalen Verwaltungen, örtlichen Agenturen und anderen lokalen Akteuren Schlüsselpartner, die die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in Europa voranbringen.

Von vielen Mitgliedsstaaten wird Dezentralisierung als ein Weg angesehen, um die Relevanz und Qualität der Politik zu verbessern. Es gibt über 80.000 örtliche Behörden in der EU-15 (es liegen uns noch keine Zahlen für die erweiterte Union vor). In den meisten Mitgliedsstaaten haben diese Behörden Entscheidungsbefugnisse auf vielen verschiedenen Gebieten (Sozialleistungen, Bildung,

Gesundheit, Wohnungsversorgung, Umweltschutz, öffentliche Verkehrsmittel, Wasser- und Energieversorgung, Abwasser- und Abfallbeseitigung, Instandhaltung der Infrastruktur, Kultur usw.).

Ein solch breites Spektrum an administrativen Befugnissen bedeutet, dass das Handeln lokaler Verwaltungen erhebliche Auswirkungen auf die lokale Beschäftigungssituation hat. Die Bedeutung der Aufgaben lokaler Behörden und ihrer Nähe zu den Bedürfnissen der Menschen macht diese Behörden zu Schlüsselpartnern, die für den Erfolg der *European Employment Strategy* essentiell wichtig sind.

Jedoch haben Gespräche der wichtigsten nationalen Verbände von kommunalen Behörden mit der Kommission ergeben, dass es eine erhebliche Wissenslücke gibt. Diese betrifft nicht nur das Wissen über die *European Employment Strategy*, sondern auch über die Handlungsweisen, die sich für lokales Engagement eignen, und sogar darüber, wie in Beschäftigungsfragen lokal gehandelt werden kann.

Wie kann die EU lokale Beschäftigungsentwicklung fördern?

Die drei wichtigsten Handlungsdimensionen der EU sind Wirtschaft, Soziales und Politik.

Die erste Dimension, Wirtschaft, hat sich aus der Zollunion, den vier Grundfreiheiten, gemeinsamen Wettbewerbsregeln und der Zusammenarbeit in Wirtschafts- und Währungsfragen zu einer Wirtschafts- und Währungsunion mit Einheitswährung entwickelt.

Die soziale Dimension hat die wirtschaftliche Dimension immer begleitet und hat im Zuge der Vervollständigung der „Wirtschaftsunion“ wurde auch die soziale Dimension der EU gestärkt.

Die dritte Dimension ist politisch. Sie bezieht sich auf das Bestreben, die EU zu einem globalen Akteur auf der Weltbühne zu entwickeln. Es ist aber auch klar, dass die EU ihre Rolle als starker politischer Akteur nicht ausüben kann, wenn ihre Existenz nicht auf einer starken Wirtschaft und starkem sozialem Zusammenhalt beruht.

Die Verknüpfung der wirtschaftlichen und der sozialen Dimension wurde auf der Europäischen Konferenz von Lissabon im März 2000 vorangetrieben und wird seither Lissabon-Strategie genannt. Diese Strategie hat zum Ziel, die EU zum „wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen, der dazu fähig ist, mit mehr und besseren Arbeitsplätzen nachhaltig zu wachsen“. Und in der Tat hat der designierte neue Präsident der Kommission, Barroso, öffentlich angekündigt, dass diese Strategie zu den Zielen der neuen Kommission gehört.

Um dies zu erreichen, agieren Wirtschaftspolitik, Beschäftigungspolitik und Sozialintegrationspolitik zur gegenseitigen Unterstützung. Mit der Strategie wird auch betont, wie wichtig es ist, alle beteiligten Akteure zu mobilisieren, und es wurde eine verbesserte offene Methode der Koordination eingeführt.

Diese offene Koordinationsmethode wird beschrieben als „vollständig dezentralisierter Ansatz, der entsprechend dem Subsidiaritätsprinzip angewendet wird, und an dem die Union, die Mitgliedsstaaten, die regionalen und lokalen Ebenen sowie die Sozialpartner und die Zivilgesellschaft unter Anwendung variabler Formen der Partnerschaft aktiv beteiligt sein werden“.

Ein zentrales Element der Lissabon-Strategie ist es, Vollbeschäftigung zu erreichen, indem die Beschäftigungsquoten in Richtung der Zielvorgaben von Lissabon und Stockholm angehoben werden. Dies ist essentiell wichtig für das Wirtschaftswachstum der EU und für den Erhalt der sozialen Sicherungssysteme.

Der gemeinsame Beschäftigungsbericht 2004 hat gezeigt, dass - auch wenn die Mitgliedstaaten einen stärker strategischen Ansatz zu Erreichung der Ziele wählen - Fortschritte in Richtung Vollbe-

schäftigung kontinuierliche Anstrengungen erfordern, gerade in Hinblick auf die unsicheren wirtschaftlichen Verhältnisse.

Die Zielvorgaben von Lissabon und Stockholm für die *Gesamtbeschäftigungsquote* (67% bis 2005 und 70% bis 2010 im Durchschnitt für die EU), für *Frauen* (entsprechend 57% und 60%) und für *ältere Arbeitnehmer* (50% bis 2010) sind daher maßgebliche Elemente der Richtlinien. Die Mitgliedsstaaten wurden dazu aufgefordert, ihre eigenen nationalen Ziele in dieser Hinsicht anzupassen. Zudem müssen eine höhere Beschäftigungsrate und Wirtschaftswachstum durch einen Zuwachs des *Arbeitskräfteangebots* getragen werden.

Eine Steigerung der Beschäftigungs- und Beteiligungsrate erfordert einen breit angelegten Politikmix, der Maßnahmen sowohl auf der Nachfrage- wie auf der Angebotsseite umfasst. Auch andere Aspekte der Politik auf EU- und nationaler Ebene sind in dieser Hinsicht relevant, besonders diejenigen, die das makroökonomische Klima und die Rahmenbedingungen für die Schaffung von Arbeitsplätzen beeinflussen.

Die Europäische Union setzt sich entschieden dafür ein, die Beschäftigungsförderung auf regionaler und lokaler Ebene kontinuierlich zu unterstützen. Die Europäische Union verfügt heute über drei wesentliche Möglichkeiten, lokale Beschäftigungsinitiativen zu fördern.

Die erste ist politisch - die *European Employment Strategy* (EES). Die EES bietet zunehmend einen politischen Rahmen für lokale Akteure, die vorhaben, die Dimension „Beschäftigung“ in ihr gesamtes Handeln einzubeziehen. Seit ihrer Einführung wurde besonders durch den sog. Luxemburger Prozess und die entsprechenden Beschäftigungsrichtlinien die lokale Dimension mehr und mehr einbezogen, indem die Mitgliedsstaaten aufgerufen sind, die regionalen und lokalen Ebenen zu beteiligen.

Aber worum geht es eigentlich bei der *European Employment Strategy*?

Sie stellt einen „Konvergenzprozess“ dar, in dessen Rahmen gemeinsame Herausforderungen erkannt und auf europäischer Ebene gemeinsame Ziele gesetzt werden; die Verantwortung für deren Umsetzung liegt bei den Mitgliedsstaaten. Das Ziel ist, den Mitgliedsstaaten dabei zu helfen, ihre eigene Politik erfolgversprechend zu gestalten.

Ich möchte nochmals betonen, dass diese Methode ein „vollständig dezentralisierter Ansatz“ ist, was bedeutet, dass er dem Subsidiaritätsprinzip entspricht und durch ihn nationalen, regionalen und lokalen Akteuren, Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft zentrale Funktionen übertragen werden. Das Ergebnis ist, dass zehn Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen worden sind, seit die Mitgliedsstaaten begonnen haben, ihre Beschäftigungspolitik auf die Ziele der *European Employment Strategy* abzustimmen. Es wird jedoch geschätzt, dass 22 Millionen Arbeitsplätze benötigt werden, wenn das Ziel für 2010 erreicht werden soll.

In diesem Jahr hat der Europarat die durch die *Employment Task Force* 2003 und im Gemeinsamen Beschäftigungsbericht 2004 ausgewiesenen vier Schlüsselgebiete, auf denen Handlungsbedarf besteht, bestätigt. Diese Gebiete sind:

1. Verstärkte Anpassungsfähigkeit von Arbeitnehmern und Betrieben;
2. Steigerung der Attraktivität des Arbeitsmarkts und Arbeit als echte Alternative für alle;
3. Effektivere Investition in Humankapital;
4. Effektive Umsetzung von Reformen durch bessere Politik auf der nationalen Ebene.

Es kann natürlich sein, dass Reformen bei langsamem Wachstum schwieriger umzusetzen sind, aber sie sind umso nötiger und dringender, wenn eine Erholung allen nutzen soll und wir die Wirtschaft auf eine alternde Bevölkerung einstellen müssen.

Die Struktur der EES ist ergebnisorientiert und darauf angelegt, effektiv dazu beizutragen, dass die Ziele von Lissabon erreicht werden.

Die Beschäftigungsrichtlinien werden gleichzeitig mit den Allgemeinen Wirtschaftspolitischen Richtlinien präsentiert, so dass Synergien zwischen den beiden Prozessen gefördert werden.

In ihnen werden die Mitgliedsstaaten dazu aufgefordert, in ihrer jeweiligen Beschäftigungspolitik drei einander ergänzende und sich gegenseitig stützende Ziele ausgewogen zu fördern:

1. Vollbeschäftigung,
2. Qualität und Produktivität am Arbeitsplatz und
3. Sozialer Zusammenhalt und Integration.

Um diese Ziele zu erreichen, werden weitere Strukturreformen benötigt, die sich auf zehn gleichrangige Prioritäten konzentrieren und dabei v.a. berücksichtigen, dass Steuerung und Durchführung des Prozesses zu verbessern sind. Die Beschäftigungsrichtlinien werden in drei Teilen präsentiert, die jeweils auf die drei übergeordneten Ziele, die zehn Prioritäten für Strukturreformen und die Verbesserung von Steuerung und Durchführung eingehen. Alle drei Elemente der Richtlinien sind in nationalen Beschäftigungsplänen umzusetzen und auf EU-Ebene zu kontrollieren.

Innerhalb der EES ist regionale und lokale Entwicklung ein politisches Schlüsselement, das von den Mitgliedsstaaten bereits umgesetzt wird. Die Kommission unterstützt diese Entwicklung und betont, dass auf den lokalen und regionalen Ebenen ein Beitrag zur Herausbildung neuer Formen von Verwaltung in der Union geleistet werden kann.

Der zweite Hebel, über den die Union verfügt, ist finanzieller Art - die Strukturfonds und die Gemeinschaftsinitiativen. Es ist sehr wichtig, das Potential, das in den zentralen Förderschwerpunkten der Strukturfonds liegt, voll auszuschöpfen, besonders die Gemeinschaftsinitiativen EQUAL, URBAN und LEADER, und die innovativen Maßnahmen des ESF und EFRE (Europäischer Fonds zur regionalen Entwicklung).

Besonders der Europäische Sozialfonds (ESF) bietet im Zeitraum 2000-2006 lokalen Initiativen erhebliche Unterstützung:

- Auf jedem der fünf Gebiete für politische Maßnahmen des Sozialfonds ist auf lokale Entwicklung zu achten;
- Es sollten durch den ESF kleinere Summen als Beihilfe für die Aktivitäten von NGOs und lokalen Partnerschaften verfügbar gemacht werden;
- Die Gemeinschaftsinitiative EQUAL, die Teil des ESF ist, stellt umfangreiche Geldmittel zur Verfügung, damit neue Ansätze zur Bekämpfung von Diskriminierung und Ausgrenzung auf dem Arbeitsmarkt erprobt werden können. Dies geschieht auf Basis der Grundprinzipien für lokale Entwicklung - Aufbau von Strategien von unten nach oben, Partnerschaft und Empowerment;
- Die innovativen Maßnahmen nach Artikel 6 der ESF-Verordnung fördern die enge Zusammenarbeit zwischen den europäischen, nationalen, regionalen und lokalen Ebenen sowie den Sozialpartnern und Organisationen des Dritten Sektors. Ich werde etwas später hierauf zurück kommen.

Der dritte Hebel im Instrumentarium der Union zur Förderung lokaler Beschäftigungsentwicklung ist die Entwicklung von *best-practice*-Methoden: Durch Experimentieren, Evaluation, Verbreitung, Information und Vernetzung. Es ist wichtig, dass Institutionen, Organisationen, Sozialpartner und Einzelpersonen, die auf diesem Gebiet tätig sind, die Möglichkeit erhalten, Erfahrungen und Informationen zu diskutieren und auszutauschen, um die lokale Dimension der *European Employment Strategy* zu stärken.

Dies ist größtenteils der Zweck einer Vielzahl von Initiativen der Europäischen Kommission. Hier einige Beispiele für solche Maßnahmen:

1. 13 Projekte für vorbereitende Maßnahmen, um lokale Aktionspläne aufzustellen;
2. Entwicklung von Evaluationsmethoden und Indikatoren, um den Erfolg und die Wirkung von Beschäftigungsstrategien zu messen;
3. Ein europaweites Forum für lokale Beschäftigungsentwicklung, das belegt, dass regionale und lokale Akteure Schlüsselpartner für die wirtschaftliche Entwicklung in ganz Europa sind;
4. Eine Reihe von Konferenzen zur Förderung von Wissen über lokale Beschäftigungsstrategien (IDELE);
5. Ein Ratgeber für lokale Beschäftigungsstrategien;
6. Eine horizontale Evaluation der lokalen Beschäftigungsentwicklung;
7. Und eine Tagung über Benchmarking, um lokalen Akteuren zu ermöglichen, aus den Erfahrungen Anderer zu lernen, die ähnliche Probleme in anderen Regionen haben.

ESF Artikel 6

Im Rahmen des ESF werden mit den „innovativen Maßnahmen“ die Ziele verfolgt,

- neue Ansätze zu fördern und
- Beispiele für good practice zu erkennen,

die möglicherweise im Folgenden die Umsetzung der geförderten Tätigkeiten des ESF verbessern können.

Daher wird der Transfer von Erfahrungen, die anderenorts gemacht wurden, z.B. in einer anderen Region und/oder einer anderen Wirtschaftsbranche, auch als innovativ angesehen.

Auch hier sehen wir wieder die enge Beziehung zwischen dem, was auf Projektebene getan wird (meist mit lokalem/regionalem Schwerpunkt) und dem Gesamtziel auf europäischer oder nationaler Ebene. Projekte sind daher kein Ziel an sich, sondern sie helfen dabei, die auf höherer Ebene entwickelten, allgemeinen politischen Programme zu verbessern und effektiver zu gestalten.

Um die Kapazität auf lokaler Ebene zu erhöhen, hat die Kommission 2001 eine Ausschreibung für Vorschläge ins Leben gerufen, die sich „*Local Employment Strategies and Innovation*“ nannte. Das Hauptziel dieser Ausschreibung war, die Umsetzung der NAPs (Nationale Aktionspläne zur Beschäftigung) auf lokaler/regionaler Ebene zu verbessern, indem eine Reihe von integrierten lokalen Beschäftigungsstrategien gefördert wird.

Insgesamt bestehen zur Zeit europaweit 85 Projekte zur Entwicklung und - in gewissem Maße auch - Umsetzung einer lokalen Beschäftigungsstrategie, die für die Bedürfnisse der jeweiligen Region maßgeschneidert sind. Es wurden fünfzehn Projekte in Deutschland ausgewählt, darunter auch Ihres hier in Göttingen. Ich möchte den Veranstaltern zu diesem Erfolg gratulieren und noch hinzufügen, dass wir in Brüssel tatsächlich der Meinung sind, dass dies ein erfolgreiches und gut umgesetztes Projekt ist. Es kann als Vorbild für andere dienen und wir werden es als gutes Beispiel in zukünftigen Seminaren einsetzen.

Wie Ihnen sicherlich bekannt ist, sind heute Projektverantwortliche aus mehreren anderen EU-Mitgliedsstaaten auf dieser Konferenz anwesend. Daher möchte ich die Gelegenheit nutzen, um allen Projektträgern zur Auswahl bei dieser Ausschreibung zu gratulieren, denn wegen der starken Konkurrenz war es sehr schwer, so weit zu kommen.

Per Definition ist jede Beschäftigungsstrategie einzigartig, damit sie der spezifischen regionalen Situation gerecht werden kann. Jedoch sollten alle Beschäftigungsstrategien auf jeder Ebene fünf gemeinsame Elemente enthalten, so dass vom Ansatz her ein Minimum an Übereinstimmung bei allen Strategien besteht. Dies hilft dabei, *good practice* und Übertragbares für das Hauptprogramm des ESF und die *European Employment Strategy* zu erkennen und zu vergleichen.

Jede Beschäftigungsstrategie sollte auf einer lokalen Partnerschaft beruhen, der Vertreter von möglichst vielen relevanten Akteuren angehören. Akteure, die an der Erstellung, Einführung und Umsetzung einer lokalen Beschäftigungsstrategie beteiligt sein könnten, sind beispielsweise: staatliche Behörden; öffentliche Beschäftigungs- und Ausbildungseinrichtungen; Sozialpartner und der Wirtschaftssektor (einschließlich Klein- und Mittelbetriebe); NGOs, andere Dritt-Sektor-Organisationen und Vertreter aus der Zivilgesellschaft; Industrie-, Handels- und Handwerkskammern; Universitäten und Fachhochschulen; Geldgeber, wie Banken, Fördereinrichtungen für Unternehmensgründungen oder Finanzorganisationen des Dritten Sektors.

Jede lokale Beschäftigungsstrategie muss eine angemessene Analyse oder Diagnose der lokalen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungssituation vornehmen. Diese dient als Grundlage, nach der Fortschritte gemessen und bewertet werden können.

Jede Strategie hat sich nach den Zielen der *European Employment Strategy* (von denen ich soeben gesprochen habe) zu richten und diese zu unterstützen.

Ein Schlüsselement der *European Employment Strategy* und des Kerns der Europäischen Sozialfonds ist die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern. Daher sollte jede lokale Beschäftigungsstrategie Gender Mainstreaming und spezifische Maßnahmen zur Gleichstellung der Geschlechter beinhalten.

Schließlich sollte jede lokale Beschäftigungsstrategie als übergeordneter Rahmen für alle Beschäftigungsaktivitäten im jeweiligen Gebiet dienen. Es sollten daher für die Strategie bestehende und zukünftig mögliche Finanzierungsquellen für die örtliche Beschäftigungsentwicklung erfasst und einbezogen werden.

Aber welche Ergebnisse gibt es bisher? Es ist ziemlich schwierig, die Erfahrungen aus 85 lokalen Beschäftigungsstrategien in wenigen, aussagekräftigen Worten zusammen zu fassen, besonders deswegen, weil keines von ihnen bisher abgeschlossen ist. Es gibt jedoch Trends, die ich etwas beleuchten kann:

Eindeutig haben die Projekte Einfluss auf die lokale und/oder regionale Beschäftigungssituation gehabt. Dieser Einfluss ist wahrscheinlich für einzelne Menschen auf Arbeitssuche noch nicht spürbar, da mit Hilfe der Strategien eher an den Rahmenbedingungen für Beschäftigung als an der Schaffung konkreter Arbeitsplätze gearbeitet wurde. Durch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen werden jedoch in Zukunft Arbeitsplätze geschaffen werden.

Was meine ich mit „Verbesserung des Kontextes“?

Für viele Regionen ist es das erste Mal, dass in Beschäftigungsfragen eine gemeinsame, konzertierte Herangehensweise gefunden wurde.

Es wurden funktionierende Netzwerke der wichtigsten Akteure gebildet, um eine große Anzahl an Maßnahmen zu koordinieren, die häufig überhaupt nicht miteinander verbunden und manchmal untereinander kontraproduktiv waren.

Die verfügbaren finanziellen Ressourcen wurden erfasst, bewertet und werden in Zukunft viel mehr als bisher strategisch eingesetzt werden.

Dadurch, dass verschiedene Leute zusammengekommen sind, um eine gemeinsame Sache zu diskutieren, wurden neue Ideen entwickelt und neue Horizonte eröffnet, um beschäftigungsbezogene Probleme zu lösen.

Und schließlich wurde die Beschäftigungsfrage ganz oben auf die politische Tagesordnung gesetzt, nicht nur auf nationaler Ebene, sondern auch regional und lokal.

Die Strukturfonds 2007 - 2013

Am 15. Juli 2004 hat die Kommission ein Vorschlagspaket angenommen, das darauf ausgerichtet ist, die Ausgaben für die Beschäftigungs- und Sozialpolitik der EU zu planen und gezielt einzusetzen. Der neue Europäische Sozialfonds für 2007-2013 wird die Mittelvergabe mit politischen Maßnahmen verbinden, um Beschäftigung zu fördern und den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt im Rahmen der *European Employment Strategy* zu stärken. Mit weniger Bürokratie, einfacheren Regeln und mehr Dezentralisierung in Richtung der Mitgliedsstaaten wird er sowohl leichter zu handhaben sein als auch besser ausgestattet sein, um die neuen Herausforderungen anzugehen. Herausforderungen ergeben sich durch die Erweiterung, die alternde Bevölkerung und durch die Globalisierung. Der Fonds wird ergänzt durch ein neues Programm (PROGRESS), durch das die Finanzierung weiterer Maßnahmen zur Unterstützung der Beschäftigungs- und Sozialpolitik der Kommission umgesetzt werden soll.

Das Ziel des ESF wird weiterhin sein, in Menschen zu investieren. Dies ist das wesentliche Element in unserer Strategie. Humankapital ist der wichtigste Faktor für die Reform der Arbeitsmärkte und die Schaffung wirtschaftlichen Wohlstands. Durch den ESF werden zwei der drei Zielvorgaben für die Kohäsionsfinanzierung erfüllt. Durch ihn wird die Arbeit auf höchst wichtigen, durch den Euro-parat bestätigten Aufgabengebieten unterstützt: Arbeitskräfte und Betriebe anpassungsfähiger zu machen; den Menschen Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen; Arbeitslosigkeit zu verhindern; die Lebensarbeitszeit zu verlängern; die Integration Ausgegrenzter und Benachteiligter zu fördern; und Diskriminierung zu bekämpfen. Dem Vorschlag der Kommission nach würden durch ihn 20-25 Prozent der gesamten Kohäsionsfinanzierung aufgebracht.

Entsprechend dem neuen Ziel Nr. 1 „Konvergenz - Wachstum und Beschäftigung“ wird mit dem ESF an den am wenigsten entwickelten Mitgliedsstaaten und Regionen angesetzt. Nach der Erweiterung gelten nun mehr Mitgliedsstaaten und Regionen als „am wenigsten entwickelt“ die ein Bruttoinlandsprodukt pro Kopf von unter 75 Prozent des EU-Durchschnitts haben. Die Abstände bei den Beschäftigungszahlen und bei der Armut haben sich EU-weit verdoppelt.

Entsprechend dem neuen Ziel Nr. 2 „Regionale Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung“ werden durch den ESF auf nationaler Ebene Projekte in Gebieten finanziert, die von wirtschaftlichen und sozialen Veränderungen oder von Strukturwandel als Folge der Globalisierung betroffen sind. Dies bezieht sich auf Mitgliedsstaaten, die keinen Anspruch auf Mittel entsprechend Ziel Nr. 1 haben.

Die Kommission hat auch einen Vorschlag für das neue Programm PROGRESS übernommen, mit dem fünf Gebiete abgedeckt werden sollen: Beschäftigung; soziale Sicherung und Integration; Arbeitsbedingungen; Anti-Diskriminierung und Vielfalt; und Gleichstellung der Geschlechter.

Der Dritte Sektor

Chancen

Gezieltes Engagement - die NGOs und Gruppen, die diesem großen Sektor angehören, arbeiten häufig daran, die Lage spezifische benachteiligter Gruppen zu verbessern.

Nutzung von Fähigkeiten - viele der Arbeitskräfte und Freiwilligen verfügen über ein beeindruckendes Spektrum an Fähigkeiten und Kompetenzen, die häufig nicht voll genutzt werden, außer innerhalb der Dritt-Sektor-Gruppen.

Lokale Aktivitäten - da die Mehrzahl dieser Gruppen auf lokaler oder regionaler Ebene operiert, ist ihre Effektivität recht hoch - mit einem schlanken Management und direkten Kontakten zu den Klienten.

Kosteneffizienz - durch die hohe Motivation und die gute Teamarbeit in den Organisationen sind die in Verbindung mit ihren Maßnahmen entstehenden Kosten meist recht moderat.

Wirtschaftliche Effekte

Anteil am BSP - Zahlen aus den späten 1990ern zeigen, dass für das Europa der 15 der Anteil am BSP zwischen 5-6% des BSP in Südeuropa und 10-15% in den nordischen Ländern variiert. Solche gesamtwirtschaftlichen Statistiken lassen sich nur schwer interpretieren, da sich das Engagement von NGOs und ähnlichen Gruppen kaum quantifizieren lässt - besonders in der informellen Wirtschaft. Da auch viele Dritt-Sektor-Organisationen von Freiwilligen getragen werden, ist ihr ökonomischer Effekt in offiziellen Statistiken schwer zu bewerten.

Kompensation - viele Organisationen übernehmen zunehmend Aufgaben, die früher von lokalen oder regionalen Behörden geleistet wurden. Öffentliche Einrichtungen ziehen sich nun aufgrund von Haushaltskürzungen von vielen Dienstleistungsangeboten zurück.

Ausbildung - das Niveau der kontinuierlichen Ausbildung und Umschulung, die diese Organisationen anbieten, trägt zur hohen Effizienz des Sektors bei.

Integration - die Arbeit dieser Organisationen hat wesentlich zur Integration ausgegrenzter Gruppen in der Gesellschaft beigetragen - sowohl in sozialer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht.

Der Beitrag der EU zur Unterstützung des Dritten Sektors

Die Kommission fördert sowohl durch Grundfinanzierung (d.h. laufende Ausgaben) als auch durch Projektfinanzierung eine ganze Reihe von NGOs und ähnlichen Organisationen. Die Kommission fördert die *Social Platform*, eine in Brüssel ansässige Dachorganisation, die aus EU-weit über 50 NGOs und Freiwilligenorganisationen besteht, und finanziert auch eine Reihe von Umweltorganisationen. Über eine Reihe von Generaldirektoraten besteht ein ständiger Dialog mit dem Dritten Sektor; das Generalsekretariat der Kommission verfügt über ein Direktorat, das sich um die Beziehungen zur Zivilgesellschaft kümmert. Das Europäische Parlament veranstaltet regelmäßige offizielle und informelle Seminare über die Beziehungen zum Dritten Sektor.

Der Dritte Sektor ist ein globales Anliegen, und dies wurde von anderen Organisationen anerkannt, zum Beispiel von der Weltbank, die nun auf zivilgesellschaftliche Beteiligung an der Erstellung von Projekten für ihr Tätigkeitsgebiet besteht.

Nachfragen zum Vortrag von Brendan Sinnott:

Fragesteller: Sie haben auch den ökonomischen Aspekt angesprochen. Bei der europäischen Beschäftigungsstrategie haben Sie ja unter Punkt fünf und acht „das Arbeitsangebot ausweiten“ und andererseits „Arbeit bezahlbar machen“. Und dann sagen Sie noch, die Unternehmenskultur muss ausgebaut werden. Ich frage mich an der Stelle, wo sollen denn all die Menschen Beschäftigung finden? Werden die alle in den Dritten Sektor abgedrängt? Sie wollen einerseits das Arbeitsangebot ausweiten und da sehe ich überhaupt nicht, wo da Beschäftigung herkommen soll. Können Sie unter ökonomischen Gesichtspunkten darauf eingehen, wo denn jetzt Wachstum herkommt?

Fragestellerin: Wenn Sie über Förderung des Dritten Sektors sprechen, klingt das alles sehr schön, aber können Sie uns ein bisschen mehr darüber sagen, wie der Dritte Sektor finanziert werden kann? Können wir erwarten, dass die EU neue Finanzierungsmodelle entwickelt, vielleicht einen zweiten Arbeitsmarkt innerhalb des Dritten Sektors entwickelt? Haben Sie irgendwelche Visionen darüber?

Brendan Sinnott: An den ersten Sprecher: Unsere Empfehlungen an die deutsche Regierung zielten in erster Linie darauf, die Gründung kleiner Firmen in Deutschland zu ermutigen. Der Bedarf an Hilfen für kleine Firmen besteht, weil wir wissen, dass es kleine Betriebe (öffentlich oder privat finanziert) mit weniger als fünfzig Leuten sind, die das größte Beschäftigungswachstum hervorrufen. Der Bestand an Arbeitskräften ist da, und wenn man Leute auf den relativ strukturierten offenen Arbeitsmarkt bringt, verkleinert man den Bestand auf dem informellen oder grauen Markt. Dies ist eine Empfehlung, die wir der deutschen Regierung gemacht haben, die die Empfehlung angenommen hat. Also meine ich, Sie müssen die deutsche Regierung fragen, wie diese das umsetzen wird. Wir sind nicht dazu da, ihr zu sagen, wie sie das tun soll. Wir sagen, dass dies ein Weg aus der Arbeitslosigkeit ist.

An die zweite Sprecherin: Unsere Finanzierungsmöglichkeiten, wahrscheinlich im Rahmen der neuen Runde des Sozialfonds 2007/2013, werden zwischen einem und zwei Prozent jener 336 Milliarden liegen. Das werden wahrscheinlich sieben Milliarden sein, d.h. eine Milliarde pro Jahr, verteilt auf 470 Millionen Menschen. Im Durchschnitt werden das also zwei Euro pro Kopf für innovative Maßnahmen sein. Das Ausgangskapital ist also sehr niedrig. Ich denke, dass in dieser Hinsicht die Mitgliedsstaaten dazu gezwungen sein werden, den Dritten Sektor daran zu beteiligen, damit überhaupt irgendwelche der innovativen Maßnahmen funktionieren. Weil, wie ich vorhin in meiner Rede gesagt habe, unsere Studien zeigen, dass der Dritte Sektor bezogen auf Wert und Effizienz unschlagbar ist, wenn er eine gute Grundlage hat, gutes Management, und die Ziele aufrecht erhält. Ich denke, dass es sehr wichtig ist, den Dritten Sektor an der sozialen Initiative zu beteiligen. Wir haben die Mitgliedsstaaten aufgefordert, Leute aus dem Dritten Sektor für ihre Komitees für Beschäftigungsinitiativen zu nominieren und sie nicht einfach nur zu einer bürokratischen Sozialpartner-Angelegenheit, also der Regierung, Gewerkschaften und Arbeitgeber, werden zu lassen. Also ist es Sache der Mitgliedsstaaten, die Initiative zu ergreifen. Wir liefern die Finanzierung, und die Mitgliedsstaaten sind es, die die Lücke mit Projekten und Programmen füllen.

Facetten von Arbeit und Beschäftigung im Dritten Sektor

Thomas Wex (Universität Chemnitz, Deutschland)

1. Einführung

Eckhard Priller wird nach mir von der quantitativen Relevanz der Beschäftigung im Dritten Sektor berichten. Ich werde mich im Folgenden mit qualitativen Fragen von Arbeit in Non-Profit-Organisationen beschäftigen. Was sind die Besonderheiten von Arbeit im Dritten Sektor und seiner Non-Profit-Organisationen? Welche Leistungen werden hier erbracht, worin bestehen mögliche Probleme?

Lange Zeit dominierte - insbesondere in der deutschen, weniger in der europäischen Diskussion - die Idee einer Abgrenzung des Non-Profit-Bereichs zum Bereich der Wirtschaft. In den letzten Jahren nahm jedoch die Auseinandersetzung mit dem wirtschaftlichen Potential und den ökonomischen Qualitäten des Dritten Sektors zu. Dies hat mehrere Gründe, um nur drei zu nennen:

- Die Auseinandersetzung mit der Diskussion in anderen europäischen Staaten, in denen Ideen etwa einer *économie sociale*, oder *social economy* ein sehr viel stärkeres Gewicht hatten als in Deutschland.
- Das steigende Bedürfnis in Wissenschaft und Praxis, neben den gängigen betriebswirtschaftlichen Konzepten zugrundeliegenden Effizienz- und Nutzenkonzepten wieder einen anderen Zugang zu Fragen des „Wirtschaftens von Menschen“ zu erlangen. Was wir hier im Moment haben, ist etwa eine (allerdings nur in Teilen angemessene) Literatur zu Fragen des Managements in Non-Profit-Organisationen (NPO). Wir sind weit davon entfernt von einer wünschenswerten Disziplin einer Non-Profit-Ökonomik, obwohl wir auch in Deutschland einige ältere wichtige Quellen hierzu hätten: etwa die Gemeinwirtschaftslehre oder die Genossenschaftslehre.
- Aktuelle Entwicklungen in Deutschland, etwa die Forderung nach mehr „Markt“ in der Wohlfahrtspflege oder aktuell die Diskussion um Ein-Euro-Jobs und Bestrebungen einen Niedriglohnsektor auch im Dritten Sektor zu verankern.

Ich werde mich im Folgenden zunächst mit den Besonderheiten von Non-Profit-Organisationen beschäftigen, um dann kurz einige Besonderheiten der Arbeit in NPO anzusprechen. Schließen möchte ich mit Überlegungen zur Bedeutung von Entgrenzungspänomenen der Arbeit im Dritten Sektor und der gesamten Wirtschaft.

2. Die Besonderheiten von Non-Profit-Organisationen

Non-Profit-Organisationen sind durch spezifische sozial-ökonomische Merkmale gekennzeichnet. Sie verfolgen andere Hauptziele, d.h. meist Sachziele an Stelle von Formalzielen wie Gewinn oder Umsatz. Eine monetär-rechnerische Steuerung spielt in NPO eine geringere Rolle. Zudem zeichnen sie sich oftmals durch andere Rechtsformen (Verein, Stiftung etc.) aus. Darüber hinaus ist Privateigentum in ihnen meist nicht vorhanden und ihre Finanzierungsstrukturen sowie steuerliche Situation unterscheidet sich von Wirtschaftsunternehmen. Sie stellen auch andere Arten von Gütern her - insbesondere, wenn in stärkerem Maße öffentliche Güter oder Kollektivgüter (Clubgüter) produziert werden. Nicht zuletzt unterscheidet sich die Mitarbeiterstruktur (z.B. mehr Freiwilligenarbeit, Kooperation von Haupt- und Ehrenamtlichen, Beschäftigung von Klienten, Struktur der stakeholder). Auch die Adressaten und Nutzer von NPOs unterscheiden sich von Konsumenten rein privatwirtschaftlich erbrachter Produkte und Dienstleistungen.

In der weiteren sozialwissenschaftlichen Diskussion wurden u.a. folgende Besonderheiten und Funktionen hervorgehoben:

- NPO gelten als mitgliedschaftliche Organisationen (im Sinne „Freiwilliger Vereinigungen“ oder Assoziationen).
- NPO sind ein zentraler Bestandteil der Bürger-/ Zivilgesellschaft (etwa Agenturen gesellschaftlicher Partizipation, sozialer Integration und von Demokratisierung).
- NPO werden als „intermediäre“ Organisationen gesehen aufgrund ihrer Vermittlungsleistungen zwischen „Markt“, Staat und privater Sphäre sowie ihrer Fähigkeit zum Ausgleich gesellschaftlicher Funktionslogiken.

Mit einer solchen Übersicht wähle ich einen klassischen (man könnte mittlerweile auch sagen: konservativen) Zugang zum Dritten Sektor. Das bedeutet, dass ich von wesentlichen Unterschieden zwischen NPO, öffentlichen Verwaltungen/ Behörden und Wirtschaftsunternehmen ausgehe. Die Begriffe Dritter Sektor oder Drittes System machen nur Sinn, wenn sie Bereiche oder Sektoren bezeichnen, die sich anhand von Merkmalen, von Organisationsstrukturen oder von Handlungslogiken unterscheiden lassen.

Eine solche Position ist nicht unstrittig, zeigt sich doch in NPO - insbesondere in den letzten Jahren - eine Zunahme von Mischformen verschiedener Logiken, von Hybriditäten. Viele NPO verbinden heute verschiedene Ressourcen und Arbeitsformen: Zuschüsse durch die öffentlichen Hände, Einsatz von Freiwilligen und unternehmerische Eigeninitiative unter Verwendung von privaten Mitteln, die auch auf Märkten Erlöse erzielen.

Um all die genannten Besonderheiten drehen sich aktuelle Diskussionen zum Wandel und zur Modernisierung von NPO: Inwieweit wird die rechnerische Steuerung ausgebaut (Stichwort etwa: Controlling)? Wo werden Ehrenamtliche eingesetzt (Stichwort: Professionalisierung)? Wie kann Engpässen der Finanzierung begegnet werden (Stichwort: Rückgang öffentlicher Zuschüsse, Fundraising)? Wollen wir stärker unsere Angebote als „Produkte“ am Markt anbieten (Stichwort: Kommerzialisierung von NPO)? Ist die Rechtsform des eingetragenen Vereins für die weitere Entwicklung passend (Stichwort: GmbH-isierung von NPO)? Welche gesellschaftliche Rolle wollen wir spielen (Stichwort: Lobbyarbeit, advokatorische Aufgaben)? Die jeweilige Beantwortung dieser Fragen kann auch Auswirkungen auf den Charakter von Arbeitsverhältnissen und die Mitarbeit in NPO haben.

3. Besonderheiten von NPO und die Arbeit in NPO

In Bezug auf die qualitativen Dimensionen von Arbeit in NPO sind vor allem zwei Merkmale von besonderer Relevanz:

- Die starke Bedeutung von Freiwilligenarbeit und Ehrenamt in vielen NPO und
- die integrativen Leistungen von NPO für die Beteiligten.

Ich beschränke mich auf den zweiten Punkt. Die Mitarbeit in NPO entfaltet eine starke Wirkung in Richtung sozialer Integration - insbesondere für Gruppen von Menschen, die Probleme auf dem erwerbswirtschaftlichen Arbeitsmarkt haben. Dies gilt sowohl für die Freiwilligenarbeit wie für die bezahlte Beschäftigung. Die Mitarbeit ermöglicht eine Partizipation am sozialen Leben. Die Schwelle für eine solche Partizipation ist - auch aufgrund der oben beschriebenen Besonderheiten von NPO - vielfach niedriger als in anderen gesellschaftlichen Bereichen.

Empirische Befunde deutscher Studien zur Beschäftigung in NPO weisen vielfach eine höhere Bereitschaft der Organisationen nach, die Mitarbeiter zu qualifizieren, ihnen Möglichkeiten der Fort- und Weiterbildung anzubieten. Erfahrungen in der Mitarbeit in NPO können beim Wechsel in den

erwerbswirtschaftlichen Sektor vorgewiesen und angewandt werden. Dies ist festzustellen, gleichwohl die Arbeit in NPO auch eine starke *spezifische* Sozialisationswirkung entfaltet. Sie findet vielfach in bestimmten Milieus statt und folgt oft ganz eigenen Normen.

Eine weitere Leistung von NPO besteht darin, dass sie Funktionen eines Übergangsarbeitsmarkts wahrnehmen. NPO sind attraktiv für Engagement jenseits der marktförmigen Verwertung von Arbeitskraft. Die Beschäftigungsstrukturen sind relativ flexibel gestaltet: von der Möglichkeit einer geringen unbezahlten Mitarbeit über geringfügig bezahlte Beschäftigung bis zu Vollzeit-Erwerbsarbeit. Die Fluktuation der Mitarbeiter ist relativ hoch.

Allerdings zeigt sich damit auch die Kehrseite. Der Dritte Sektor ist ein Trendsetter in Richtung deregulierter, flexibler Arbeitsformen. Im Dritten Sektor zeigen sich Auflösungserscheinungen klassischer Erwerbstätigkeit und Arbeit, wie sie mittlerweile für viele Bereiche der Erwerbsarbeit auch in der Erwerbswirtschaft festzustellen sind.

Für den Dritten Sektor lässt sich (zumindest für Deutschland) folgendes feststellen: Der Frauenanteil ist höher als im volkswirtschaftlichen Dienstleistungssektor (der gegenüber den anderen Wirtschaftszweigen schon führend ist), gleiches trifft für den Anteil der Teilzeitbeschäftigten und befristeter Beschäftigter zu. Die Bezahlung ist in der Regel niedriger als bei vergleichbaren Tätigkeiten in der Erwerbswirtschaft.

In der Arbeitsforschung werden entsprechende Prozesse vielfach mit dem Begriff der „Entgrenzung von Arbeit“ beschrieben. Grundsätzlich zielt der Begriff „Entgrenzung“ auf die Auflösung überkommener Strukturen in verschiedenen Bereichen. Beispiele sind etwa:

- Auflösung der Grenze zwischen Organisation und Umwelt
- Wandel traditioneller Strukturen von Organisationen und Arbeitsverhältnissen
- Entgrenzung in räumlicher, zeitlicher, sozialer, fachlicher Hinsicht; Deregulierung, Dezentralisierung, Flexibilisierung
- Veränderungen im Verhältnis von Arbeit und (sonstigem) Leben, d.h. Wandel der Lebensführung etwa durch flexibilisierte Arbeitsverhältnisse oder durch eine Entmischung von Arbeit und Freizeit.

Durch Entgrenzungsprozesse werden also tradierte Strukturen aufgebrochen, dynamisiert und gewissermaßen „verflüssigt“. Dies stellt neue Anforderungen an die Menschen, bietet aber auch - wie angedeutet - Chancen.

4. Schluss

Die Arbeits- und Organisationsstrukturen im Dritten Sektor waren schon immer „flüssiger“, flexibler als in vielen anderen Bereichen. Aber möglicherweise war diese Entgrenzung durch die beschriebenen Besonderheiten von NPO geschützter, stärker gerahmt und partizipativer verankert als Entgrenzungen in der Erwerbswirtschaft.

Die Erwerbswirtschaft eilt hier möglicherweise dem Dritten Sektor hinterher. Entgrenzung und Flexibilisierung erfolgt hier aber aufgrund anderer Rahmenbedingungen - gewissermaßen mit negativen Vorzeichen und wesentlich problematischeren Konsequenzen für die Beteiligten.

Es bleibt zu hoffen, dass der Dritte Sektor nicht vollständig in den Sog dieser Entwicklung gerät. Einerseits könnte es zu einer Erosion der Spezifika von NPO etwa durch eine verstärkte Ökonomisierung ihrer Arbeit kommen. Dies würde wohl zu einem Abbau von Puffer- und Ausgleichsfunktionen führen. Und andererseits werden sich Prozesse der Flexibilisierung verstärken und das Volumen prekärer Beschäftigung erhöhen.

Das Ergebnis wäre nicht ein Dritter Sektor als wichtiger Motor des „postmarktwirtschaftlichen Zeitalters“ (wie es Jeremy Rifkin propagierte), sondern im schlimmsten Fall ein Dritter Sektor als hinsichtlich seiner Merkmale kaum zu unterscheidender Bestandteil des kapitalistischen Wirtschaftssystems mit der Besonderheit eines hohen Maßes problematischer Beschäftigungsformen.

Literaturauswahl

- Anastasiadis, Maria u.a. (2003): Der Dritte Sektor in Wien - Zukunftsmarkt der Beschäftigung? Ergebnisbericht des Forschungsprozesses der Equal-Entwicklungspartnerschaft „Der Dritte Sektor in Wien“.
- Bellmann, Lutz / Dathe, Dietmar / Kistler, Ernst (2002): Der „Dritte Sektor“. Beschäftigungspotentiale zwischen Markt und Staat. Nürnberg: Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung der Bundesanstalt für Arbeit (IAB Kurzbericht Nr. 18/20.08.2002).
- Betzelt, Sigrid (2001): The Third Sector as a Job Machine? Conditions, Potentials, and Policies for Job Creation in German Nonprofit Organizations. Frankfurt a.M. u.a.: Peter Lang
- Betzelt, Sigrid / Bauer, Rudolph (2000): Nonprofit-Organisationen als Arbeitgeber. Opladen: Leske + Budrich
- Birkhölzer, Karl / Kistler, Ernst / Mutz, Gerd (Hrsg.) (2004): Der Dritte Sektor. Partner für Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Bode, Ingo (2004): The Quality of Nonprofit Employment - Patterns and Dynamics of Work Organisation in the German Third Sector. In: Zimmer, Annette/ Stecker, Christina (Hrsg.), Strategy Mix for Nonprofit Organisations: Vehicles for Social and Labour Market Integration. New York: Kluwer / Plenum Press
- Bode, Ingo / Graf, Achim (2000): Im Trend, aber auf eigenen Wegen. Arbeit und Organisation im Dritten Sektor. In: Brose, Hanns-Georg (Hrsg.), Die Reorganisation der Arbeitsgesellschaft. Frankfurt a.M.: Campus
- Bode, Ingo / Evers, Adalbert / Schulz, Andreas (2004): A Third Way to Employment and Integration? Social Enterprises in Europe between Workfare and Welfare. In: Zimmer, Annette / Stecker, Christina (Hrsg.), Strategy Mix for Nonprofit Organisations: Vehicles for Social and Labour Market Integration. New York: Kluwer / Plenum Press
- Evers, Adalbert (1995): Part of the welfare mix: the third sector as an intermediate area. In: *Voluntas*, 6. Jg., Nr. 2
- Evers, Adalbert / Rauch, Ulrich / Stitz, Uta (2002): Von öffentlichen Einrichtungen zu sozialen Unternehmen. Hybride Organisationsformen im Bereich sozialer Dienstleistungen. Berlin: Edition Sigma
- Rifkin, Jeremy (1995): Das Ende der Arbeit und ihre Zukunft (Original: *The End of Work*). Frankfurt/ New York: Campus
- Simsa, Ruth (2001): Gesellschaftliche Funktionen und Einflussformen von Nonprofit-Organisationen. Frankfurt a.M. u.a.: Peter Lang
- Voß, G. Günter (1998): Die Entgrenzung von Arbeit und Arbeitskraft. Eine subjektorientierte Interpretation des Wandels der Arbeit. In: *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung*, Nr. 3
- Weisbrod, Burton A. (Hrsg.) (1998): *To Profit or Not to Profit: The Commercial Transformation of the Nonprofit Sector*. Cambridge u.a.: Cambridge University Press

- Wex, Thomas (2003): Die Strategie erwerbswirtschaftlicher Ökonomisierung. Eine Kritik und ein Plädoyer für eine genuine Nonprofit-Ökonomik. In: Arbeitskreis Nonprofit-Organisationen (Hrsg.), Mission Impossible? Strategien im Dritten Sektor. Frankfurt/ Gelsenkirchen: Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge/ VSTP Verlag Soziale Theorie & Praxis
- Wex, Thomas (2004): Der Nonprofit-Sektor der Organisationsgesellschaft. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag/ Gabler Edition Wissenschaft
- Zimmer, Annette (2000): Die Zukunft der Arbeit in Europa. Münster: Universität Münster (Münsteraner Diskussionspapiere zum Nonprofit-Sektor - Sonderband 2).
- Zimmer, Annette / Priller, Eckhard (2004): Gemeinnützige Organisationen im gesellschaftlichen Wandel. Ergebnisse der Dritte-Sektor-Forschung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften

Nachruf auf Dr. Thomas Wex (1962-2004)

Dr. rer. pol., Dipl. Soz., Dipl. Betriebswirt

Thomas Wex hat sich als Soziologe und Ökonom mit sehr unterschiedlichen Aspekten des Dritten Sektors befasst und dabei sehr viel zu einem interdisziplinären Austausch beigetragen. Ihm war es v.a. ein Anliegen, die Besonderheiten von Organisationen des Dritten Sektors im Unterschied zu staatlichen Einrichtungen und Wirtschaftsunternehmen aufzuzeigen und den Eigenwert und die potentielle gesellschaftliche Bedeutung dieses Bereiches hervorzuheben.

1997 gehörte Thomas Wex zu den Gründungsmitgliedern des AKNPO (Arbeitskreis Nonprofit-Organisationen), einer Plattform von WissenschaftlerInnen unterschiedlicher Fachrichtungen zur Auseinandersetzung mit dem Dritten Sektor.

Seine Dissertation wurde 2003 mit dem Universitätspreis der TU-Chemnitz ausgezeichnet und unter dem Titel „Der Nonprofit-Sektor der Organisationsgesellschaft“ 2004 veröffentlicht.

Zuletzt war Thomas Wex als wissenschaftlicher Mitarbeiter im BMBF-Projekt „Entgrenzung von Arbeit“ an der TU Chemnitz tätig.

Wir – die OrganisatorInnen der Tagung - haben ihn als überaus zugewandten, humorvollen und kompetenten Menschen kennen gelernt. Wir haben sehr gerne mit ihm zusammengearbeitet und dies als große Bereicherung empfunden.

Die Beschäftigungswirkungen des Dritten Sektors in europäischer Perspektive

Dr. sc. Eckhard Priller (Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung)

1. Einleitung

Mit dem folgenden Beitrag sollen die Beschäftigungswirkungen des Dritten Sektors in der europäischen Perspektive vor allem quantitativ dargestellt werden. Dazu sind folgende Vorbemerkungen erforderlich.

Erstens: Der Dritte Sektor wird zu eng gefasst, wenn er nur als arbeitsmarktpolitisches Instrument angesehen wird. Er ist weit mehr und hat neben seinem bedeutenden arbeitsmarktpolitischen Stellenwert wichtige Aufgaben im Rahmen der Wohlfahrtsproduktion, der Umsetzung von Sozialpolitik, der Realisierung von Demokratie und Zivilgesellschaft sowie bei der sozialen Integration zu leisten. Es ist deshalb wichtig, von der vierfältigen Kontextbindung und Multifunktionalität des Dritten Sektors zu sprechen.

Zweitens: Ungeachtet der erhöhten Aufmerksamkeit, die der Dritte Sektor im öffentlichen Diskurs erfährt, wird seine Bedeutung von der Politik noch immer gern übersehen. Seine Organisationen werden meist nur als Restkategorie behandelt und die von ihnen erbrachten Leistungen tauchen in Reden und Analysen der Politik kaum auf. Der Bereich wird ignoriert, weil man meint, die Organisationen hätten in ihrer Differenziertheit und Kleinteiligkeit nicht genügend Macht und könnten keine relevante wirtschaftliche Leistungskraft in die Waagschale werfen. Die geringe Wertschätzung, die der Dritte Sektor bis heute erfährt, schlägt sich u. a. in seiner unzureichenden Verankerung im amtlichen statistischen System nieder. Bislang liegen deshalb nur vereinzelte Angaben vor, mit denen zum einen europaweite Vergleiche möglich sind und die zum anderen Veränderungen im Zeitverlauf berücksichtigen. Letztlich sind solche Angaben aber erforderlich, um Aussagen zum Wachstum und zu den Strukturveränderungen des Dritten Sektors vornehmen zu können.

Eines der wenigen Projekte, auf die man sich deshalb auch im europäischen Vergleich immer wieder bezieht, ist das Johns Hopkins-Projekt. Es ist Anfang der 1990er Jahre aus der Situation heraus entstanden, dass Politik und Wissenschaft den Dritten Sektor vernachlässigten und er deshalb ein weißer Fleck auf der Landkarte moderner Gesellschaften war. Die Grundidee des unter der Leitung der Johns Hopkins Universität entwickelten international vergleichenden Projekts bestand darin, den ökonomischen Stellenwert des Dritten Sektors als Ausgangspunkt für seine analytische Betrachtung zu wählen. Mit einem soliden statistischen Überblick und mit der quantitativen Erfassung sollte die Eigenständigkeit des Sektors belegt werden. Dabei den Schwerpunkt auf die wirtschaftlichen Aspekte zu legen, entsprach der simplen Logik der wirtschaftsgläubigen Neuzeit.

Während in der ersten Phase des Hopkins-Projektes (bis 1994) acht Länder involviert waren, liegen inzwischen weltweit Angaben aus 35 Ländern vor. Die Daten zu den meisten Ländern stammen allerdings noch aus den 1990er Jahren. Für Europa kann zur Zeit auf Angaben aus 17 Ländern zurückgegriffen werden. Eine dritte Phase des Projekts zur Aktualisierung der Datenbasis ist gegenwärtig in Vorbereitung.

Das Projekt stellte sich die Aufgabe, die Erfassung des Dritten Sektors auf Länderebene, und zwar in quantitativer Hinsicht vorzunehmen - d.h. der Sektor wurde vor allem in seinen ökonomischen Dimensionen und hierbei hinsichtlich der Zahl der Arbeitsplätze, des finanziellen Umsatzes und dessen Quellen sowie der von ihm erbrachten Leistungen vermessen. Doch auch die besondere Qualität des Sektors, seine Einbettung in historische Traditionen, seine Verbindungen zur Politik, seine rechtlichen Rahmenbedingungen, seine zivilgesellschaftliche Bedeutung und der Umfang des bürgerschaftlichen Engagements wurden jeweils auf Länderebene untersucht.

Zum Dritten Sektor, soweit sei an dieser Stelle noch einmal das Johns Hopkins-Projekt zitiert, sind alle diejenigen Organisationen zu rechnen, die formell strukturiert, organisatorisch unabhängig vom Staat und nicht gewinnorientiert sind, die eigenständig verwaltet werden, keine Zwangsverbände darstellen und zumindest zu einem Teil von freiwilligen Beiträgen (Geld, Zeit) getragen werden. Über diese dem Projekt zugrunde liegende Definition kann man unterschiedlicher Meinung sein, gleichwohl konnten auf ihrer Grundlage wichtige Vergleichsdaten gesammelt werden. Im Rahmen des Projektes wurde des Weiteren in Zusammenarbeit mit der UN-Statistik eine Methodik zur Erfassung des Dritten Sektors auf nationaler Ebene entwickelt. Diese wird nicht nur umfassend diskutiert, sondern sie fand bereits in einigen europäischen Ländern praktische Anwendung (Belgien, Italien) und wird in weiteren erprobt (Frankreich). Eine Konferenz zu Erfahrungen mit der Umsetzung dieser Methodik wurde von der Europäischen Kommission organisiert und fand im Mai 2004 in Brüssel statt.

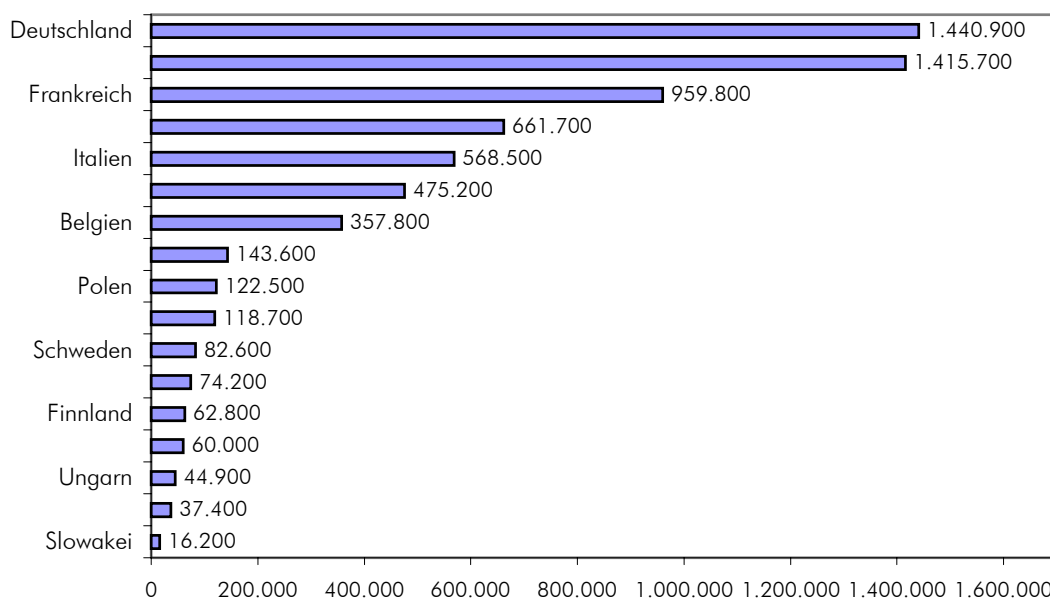
Meinen Beitrag habe ich in folgender Weise strukturiert:

Am Anfang werden konkrete Angaben zur Beschäftigung im Dritten Sektor in Europa vorgestellt. Daran schließt sich eine Zusammenfassung der quantitativen Ergebnisse und die Formulierung von Hauptaussagen an. Dabei konzentriere ich mich auf die Suche nach jenen Faktoren, die sich als entscheidend für die Beschäftigungswirkung des Dritten Sektors auf nationaler Ebene herausstellen. In einem abschließenden Ausblick sind Schlussfolgerungen und mögliche Perspektiven für die beschäftigungspolitische Bedeutung des Dritten Sektors darzustellen.

2. Der Dritte Sektor in Europa - beschäftigungsstark aber mit großen nationalen Unterschieden

Die wichtigsten quantitativen Ergebnisse zur europäischen Dimension des Hopkins-Projektes lassen sich zusammenfassend in einigen Abbildungen darstellen.

Abb. 1: Anzahl der Beschäftigten im Dritten Sektor in Europa



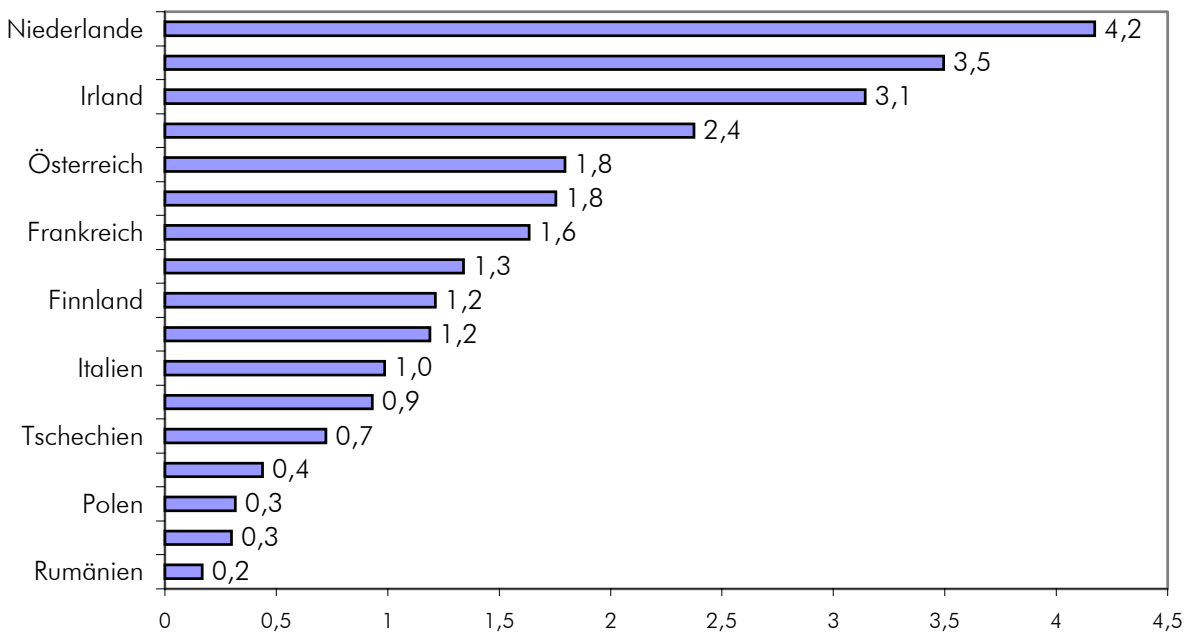
Quelle: Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project

Für die zweite Hälfte der 90iger Jahre weist der Sektor in der europäischen Perspektive der untersuchten 17 Länder einen Beschäftigungsumfang von 6,6 Millionen Arbeitsplätzen in Vollzeitäquivalenten auf. Bei der Umrechnung in Vollzeitäquivalente werden die Stunden der Teilzeitbeschäftigten zu Vollzeitstellen umgerechnet. Die Zahl der in regulären Arbeitsverhältnissen Beschäftigten in diesem Bereich (Voll-, Teilzeit und geringfügig Beschäftigte) war mit rund 10 Millionen Menschen noch weit höher. Damit hatte die bezahlte Arbeit im Dritten Sektor einen Anteil von rund 5 Prozent an der Gesamtbeschäftigung der untersuchten 17 Länder. Der Anteil der hier realisierten Arbeit erhöhte sich allerdings noch, wenn neben der bezahlten Beschäftigten die ehrenamtlich und freiwillig geleisteten Tätigkeiten mit einbezogen wurden, durch die sich der Dritte Sektor bekanntlich im besonderen Maße auszeichnet. Unter Berücksichtigung dieser Tätigkeiten erreicht der Dritte Sektor (auf der Grundlage einer Berechnung auf der Basis von Vollzeitäquivalenten) einen Wert von 5,6 Prozent an der Gesamtbeschäftigung.

Nach den absoluten Zahlen hat Deutschland mit 1,4 Millionen Beschäftigten auf Vollzeitäquivalenzbasis bzw. mit 2,1 Millionen Gesamtbeschäftigten die meisten Arbeitsplätze im Dritten Sektor in Europa. Es folgen mit Großbritannien und Frankreich weitere große Nationen. Danach kommen aber bereits die Niederlande, deren Bevölkerung mit 7,9 Millionen Bürgern nur halb so groß ist wie jene Polens (mit 14,5 Millionen Bürgern). Polen steht allerdings erst auf dem 9. Platz einer Rangordnung nach der Größe des Dritten Sektors. Dies kann als erster Hinweis anzusehen, dass die Beschäftigtenzahl im Dritten Sektor nicht zwangsläufig mit der Bevölkerungszahl in Verbindung steht. Die beschäftigungswirksame Größe des Dritten Sektors ist also nicht von der Anzahl der in einem Land lebenden Bürger abhängig.

Stellt man eine Relation zwischen den Beschäftigten im Dritten Sektor und der Gesamtbevölkerung auf Länderebene her, ergeben sich im Vergleich zur ersten Abbildung deutliche Verschiebungen in der Rangfolge.

Abb. 2: Anteil der Beschäftigten im Dritten Sektor an der Bevölkerung

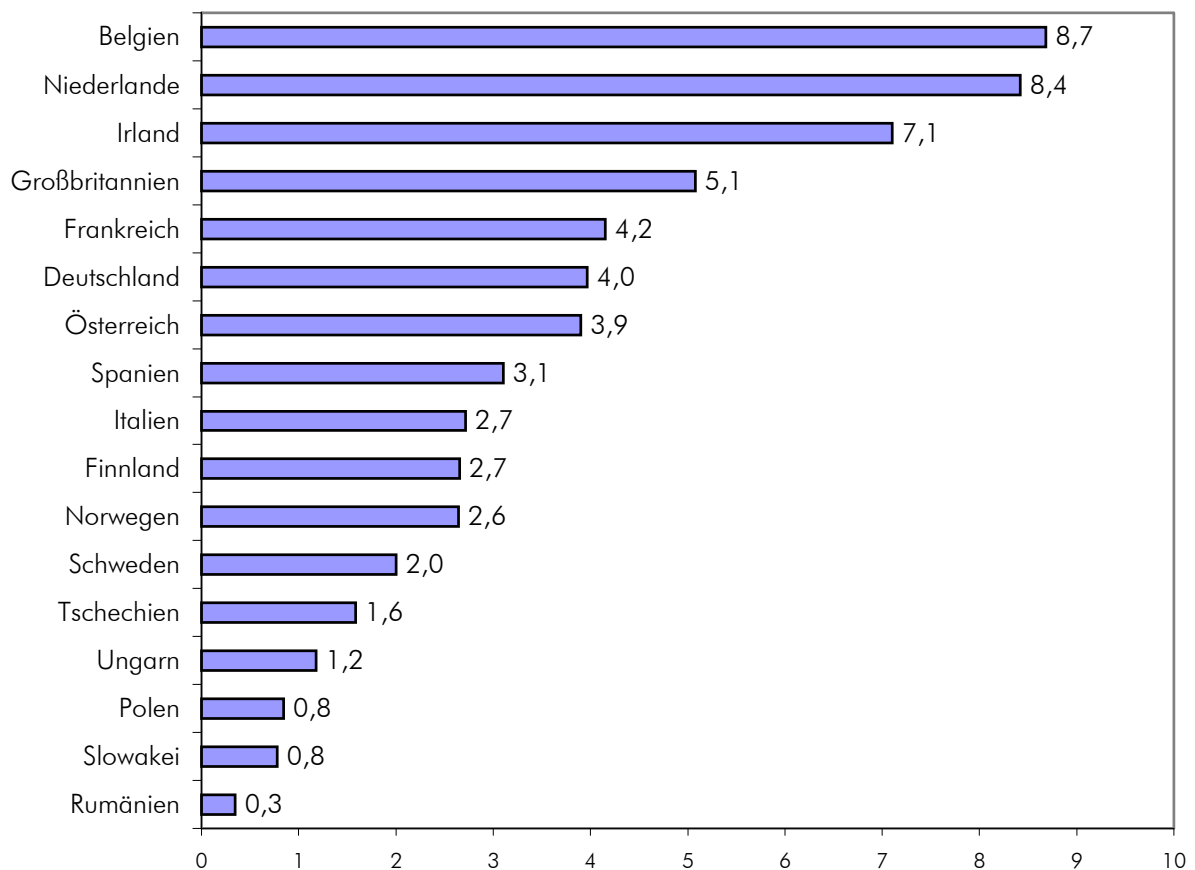


Quelle: Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project

Die Niederlande nehmen demnach anteilig mit den meisten Beschäftigten im Dritten Sektor bezogen auf die Bevölkerung den Spitzenplatz ein. Da Belgien, Irland und Großbritannien mit einem zum Teil nur geringen Abstand folgen, bilden diese vier Länder die Spitzengruppe. Im Mittelfeld sind Österreich, Deutschland, Frankreich, Norwegen und Finnland zu finden. Von Italien abwärts liegt der Anteil der Beschäftigten an der Bevölkerung nur noch bei 1 Prozent bzw. unter 1 Prozent. Bezogen auf die Bevölkerungszahl können wir bei diesen Ländern damit hinsichtlich der Beschäftigungswirksamkeit bislang von einem schwach entwickelten Dritten Sektor sprechen.

Eine ähnliche Gruppierung erhält man, wenn man den Anteil der Beschäftigten im Dritten Sektor mit der Anzahl der Gesamtbeschäftigten in den einzelnen Ländern in Verbindung bringt.

Abb. 3: Anteil der Beschäftigten im Dritten Sektor an den Beschäftigten insgesamt

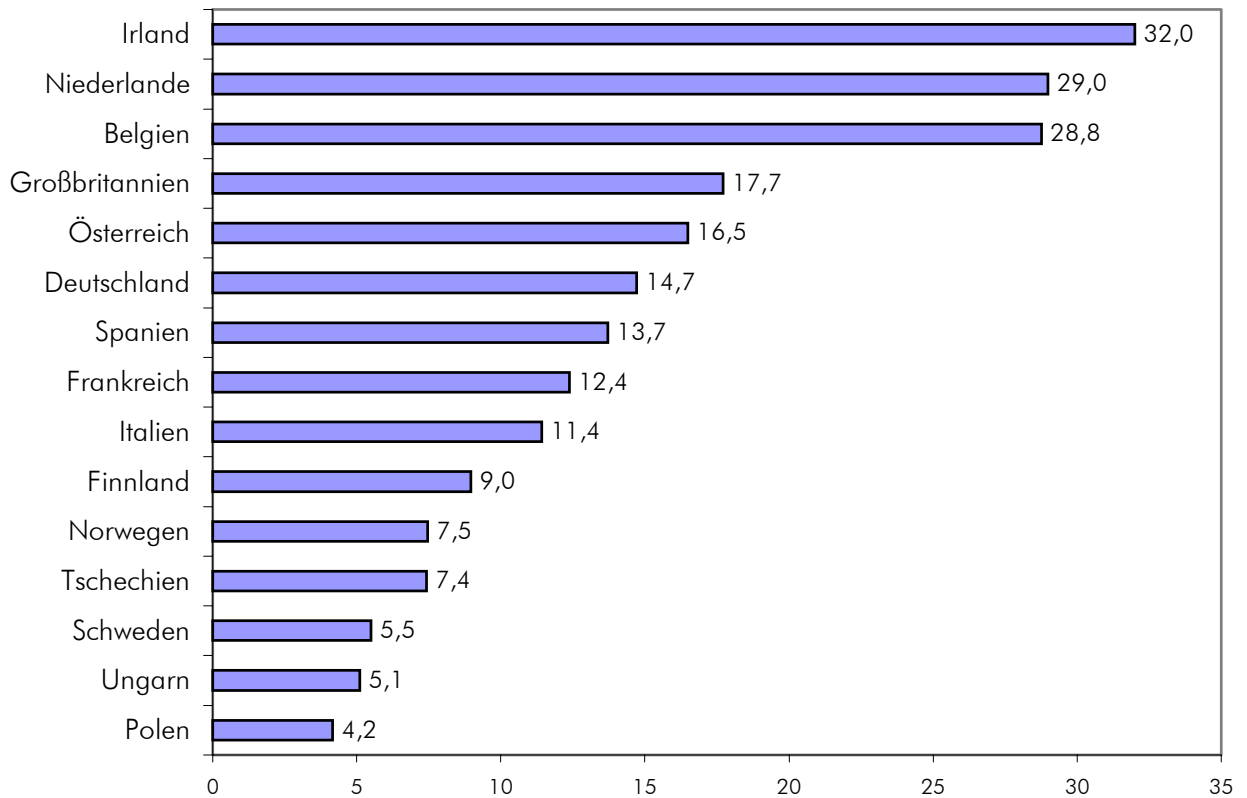


Quelle: Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project

In der Regel tauschen einzelne Länder hier ihre Plätze nur um ein bis zwei Positionen. Belgien, die Niederlande, Irland und bereits mit einem größeren Abstand Großbritannien bilden erneut die Spitzengruppe, während Schweden und die mittel- und osteuropäischen Transformationsländer sich am unteren Ende der Rangfolge befinden.

Dieses Bild bleibt auch erhalten, wenn man auf der Suche nach den Faktoren, die die Größe der Beschäftigung des Dritten Sektors auf nationaler Ebene bestimmen, den Anteil der Beschäftigten im Dritten Sektor in Relation zu den Beschäftigten im Bereich der öffentlichen, persönlichen und sozialen Dienstleistungen setzt.

Abb. 4: Anteil der Beschäftigten im Dritten Sektor an den Beschäftigten im Bereich öffentliche, persönliche und soziale Dienstleistungen



Quelle: Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project

In der Spitzengruppe treten erneut geringe Verschiebungen auf, da Irland in dieser Berechnung den ersten Platz einnimmt und Belgien auf den dritten Rang abrutscht. Die starke Konzentration der skandinavischen Länder, die durch ihre hohen sozialen Standards bekannt sind, am unteren Ende der Rangordnung ist bereits ein Hinweis darauf, dass nicht allein Faktoren wie Bevölkerungsgröße oder Wirtschaftskraft von Einfluss auf die Beschäftigungswirksamkeit des Dritten Sektors sind. In den skandinavischen Ländern finden wir hingegen ein Wohlfahrtsregime, die sich durch die besondere Stärke der staatlichen Einrichtungen in den Bereichen Soziales, Gesundheit, Kultur und Bildung auszeichnen. Die mittel- und osteuropäischen Transformationsländer sind wie bereits zuvor am unteren Ende der Skala präsent. Die Ursachen sind darin zu sehen, dass hier einerseits das allgemeine wirtschaftliche Entwicklungsniveau noch nicht sehr hoch ist und andererseits die staatliche Dominanz aus der Zeit von vor 1990 noch immer Nachwirkungen zeigt. Damit reflektieren sich auch hier die spezifischen sozialstaatlichen Prägungen in der beschäftigungswirksamen Größe des Dritten Sektors.

3. Hauptaussagen

Wichtige Ergebnisse des europäischen Vergleichs:

1. *In allen untersuchten Ländern hat der Dritte Sektor eine beachtliche Beschäftigungswirkung.*
2. *Die Beschäftigungswirkungen des Dritten Sektors weisen in Europa große nationale Unterschiede auf. Bezogen auf die Bevölkerungs- und Beschäftigungsanteile ergeben sich ähnliche Muster.*

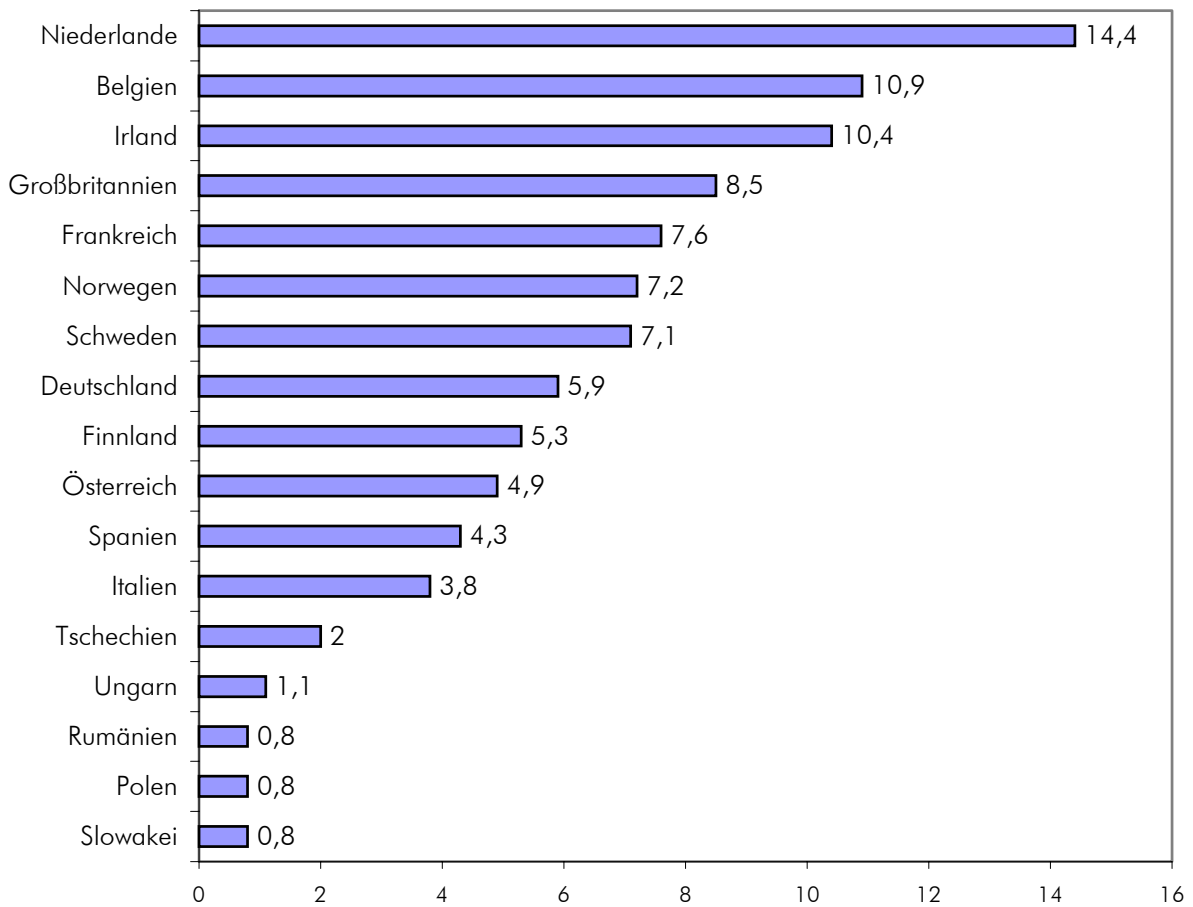
In Europa haben die Niederlande, Irland, Belgien und Großbritannien einen überdurchschnittlich hohen Beschäftigungsanteil im Dritten Sektor. Frankreich und Deutschland liegen im Durchschnitt, während der Anteil in den ost- und mitteleuropäischen Transformationsländern eher gering ist. International vergleichend zeigt sich dabei, dass der Dritte Sektor in jenen Ländern in seiner arbeitsmarktpolitischen und wirtschaftlichen Bedeutung am größten ist, in denen sich auf breiter Basis eine enge Kooperation zwischen Staat und Drittem Sektor entwickelt hat. Dies ist in Deutschland nur in den Bereichen Soziale Dienste und Gesundheit der Fall, nicht aber auf anderen Gebieten wie dem Bildungswesen oder der Kultur. Eine enge Verbindung zwischen dem Staat und den Dritt-Sektor-Organisationen in den Bereichen Bildung und Kultur finden wir hingegen in den Niederlanden. Daraus leitet sich die dritte Feststellung ab.

3. *Die Beschäftigungswirkungen des Dritten Sektors stehen in einem engen Zusammenhang mit seiner internen nationalen Struktur*

Wenn sich der Sektor von Land zu Land im Umfang unterscheidet, liegt das wesentlich an seiner internen Strukturierung. So sind Non-Profit-Organisationen in Deutschland oder Frankreich im Hochschulwesen deutlich weniger präsent als in den Niederlanden. In den ost- und mitteleuropäischen Transformationsländern liegt der Schwerpunkt des Dritten Sektors im Freizeit- und Kulturbereich - ein Drittel der Beschäftigung des Dritten Sektors entfallen hier auf diese Bereiche. Diese spezielle Schwerpunktsetzung ist als ein wesentliches Merkmal der vergleichsweise spezifischen Situation des Dritten Sektors in postsozialistischen Ländern anzusehen. Wir finden diese spezielle Ausprägung u. a. weil es noch nicht zu solchen tragfähigen Kooperationsmustern zwischen Staat und Non-Profit-Organisationen gekommen ist, wie sie sich in westlichen Industrienationen entwickelt haben. Deutlich zeigen sich solche ausgeprägten Kooperationsmuster hingegen in Deutschland, in dem Non-Profit-Organisationen besonders in den Bereichen Gesundheitswesen und Soziale Dienste in enger Kooperation mit dem Staat wirken.

Da im Freizeit- und Kulturbereichen aber oft hauptsächlich mit Ehren- und weniger mit Hauptamtlichen gearbeitet wird, bleibt das Beschäftigungsvolumen in jenen Länder mit einer starken Konzentration auf diese Bereiche eher gering. So verhält es sich auch bei den skandinavischen Ländern. Hier werden öffentliche soziale Leistungen und Gesundheitsaufgaben vor allem von staatlichen Einrichtungen übernommen. Der Dritte Sektor ist stärker im lokalen Umfeld von Freizeit, Kultur und Sport zu finden und damit von eher geringer Beschäftigungswirksamkeit. Bezieht man hingegen das ehrenamtliche Engagement in den Dritt-Sektor-Organisationen dieser Länder in die Beschäftigungsanalyse des Dritten Sektors mit ein, verlassen sie die hinteren Ränge und steigen, wie die folgende Abbildung zeigt, zumindest ins Mittelfeld auf.

Abb. 5: Anteil der haupt- und ehrenamtlichen Beschäftigung im Dritten Sektor an der Gesamtbeschäftigung



Quelle: Johns Hopkins Comparative Nonprofit Sector Project

Allerdings erklärt auch die spezifische Ausprägung des Sozialstaates nicht ausreichend die Beschäftigungswirksamkeit des Dritten Sektors. So haben die Niederlande, Belgien und Großbritannien trotz hoher staatlicher Sozialausgaben gleichzeitig die höchsten Beschäftigungsanteile im Dritten Sektor in Europa. Während Irland mit einem eher schwach ausgebauten staatlichen Sozialsystem ebenfalls zur Spitzengruppe bei der Beschäftigung zählt, liegen die ost- und mitteleuropäischen Transformationsländer hier weit zurück.

Worin sind also weitere Ursachen für Unterschiede auf der nationalen Ebene zu sehen?

4. Historische Traditionen

Einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Beschäftigungswirksamkeit des Dritten Sektors haben historische Traditionen. Auf die besondere Situation und deren Auswirkungen auf den Dritten Sektor in den ost- und mitteleuropäischen Transformationsländer wurde bereits hingewiesen.

Andere, bereits in der geschichtlichen Entwicklung verankerte Ursachen lassen sich für die anderen Länder anführen. An dieser Stelle ist nur Raum für einige Stichwörter. Erinnerung sei an die klassischen Volksbewegungen in Schweden, die zu einer starken Verankerung und engen Bindung des Dritten Sektors auf der lokalen Ebene geführt haben. Für Deutschland spielt das historisch entstandene Subsidiaritätsprinzip eine wichtige Rolle zur Erklärung der Größe und der Struktur des Sektors. Das

Subsidiaritätsprinzip hat den deutschen Wohlfahrtsverbänden zum einen eine privilegierte ökonomische Stellung gesichert, sie aber andererseits auch in einem starken Maße an den Staat gebunden. Dies leitet zugleich zu dem wohl wesentlichsten Einflussfaktor für die Beschäftigungswirkung des Dritten Sektors über, den rechtlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen.

5. Unterschiedliche rechtliche und ökonomische Rahmenbedingungen

Dritt-Sektor-Organisationen bewegen sich nicht in einem rechtsfreien Raum. Allerdings unterscheiden sich die rechtlichen Rahmenbedingungen in den einzelnen europäischen Ländern durch spezifische nationale Regelungen und gesetzlichen Vorschriften. Sie betreffen sowohl die Gründung einer Organisation als auch Fragen der Transparenz, die Kooperation und die Kontrolle. Die Regelungen und Gesetze können in ihrer unterschiedlichen Ausrichtung Dritt-Sektor-Organisationen fördern oder sie auch in ihrer Tätigkeit behindern. Um es deutlich zu sagen: Dritt-Sektor-Organisationen benötigen bestimmte Rahmenbedingungen. Sie müssen selbstverständlich in der Lage sein, längerfristig zu planen. Doch wenn wir z. B. Deutschland betrachten, dann sind den ökonomischen Entfaltungsmöglichkeiten der Organisationen enge Grenzen gesetzt. Die Mehrheit der Dritt-Sektor-Organisationen ist nach wie vor als eingetragener Verein organisiert. Doch nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch ist dies eine Organisationsform für Aktivitäten im kleinen Kreis und für die viele gegenwärtige und künftige Aktivitäten nicht geeignet. Veränderungen sind ebenfalls für die umständlichen Regelungen der Abgabenordnung erforderlich. Was gemeinnützig ist und was nicht, entscheidet in Deutschland nicht die Bürgerschaft als politische Gemeinschaft, sondern der Fiskus. Wen wundert es, dass die Rationalität des Finanzamtes nicht immer nachzuvollziehen ist und vor allem so genannte staatsentlastende Aktivitäten als gemeinnützig anerkannt werden. Modifikationen bedürfen auch die umständlichen Förderbestimmungen der öffentlichen Hand. Im Gestrüpp der Zuständigkeiten kennt sich heute kaum noch jemand aus. Auch von der Ressortblindheit der öffentlichen Hand sind Dritt-Sektor-Organisationen ganz besonders betroffen, da sie in der Regel vernetzt arbeiten und ihr Tätigkeitsprofil meist mehrere Ressortzuständigkeiten umfasst.

4. Schlussfolgerungen und Perspektiven

Die Frage, ob die Organisationen zwischen Staat und Markt langfristig in der Lage sein werden, ihre Arbeitsplätze zu halten oder mehr Arbeitsplätze zu schaffen, ist von großer Aktualität. Für bestimmte Hoffnungen, die damit verknüpft werden, gibt es einen realen Hintergrund. In einigen Ländern, für die Vergleichsdaten zumindest zu zwei Zeitpunkten vorliegen, zeichnete sich in den 1990er Jahren im Dritten Sektor eine enorme Beschäftigungsdynamik ab. Während gesamtwirtschaftlich keine oder nur geringe Beschäftigungszuwächse vorlagen, erreichte der Dritte Sektor in diesen Ländern in den 1990er Jahren jährliche Wachstumsraten bei der Beschäftigung, die um vier Prozent lagen. Für einige Länder, zu denen auch Deutschland gehört, ist dieses beachtliche Beschäftigungswachstum seit ca. 3-4 Jahren zurückgegangen und hat sich nach dem Jahre 2000 nicht weiter fortgesetzt. Zwar steigt die Beschäftigung in einigen Bereichen wie Umwelt, Kultur, Bildung oder internationale Aktivitäten weiter an, doch in den zentralen Beschäftigungsfeldern des Dritten Sektors wie Gesundheit und Soziale Dienste ist eine Stagnation bzw. sogar ein Rückgang im Beschäftigungsvolumen festzustellen.

Weitere Veränderungen sind in Deutschland, zumindest unter dem Gesichtspunkt der Bereitschaft der Wohlfahrtsverbände, im Kontext von Arbeitsmarktreformen (Hartz IV) so genannte ein Euro-Jobs zu übernehmen, zu erwarten. Mit welchen Auswirkungen für die Beschäftigungswirkung im Dritten Sektor zu rechnen ist, erscheint gegenwärtig noch nicht absehbar. Ob eine vielfach erwartete Reduzierung bisher vorhandenen Beschäftigungsverhältnisse eintreten wird oder im Gegenteil zunehmend mehr Arbeitsplätze im Dritten Sektor geschaffen werden, ist nicht nur eine Frage von

hoher beschäftigungspolitischer Brisanz sondern deren Beantwortung entscheidet auch darüber, in welche Richtung sich der Dritte Sektor künftig gesellschaftspolitisch bewegen wird.

Nachfrage zum Vortrag von Eckhard Priller:

Fragesteller: Zu dem Stichwort Zugriff der Abgabenordnung, die Sie kurz erwähnt haben, auf Ergebnisse des Dritten Sektors. Gibt es genauere Zahlen, wie viel da abgeschöpft wird, bezogen auch auf unterschiedliche Länder in Europa?

Eckhard Priller: Wir haben in dem Johns-Hopkins-Projekt auch gefragt, woher das Geld der Organisationen kommt und wo es hinfließt. Ich muss dazu sagen, dass wir sicherlich gerade diese finanzielle Seite der Non-Profit-Organisationen künftig noch viel stärker ins Blickfeld nehmen müssen. Wir hatten in Deutschland Mitte der neunziger Jahren einen staatlichen Finanzierungsanteil am Dritten Sektors von 64%. Anfang der neunziger Jahre lag er noch bei 68%. Dieser Anteil ist sicherlich in den letzten Jahren weiter zurück gegangen. Die Frage ist nun, woher diese Differenz kommen wird, wenn die staatlichen Mittel zurückgehen. Ist es möglich, die Differenz durch die Erhöhung der Spendenanteile, über Sponsoring oder ähnliche Formen auszugleichen oder bleibt dort eine Lücke, die letztendlich dann an erster Stelle zu Lasten von mehr Beschäftigung im Dritten Sektor geht?

Der Dritte Sektor in Deutschland - Ergebnisse einer Unternehmensbefragung

Prof. Dr. Ernst Kistler (INIFES, Stadtbergen, Deutschland)

Meine Damen und Herren,

das Projekt, dessen Ergebnisse ich Ihnen hier vorstellen werde, wurde vom BMBF gefördert und mit Daten des IAB-Betriebspanels durchgeführt. Ich werde dabei vor allem einige Vergleiche zwischen dem Dritten Sektor und dem Durchschnitt der gesamten Volkswirtschaft anstellen.

Beginnen möchte ich mit einem Zitat (vgl. Darstellung 1), das die wohl wichtigste Hoffnung ausdrückt, die mit dem Dritten Sektor verbunden ist, die Schaffung von Arbeitsplätzen. Eckhard Priller hat vorhin über solche Zahlen auf europäischer Ebene geredet. Wir sind mit unseren deutschen von seinen Ergebnissen und der Schätzung der EU-Kommission nicht weit entfernt, wenn man das so grob sagen darf. Da steht, dass 6,6% der Beschäftigten in Europa im Dritten Sektor wären - „obwohl es keine eindeutige Definition dieses Sektors gibt“. Wie man dann auf eine kommastellengenaue Zahl kommen kann, ist mir zwar etwas schleierhaft: Bitte betrachten Sie daher alle Zahlen, die Sie im Folgenden von mir hören, immer unter dem Aspekt, dass es sehr schwer ist, diesen Sektor zu erfassen.

Darstellung 1: Beschäftigungsmotor Dritter Sektor

„Obwohl es keine eindeutige Definition dieses Sektors gibt, kann man davon ausgehen, dass die Organisationen des Dritten Sektors 6,6% der Beschäftigung in Europa ausmachen“.

Quelle: Europäische Kommission, 2001.

Wir haben die Untersuchung mit dem IAB¹-Panel des Jahres 2000 durchgeführt. Dieses ist eine sehr große, elabourierte Stichprobe von ca. 14.000 deutschen Unternehmen und Dienststellen mit mindestens einem sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten - inzwischen werden jährlich rund 16.000 Betriebsinhaber bzw. Personalverantwortliche befragt. Wir haben uns zunächst bemüht, in dieser Erhebung Betriebe im Dritten Sektor herauszufiltern (vgl. Darstellung 2).

Darstellung 2: Zahl der Betriebe die nach der Vorselektion (1. Auswahlschritt) mittels Adressenaus-zählung (2. Auswahlschritt) in der Stichprobe verbleiben und die entsprechenden Hochrechnungswerte

Branchen-Kategorien	1. Auswahlschritt	2. Auswahlschritt		
	Anzahl Betriebe	Anzahl Be-triebe	Anzahl Be-triebe	Anzahl Beschäftigte
Nr. 34,35,37	1.039	649	55.855	1.724.240
Nr. 39	365	160	20.451	216.490
Zusammen	1.404	809	76.306	1.940.730

Quelle: INIFES, nach IAB-Betriebspanel 2000.

¹ Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, dies ist das Forschungsinstitut der Bundesagentur für Arbeit

Was in diesem kleinen Schema recht einfach aussieht, ist in Wirklichkeit schwierig und viel Arbeit, weil Sie unter Datenschutzaspekten an die Originaldaten nicht direkt herankommen. Sie können das nur zusammen mit dem Umfrageinstitut (Infratest) machen. Wir haben die Betriebe nach Art der Organisation und Branchen zunächst gefiltert und dann im Einzelnen noch einmal genau geprüft, um was für einen Betrieb es sich handelt. Konkret: Ist das z.B. eine Fitness GmbH oder ein Sportverein? Die Reduzierung des Teilsamples durch genaue Prüfung lässt sich auch anhand der Zahlen nachvollziehen. Von den 14.000 Betrieben insgesamt hatten wir im ersten Schritt 1404 Betriebe identifiziert und dann reduziert auf 809 Betriebe, die dem Dritten Sektor auch wirklich zugehören. Es können unbestritten noch einige Irrläufer enthalten sein, man kann ja letztendlich nie garantieren, dass sie z.B. wirklich alle „Non-Profit“ sind.

Uns ging es dabei eigentlich nicht darum, festzustellen, wie groß der Dritte Sektor in Deutschland ist - das war nur ein Nebenprodukt. Uns ging es primär darum, und das kann man nur mit einer Datei dieser Größe und Art machen, einen Vergleich von Beschäftigung im Dritten Sektor, speziell seinen Arbeitsbedingungen, mit dem Durchschnitt der Wirtschaft bzw. anderen identifizierbaren Branchen anzustellen. Wir haben dazu auch einige Vergleiche mit dem Dienstleistungssektor gezogen, der dem Dritten Sektor im Gegensatz zur Produktion eher nahe steht.

Was ich Ihnen hier als Dritten Sektor beschreibe, sind also Ergebnisse von 809 Betrieben. Die stehen, wenn man eine Hochrechnung macht, für ca. 76.000 Betriebe mit ca. 1,9 Million Beschäftigten insgesamt in Deutschland im Jahr 2000. Wohlgermerkt, hier sind auch geringfügig Beschäftigte enthalten, nicht jedoch ehrenamtlich Beschäftigte oder Personen mit Werkverträgen bzw. Aushilfen, weil diese nicht als Beschäftigte im Sinne dieser Untersuchung gelten.

Zunächst zu den Ergebnissen in Richtung Beschäftigungsleistung (vgl. Darstellung 3).

Darstellung 3: Beschäftigungsentwicklung Mitte 1999-Mitte 2000 (Zuwachs in %)

	<i>D</i>	<i>West</i>	<i>Ost</i>
<i>Alle Panelbetriebe</i>	1	2	1
<i>Alle Dienstleistungsbetriebe</i>	3	4	1
<i>Teilstichprobe Dritter Sektor</i>	4	4	4

Im Berichtszeitraum des letzten Halbjahres 1999 und des ersten Halbjahres 2000 hatte danach der Dritte Sektor ein Beschäftigungswachstum von vier Prozent, und zwar in Ost wie West. Dieses wird in Westdeutschland nur noch erreicht vom Dienstleistungssektor, diesem vielgelobten Beschäftigungsmotor, und liegt weit über dem Durchschnitt aller Betriebe, bzw. der Gesamtwirtschaft (+2% West; -1% Ost). Dies ist ein enormer Zuwachs! Das liegt sicherlich auch an den geringfügig Beschäftigten (+29% im Osten in Dritt-Sektor-Betrieben; +12% in allen Betrieben).

Die Beschäftigungserwartungen sind im Osten in Dritt-Sektor-Betrieben allerdings im Schnitt pessimistischer als im Westen. Im Dritten Sektor - und das kann man wohl unbesehen bis heute prolongieren - haben wir eine große Verunsicherung über die Rahmenbedingungen.

Auch innerhalb der Branchen „Gesundheit und Soziales“ plus „Kultur, Sport und Unterhaltung“ haben die Dritt-Sektor-Betriebe in Ost und West einen größeren Beschäftigungszuwachs zu verzeichnen als der Schnitt aller Betriebe dieser Branchen. Das belegt nochmals: Der Dritte Sektor ist

durchaus aus sich heraus ein Beschäftigungsmotor. Das zu erkennen ist wichtig, weil gerade in Deutschland - der Kollege von der EU hat es schon angedeutet - noch ein gewisser Rückstand im Verständnis der Bedeutung des Dritten Sektors in der Politik herrscht.

Im Dritten Sektor ist der hohe Frauenanteil an den Beschäftigten auffällig, der mit einem hohen Teilzeitanteil einhergeht. Besonders im Osten findet sich ein hoher Anteil an befristet Beschäftigten, was mit der von Kollegen Priller schon angesprochenen Personalfuktuation zu tun hat. Die geringfügige Beschäftigung ist im Bestand im Westen leicht über-, im Osten (noch) leicht unterproportional. Wie gesagt, der Frauenanteil ist größer; aber auch bei Älteren - einer anderen „Problemgruppe“ des Arbeitsmarktes - liegt der Anteil der Betriebe, die sagen, sie hätten Erfahrungen mit der Beschäftigung über 50Jähriger im Dritten Sektor weit (49%; im Osten 65%) über dem Gesamtdurchschnitt aller Betriebe. Weiterhin ist der Anteil der Angestellten für qualifizierte Tätigkeiten überproportional hoch. Der Dritte Sektor ist also wohl kein Bereich, in dem massiert Geringqualifizierte untergebracht werden können.

Der Anteil der ausbildenden Betriebe an allen Betrieben in Westdeutschland lag in diesem Jahr 2000 bei 30%, im Dritten Sektor waren es 27%. Im Osten ist die Ausbildungsleistung noch etwas geringer, d.h. die Zahl der nicht ausbildenden Betriebe höher. Ebenfalls ein Problem ist die Übernahme von der Ausbildung in Beschäftigungsverhältnisse. Sie ist im Dritten Sektor geringer als im Durchschnitt aller Betriebe. Im Osten ist diese Relation noch schlechter, was aber vor allem daran liegt, dass dort in unserer Stichprobe viele Betriebe sind, die überbetriebliche Ausbildungsleistungen erbringen und natürlich nach Abschluss der Ausbildung so ihre Auszubildenden übernehmen können.

Außerordentlich positiv ist der Anteil der Betriebe mit Förderung von Weiterbildungen, er liegt in den Dritt-Sektor-Betrieben insgesamt deutlich höher als im Durchschnitt aller Betriebe. In den Gesundheits- und Sozialwesenbetrieben des Dritten Sektors liegt der Anteil ebenfalls erheblich höher als im gesamten Gesundheitssektor. Bei den Organisationen ohne Erwerbscharakter bricht das ein bisschen nach unten ein. Weiterbildung wird aber im Dritten Sektor durchaus stärker gefördert als im Durchschnitt aller Betriebe.

In der politischen Diskussion um den Dritten Sektor gibt es ein Gerücht, das die Tarifgeltung und die Personalvertretung in Dritt-Sektor-Betrieben betrifft: Aus Gewerkschaftssicht etwa gilt der Dritte Sektor häufig als schwer bearbeitbar und gewerkschaftsfern. Dies trifft so nicht zu. Während 15% aller Betriebe im Westen im Durchschnitt ohne Tarifgeltung arbeiten, sind es 14% der Dritt-Sektor-Betriebe! Im Osten ist das Verhältnis 21% zu 14%. Betriebe des Dritten Sektors haben nach den Ergebnissen unserer Auswertung des IAB-Betriebspanels 2000 sogar öfter eine Personalvertretung als der Durchschnitt aller Betriebe. Die Vorstellung, dass der Dritte Sektor ein gewerkschaftsfreier Raum wäre und die Leute dort nur ausgebeutet würden, ist also falsch. Richtig ist dagegen, dass die Löhne im Schnitt niedriger sind. Dabei ist zu beachten, dass im Dritten Sektor die Gehälter je Vollzeitäquivalent deutlich niedriger sind als im gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt, allerdings war - zumindest im Jahr 2000 - dafür die Verbreitung von Sonderzahlungen wie Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, dreizehntem Monatsgehalt im Dritten Sektor wiederum höher.

Die Gesamtbeurteilung ist also ambivalent. Für mich ist die Entlohnungsfrage auch eine der Fragen, die ich am liebsten mit weiteren Panel-Wellen fortschreiben würde, um zu sehen, was sich verändert hat. Sowohl bei den Löhnen als auch bei anderen Sonderzahlungen ist es in der aktuellen Wirtschaftsdebatte ja so, dass Firmen, die bis zu 20% Eigenkapitalrendite haben, angeblich nicht mehr in der Lage sind, die bisherigen Gehälter zu zahlen. Interessant wäre zu sehen, wie sich das heute, einige Jahre später, in der Wirtschaft insgesamt versus dem Dritten Sektor darstellt.

Gründe des Ausscheidens aus dem Betrieb - auch das ist eine interessante Frage, die jedes Jahr im Panel gestellt wird. Hier ist im vorliegenden Kontext besonders die zweite Option von Bedeutung: Kündigung seitens des Betriebes. Solche gab es bei 19% aller Betriebe im Westen im Verlauf des ersten Halbjahres und bei 8% der Betriebe im Dritten Sektor (im Osten: bei 28% aller Betriebe und bei 7% der Betriebe im Dritten Sektor). Offensichtlich ist die Beschäftigung in Dritt-Sektor-Betrieben nicht so häufig von Kündigungen seitens des Betriebes bedroht wie in „normalen“ Betrieben. Der Dritte Sektor hat da doch eine andere Kultur. Dafür ist das Ablaufen von befristeten Verträgen als Grund für das Ausscheiden aus dem Betrieb, natürlich insbesondere im Osten, sehr viel verbreiteter - das ist ja eines der Hauptpersonalprobleme dieser Betriebe.

Darstellung 4: Organisatorische Veränderungen in den Betrieben in den letzten beiden Jahren, Angaben in %

	A	B	C	D	E	F	G	H	I	J	K
Unternehmen des Dritten Sektors											
- Deutschland	3	3	5	14	11	12	6	2	21	3	65
- Westdeutschland	3	3	5	14	12	12	5	2	20	3	65
- Ostdeutschland	3	2	3	13	9	14	6	1	27	1	62
Alle Betriebe											
- Deutschland	7	7	9	7	10	4	3	4	15	2	67
- Westdeutschland	7	8	9	8	11	4	3	4	15	2	67
- Ostdeutschland	6	6	9	6	8	3	3	4	16	2	68
Dienstleistungsbetriebe											
- Deutschland	7	4	6	7	9	4	3	3	13	2	72
- Westdeutschland	7	4	6	7	9	4	2	3	13	2	71
- Ostdeutschland	5	2	6	6	8	3	3	3	14	1	73

A mehr Eigenleistung/-Fertigung

B mehr Zukauf von Produkten/Leistungen

C neue Beschaffungs-/Vertriebswege

D Reorganisation von Bereichen

E Verlagerung von Verantwortung nach unten

F Einführung von Gruppenarbeit

G Einführung eigener Kosten-/Ergebnisrechnung

H Umweltbezogene Maßnahmen

I Verbesserung Qualitätssicherung

J sonstige Maßnahmen

K keine organisatorischen Änderungen

Nun muss man noch ansprechen, auch dieses Stereotyp gibt es, dass der Dritte Sektor angeblich so etwas wie eine windgeschützte Nische sei, wo all die, die sich dem Markt nicht stellen wollen oder können, untergebracht werden bzw. untergebracht sind. Ich nenne Ihnen dazu (vgl. Darstellung 4) ein paar kleine Ergebnisse zu organisatorischen Veränderungen in den Betrieben in den letzten beiden Jahren. Wie in der ersten Zeile für alle Betriebe in Deutschland und in der zweiten Zeile für die Unternehmen des Dritten Sektors in Spalte D deutlich wird, führen Dritt-Sektor-Betriebe z.B. deutlich häufiger Reorganisationsmaßnahmen durch. In der Spalte F findet sich die ‚Einführung von Gruppenarbeit‘ - also die durchaus ambivalente, aber „innovative“ Form des Arbeitens, die vor allem im Pflegesektor wohl häufiger eingeführt wurde - offensichtlich im Dritten Sektor deutlich häufiger als im Durchschnitt aller Betriebe. Die Einführung einer eigenen Kosten- und Ergebnisrechnung - also Profitcenter o.ä. - ist ebenfalls bei Dritt-Sektor-Betrieben deutlich häufiger anzutreffen als im Durchschnitt aller Betriebe, was auch ein Ausdruck der knappen Finanzen von vielen Betrieben im Dritten Sektor ist. Laut Spalte I, und das sollte man vielleicht im Marketing für den Dritten Sektor hervorheben, findet eine Verbesserung der Qualitätssicherung im Dritten Sektor in Ost wie West markant häufiger statt als im Durchschnitt der gesamten Wirtschaft.

Ich komme zum Schluss. Es gibt Vieles, was man über die genannten Ergebnisse hinaus anhand der Daten des Betriebspanels diskutieren könnte. Festzustellen ist: Der Dritte Sektor ist ein Wachstums- und Beschäftigungsmotor. Er bietet besonders Chancen für Frauen, aber auch für Ältere und er ist kein Hort nur für Geringqualifizierte, er ist also zukunftssträftig. Er ist gleichfalls kein Hort durchgängig schlechterer Arbeitsverhältnisse, auch keine windgeschützte Nische für Innovationsabstinenz. Er ist eindeutig, das zeigen andere Indikatoren auf die ich hier nicht eingegangen bin, auf dem Weg zur Professionalisierung. Die Frage, die sich daran anschließt, ist natürlich: Was bedeutet Professionalisierung für den Charakter des Dritten Sektors? Heißt das gleichzeitig Ökonomisierung pur bzw. heißt das gleichzeitig Verzicht auf die bisherigen Sozialziele? Sind diese Dinge vereinbar oder nicht? Was ich da bisher aus dem Bereich der Dritt-Sektor-Forschung höre, klingt mir bisher noch zu sehr nach Wunsch und nicht nach Wirklichkeitsprüfung. Ist also Professionalisierung und Ökonomisierung gleich Vermarktlichung und Privatisierung (mit allen negativen Folgen, wie wir sie heute bei der Privatisierung öffentlicher Leistungen leidvoll erfahren)? Letztendlich erscheint mir ein Angebotsmix oder Wohlfahrtsmix sinnvoll, und diese Zahlen belegen meiner Meinung nach, dass es in Deutschland - obwohl wir nachhinken in der ganzen Dritt-Sektor-Story in Europa - dass wir das durchaus schaffen könnten. Wir dürfen aber eines vor allem nicht tun: Wenn wir von diesem Mix reden, sollten wir nicht gleich in Richtung mehr Staat oder in Richtung noch mehr Markt denken, sondern dieses offen lassen. Ich glaube nämlich, dass dieses „Zwischendrin“ eine ganz tolle Funktion hat. Es ist so ähnlich, wie das „Zwischendrin“ in unserer verfassungsmäßigen Diskussion zwischen Sozialstaat und Wirtschaftsfreiheit im Grundgesetz.

Hinweis: Eine ausführlichere Darstellung der Projektergebnisse findet sich in Dathe, D.; Kistler, E.: Arbeit(en) in Betrieben des Dritten Sektors, in: Birkhölzer, K.; Kistler, E.; Mutz, G.: Der Dritte Sektor. Partner für Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Wiesbaden 2004, S. 175 ff.

Nachfragen zum Vortrag von Ernst Kistler und zur Gesamtdiskussion:

Fragesteller: Ihre Neugierde bezüglich der aktuellen Situation im tariflichen Bereich ist sehr begründet, nehme ich an, und soweit ich das aus der Wohlfahrtspflege kenne, können die Zahlen jetzt überhaupt nicht mehr stimmen. Wenn man jetzt eine Telephonumfrage in Niedersachsen machen würde, welcher Wohlfahrtsverband sich noch in derselben tariflichen Situation befindet wie vor fünf Jahren, würde man das gegenteilige Ergebnis sehen. Ich meine, da dürfen wir uns keiner Illusion hingeben.

Ernst Kistler: Wobei das in der Wirtschaft nicht anders ist - ich habe vorhin auf die 20% Eigenkapitalrendite-Betriebe hingewiesen. Selbst in solchen gut funktionierenden Betrieben wird versucht, die ArbeitnehmerInnen weiter zu erpressen. Daran gibt es überhaupt keinen Zweifel. Beide Zahlenwerte werden nach unten gehen. Aber wir müssen nun überlegen, ob eine Vermarktlichung des Dritten Sektors die Alternative wäre - ich glaube, dass es dadurch noch schlimmer würde.

Fragestellerin: Wo kann man Ihre Zahlen nachlesen? Gibt es da Veröffentlichungen?

Fragesteller: Ich habe Ihre Bemerkung zur Vermarktlichung des Dritten Sektors noch nicht verstanden. Vielleicht können Sie es kurz erläutern?

Ernst Kistler: Es gibt eine Grundtendenz in der Dritt-Sektor-Diskussion, die da lautet, in den Betrieben des Dritten Sektors bis hinein in die klassischen Wohlfahrtsverbände müsste mehr Marktwirtschaftlichkeit regieren. Das heißt mehr klassisches Management bis hin zur Preisgestaltung. Damit ist meines Erachtens ein gewisser Verzicht auf die sozialen Ziele verbunden. Ich glaube, dass dies nicht der richtige Weg ist. Ich glaube, dass diese Sonderstellung zwischen Markt und Staat eigentlich die wichtige Funktion des Dritten Sektors ist. Und ich würde angesichts der Zahlen, die wir hier haben, unter rein arbeitsmarktpolitischen Aspekten einen staatlich geförderten zweiten und dritten Arbeitsmarkt befürworten. Ganz massiv, denn wenn wir das nicht tun, dann bricht uns in dieser Gesellschaft viel mehr weg, als wir bisher erahnen. Da sind die Hartz-Gesetze ein laues Lüftchen, das wir erleben.

Sandra Kotlenga: Ich nehme an, viele, die hier im Raum sitzen haben damit auch einschlägige Erfahrungen.

Fragesteller: Es scheint doch da ein Widerspruch im Raum zu stehen zwischen einerseits der Professionalisierungstendenz und dem Professionalisierungsdruck bei den Non-Profit-Organisationen und andererseits der unterstellten Funktion als Agenturen, um Partizipation am Arbeitsmarkt und Integration in den Arbeitsmarkt sicherzustellen. Das würde ja suggerieren, wenn man diese Funktionen so unkommentiert stehen ließe, dass die Arbeit, die da geleistet wird, einfach so und ohne hinreichende Qualifikation - also auf freiwilliger Basis - gemacht werden könnte. Professionelle Arbeit und Freiwilligenengagement ist ja auch ein Spannungsverhältnis. Vielleicht noch mal eine Frage an Herrn Wex: Inwieweit sehen Sie Ihre These im Gegensatz zu dem, was Herr Kistler vorgetragen hat.

Thomas Wex: Den Widerspruch sehe ich noch nicht so ganz, aber das Problemfeld, das Sie aufmachen ist natürlich gegeben. Eine wichtige Frage, um die sich viele Diskussionen ranken, ist, welche Auswirkungen all diese Modernisierungsprozesse in NPOs in Richtung Professionalisierung, neues Management, neue Steuerungskonzepte, stärkeres Rechnungswesen und Controlling haben. Das ist die entscheidende Frage. Wäre ich ein „ganz normaler“ Betriebswirt, würde ich sagen, die Ziele der Organisationen sind völlig gleichgültig, man kann sie nur besser oder schlechter erreichen, effizienter oder weniger effizient. Gängige Ökonomen argumentieren damit, dass die Instrumente wirtschaftlichen Handelns, die man einsetzt, neutral sind gegenüber den Zielen, die man verfolgt. Man kann alles besser oder schlechter machen. Die andere Variante wäre zu sagen, und darum rankt sich ein Großteil der Diskussion, haben diese Professionalisierungstendenzen, Vermarktlichungstendenzen verschiedenster Art Auswirkungen auf den Charakter, die Besonderheiten, auf die besondere Logik von Non-Profit-Organisationen? Werden die dadurch möglicherweise - vorsichtig gesagt - tangiert, - weiter gefasst - beeinflusst, - ganz weit gefasst - zerstört? Wenn man sich Konzepten aus der Erwerbswirtschaft, aus der Profit-Wirtschaft bedient, kann man dann noch im gleichen Maße seine Qualitäten als NPO, die die eigene von anderen Organisationen unterscheiden, weiterführen oder ausbauen?

Fragesteller: Vielleicht kann ich es ja noch mal auf den Punkt bringen: Dass ich eine gesellschaftlich sinnvolle Arbeit mache als NPO, heißt ja noch nicht zwingend, dass ich das auch beschäftigungsintensiv machen kann.

Ernst Kistler: Das ist richtig und ich würde auch nicht jeder NPO raten, dass sie Beschäftigungspolitik machen soll. Dass sie Arbeitsplätze auf Teufel komm raus - noch dazu Ausbildungsplätze - schaffen soll. Ausbildung z. B. erfordert einiges, was mancher Non-Profit-Betrieb auch nicht kann. Aber wichtig ist, dass man sehen muss, dass es in Non-Profit-Betrieben vielleicht etwas mehr Möglichkeiten einer Beschäftigungspolitik gibt, als in diesen betriebswirtschaftlich durchgestylten Betrieben der neuen Art, die von manchen meiner Kollegen dann sozusagen zum Nonplusultra erklärt werden. Es gibt betriebswirtschaftliche Ziele, es gibt volkswirtschaftliche Ziele und es gibt gesellschaftliche Ziele, außer, man ist nicht bereit, den Begriff Gesellschaft zu akzeptieren, wie es zumindest in Teilen die britischen Konservativen tun. Dann aber ist es eine andere Welt, die wir haben wollen.

Fragesteller: Ich habe eine Frage an Herrn Kistler oder an Herrn Priller: Kommen wir nicht in eine argumentative Sackgasse, wenn wir von dem Dritten Sektor sprechen? Müssen wir nicht einmal anfangen, ein bisschen genauer zu schauen, was sich dahinter verbirgt? Gibt es da nicht auch Tendenzen - der Abbau des zweiten und dritten Arbeitsmarktes ist ja schon massiv im Gange - gibt es nicht gerade in Deutschland die wohlfahrtsverbandlichen Strukturen, die diese tariflichen Arbeitsplätze zumindest noch realisieren können oder in Teilen realisieren können und gibt es nicht daneben wachsende Bereiche der Prekarisierung und da kommen wir natürlich auch zu Ein- und Zwei-Euro-Jobs, wo wir in diesem Sektor auch ein Auseinanderdriften, also eine Polarisierung der Beschäftigungsverhältnisse haben? Wenn ich richtig liege mit meiner Einschätzung, dann meine ich, muss man, wenn man über den Dritten Sektor spricht, auch diese Differenzierungen vornehmen, weil man sonst keinen klaren Blick mehr auf das Feld hat.

Fragesteller: Wenn man mal drei Ziele des Dritten Sektors aufzählt, Zukunftswirksamkeit, Breitenwirksamkeit, Beschäftigungswirksamkeit, stehen sich die Ziele zum Teil entgegen. Denn wenn der Dritte Sektor breitenwirksam sein soll, d.h. Leute, die ausgegliedert sind, an sich binden soll, kann er das nicht immer über Beschäftigung machen. Auf der anderen Seite muss man feststellen - wenn der Dritte Sektor es wirklich ernst nimmt, wieder zukunftswirksam zu werden, wieder breitenwirksam zu werden - dass wir die Krise der Bürgergesellschaft haben, dass gerade den breitenwirksamen Organisationen die Menschen weglaufen. Dann geht die Arbeit nur mit Professionalität. Das heißt, Dritt-Sektor-Organisationen, die sich ihren Zielen bewusster, engagierter stellen, kommen um Professionalität nicht herum. Und nun ist die Frage, und das erlebe ich aus meinem Erfahrungsfeld, dass sehr viele Organisationen des Dritten Sektors, gerade indem sie sich innovativ entwickeln, Personal einstellen müssen und dann diese Beschäftigungswirksamkeit nicht steuern können. Ich kenne viele Organisationen des Dritten Sektors, die in der Personal- und Arbeitspolitik das Know-how nicht haben und sehr schnell vor dem Arbeitsgericht landen. Das heißt, gerade wenn man die Zukunftsperspektive des Dritten Sektors auch in einer beschäftigungswirksamen Professionalisierung sieht, muss man sich überlegen, was man tun kann, um den Dritten Sektor in diesem schwierigen und sensiblen arbeitspolitischen Feld steuerungsfähig zu machen. Ich kenne viele Vereine, die Angst davor haben, Leute einzustellen, weil sie damit immer hereinfliegen und deshalb die Beschäftigungswirksamkeit gar nicht riskieren. Da muss man fragen, wie kann man Vereinen Mut machen, dass sie Aufgaben angehen, die sie nur sinnvoll über Professionalität erreichen können und wie bekommen sie das Handwerkszeug, die Professionalität arbeitsrechtlich und personalpolitisch einigermmaßen verantwortlich und bezahlbar zu organisieren?

Eckhard Priller: Vielleicht zu der ersten Frage. Ich hatte mir als Stichwort für die Diskussion „die Heterogenität des Sektors“ vermerkt. Also zur Frage, die Sie aufgeworfen haben. Es ist zwar sehr entscheidend, dass wir von einem Sektor sprechen, aber dieser Sektor doch ein recht unterschiedliches und diffuses Profil hat. Gerade wenn man in Deutschland die großen „Monopole“ in Form der Wohlfahrtsverbände auf der einen Seite betrachtet, und wir auf der anderen Seite Organisationen haben, die sich fürchten, den Schritt hin zur Professionalisierung zu tun, dann sind das Welten,

die auseinander liegen. Es ist künftig viel stärker zu berücksichtigen, dass wir auf der Organisationsebene dieses breite Spektrum haben, und sich die Organisationen nicht nur hinsichtlich der von ihnen verfolgten Strategien, sondern zugleich in Bezug auf die vorgefundenen Rahmenbedingungen und Voraussetzungen unterscheiden. Beschäftigung in Wohlfahrtsverbänden ist allgemein doch sehr stark geregelt und ich vermute, dass die Daten von Ernst Kistler sehr viele Organisationen und Einrichtungen aus diesem Bereich reflektieren. In anderen Organisationen, damit meine ich vor allem kleine Initiativen und Gruppen im lokalen Raum, die eher mit einer starken zivilgesellschaftlichen Orientierung agieren, haben wir eine völlig andere Sachlage. Gerade bei diesen kleinen Organisationen muss man sich fragen, ob ein Scheitern dieser Organisationen nicht auch einen Erfolg darstellen kann. Eigentlich handelt es sich unter zivilgesellschaftlichen Gesichtspunkten doch um einen Bereich des Ausprobierens und des Experimentierens. In diesem Kontext kann das Scheitern teilweise sogar weiterhelfen und Erfahrungen vermitteln, die in einer anderen Situation oder in einer anderen Organisation verwertet werden können.

Zur zweiten Frage, die sich auf die Professionalität bezog, möchte ich folgendes antworten. Es erscheint mir wichtig zu überlegen, wie die Organisationen zu dem erforderliche Risikokapital kommen, wenn sie den Schritt zur Professionalisierung wagen wollen. Welche Möglichkeiten haben die Organisationen, diesen Schritt zu gehen und wie können sie es erreichen, dass dies dann nicht in einem Desaster endet?

Die sehr unterschiedlichen Eckpunkte im Organisationsspektrum sind in dieser Hinsicht sehr bedeutsam. Während bei den Wohlfahrtsverbänden immer ein großer Verband hinter den Organisationen steht, der auch in bestimmten Situationen eine finanzielle Auffangsituation schaffen kann, haben wir bei anderen Organisationen in dieser Hinsicht vergleichsweise wenig an Absicherung. Um auch diese Form von Organisationen abzusichern, sind gerade auf der lokalen Ebene neue Formen erforderlich.

Ernst Kistler: In unseren Daten, die ich hier vorgestellt habe, geht es nur um Betriebe, die mindestens einen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten haben. Den alternativen Fahrradladen, der keinen Beschäftigten in diesem Sinne hat oder wo es nur ein Selbstständiger ist, die haben wir nicht mit drin. Auch eine Ich-AG, solange sie eine ist, ist nicht enthalten.

Thomas Wex: Noch ein Satz zur Heterogenität des Dritten Sektors. Eine in der Literatur weitverbreitete Aussage ist, dass dieser Bereich so schwer zu fassen ist und so vielfältig ist, dass es überhaupt problematisch ist vom Dritten Sektor zu sprechen. Mich wundert das immer, weil wenn man den Ersten und den Zweiten Sektor betrachtet, also den Staat und die Profit-Wirtschaft, sieht es natürlich bei genauerem Hinsehen genauso aus. Trotzdem sind wir sehr viel leichter als im Dritten Sektor davon überzeugt, dass wir die über einen Kamm scheren können und eine bestimmte Logik, Wirtschaftsweise, ein bestimmtes Funktionieren unterstellen können. Auch in der Wirtschaft gibt es eine enorme Bandbreite, wenn man sich die Literatur ansieht; das geht vom kleinen Handwerksbetrieb mit zwei Gesellen bis zu riesigen internationalen Konzernen. Da fragt man sich, was haben die eigentlich gemein? Trotzdem sind wir der Meinung, man könnte diese Logik auch so benennen. Ich habe das Gefühl, dass wir uns beim Dritten Sektor schwerer tun, weil er ein relativ neues Feld ist. Wir haben einfach noch nicht so lange dazu gearbeitet. Die Traditionen sind kaum vorhanden. Es gibt kaum so etwas wie eine Non-Profit-Forschung als eigene Disziplin, die nur das gemacht hat und das analytisch zerlegt hat, was sich alles dahinter verbirgt.

Eckhard Priller: Ich würde das unterstützen, aber natürlich sprechen wir auch von Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben in der Wirtschaft. Im Dritten Sektor haben wir eine solche Differenzierung bisher zu wenig berücksichtigt.

Thomas Wex: Warum nicht? Konnten wir es nicht oder bietet es sich nicht an? Die Zweiteilung des Dritten Sektors macht schon Sinn, finde ich. Zu sagen, dieser Dienstleistungsbereich einerseits und

der zivilgesellschaftliche Bereich andererseits. Aber die haben natürlich etwas gemeinsam, diese beiden Bereiche. Deswegen fassen wir sie zum Dritten Sektor zusammen.

Fragesteller: Ihre Anmerkungen provozieren eine Frage. Ich möchte ausdrücklich keine Hartz IV-Diskussion anzetteln, aber einen dieser unsäglichen Begriffe aus dem Paket nehmen, nämlich den sogenannten Ein- oder Zwei-Euro-Job. Ich denke, jeder hier im Raum aus Deutschland weiß oder sollte wissen, dass es sich hier nicht um Jobs im engeren oder im eigentlichen Sinne handelt. Da kursieren ja die wildesten Zahlen im Raum. Der Caritas-Verband spricht von 800.000 Beschäftigungsangeboten, unser Wirtschaftsminister hätte gerne gleich anderthalb bis zwei Millionen Arbeitslose weniger und Beschäftigungsverhältnisse durch Ein-Euro-Jobs. Ich hätte gerne Einschätzungen der anwesenden Experten. Werden diese ab nächstem Jahr geschaffenen Beschäftigungsangebote im zweiten Arbeitsmarkt den Dritten Sektor in irgendeiner Form und in welchem Umfang strukturell beeinflussen, umkrempeln, aus den Fugen bringen oder wie sehen Sie da die Entwicklung?

Ernst Kistler: Also ich glaube, es wird einige Geier geben, die mit den Ein-Euro-Jobs absahnen und die in diesem Bereich dann auch überhaupt nichts mehr mit Gemeinnützigkeit zu tun haben. Ansonsten hoffe ich, dass die Bevölkerung, dass die Arbeitslosen diesem Zauber ein Ende machen.

Eckhard Priller: Mir kommt diese Diskussion bei den Wohlfahrtsverbänden auch etwas seltsam vor. Wir haben in Deutschland eine enge Verbindung zwischen dem Staat und den Wohlfahrtsverbände und mir kommt wie ein Kompensationsgeschäft vor; die Zivildienstleistenden fallen weg und an diese Stelle treten diese neuen Formen. Inwieweit das gewollt oder nicht gewollt ist, weiß ich nicht. Die Logik der Kompensation erscheint mir sehr naheliegend zu sein, denn die Zivildienstleistenden sind in den Organisationen erst einmal zu kompensieren. Die Sache mit den Ein-Euro-Jobs liegt da natürlich auf der Hand.

Fragesteller: Ich stimme Herrn Priller völlig zu, aber ich meine, ein anderer Aspekt ist ja von Bedeutung. Die Ein-Euro-Jobs sind ja keine Erfindung von vorletzter Woche. Die gemeinnützige, zusätzliche Arbeit über das BSHG ist im Grunde genommen nichts anderes und die Entlohnungen sind genauso katastrophal, das sagt ja auch der Begriff. Insofern finde ich, dass das eigentlich nur eine weitere Variante zur gemeinnützigen, zusätzlichen Arbeit ist und sich alle Non-Profits, alle freien Träger, die in der Beschäftigungspolitik tätig sind, so sie solche Beschäftigungsverhältnisse aufgenommen haben beziehungsweise angeboten haben und von den Sozialämtern sich solche Jobs haben beschaffen lassen schon seit Jahr und Tag fragen könnten oder darüber nachdenken könnten, was sie da eigentlich machen.

Thomas Wex: Es ist kein Zufall, dass die Wohlfahrtsverbände relativ schnell waren mit der Einrichtung von 1 Euro-Jobs.

Sandra Kotlenga: Die 1 Euro-Jobs im Dritten Sektor werden uns wohl auch heute Nachmittag noch - nach der Pause - intensiver beschäftigen. An dieser Stelle bedanke ich mich zunächst herzlich bei den Referenten und auch bei allen anderen für ihre interessanten Beiträge.

Podiumsgespräch I Die Rolle des Dritten Sektors für die zukünftige Gestaltung von Arbeit



Podiumsgespräch I Die Rolle des Dritten Sektors für die zukünftige Gestaltung von Arbeit

Volker Eick

John F. Kennedy Institut für Nordamerikastudien, Freie Universität Berlin, Deutschland

Eva Hambach

Vlaams Steunpunt Vrijwilligerswerk, European Volunteer Center (CEV), Belgien

PD Dr. Gerd Mutz

Münchener Institut für Sozialforschung (MISS), Deutschland

Dr. Birgit Trukeschitz

Wirtschaftsuniversität Wien, Österreich

Moderation:

Jürgen Klute, Sozialpfarramt Kirchenkreis Herne, Deutschland

Jürgen Klute: Ich begrüße Sie zur zweiten Runde des heutigen Tages. Das Thema lautet „Die Rolle des Dritten Sektors für die zukünftige Gestaltung von Arbeit“. Wir haben eben etwas über die Geschichte gehört, eine Reihe von empirischen Erhebungen, Untersuchungen, die sich im Wesentlichen auf die neunziger Jahren beziehen. Wir wollen in der zweiten Runde den Fokus auf die Gegenwart und auf die Zukunft richten. Zur Diskussion stehen zur Verfügung: Frau Dr. Birgit Trukeschitz. Sie kommt von der Wirtschaftsuniversität in Wien. Dr. Gerd Mutz. Er kommt vom Münchener Institut für Sozialwissenschaften (MISS). Eva Hambach. Sie kommt aus Brüssel / Belgien und arbeitet dort im European Volunteer Centre, einer Lobbyorganisation. Sie vertritt den Bereich der Freiwilligenarbeit, der bisher noch nicht so sehr zur Sprache gekommen ist. Und Volker Eick. Er arbeitet am John F. Kennedy-Institut für Nordamerikastudien in Berlin.

Bevor wir aber die Diskussion eröffnen, möchte ich auf Anregung einiger Teilnehmer im Hinblick auf die ausländischen Gäste noch zwei Sachverhalte kurz erläutern.

Wir haben wiederholt von Ein-Euro-Jobs gehört. Dazu meine erste Anmerkung. Mit den „Reformen am Arbeitsmarkt“ unter dem Stichwort Hart IV sind die sog. Ein-Euro-Jobs eingeführt worden, die ab Januar 2005 greifen sollen. Das heißt, Menschen, die zukünftig Arbeitslosenhilfe erhalten oder Arbeitslosengeld 2 - das sind 345 Euro pro Monat plus Wohngeld - erhalten die Möglichkeit, in bestimmten Bereichen zu arbeiten. Sie bekommen dann einen Euro oder max. zwei Euro pro Stunde zusätzlich zu ihrem Arbeitslosengeld II. Dieses ist allerdings kein Lohn, sondern in den Gesetzesgrundlagen wird von einer Aufwandsentschädigung gesprochen. Das heißt, die Menschen, die diese Tätigkeiten ausüben, haben keinen Arbeitsvertrag, sind nicht in einem Arbeitsverhältnis, sondern sie machen diese Tätigkeiten im Grunde auf Anweisung der Arbeitsagentur und bekommen eine Entschädigung für den Mehraufwand, den diese Tätigkeit ihnen verursacht. Sie haben aber keinen Arbeitnehmerstatus. Alle Rechte, die es bei einem Arbeitsvertrag gibt, gibt es dort nicht. Das Ganze ist verbunden mit Zumutbarkeitskriterien. Man kann solches Angebot nicht einfach ablehnen. Wenn man einmal ablehnt, bekommt man zunächst eine bedingte Kürzung. Das heißt, ein Teil des Arbeitslosengeldes wird gestrichen. Wenn man das Angebot zum wiederholten Male ablehnt, ohne dass man das fundiert begründen kann, kann für eine befristete Zeit das Arbeitslosengeld auch ganz gestrichen werden, so ist das jedenfalls vorgesehen. Damit die Betroffenen in dieser Zeit nicht verhungern, sollen sie Lebensmittelgutscheine erhalten. Das ist die Konstruktion, wie sie gegenwärtig diskutiert wird. Gegenüber den bisherigen Regelungen ist das eine deutliche Verschlechterung. Soweit zu den Ein-Euro-Jobs.

Und nun eine zweite Anmerkung zum Thema Hartz-Kommission. Im Jahr 2002 hat es eine Kommission unter der Leitung von Peter Hartz gegeben, dem Personalchef von VW. Er sollte einen Vorschlag machen, wie die Bundesanstalt für Arbeit reformiert werden könnte, wie sie effizienter gestaltet werden könnte. Das Arbeitsergebnis dieser Kommission ging dann aber sehr weit über den ursprünglichen Auftrag hinaus. Herausgekommen sind Vorschläge zur Veränderung der gesamten Arbeitsmarktpolitik. Sie wurden und werden in vier Gesetzespaketen realisiert. Die Realisierung begann Ende 2002, Anfang 2003 mit Hartz I, dann kamen Hartz II und III, ab Januar 2005 tritt schließlich Hartz IV in Kraft. Hartz IV hat vor allem die Neuregelung des Arbeitslosengeldes, der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe zum Inhalt. Die frühere Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe werden zusammengelegt. Ich will das jetzt nicht weiter ausführen. Man kann aber erkennen, dass diese Änderungen eine tiefgreifende und weitreichende Veränderung der sozialen Sicherungssysteme bedeutet.

Soweit meine Anmerkungen. Kommen wir nun also zu unserer Diskussionsrunde.

Wir haben in der ersten Runde bereits sehr viel über die Beschäftigungswirksamkeit des Dritten Sektors gehört. Das ist ein Ansatz, der den Dritten Sektor kennzeichnet. Es gibt aber noch einen weiteren Aspekt, der unter dem Stichwort Zivilgesellschaft/Bürgergesellschaft diskutiert wird. Hierbei geht es sehr stark um die Konstruktion, um die Generierung von neuen Sinn- und Tätigkeitsmustern durch zivilgesellschaftliches Engagement. Außerdem gibt es einen weiteren Aspekt, den man als Partizipations- und Integrationschancen für Menschen beschreiben könnte, die am ersten Arbeitsmarkt keine Chancen haben. Ein Aspekt, der auch unter dem Begriff zweiter oder dritter Arbeitsmarkt verhandelt wird. Diese Bereiche werden in der Regel für sich diskutiert, sie stehen relativ unverbunden nebeneinander. Das ist in den Diskussionsrunden im ersten Teil bereits zur Sprache gekommen. In dieser zweiten Runde wollen wir versuchen, Vertreter aus diesen verschiedenen Bereichen in einen Austausch darüber zu bringen, ob sich diese Linien miteinander verbinden lassen oder ob man - wie das hier bereits angeklungen ist - einige Sachverhalte entkoppeln und neu definieren muss.

Wir kommen zunächst zur Vorstellungsrunde, die ich gleich mit einer Frage verbinden will: Was ist aus Ihrer spezifischen Sicht unter dem Dritten Sektor zu verstehen?

Birgit Trukeschitz: Herzlichen Dank. Ich arbeite an der Abteilung für Sozialpolitik der Wirtschaftsuniversität Wien und bin dort seit mittlerweile sechs Jahren tätig. Meine Projekte, die mit dem Dritten Sektor zusammenhängen, sind ein abgeschlossenes Projekt zu Beschäftigung im Dritten Sektor und ein zurzeit laufendes Projekt zu Leistungsverträgen im Bereich sozialer Dienstleistungen. Wir haben im Rahmen des Beschäftigungsprojektes eine Primärerhebung in vier Branchen des Dritten Sektors durchgeführt: in den Sozialen Diensten, den Alten- und Pflegeheimen, in Krankenhäusern und in Non-Profit-Schulen. Mein Arbeitsfeld sind die sozialen Dienstleistungen. Wenn ich vom „Dritten Sektor“ spreche, dann denke ich primär an die Branche Soziale Dienste - das vorab zum Verständnis.

Es ist nicht nur die Abteilung für Sozialpolitik, die an der Wirtschaftsuniversität Wien Non-Profit-Sektor Forschung betreibt. Wir haben an der WU-Wien einen Non-Profit-Forschungsschwerpunkt, in dem Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler unterschiedlicher Disziplinen - der Ökonomie, der Betriebswirtschaft, der Soziologie und der Rechtswissenschaften - sich in paar Mal im Jahr zusammenfinden, um Non-Profit-Themen zu besprechen. Diese Forscherinnen und Forscher sind in der Regel nicht hauptsächlich Non-Profit-Sektor ForscherInnen, sondern machen das zusätzlich. Wir verwenden in Österreich neben dem Begriff des Dritten Sektors vorwiegend den Begriff des Non-Profit-Sektors. Meine Beobachtung ist, dass sobald EU-Gelder im Spiel sind, eher vom Dritten Sektor gesprochen wird und dieses auch die EU-Terminologie ist. Ich verstehe unter Non-Profit-Organisationen dasselbe wie unter Dritt-Sektor-Organisationen: das sind Organisationen - Herr

Wex hat heute die Definition des Johns-Hopkins Projektes vorgestellt - die dem privaten Sektor zugehörig sind, formale Strukturen, eigenständige Verwaltung, einen gewissen Grad an Freiwilligkeit (ehrenamtliche Arbeit, Spenden) aufweisen, und dem Verbot der Gewinnausschüttung unterliegen.

Gerd Mutz: Ich leite das Münchener Institut für Sozialforschung. Wir führen, wenn man es auf einen Nenner bringen will, sozialwissenschaftliche Studien durch zu den Themen, in denen es um zivilgesellschaftliche Dimensionen wirtschaftlichen Handelns geht. Das interessiert mich im Bereich des Dritten Sektors. Es interessiert mich aber auch im internationalen Bereich, wie weit sich zivilgesellschaftliche Strukturen im Bereich wirtschaftlichen Handelns oder außerhalb davon in Ländern durchsetzen, die man als sich entwickelnde Länder bezeichnet - mit dem Schwerpunkt Südostasien. Mich interessiert aber auch, wie unterschiedlich sich zivilgesellschaftliche Strukturen innerhalb der europäischen Länder oder aber auch im Unterschied zwischen Deutschland, Europa und den Vereinigten Staaten im wirtschaftlichen Handeln durchsetzen, Stichwort soziale Verantwortung von Unternehmen, corporate citizenship. Da gibt es sehr große Differenzen, was gerade die zivilgesellschaftliche Dimension wirtschaftlichen Handelns anbelangt. Oder nehmen Sie das Thema, inwieweit es möglich ist, kooperatives Wirtschaften durchzusetzen, da haben Sie ein ganz heterogenes Feld innerhalb Europas - ganz zu schweigen von anderen Weltregionen. Das sind die Interessensbereiche. Gleichzeitig lehre ich an der Fachhochschule in München Volkswirtschaft mit dem Schwerpunkt Sozialpolitik.

Mein Eindruck ist: je stärker wir uns mit dem Dritten Sektor beschäftigen, desto unklarer wird eine Definition. Es ist nicht nur ein heterogenes Feld, das es zu ordnen gilt. Da hat, wenn wir an den Vortrag von Eckhard Priller denken, das Johns-Hopkins-Projekt hervorragende Arbeit geleistet, aus einer organisatorischen Perspektive zu überlegen, wie man den Dritten Sektor ausdifferenziert betrachten kann. Ich glaube, das ist ein erster großer Schritt, der in den vergangenen zwei Dekaden getan worden ist. Was auf dem Podium angemahnt worden ist, den nächsten Schritt zu tun und sich anzuschauen, was wir als Dritten Sektor bezeichnen, das müsste in den nächsten Jahren in der Forschung passieren. Es müsste sich so etwas entwickeln lassen wie eine Theorie des Dritten Sektors und wenn es ginge - das wäre mein Plädoyer - würde man diese Theorie entwickeln, indem man die Empirie des Dritten Sektors in den verschiedenen Weltregionen beobachtet. Aus meiner Perspektive würde ich unterschiedliche Aspekte herausgreifen und zwar je nachdem, was die Fragestellung ist. Wenn wir eine Fragestellung haben, die auf Beschäftigung zielt, sind für mich die Besonderheiten im Dritten Sektor, dass es ein bestimmtes Mischungsverhältnis aus unterschiedlichen Tätigkeitsformen gibt. Wir haben auf der einen Seite ganz traditionelle Erwerbsarbeit, auf der anderen Seite haben wir bürgerschaftliches Engagement und auf der nächsten Seite das, was wir Eigenarbeit nennen können. Da wäre eine Möglichkeit, danach zu schauen, wie eine Zukunft der Arbeit verknüpft mit dem Dritten Sektor aussehen könnte. Was zumindest gerade den zivilgesellschaftlichen Bereich des Dritten Sektors anbelangt, können wir manchmal besondere Beschäftigungsverhältnisse vorfinden oder bestimmte Prinzipien, die man partizipative Beschäftigungsverhältnisse nennen könnte. Das wäre für mich ein weiteres Merkmal aus einer Beschäftigungsperspektive. Wenn wir diese Beschäftigungsperspektive verlassen und eher auf die zivilgesellschaftliche Richtung gehen, die Jürgen Klute angedeutet hatte, dann würde ich sagen: wir müssen uns genauer anschauen, mit welchen Zielen diese Organisationen eigentlich wirtschaftlich tätig werden. Da reicht mir beispielsweise die Einteilung in Profit- und Non-Profit-Organisationen nicht aus. Das Eine ist nur die Negation des Anderen. Wenn ich For-Profit-Organisationen positiv definieren kann, sage ich, Not-for-profit ist eben das Gegenteil. Das ist keine sozialwissenschaftliche Definition, das ist die Verlegenheit, damit umzugehen. Ich müsste schon anders definieren können, was die Zielvorstellung ist. Zum Beispiel ist das Spezifische an diesem Sektor, dass es um soziale Integration geht durch verschiedene Formen gesellschaftlicher Partizipation. Da spielt Tätigsein im Sinne von Arbeit, Engagement, Eigenarbeit eine große Rolle. Es gibt auch bestimmte Beschäftigungsverhältnisse, und

- das wäre meine dritte Dimension - es geht um eine bestimmte Leistung. Ich glaube, das ist in den Diskussionen der vergangenen Jahre, in denen wir uns auf die Beschäftigung konzentriert haben, immer aus dem Blick geraten. Wir haben gesagt, das ist ein so toller Sektor, weil er so beschäftigungswirksam ist. Er hat auch bestimmte Leistungen. Er ist sehr viel näher an den Bedürfnissen orientiert. Es geht um die Bedürfnisse der Menschen, die darin arbeiten oder die Nutznießer der zivilgesellschaftlichen Dienstleistungen sind. Dabei will ich es erst mal belassen, um einfach ein Paar Eckpunkte zu nennen, die meines Erachtens wichtig sind, wenn wir über den Dritten Sektor reden und die keinesfalls vollständig sind. Es sind Eckpunkte, die man überhaupt erst in einer Theorie des Dritten Sektors mit Inhalten auffüllen müsste.

Eva Hambach: Ich bin Eva Hambach vom Flämischen Freiwilligenzentrum. Ich arbeite nicht hauptsächlich für das CEV, weil das CEV nur eine bezahlte Vollzeitkraft hat. Die anderen sind hauptsächlich Freiwillige. Diese Organisationsstruktur zeigt bereits, dass die Freiwilligen in Europa für ihre Arbeit nicht immer belohnt oder anerkannt werden. Wir können in dieser Hinsicht sehen, dass die europäischen Institutionen dieser Art von Organisationen nicht allzu viele Mittel zur Verfügung stellen. Ich bin hier, um das CEV zu vertreten, weil ich ein Mitglied des Vorstands des CEV bin. Das CEV ist eine Dachorganisation für etwa 29 Freiwilligenzentren, meist Freiwilligenzentren auf nationaler Ebene, alle aus der Europäischen Union, aus den EU-15 genauso wie aus den jüngst beigetretenen Staaten. Das heißt also, dass das CEV über ein recht gutes System verfügt und einen recht guten Blick auf Freiwilligenarbeit in Europa hat. Das CEV ist eine Struktur, die früher viel mit Projekten gearbeitet hat. Dies waren Projekte gemeinsam mit ost- und mitteleuropäischen Ländern, manchmal auch mit anderen Ländern. Und jetzt hat CEV sein Arbeitsfeld gewechselt, es ist weniger ein Projekt, sondern eher eine Struktur. CEV bemüht sich, eher eine Lobby-Organisation zu sein, und möchte auch mehr Anstrengungen unternehmen, um die nationalen Freiwilligenzentren zu unterstützen. In diesem Zusammenhang hat das CEV schon vor 20 Jahren eine deutliche Stellungnahme abgegeben und hat damit angefangen, Lobbyarbeit bei der Europäischen Union zu leisten. Zu jener Zeit, 1984, nahm das Europäische Parlament einige Stellungnahmen an, die besagten, dass die Freiwilligenarbeit wichtig sei. Doch seit 1984 ist nichts mehr geschehen. Wir versuchen nun, der Sache durch das CEV neuen Schub zu geben, und deshalb haben wir ein CEV-Manifest verfasst, das alle wichtigen Aspekte der Freiwilligenarbeit aufzeigt. Dieses Manifest betont die Bedeutung der Freiwilligenarbeit für die Zivilgesellschaft. Ich glaube, ich brauche keine Definition zu geben, wo so viele Wissenschaftler um mich herum anwesend sind. Ich fürchte mich nicht davor dies zu tun, sondern ich stimme dem zu, was sie gesagt haben. Für uns liegt der Schwerpunkt natürlich auf den Freiwilligenorganisationen. Und wir betrachten Freiwilligenorganisationen auf intersektorale Weise; dies bedeutet Sport, Jugend, ältere Menschen, alles, was man sich vorstellen kann, wird durch Freiwilligenarbeit abgedeckt.

Ziel des Manifests ist - und Gleiches gilt für den Dritten Sektor, wenn man es aus der Perspektive des Arbeitsmarkts betrachtet - mehr Anerkennung für die Freiwilligenarbeit zu erhalten, sie mehr zu würdigen, ihr die Anerkennung zukommen zu lassen, die sie verdient.

Volker Eick: Unser von der DFG finanziertes Forschungsprojekt wurde in den Jahren 2000-2003 durchgeführt. Wir haben in Los Angeles und in Berlin vergleichend freie Träger, Non-Profits, die in der Beschäftigungspolitik tätig sind, untersucht. Also ein spezifisches Segment aus dem - was auch immer Dritter Sektor, Non-Profits bedeuten und im Einzelnen heißen mag, das reicht ja nach derzeitigem Forschungsstand vom Krankenhaus bis zum Strickverein, wenn der sich als eingetragener Verein organisiert hat - Bereich freier Träger. Das ist sehr komplex und wir haben uns auf beschäftigungspolitische Träger konzentriert, um zu schauen, wie sie in den USA auf die „Welfare Reform“, in der Bundesrepublik auf vergleichbare Restrukturierungsprozesse in der Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik reagieren. Es handelt sich in den USA sicher um eine deutlich rigidere System des Sozialab- und umbaus als in der BRD, beide Systeme haben wir uns zunächst in diesem Verän-

derungsprozess angesehen und analysiert. Auf dieser Grundlage fragten wir uns, wie gehen beschäftigungspolitisch orientierte freie Träger mit den Veränderungen in der Arbeitsmarktgesetzgebung und Sozialgesetzgebung in der Bundesrepublik und den USA um, wie reagieren sie auf diese Veränderungen. Ein entscheidender Punkt aus unserer Sicht ist, dass sowohl für Los Angeles wie für West-Berlin gesagt werden kann, dass alle diese beschäftigungspolitisch orientierten Träger aus den so genannten neuen sozialen Bewegungen entstanden sind. Das bedeutet mit anderen Worten, sie sind in Solidarität mit den Randständigen, Prekarisierten, Unterprivilegierten entstanden. Und sie haben für sie und mit ihnen zusammen Solidaritätsstrukturen aufgebaut: Nahezu alle Beschäftigungsträger in Berlin, die im Bereich Sanierung von Häusern tätig sind, sind aus der Hausbesetzerbewegung, bzw. damit in Zusammenhang stehenden Bewegungen, entstanden. Heute nennen manche dieser Träger diejenigen Menschen, die früher ihre, wenn Sie so wollen „Kumpels“ waren, Klienten oder Kunden. Das ist nicht zwingend so, dass alle es so machen. Uns hat interessiert, wie reagieren diese darauf, wenn Druck durch neue, rigidere Sozial- und Arbeitsmarktregime entsteht. Entweder, um es plakativ zu sagen, sie machen etwas anderes als Beschäftigungspolitik, das können sich in Los Angeles die Träger leisten, die zum Teil mehr Geld im Jahr bewegen als unsere großen Wohlfahrtsverbände. Oder aber - und das beobachten wir momentan in der Bundesrepublik vor allem im Weiterbildungsbereich, noch nicht so stark im Beschäftigungsbereich - sie verschwinden ganz vom Markt. Die Weiterbildungsträger haben zum Teil keine finanziellen Mittel mehr und müssen deshalb aufhören zu arbeiten, weil die Arbeitsagentur einen Schlüssel von 70-72% Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt nach Beendigung der Maßnahme festgelegt hat - wer diese Quote nicht erfüllt, geht bei der nächsten Ausschreibung leer aus. Oder aber sie trennen sich von den beschäftigungspolitischen Finanzierungsinstrumenten ABM und den Mitteln, die aus dem Bundessozialhilfegesetz für solche Maßnahme zur Verfügung stehen, und versuchen stattdessen eigenständige Strukturen weitgehend unabhängig von beschäftigungspolitischen Maßnahmen aufzubauen. Als Beispiel würde ich Sozialgenossenschaften, Nachbarschaftstreffs usw. nennen. Sie versuchen dann über andere finanzielle Mittel, ihre Arbeit zu organisieren.

Ein letzter Punkt, der mir wichtig zu sein scheint für Veränderungsprozesse innerhalb des Sektors der beschäftigungspolitisch aktiven freien Träger: Vor dem Hintergrund des zunehmenden Drucks - ich nenne das punitiver Sozialstaat: also den strafenden Staat -, in welche Rolle geraten Non-Profits, beschäftigungspolitisch orientierte freie Träger in unserem Fall, wenn sie den Zwang zur Arbeit - wir haben das in unserem Buch, das in diesem November erscheinen wird, nicht Arbeitszwang, sondern „Verpflichtung zur Arbeit“ genannt, was mir heute etwas verharmlosend vorkommt - an ihre Klienten/Kunden/Mitarbeiter weitergeben müssen? Und was bedeutet das auf sozialräumlicher Ebene, wenn wir Verarmungsprozesse beobachten, im Gesundheitsbereich etwa sehr bedenkliche Entwicklungen in einigen Quartieren insbesondere in den großen Städten. Welche Rolle spielen so genannte Disorder-Phänomene, incivilities, welchen Begriff Sie auch immer dafür verwenden wollen. In Berlin hat kürzlich die sich zuständig fühlende Senatsinnenverwaltung beschlossen, dass der „problemorientierte Kiez“ - das war der Begriff des Polizeipräsidenten - nicht mehr so heißen darf, sondern dass dadurch diese Quartiere stigmatisiert werden. Jetzt heißen sie problemgefährdete Gebiete, das macht wirklich kolossalen Sinn! Es zeigt aus meiner Sicht aber mindestens zweierlei: Sicherheit und Ordnung gewinnen auch in der Beschäftigungspolitik an Bedeutung. Und es gibt eine gewisse Unsicherheit und Perspektivlosigkeit in den zuständigen Verwaltungen. Vor dem Hintergrund, dass gegen vermeintliche oder tatsächliche Disorder- und gegen Incivility-Phänomene vorgegangen werden soll, werden ebenfalls freie Träger eingesetzt, die ehemalige Erwerbslose und Sozialhilfeempfangende als alternative Sicherheitsdienste einstellen. Eben mit der Argumentation wie sie der stellvertretende Bürgermeister von Stuttgart am besten auf den Punkt gebracht hat, der nämlich für das Projekt „Gelbe Engel“ - so heißt dort der alternative ABM-Sicherheitsdienst - formuliert hat: Es sei allemal besser, dass diese ABM-Kräfte in die Parks gingen

und dort zu den Pennern, die sie noch von früher kennen, sagen würden: „Hey, Deine Flasche Bier kannst Du auch woanders trinken!“ als sich darüber Gedanken zu machen, ob Arbeitszwang erlaubt werden soll oder nicht. Ich finde, dass das eine spezifische Herausforderung für freie Träger (aber auch für uns alle) ist, in einem strafenden Sozialstaat, einem zunehmend repressiven, auf Sozialabbau fokussierten wohlfahrtsstaatlichen Modell in der Bundesrepublik sich mit diesem „poor policing the poor“ auseinander zu setzen. In Los Angeles sind die Rahmenbedingungen natürlich noch deutlich problematischer. Auch dort haben wir freie Träger identifizieren können, die das nicht mitmachen. Ich würde daher von der Tendenz her die Befürchtung äußern wollen, dass sich Non-Profits im Beschäftigungsbereich von Kooperationspartnern so genannter benachteiligter Gruppen zu Gegnern dieser benachteiligten Gruppen entwickeln. Und das meine ich in aller Ernsthaftigkeit und Härte. Es ist mit der gemeinnützigen zusätzlichen Arbeit, deren Perspektive für diese Beschäftigten auch gleich null ist, schon lange gang und gäbe in manchen Bereichen.

Jürgen Klute: Das waren recht deutliche Worte, die auch in deutlichem Kontrast zu einigen Äußerungen stehen, die wir in der ersten Runde gehört haben. Ich möchte direkt daran anschließen, Volker. Dein Forschungsthema war die Auswirkung von workfare -statt welfare- auf Arbeitsmarktpolitik und damit eben auch auf den Dritten Sektor, da ein Großteil der Arbeitsmarktpolitik mit dem Dritten Sektor verknüpft und verbunden ist. Vielleicht kannst Du direkt dazu einige Einschätzungen geben. Wir haben eben schon gehört, dass Hartz IV einer der Hauptproblempunkte ist, die in den letzten Wochen diskutiert wurden. Wie schätzt Du die Auswirkungen dieser neuen Art von workfare-Politik in der Bundesrepublik auf den Dritten Sektor ein?

Volker Eick: Ich glaube, dass wir mit Hartz IV - der Zusammenführung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe - flächendeckend als aktivierende Arbeitsmarktpolitik nicht vor Mitte 2005 zu rechnen brauchen. Ich habe den Eindruck, dass die Verwaltungen nicht in der Lage sind, zum 1.1.2005 in dem Bereich aktive Beschäftigungspolitik - das interessiert ja die freien Träger, die Non-Profits - relevant umzusetzen. Also man wird seine passiven Leistungen entweder nach dem alten Modell am 1.1.2005 kriegen, aber die aktivierende Beschäftigungspolitik wird zu dem Zeitpunkt noch nicht umsetzungsfähig sein. Die Träger, die die Kürzungen im Bereich ABM und BSHG überleben, werden zum allergrößten Teil - nach meiner Einschätzung und das sind auch die Ergebnisse der Interviews, die wir mit sogenannten Experten (in der Regel die GeschäftsführerInnen von beschäftigungspolitisch orientierten Non-Profits) geführt haben - diesen Zwang, insofern sie es nicht schon immer oder seit geraumer Zeit getan haben, eher weitergeben. Das heißt, sie werden den Druck unter dem sie selber stehen, auf die „Klienten“ übertragen. Um ein Beispiel zu nennen: Schon vor Hartz IV ist den beschäftigungspolitisch orientierten Trägern - ich sage jetzt nur noch Non-Profits - die Aufgabe zugetragen worden, Arbeitsvermittlung zu übernehmen. Das war bisher kein Aufgabenfeld für Beschäftigungsträger. Die Aufgabe, Menschen in den regulären und wenn das nicht möglich ist, in den sogenannten zweiten Arbeitsmarkt zu vermitteln, war immer eng verbunden mit der Finanzierung dieses Trägers für das nächste Jahr. Wenn nämlich die Vermittlungsquoten aus Sicht der Sozialverwaltung oder der Arbeitsagenturen nicht hinreichend waren, stand man als Träger immer unter dem Druck, die Quote zu erfüllen oder aber Gefahr zu laufen, dass man im nächsten Jahr keine Mittel mehr bekommt. Das wiederum hat dazu geführt, dass die Ergebnisse unserer Untersuchung, dass der Druck weitergegeben wird. Zum Beispiel insofern, als sie gesagt haben, eigentlich gehen wir immer davon aus, dass die Menschen 6-7 Euro die Stunde schon verdienen sollen. Davon wird abgegangen. Sie haben sehr viel mit Dienstleistungsunternehmen zu tun, müssen telefonieren, nachzufragen, ob dort Beschäftigungsmöglichkeiten bestehen oder nicht. Teile der For-Profits, also der regulären Firmen auf dem ersten Arbeitsmarkt, wissen davon, und melden sich bei diesen Arbeitsvermittlungen und sagen: Nein, für 6 Euro können wir keine Kraft gebrauchen. Wie sieht es aus mit 3,80? Und so werden dann die Menschen, obwohl die Non-Profits von ihrem eigenen Anspruch her das nicht wollen, auch zu solchen Niedrigtlöhnen vermit-

telt. Diese spezifische Form, den Druck weiterzugeben, das scheint mir zunehmend die Existenzbedingung für freie Träger zu sein. Es sei denn, sie sind in der Lage, Drittmittel zu akquirieren, die ihnen eine größere Unabhängigkeit erlauben. Ich will das an einem Beispiel aus Los Angeles verdeutlichen, weil hier einer der Unterschiede zwischen Berlin und Los Angeles besteht. Was wir hier Ausgründung nennen, wo ein gemeinnütziger Verein oder eine gGmbH ein privatwirtschaftliches Unternehmen aus seinem Zusammenhang ausgründet und damit auf dem ersten Arbeitsmarkt aktiv werden kann, das gibt es in sehr viel größerem Umfang in den USA allgemein, aber auch in Los Angeles. So dass dort, wo sie Profit generieren können, sie ihre Non-Profit-Aktivitäten quersubventionieren können. Das ist ein möglicher Weg, diesen Zwangs- und Druckcharakter der Maßnahmen zu umgehen.

Jürgen Klute: Das lenkt meinen Blick erneut in die Richtung von Frau Trukeschitz. Sie haben über Qualität und Arbeitsbedingungen im Dritten Sektor geforscht. Das hat sehr viel mit dem zu tun, was Volker Eick gesagt hat. Was ist aus Ihrer Sicht zur Qualität von Arbeit, zu Beschäftigungsbedingungen, zu prekariertem Arbeit oder Prekarisierung und möglicherweise Entprofessionalisierung zu sagen. Denn da, wo es um weniger Geld geht, stellt sich die Frage, ob nicht wieder auf das Ehrenamt zurückgegriffen wird, aber dann aus einer ganz unehrenhaften Motivation heraus.

Birgit Trukeschitz: Die Diskussion um die Ein-Euro-Jobs hat zwei Pole. Der eine Pol heißt „Brücke in die Erwerbstätigkeit“ und der andere Pol heißt „Zwangsarbeit“. Ich möchte zur Diskussion um Ein-Euro-Jobs österreichische Erfahrungen beisteuern. Wir hatten im Jahr 1998 eine Koalitionsregierung. Der konservative Flügel vertrat die Ansicht, „wir müssen die Arbeitslosen aus der sozialen Hängematte holen“, und hat dann ein Konstrukt namens „Bürgergeld“ vorgeschlagen. Es ging darum, Langzeitarbeitslose für gemeinnützige Tätigkeiten heranzuziehen und ihnen dafür Arbeitslosengeld mit einem zwanzigprozentigen Zuschlag zu zahlen. Das Menschenbild, das dahinter stand, war „faule Arbeitslose“ und „wir brauchen Anreize, damit die Leute Arbeit aufnehmen“. Das Bürgergeld hat sich nicht durchgesetzt, es wurde adaptiert und umbenannt in die Aktion „Integra“. Auch Integra hat sich in Österreich nicht durchgesetzt. Es gab Statements der Caritas, die sinngemäß wiedergegeben, lauteten: „es gab zwar einen Brückenkopf, aber die Brücke in die Erwerbsarbeit wurde nicht fertig gestellt“. Die Brücke war zu kurz.

Man muss sich bei der Ein-Euro-Job-Diskussion zwei Dinge fragen. Wenn nun in einigen Bereichen Menschen mit geringeren Löhnen als andere, die die gleiche Tätigkeit verrichten, arbeiten, kann es da zur Verdrängung von Erwerbstätigen durch „Ein-Euro-Jobs“ kommen? Eine Frage, die man sich auch stellen muss, ist, ob es auch zur Verdrängung ehrenamtlichen Engagements in diesen Organisationen kommen kann. Dies könnte der Fall sein, wenn in Arbeitsfeldern eine höhere Verlässlichkeit gewünscht wird, die mit kostengünstigen Arbeitskräften besser sichergestellt werden kann als mit Ehrenamtlichen. Eine Verdrängung ehrenamtlichen Engagements wäre auch denkbar, wenn der Einsatz von „Ein-Euro-Jobs“ die Identifikation des Ehrenamtlichen mit den Werten der Organisation verringern würde. Es ist daher die Frage, wen diese billigen Arbeitskräfte substituieren, unbezahlte Arbeit oder Erwerbsarbeit, welche Qualifikationsniveaus sie haben, mit welcher Motivation sie an die Arbeit herangehen. In Situationen des Pflegekräftemangels besteht die Versuchung, dass billige Arbeitskräfte eingesetzt werden. Man sollte sich auch überlegen, ob man Menschen zwangsverpflichten kann, Personen zu pflegen bzw. mit welcher Qualität diese Pflege dann geleistet wird. Das sind unmittelbar Aspekte, die die Qualität der Dienstleistungen berühren.

Jürgen Klute: Wir hatten in dem letzten Vortrag der ersten Runde gehört, dass es im Dritten Sektor überwiegend gut qualifizierte Arbeitsplätze gibt. Herr Priller hat bereits gefragt, ob diese Darstellung nicht zu sehr auf den Bereich der klassischen Wohlfahrtsverbände in Deutschland und zu sehr auf die Vergangenheit bezogen ist. Kann man heute wirklich noch sagen, so wie Herr Kistler heute

Morgen, im Dritten Sektor sind überwiegend einigermaßen akzeptabel situierte Arbeitsplätze vorhanden und auch entsprechend qualifizierte Menschen tätig.

Birgit Trukeschitz: Bei der Studie zu Sozialen Diensten, unserer Befragung von Non-Profit-Organisationen, die im Bereich der sozialen Dienstleistungen tätig sind, ist herausgekommen, dass die überwiegende Mehrheit der Personen (knapp unter 80 %) abhängig beschäftigt, also Teilzeit oder Vollzeit sozialversichert erwerbstätig sind. Rund ein Fünftel sind über freie Dienstverträge oder Werkverträge tätig. Wir wissen, dass der Teilzeitanteil unter den abhängig Beschäftigten in sozialen Diensten sehr hoch ist. Mit sehr hoher Wahrscheinlichkeit ist eine Teilzeitquote bei etwa 64%. Die Teilzeitquote liegt in Österreich im Dienstleistungsbereich, der an und für sich ein Bereich ist, in dem die Teilzeitbeschäftigung weit verbreitet ist, bei etwa 21%. Das heißt, im Bereich der sozialen Dienste haben wir eine Teilzeitquote, die massiv über der des gesamten Dienstleistungsbereiches liegt.

Nun kann man sich die Frage stellen, wie kommt es überhaupt dazu, dass hier solch ein hoher Anteil an Teilzeitarbeit vorzufinden ist. ArbeitsmarktökonomInnen würden antworten, dass es arbeitsangebotseitige und arbeitsnachfrageseitige Ursachen gibt. Auf der Seite der ArbeitnehmerInnen fällt auf, dass großteils Frauen (79%) in sozialen Dienstleistungsorganisationen des Dritten Sektors tätig sind. Teilzeitarbeit ist eine Arbeitsform, die eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht. Es ist schade, dass sich zumeist Frauen diese Frage nach der Vereinbarkeit stellen und selten Männer, aber es ist zurzeit so. Andererseits kann eine hohe Teilzeitquote auch ein Indikator dafür sein, dass der Non-Profit-Sektor in dem Bereich zu wenig attraktive Möglichkeiten bietet. Dies ist der Fall, wenn Personen, die auf Basis einer Teilzeitarbeit tätig sind, sich eher Vollzeitbeschäftigung wünschen. Auf der Seite der Arbeitgeber ist Teilzeitbeschäftigung lukrativ, wenn Kosten- und Produktivitätsvorteile damit verbunden sind. Was verhindert umgekehrt, dass Arbeitgeber Teilzeitarbeitsplätze bevorzugen? Da kann es dann sein, dass diese Arbeitgeber weniger in der Lage sind ihr Personal an den Betrieb zu binden. Wir haben herausgefunden, dass die Teilzeitbeschäftigung besonders in jenen Non-Profit-Betrieben im Bereich sozialer Dienstleistungen hoch ist, die ein mittleres Budgetvolumen haben (in Betrieben mit einem hohen bzw. niedrigen Budgetvolumen ist sie nicht besonders hoch). Die Rate von Teilzeitbeschäftigung ist auch tätigkeitsabhängig, d.h. im Bereich der Pflegedienstleistungen ist sie besonders hoch, weit weniger Teilzeitbeschäftigung ist in arbeitsmarktpolitischen Projekten und arbeitsmarktbezogenen sozialen Dienstleistungen (wie Qualifizierungs- und Beratungsmaßnahmen, Beschäftigungsmaßnahmen) zu finden. Das ist nicht verwunderlich, wenn man sich die Art der Tätigkeit ansieht. In Arbeitsmarktprojekten ist die Tätigkeit von SozialarbeiterInnen oder anderen Fachkräften eher eine den ganzen Tag begleitende.

Atypische Beschäftigung sowie Prekarisierung von Arbeitsverhältnissen sind keine Phänomene, die nur im Non-Profit-Sektor vorzufinden sind. Die gesamte Beschäftigungssituation eines ganzen Landes oder Europas ist von diesem Trend erfasst. Die Abkehr vom Normalarbeitsverhältnis hat merklich in den neunziger Jahren begonnen und ist auch nicht ein Phänomen, das konjunkturabhängig ist. Man kann nicht sagen, solange „es der Wirtschaft schlecht geht“, werden atypische Beschäftigungsverhältnisse abgeschlossen. Auch bei einem konjunkturellen Aufschwung bleibt die Abkehr vom Normalarbeitsverhältnis bestehen. Dafür gibt es unterschiedliche Gründe, z. B. Flexibilisierungsbestrebungen. Der Non-Profit-Sektor steht damit nicht alleine. Ich würde nicht die Ansicht teilen, dass es im Non-Profit-Sektor nur prekäre Beschäftigungsverhältnisse gibt. Prekär heißt zum einen unsicher, zum anderen schwingt auch so etwas wie „katastrophal“ mit. Dies wäre der Fall, wenn mehrere Ausprägungen atypischer Beschäftigung zusammenfielen (z.B. freier Dienstvertrag und Befristung) oder wenn Personen, die in so genannten prekären Beschäftigungsverhältnissen stehen, diese anders gestalten würden, wenn sie könnten. Was mir missfällt ist, dass mit der Abkehr von den Normalarbeitsverhältnissen die Systeme der sozialen Sicherung aussetzen. Leistungsansprüche werden nicht oder nur in einem weitaus geringeren Ausmaß erworben. Das sind Aspekte, bei denen auch die Sozialpolitik gefragt ist: Wie soll für die Personen, die atypische Beschäftigungsverhältnisse eingehen müssen oder wollen, eine soziale Absicherung gestaltet sein?

ungsverhältnisse eingehen müssen oder wollen, eine soziale Absicherung gestaltet sein? Es kann meiner Meinung nach nicht die Perspektive sein, alle wieder in Vollzeitbeschäftigung zurückzuführen, weil dies nicht erzwingbar ist. Auch hier ist sozialpolitische Kreativität gefragt, wie die Gesellschaft mit der Zunahme atypischer Beschäftigung umgehen kann und soziale Sicherungsnetze schafft.

Jürgen Klute: Ich möchte die Perspektive etwas weiten. Wir haben zwei Vertreter, die sich stärker mit der zivilgesellschaftlichen Seite des Dritten Sektors beschäftigt haben. Gerd Mutz hat in den vergangenen Jahren, mehrere Forschungen zur positiven Auswirkung zivilgesellschaftlichen Engagements, auf neue Formen von Arbeit sowie auf die Schaffung neuer Arbeitsplätze durchgeführt. Diese Zugehensweise nähert sich dem Dritten Sektor nicht von der beschäftigungspolitischen Seite her, sondern von der zivilgesellschaftlichen. Welche Ergebnisse habt Ihr mit Euren Forschungsprojekten zu Tage gebracht?

Gerd Mutz: Meiner Meinung nach können wir weniger davon sprechen, dass bürgerschaftliches Engagement Arbeit schafft. Gerade im Dritten Sektor können wir beobachten, dass in ihm ein spezifisches Gefüge von bürgerschaftlichem Engagement und Erwerbsarbeit besteht, das in irgendeiner Form auch mit der dritten Dimension der Eigenarbeit Hand in Hand geht. Das ist das Besondere in diesem Bereich. Das bedeutet, dass Hand in Hand geht neben den normalen Erwerbsarbeitsverhältnissen ganz spezifische Beschäftigungsstrukturen vorhanden sind, die wir häufig als einen Widerspruch zwischen dem professionellen System und dem Laiensystem benennen. Es ist dieses Spannungsverhältnis, das meiner Ansicht nach die Qualität dieses Bereichs ausmacht. Mir ist daran wichtig, wenn wir uns die Argumentation von vorhin noch mal anschauen, dass wir besondere Tätigkeitsfelder in diesem Sektor haben. Wir haben Tätigkeitsfelder der regulären Erwerbsarbeit und wir haben Tätigkeitsfelder, die unentgeltlich sind und für andere Engagementbereiche. Was ich an dieser neuen Entwicklung interessant finde, ist, dass wir dort mit den 1 Euro Jobs eine ganz neue Art von Tätigkeit bekommen. Eine Tätigkeit von Menschen, die keinen Gegenpart hat im Sinne eines Lohns, sondern eine Tätigkeit, die mit einer Aufwandsentschädigung entgolten wird, aber wiederum kein Beschäftigungsverhältnis begründet. Damit kommt schon eine neue Qualität herein neben dem, was wir bislang schon beobachten konnten. Einen Abbau der Normalarbeitsverhältnisse haben wir im Dritten Sektor ganz genauso innerhalb der Erwerbsarbeitsverhältnisse. Hinsichtlich des bürgerschaftlichen Engagements habe ich mich in den Debatten der vergangenen Jahre häufig gefragt, ob es nicht ein Stückweit um das Gegenteil geht. Wir alle sehen, Erwerbsarbeit ist nicht beliebig vermehrbar und ich glaube viele haben in den Debatten der vergangenen Jahre auf das bürgerschaftliche Engagement geschielt und haben gedacht „da könnte fast so etwas wie ein Ersatz herkommen“. In der Debatte um Bürgerarbeit gab es Personen, die der Meinung waren: „wenn die Leute keine Erwerbsarbeit haben, sollen sie Bürgerarbeit machen“. Das kann in dieser Form nicht funktionieren. Wir müssen schon diese spezifischen Verhältnisse im Dritten Sektor betrachten und sehen, dass dieses Gefüge sich mit den neuen Formen von Beschäftigung sehr stark verändern wird. Die zweite Dimension würde ich so beschreiben: Es ist für mich etwas sehr Widersprüchliches, wenn ich einerseits das Ziel des Dritten Sektors in der sozialen Integration durch verschiedene Formen der Partizipation sehe und wenn ich weiterhin beobachte - und es geht in die Richtung dessen, was Volker Eick gesagt hat- dass es etwas sehr Spezifisches des Dritten Sektors ist, ein anwaltschaftliches Verhältnis für einen bestimmten Klientenkreis zu haben. Andererseits werden diese Menschen nun in einer bestimmten Weise verpflichtet, in dieses Beschäftigungsverhältnis hineinzugehen, in diese Organisationen, für die sie eigentlich anwaltschaftlich tätig sein wollen. Das, was als zivilgesellschaftliche Zielsetzung in diesen Organisationen des Dritten Sektors aufgehoben ist, wird zumindest dann etwas widersprüchlich, wenn es sich mit solchen Tätigkeitsformen mischt und die Personen, die eigentlich Adressaten für diese Organisationen sind, wenn diese Personen selbst in einem nicht näher definierten Arbeitsverhältnis in diesen Organisationen sind. Darin liegt die Ge-

fahr, dass so das Potential des Dritten Sektors, nämlich die zivilgesellschaftliche Dimension bei der Erbringung von Dienstleistungen und Gütern, ausgehebelt werden kann. Man sollte sich jedenfalls aus einer zivilgesellschaftlichen Perspektive sehr genau anschauen, was da eigentlich passiert.

Jürgen Klute: Frau Hambach, ich gebe diese Frage auch an Sie weiter. Sie repräsentieren eine Lobbyorganisation für Freiwilligenarbeit, für ehrenamtliche Arbeit wie wir in Deutschland sagen. Wie schätzen Sie das aus Ihrer Sicht ein? Kann die zivilgesellschaftliche, die ehrenamtliche Seite des Dritten Sektors arbeitsmarktrelevant sein? Hat sie eine Bedeutung für die Schaffung neuer Erwerbsarbeit?

Eva Hambach: Ich kann nicht für die Ansichten des CEV sprechen, weil die Praktiken in verschiedenen Ländern ziemlich unterschiedlich sind. Also will ich versuchen, einige Beispiele zu geben, wie in manchen Ländern damit umgegangen wird. Und dann werde ich auch hauptsächlich meine eigene Meinung sagen, die manchen Leuten vielleicht nicht gefallen wird. Was ich also denke ist, dass auch für den Dritten Sektor allgemein ein sehr großes Dilemma besteht, dass wir sehen, wie der Dritte Sektor manchmal von Regierungen und staatlichen Regelungen und so weiter zur Seite geschoben wird. Aber wenn es in der Gesellschaft ein Problem gibt, mit dem man nicht umgehen kann, wendet man sich an den Dritten Sektor, um zu versuchen, bei ihm um Hilfe bei der Lösung anzufragen. Ich beobachte auch, wie dies mit der Freiwilligenarbeit geschieht. Die Freiwilligenarbeit wird normalerweise vom Staat übersehen, oder nicht so aufmerksam betrachtet. Aber wenn sie eine Lösung für manche Probleme bieten kann, zum Beispiel bei der Integration gering Qualifizierter in den Dritten Sektor, wendet sich der Staat an die Freiwilligenorganisationen. Und da sollen sie dann dazu fähig sein, sich anzupassen und diese Leute zu übernehmen und aufzunehmen und mit ihnen zu arbeiten. Ich glaube, dies ist nicht so leicht. In Belgien kann man sehen, wie all diese Kurse für die Alphabetisierung von Leuten organisiert wurden. All diese Arten von Initiativen wurden von Freiwilligen gegründet, auch für Rechtsberatung und Unterstützung und so weiter. Auch eine große Zahl von Organisationen für die Entwicklung von Kooperativen wurden ursprünglich von Freiwilligen gegründet. Sie haben die Möglichkeit, Einkünfte zu erwirtschaften und Gelder oder Subventionen vom Staat zu erhalten. Dann beginnen sie damit, eine professionelle Struktur aufzubauen, und können bezahlte Kräfte einstellen. Das Problem für den Freiwilligensektor ist, dass man dort immer das Gefühl hat, für seine Arbeit nicht ausreichend finanziell entlohnt zu werden. Dann entsteht eine leichte Spannung. Einerseits kann sich Freiwilligenarbeit also zu bezahlter Arbeit entwickeln, aber andererseits sollte dies nicht das Ziel oder das Hauptziel von Freiwilligenarbeit sein. Das Hauptziel von Freiwilligenarbeit ist nämlich, eine Art dynamischer Tätigkeit zu bieten, die die Leute gern machen. Dies erkennen wir auch aus der Forschung, die uns über Freiwilligenarbeit in Europa vorliegt. Da gibt es nicht allzu viel, aber wir haben tatsächlich einige Zahlen. Sie machen Aussagen darüber, wer als Freiwilliger arbeitet und was für Menschen Freiwilligenarbeit leisten. Sind es Menschen mit höherem Bildungsstand? Es ist für Risikogruppen und besondere Zielgruppen ziemlich schwierig, Zugang zum Freiwilligensektor zu bekommen. Ich sage nicht, dass es keine Ausnahmen von dieser Regel gibt. Es ist aber nicht so einfach für Freiwilligenorganisationen, von denen manche ohne bezahlte Kräfte arbeiten, solche Menschen zu übernehmen und sich zu bemühen, mit ihnen zu arbeiten. Aber wir sehen nicht nur diese Situation, sondern auch Berichte z.B. aus den Niederlanden, dass die Regierung sich sehr um regionale und lokale Freiwilligenzentren bemüht. Zum Beispiel, dass die Freiwilligenzentren Unterstützung erhalten, um wenig Qualifizierte in den Arbeitsmarkt zu vermitteln. Und dies sind Menschen, die sehr schwer in Jobs vermittelbar sind, und man sagt dann, okay, ihr könnt erst mal versuchen, euch durch Freiwilligenarbeit an Arbeitsnormen anzupassen, und wenn ihr das geschafft habt, könnt ihr vielleicht auf eine bezahlte Stelle wechseln. In den Niederlanden wird dies recht häufig gemacht, und viel Mühe und Energie wird hinein gesteckt, um diese Menschen in den Arbeitsmarkt oder in Freiwilligenarbeit zu vermitteln. Aber die Erfolgsrate ist ziemlich niedrig. Ich glaube, dass die Erfolgsrate bei nur 10-20% liegt.

Man kann sich also fragen, ob es sich lohnt, so viel Mühe in die Freiwilligenarbeit zu investieren, als ob der Freiwilligensektor alle Probleme auf der Welt lösen könnte. Das würden wir gerne, aber dies wird gewöhnlich nicht anerkannt. Aber wenn es notwendig ist, sagt man, okay, wir haben einen existierenden Freiwilligensektor. Und die Einstellung ändert sich gelegentlich, glaube ich. Dies ist ein Spannungsverhältnis, das ich auch aus dem herausgehört habe, was die anderen Vortragenden gesagt haben. Eine andere Sache ist, dass sich dies auch gegen den Freiwilligensektor wenden kann, denn je mehr der Staat fordert, oder je mehr Ansprüche an die Freiwilligenarbeit gestellt werden, desto stärker wird der Druck auf den Sektor. Und der Sektor muss dann bestimmte Pflichten erfüllen. Man muss quantitative Daten erheben, um den Nachweis zu erbringen, dass man so etwas wie eine Erfolgsrate hat, sonst gibt es keine Subventionen mehr. Ich denke, dass das ein Problem ist. Wenn beim Staat das Geld knapp wird, sehen wir auch, dass man die Freiwilligenarbeit wieder entdeckt. In Belgien beobachten wir z.B. jetzt, dass der Haushalt eng ist. Okay, da ist es dann eine gute Idee zu versuchen, Freiwillige dazu zu motivieren, soziale Dienste zu leisten, z.B. älteren Menschen zu helfen. Die Gesellschaft altert von Tag zu Tag, und man sieht in diesem Bereich, dass es nicht genügend Ressourcen gibt, um alle Bedürfnisse zu erfüllen. Also wendet man sich an Freiwillige. Aber ab diesem Zeitpunkt wird von den Freiwilligen erwartet, dass sie in regelmäßiger und strukturierter Weise arbeiten. Man sieht dann, dass der Spaß nach einer Weile vergeht, und dann beginnen die Freiwilligen auch, eine Art von Vergütung zu fordern. Also sieht man sich neuen Herausforderungen in einem neuen System gegenüber. Ich denke, dass das ein Problem ist. Wir sehen in Belgien auch, dass die Mittel knapp sind, und dass es Pläne für Kürzungen gibt. Und das ist auch ein weiterer trauriger Aspekt, dass man so leicht Kürzungen im Dritten Sektor vornehmen kann. In den Niederlanden sind nicht mehr so viele Gelder erhältlich, in Belgien gibt es auch eine große Kürzungswelle. Und was man dazu sagt, ist, okay, wir können z.B. keine Mittel mehr in Flämischkurse für Migranten investieren, man hat nicht mehr genügend Geld für die Sprachkurse, aber man sieht, dass der Bedarf sehr groß ist. Also sagt die Regierung, man muss nur sicher stellen, dass es genügend Freiwillige für diese Arbeit gibt. Ich glaube, dass der Trend sich immer wieder umkehrt, entweder für oder gegen den Freiwilligensektor. So weit ich das sehen kann, haben wir durch die Freiwilligenarbeit noch nicht so viel gewonnen. Als Freiwilligensektor haben wir nicht diejenige Anerkennung oder Belohnung erhalten, die wir für diese wunderbare Arbeit für die Gesellschaft verdienen.

Jürgen Klute: Im Gegensatz zu dem, was wir in der ersten Runde gehört haben, klingt das Alles etwas weniger optimistisch. Vielleicht liegt es auch an den politischen Entwicklungen. Das wäre meine nächste Frage an die gesamte Runde. Was kommt in Zukunft auf uns zu? Das, was bei der Veröffentlichung der Johns-Hopkins-Studie Ende der neunziger Jahre in Berlin noch sehr optimistisch vorgetragen worden ist, kann man heute -so mein Eindruck- gar nicht mehr so sagen angesichts der aktuellen Veränderungen. Wir haben es eben noch einmal gehört, in anderen europäischen Ländern ist es ja auch nicht so ganz blühend und glänzend, wie man sich das vielleicht ausmalen und wünschen möchte. Die zweite Frage, die ich direkt anfügen möchte, lautet: Welche Rahmenbedingungen müssen entwickelt werden? Morgen geht es ja auch um die Frage von Handlungsmöglichkeiten zugunsten des Dritten Sektors. Welche Handlungsmöglichkeiten, welche Rahmenbedingungen müssten eingefordert werden, um das, was einige Jahre zuvor seitens der Johns-Hopkins-Studie an positiven Beschreibungen des Dritten Sektors gegeben worden ist, in die Zukunft verlängern zu können?

Gerd Mutz: Einerseits ist es sehr wichtig zu sehen, dass eine Vermengung zwischen dem vorliegt, was man Beschäftigungspolitik nennen müsste und dem, was man Sozialpolitik nennt. Was wir im Moment vorliegen haben, ist ein Beschäftigungsproblem, ein arbeitsmarktpolitisches Problem, dem man versucht mit sozialpolitischen Lösungen zu begegnen. Es ist schlicht und einfach ein Kategorienfehler. Kein Mensch kann glauben, dass das Problem der Arbeitslosigkeit dadurch beseitigt

wird, dass arbeitslose Menschen durch diese Form von 1 Euro Jobs in Beschäftigungsverhältnisse kommen. Das kann einfach nicht funktionieren, das muss man grundsätzlich einsehen. Weder die Privatwirtschaft kann in dieser Form so eine Zumutung leisten, noch der Dritte Sektor. Die Frage nach Beschäftigung gehört schlicht und einfach in eine Beschäftigungspolitik, nicht in die Sozialpolitik hinein. Wenn wir über Zukunft des Dritten Sektors nachdenken, müssen wir versuchen, ihn von diesen merkwürdigen, sozialpolitischen Zumutungen zu entschlacken. Ich plädiere für eine stärkere Selbständigkeit des Dritten Sektors, Emanzipation von marktwirtschaftlichen Zumutungen, aber auch von staatlichen Zumutungen. Ich würde das noch stärker radikalisieren, was Ernst Kistler gesagt hat, nicht nur eine Bestandsberechtigung zwischen Markt und Staat, sondern ich wünsche mir für den Dritten Sektor, dass es ihm gelingt, ein eigenständiges Profil zu entwickeln, gegen diese Tendenzen, die wir im privatwirtschaftlichen Bereich und im staatlichen Bereich haben. Ich glaube, der Dritte Sektor ist zukunftsfähig, wenn er sich über diese zivilgesellschaftlichen und partizipativen Formen profilieren kann, also nicht nur über die Beschäftigungsschiene. Ich glaube, wir haben uns in der letzten Zeit auf eine Diskussion eingelassen, die zu kurz greift, indem wir nachweisen wollten, dass dieser Sektor wichtig ist. Die Potentiale des Dritten Sektors umfassen mehr als nur die Beschäftigungsleistung. Für mich bedeutet das, dass es einerseits den Dritten Sektor stärker gelingen müsste, auch am Markt tätig sein zu können, das heißt, da wo es von der Privatwirtschaft her hohe Eintrittsbarrieren gibt. Auf der anderen Seite aber ist auch ein anderes Verhältnis zu den staatlichen Institutionen vonnöten und wir brauchen schlicht und einfach andere Rahmenbedingungen. Wir brauchen Rahmenbedingungen, in denen andere Organisationsformen, die diesem Typus eher gerecht werden, rechtlich verankert werden können. Wir brauchen Veränderungen im Gemeinnützigkeitsrecht und im Genossenschaftsrecht. Wir haben schon genug zu diesen Bereichen geschrieben, was die rechtlichen Rahmenbedingungen anbelangt, aber das ist die erste Forderung, die wir an staatliche Stellen richten müssten, zu sagen, der Dritte Sektor braucht Rahmenbedingungen, damit er sich emanzipieren kann, damit er sich anders mit dem privaten Sektor auseinandersetzen kann und ein eigenes Profil entwickeln kann. Er ist sozusagen am Tropf des staatlichen Sektors. Wenn es gelingt, ein eigenes Profil zu entwickeln, das stärker ein zivilgesellschaftliches Profil ist, nicht einfach ein „Dienstleistungsprofil“, also ein Mehr in der Verankerung einer bestimmten Wertstruktur bedeutet, dann kann es gelingen, gegenüber den beiden anderen Sektoren auch ein starkes Gewicht zu bekommen.

Birgit Trukeschitz: Der Dritte Sektor kann das Arbeitslosigkeitsproblem nicht lösen. Aber wie kann der Dritte Sektor Arbeitsplätze schaffen? Wie kann das gehen? Ich möchte es wienerisch formulieren: „Ohne Göad, ka Musi!“ [Ohne Geld, keine Musik!] Es ist wichtig, dass sich der Dritte Sektor bewusst ist, dass er Leistungen erstellt. Ökonomisch betrachtet braucht der Dritte Sektor - damit Arbeitsplätze geschaffen werden können - jemanden, der die Leistungen nachfragt. Lassen Sie mich das etwas differenziert beleuchten. Aus ökonomischer Sicht bedeutet Nachfrage „ein mit Kaufkraft versehener Bedarf“. Jemand, der ein Joghurt im Supermarkt kauft, hat einen Bedarf nach dem Produkt (hier ein Joghurt) und kann sich dieses auch leisten - er ist zahlungsfähig. Wir wissen, dass der Dritte Sektor in vielen Bereichen Güter und Dienstleistungen erstellt, in denen zwar der Bedarf da ist, die Zahlungsfähigkeit der KundInnen und KonsumentInnen jedoch nicht gegeben ist. Da braucht es jemand anderen, der die Zahlungsfähigkeit und die Zahlungsbereitschaft hat. Das kann auch der Staat sein. Dieser fragt stellvertretend für Menschen mit einem bestimmten Bedarf Dienstleistungen bei Nonprofit Organisationen nach. Die dritte Komponente dieser Nachfrage kann eine andere Form der privaten Nachfrage sein und zwar eine indirekte Form der privaten Nachfrage, bei der jemand anderer stellvertretend „Leistungen“ aus dem Dritten Sektor „kauft“. Wie Sie wissen, machen das SpenderInnen. Diese spenden Geld für die Erstellung von Güter und Dienstleistungen, die nicht ihnen selbst unmittelbar zu Gute kommen, sondern von anderen Personen genutzt werden können, die diese Leistungen benötigen. Die These „Ohne Göd, ka Musi“ hat

den Grundgedanken, dass es darum geht, dass die Dienstleistungen des Dritten Sektors, wenn sie als gesellschaftlich wertvoll angesehen werden und wenn sie gesellschaftlich oder privat erhalten werden sollen, auch eine Nachfrage finden müssen - sei es in einer privaten Zahlungsbereitschaft oder sei es auch in einer öffentlichen bzw. gesellschaftlichen Zahlungsbereitschaft und Zahlungsfähigkeit.

Eva Hambach: Ich stimme zu, dass es nötig ist, einen Rahmen für die Freiwilligenarbeit zu haben, aber ich möchte erneut betonen, dass der Freiwilligensektor oder die Zivilgesellschaft oder der Dritte Sektor nicht den Weg der Wirtschaft gehen sollten. Es ist besser für uns, von den Regierungen in der gesamten EU gute Regelungen und einen guten Rahmen zur Absicherung zu fordern. In diesen Ein-Euro-Jobs sollen die Menschen für einen Euro pro Stunde ohne Leistungsansprüche, ohne soziale Sicherung zu arbeiten. Ich denke, das lohnt sich nicht. Genauso geht man mit Freiwilligen um, sie können arbeiten, sie erwarten keine Bezahlung, sie können eine Art Aufwandsentschädigung erhalten. Aber andererseits können sie nicht sicher sein, dass sie versichert sind, weil es dem Staat egal ist. Man verlangt von den Menschen, dass sie aktiv werden, dass sie sich an der Zivilgesellschaft beteiligen, aber sie sind nicht im Ausgleich rechtlich geschützt, wenn etwas passiert, z.B. bei Unfällen oder was Versicherung angeht. Einen weiteren Gedanken dazu habe ich noch: Ich denke, dass der Freiwilligensektor auch etwas weiter geöffnet werden sollte für Leute, die Probleme dabei haben, sich in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Ich glaube, dass wenig Qualifizierte, aber auch Menschen mit einem anderen kulturellen Hintergrund Schwierigkeiten dabei haben, sich in den normalen Arbeitsmarkt zu integrieren. Der Freiwilligensektor kann etwas dagegen tun, oder ihnen bei der Integration helfen, aber ich denke, dass der Sektor auch mehr staatliche Unterstützung braucht, sowie eine Art von Vergütung für die Arbeit, die er so gut wie möglich leistet.

Volker Eick: Ich kann mich den meisten Ausführungen weitgehend anschließen. Ich glaube aber, dass wir uns auch immer fragen müssen, warum der Nationalstaat, der Lokalstaat so mit Non-Profits umgeht, wie er mit ihnen umgeht. Zunächst sollten die AB-Maßnahmen, die es in der Bundesrepublik als Brücke zurück in den ersten Arbeitsmarkt seit Ende der 1960er Jahre gibt, dienlich sein, sozusagen als Zwischenstop, der dann wieder in reguläre Beschäftigung mündet. Das hat in der Bundesrepublik bis etwa Mitte der siebziger Jahre funktioniert, und ich glaube, das ist eines der spezifischen deutschen Probleme. Man hat sich nicht besonders viele Gedanken darüber gemacht, dass dieses Modell möglicherweise nicht mehr funktionieren könnte. Deswegen ist aus meiner Sicht der Non-Profit-Sektor im Beschäftigungsbereich unter einem vergleichsweise großen Legitimationsdruck, wenn man das mit den anderen europäischen Ländern oder auch mit den USA vergleicht. Das Image der Non-Profits im Beschäftigungsbereich ist sehr schlecht. Das ist aber nicht den Trägern zuzurechnen, jedenfalls nicht allein. Wenn wir an die Zeit nach dem Anschluss der DDR an die Bundesrepublik denken, hat es eine exorbitante Ausweitung von ABM gegeben. Eine Ausweitung der Finanzmittel für die aktive Arbeitsmarktpolitik für die Arbeitsämter, die Erwerbslosen so die Möglichkeit gab, im so genannten zweiten Arbeitsmarkt Beschäftigung aufzunehmen. Die Vorstellung, die dahinter stand, war erneut, die Menschen müssen vorübergehend „geparkt“ werden - bis die „blühenden Landschaften“ kommen. Heute handelt es sich zunehmend um ein Disziplinierungsinstrument, das Arbeitsbereitschaft, Konformität und Sekundärtugenden einfordert. In all diesen Fällen sind Non-Profits jeweils in diese Regulationsformen eingebunden worden. Jeweils unterschiedlich, aber mit intensiveren Beteiligungen im Zeitverlauf - die Details kann ich hier jetzt nicht entwickeln. Aber an diesem Punkt möchte ich an die Frage anknüpfen und antworten, was ich glaube, wessen es auch noch bedarf, um eine - der Begriff war, glaube ich - Zukunftsfähigkeit zumindest zu denken. Ein Kernbegriff ist aus meiner Sicht gesellschaftspolitische Interventionsfähigkeit, die der Non-Profit-Bereich wieder herstellen muss. Das heißt, er muss aus seiner Rolle, seinem Selbstverständnis - sei es als Dienstleister oder sei es als Sektor neben Staat und Markt - heraus. Er muss versuchen, die Kontakte, die es zögerlich und zart gibt, mit den Gewerkschaften aufzuneh-

men, so wie ich glaube, dass die Gewerkschaften auch zwingend gefordert sind, die Zusammenarbeit mit dem Non-Profit-Bereich zu suchen. Das ist eine schwierige Geschichte, aber auch aus Berlin wissen wir seit den achtziger Jahren, dass es verschiedene Möglichkeiten gibt, die - das wiederum zeigen zumindest einige Erfahrungen aus Los Angeles - Erfolg versprechend sein können, selbst wenn man zugestehen muss, dass die Rahmenbedingungen deutlich andere sind. Aus meiner Sicht müsste eine der zentralen Forderungen in diesem Kontext sein, das Prinzip der Freiwilligkeit, das eh' schon über die Jahre ausgesprochen durchlöchert gewesen ist, wieder deutlicher in den Vordergrund zu rücken. Nur auf dieser Grundlage kann ernstlich erwartet werden, dass sinnvolle Fähigkeiten generiert werden und die Bereitschaft steigt, mit anderen Menschen zusammenzuarbeiten, Vertrauen zu generieren, innovativ zu sein etc. Aus meiner Sicht (und ich füge hinzu, das wird m.E. aus regierungsoffizieller und auf Profit basierender Sicht auch gar nicht gewünscht) kann das in einem System, das auf Druck basiert, nicht funktionieren - das muss auch den Non-Profits klar sein. Mir ist egal, ob es der kalte Sachzwang ist, kein Geld zu haben ist, oder aber ob es diese punitiven Elemente sind, die in unserem Wohlfahrtsstaat ausgebaut und intensiviert werden. Ich glaube, dass das einer der zentralen Punkte ist, an denen man ansetzen muss.

Ich habe, zweitens, den Eindruck aus der Diskussion zumindest auf Bezirksebene und Landesebene in Berlin, dass die zuständigen politischen Verantwortlichen, aber auch diejenigen in den Arbeitsverwaltungen merken, dass mit Ein-Euro-Jobs alleine die Sache ganz offensichtlich nicht in den Griff zu bekommen ist. In Berlin wird momentan sehr intensiv darüber nachgedacht, ein so genanntes kommunales Beschäftigungsprogramm aufzulegen, quasi kommunale Mittel dort einzuspeisen, was automatisch bedeutet, dass Non-Profits in diesem Bereich in Berlin in der Beschäftigungspolitik möglicherweise wieder eine größere Rolle spielen werden. Aus meiner Sicht könnte da ein Anknüpfungspunkt liegen, sich politisch deutlicher zu positionieren und sich aus der Rolle als reiner Dienstleister für die Verwaltung zu verabschieden. Aber ich gebe auch zu, dass mir weder unser Frauensenator, der zugleich Wirtschafts- und Arbeitssenator ist, noch die anderen Senatsverwaltungen (zu schweigen von der Opposition) dafür ein überzeugendes Konzept haben. Die beschäftigungspolitisch aktiven freien Träger ebenfalls nicht, sie befinden sich nach wie vor in der Defensive, soweit sie überhaupt noch an emanzipativen Ansätzen interessiert sind.

Fragesteller: Ich höre im Moment immer noch sehr viel und wiederholt von der Differenzierung zwischen Markt, Staat, Dritter Sektor. Nun ist es auch so, dass der Dritte Sektor vorwiegend Auftragnehmer vom Staat ist und der Staat zunehmend auf Marktmechanismen setzt, auf Konkurrenz, auf Effizienz. Kann es nicht passieren, dass in diesem Dreigestirn von Markt, Staat und Dritter Sektor der Staat den Dritten Sektor rechts überholt und Richtung Markt einfach weiterläuft? Wie ist eigentlich das Verhältnis zwischen Staat, Markt, Marktmechanismus und dem Dritten Sektor? Und wie kann der Dritte Sektor selber in Hinblick auf die Auftragsverhältnisse, die er ja hat, ein eigenes Profil entwickeln?

Gerd Mutz: Ich sehe genau die gleiche Tendenz. Ich würde sagen, da entwickeln sich staatliche Institutionen sehr in Richtung marktwirtschaftlicher Effizienzüberlegungen. Wenn Sie heute mit kommunalen Sozialpolitikern reden, dann reden sie von Effizienz und meinen aber ganz klar eine wirtschaftliche Effizienz, nicht eine, die an sozialen Zielen ausgerichtet ist. Ich meine, diese Entwicklung wird bei den staatlichen Institutionen auch weiter gehen. Ich glaube, es wäre die falsche Fährte, wenn man sagen würde, der Dritte Sektor muss da nun hinterher. Das würde genau dem widersprechen, was ich mir wünsche, dass sich ein eigenständiges Profil entwickeln könnte, nämlich jenseits genau dieser Linie, der jetzt alle staatlichen Institutionen folgen. Und noch ein Wort zu dem, was wir vorhin in der Runde diskutiert haben. Beispielsweise bedeutet für mich Professionalisierung - was Herr Pankoke eingeklagt hat - einen eigenständigen Weg gehen zu können. Dazu gehören Kompetenzen. Deswegen würde für mich Professionalisierung auch gar nicht unbedingt bedeuten, den marktwirtschaftlichen Weg zu gehen, sondern ein eigenes Selbstverständnis aufgrund seines

eigenen professionellen Selbstverständnisses zu entwickeln. Die Gefahr, die Sie dabei sehen, sehe ich genauso, aber ich würde davor warnen, genau diese Kriterien an den Dritten Sektor anzulegen.

Volker Eick: Nur, dass aus meiner Sicht das Problematische eben ist, dass sich - wie gesagt, bezogen auf unsere Untersuchung - die Non-Profits in einem ausgesprochenen Abhängigkeitsverhältnis von staatliche Stellen und staatlichen Geldern befinden. Deswegen ist mein Appell, gesellschaftspolitische Interventionsfähigkeit wiederherzustellen natürlich auch ein bisschen hohl, wenn es nicht gelingt, neue BündnispartnerInnen für eine solche Strategie zu gewinnen. Ich glaube, dass man sich etwas vormachen würde, wenn man sagt, der Dritte Sektor muss eben aufpassen. Er ist -allein das macht den Begriff schon problematisch- kein abgeschlossener Sektor, sondern die Interdependenzen mit Staat und Markt sind unübersehbar. Denn, um beim Markt zu bleiben, auch Produkte, die unter der Regie von Non-Profits hergestellt werden, werden ja zum Teil auf dem so genannten ersten Arbeitsmarkt veräußert, es gibt Konkurrenz, Überlappungen etc. Dieses Interdependenzgeflecht zu durchbrechen, dazu bedarf es aus meiner Sicht tatsächlich einer politischen Willensentscheidung des Sektors selbst. Sonst ist es relativ klar, dass der Non-Profit-Bereich vom Staat quasi als Lückenbüßer benutzt werden kann. Also das, was aus der Perspektive des Dritten Sektors heißt „er ist in Nischen abgedrängt worden und hat sich nie wirklich entfalten können“, greift dann zu kurz. Da muss dann auch gesagt werden, wo wollen die Non-Profits hin. Und wenn das fehlt, dann geht es aus meiner Sicht auch relativ schnell und führt dazu, dass die Non-Profits quasi zur Abfederung neoliberaler Verwerfungen gerade noch gut genug sind. In den USA baut die Privatwirtschaft Non-Profits in ihre Profitmaximierungsstrategien vergleichsweise schon viel professioneller - um den genannten Begriff aufzugreifen - ein. Diesem Druck zu entgehen, gelingt meiner Ansicht nach nur, wenn man sich tatsächlich politisch positioniert.

Birgit Trukeschitz: Ich meine, wir haben heute in der Diskussion einen wesentlichen Schritt gemacht, in dem wir das Konstrukt „Dritter Sektor“ ein bisschen differenzierter betrachten haben. Ich möchte daran anknüpfen und anregen, dass man auch im Bereich der Diskussion um den Einfluss des Staats auf den Non-Profit-Sektor die differenzierte Betrachtungsweise beibehalten sollte. Es gibt Bereiche des Non-Profit-Sektors, die massiv staatsabhängig sind. Dazu gehört der Bereich der sozialen Dienste. Es gibt jedoch auch andere Felder des Non-Profit-Sektors, die sich wesentlich von Spenden, Mitgliedsbeiträgen etc. finanzieren. Diese folgen auch einer anderen Logik und müssen diesen Zwang, der über staatliche Finanzierungsinstrumente hin zu einer Vermarktlichung der Non-Profit-Organisationen führt, nicht mitmachen. (Ob die Rahmenbedingungen dann auch so sind, dass auch diese Organisationen einer Vermarktlichung ausgesetzt sind, ist wieder eine andere Frage.) Bei den Finanzierungsinstrumenten machen wir in Österreich die Beobachtung, dass die Subventionsfinanzierung abnimmt und eine leistungsorientiertere Finanzierung von Dienstleistungen des Non-Profit-Sektors zunimmt. Wenn man die aktuellen Entwicklungen auf EU-Ebene verfolgt, dann lässt sich erwarten, dass dieser Trend noch verstärkt wird und Non-Profit-Organisationen in Zukunft massiven Veränderungen in Richtung Wettbewerb ausgesetzt sein werden. Wie die Organisationen damit umgehen, hängt einerseits vom Selbstverständnis der Organisation und andererseits von ihren Handlungsspielräumen ab. Spannend wird es sein, zu beobachten, wie sich diese Veränderungen auf die MitarbeiterInnen und den Umgang mit ihnen auswirken.

Fragesteller: Ich will kurz den Konflikt aus meiner Perspektive beschreiben, den Volker Eick vorhin auf die Häuserkampfzene in Berlin bezogen beschrieben hat. Wir haben hier in Göttingen eine Reihe von sozialen Einrichtungen, Gruppen, Projekten, die sich vor 10-20 Jahren der neuen sozialen Bewegung oder der Frauenbewegung zugerechnet haben, die heute zum Teil im Paritätischen Wohlfahrtsverband sind, dem ich angehöre. Wir haben uns an die Kofinanzierungsmittel und die ABM und die BSHG 19 und ähnliche Maßnahmen gewöhnt und jetzt kommt an dieser Stelle Hartz IV und der Ein-Euro-Job. Das wird uns so verkauft: „Ich müsst doch Eure Struktur erhalten. Ihr habt doch Eure satzungsgemäßen Ziele und wollt weiter als soziale Einrichtung existieren.“ Das erste

Vierteljahr, da machen wir das freiwillig und dann ist die Struktur da und dann müssen wir das nur noch in Zwangsmaßnahmen umwandeln. Machen wir nicht mit, sind wir in der Situation, dass wir zuschauen, wie die Profitgeier Großprojekte starten, wo dann in Kolonne gefegt wird oder Tüten geklebt werden. Wir stehen also tatsächlich in einem brisanten Konflikt, in dem die einzelne Einrichtung uns als Verband fragt, wie sie sich verhalten soll, ob wir das verantworten können. Unter den Gesichtspunkten von Freiwilligkeit und von Selbstschutzkriterien für die betroffenen MitarbeiterInnen (Mindeststandards etc.) können wir das so verpacken, dass wir es noch verantworten können. Oder: eine kleine Szene kurz beschrieben: Vor einer Woche hatten wir montags folgende Situation: Ich stand auf der Montagsdemonstration und habe mit den Freunden, Genossen und Kollegen gegen Hartz IV gekämpft. Dienstag musste ich unter Polizeischutz ins Arbeitsamt, weil die gleichen Menschen dort standen, mit denen ich noch Montag zusammen stand und haben gesagt. „Wehe Ihr Träger unterschreibt jetzt für den ersten Ein-Euro-Vertrag!“ Das ist eine ganz brisante Situation. Ich würde gerne von denen, die einen historischen Überblick haben, was Faschismus und Zwangsarbeit betrifft, aber auch einen internationalen Überblick haben erfahren, gibt es etwas vergleichbares in den anderen europäischen Ländern? Oder ist das etwas typisch Deutsches, dass wir den Sozialstaat für Zwangsmaßnahmen missbrauchen?

Jürgen Klute: Vielleicht ein Kommentar dazu: Ich habe neulich von einem Gewerkschaftskollegen gehört, dass es eine Anfrage der ILO geben soll an die Bundesregierung bezüglich Hartz IV, weil Hartz IV tatsächlich gegen die Kriterien des Decent-work-Programms der ILO von 1999/2000 (menschenwürdige Arbeit) massiv verstößt. Da müsste man noch mal nachhaken. Ich weiß nicht, ob es stimmt, es ist eher ein Gerücht, aber es wäre ein Ansatzpunkt, nachzufragen bei den örtlichen Bundestagsabgeordneten.

Fragesteller: Zunächst Ein Aspekt, der mir bisher zu kurz gekommen ist, ist die Genderfragestellung. Wir haben im ersten Teil von den recht guten Gehältern im Dritten Sektor gehört und ich glaube, da wird der Rechtsanwalt, der im Nebenberuf noch Vereinsvorsitzender ist und eine entsprechende Aufwandsentschädigung erhält, die vielleicht noch etwas mit Spendenquittung zu tun hat, in eins gemischt mit der prekarierten Pflegefachkraft, die unter aller Würde bezahlt wird.

Als Ökonom stelle ich mir die grundsätzliche Frage, welche Funktion der Dritte Sektor hat? Wenn es nur darum geht, Gelder -staatliche oder Spendengelder- durchzureichen, dann ist das etwas wenig. Weil der Staat es sicherlich selber machen kann. Dann müsste man die Sozialämter oder die Job-Center eben entsprechend aufrüsten. Welches ist die zusätzliche Qualität, die der Dritte Sektor schaffen kann? Das Eine hat Herr Eick angesprochen, dass eine bessere Erreichbarkeit da war, weil es um Menschen ging, die bislang gar nicht bereit waren mit diesen Zwangsinstitutionen zusammenzuarbeiten. Problematisch wird es jetzt, wenn die Institutionen des Dritten Sektors diesen Zwangscharakter übernehmen und sich als Verlängerung des Staates oder als Repressionsinstrument durchsetzen. Wo kann in Zukunft die zusätzliche Qualität sein in dem Bereich der Arbeitsförderung?

Fragestellerin: Als Antwort auf die Frage, ob es dasselbe in anderen Ländern gibt, kann ich vielleicht die Situation in Belgien darstellen. 1994 haben wir, sagen wir, fast das gleiche System wie Ihre Ein-Euro-Jobs eingeführt. Der Unterschied war aber, dass die Kommunen Zentren für Dienstleistungen einrichten mussten, und dass sich Langzeitarbeitslose dort eintragen mussten - sie sind nicht dazu verpflichtet, einen Job anzunehmen - und dass es Gesetze gab, die regeln, was sie tun können und müssen. Und was heute passiert - und das ist möglicherweise sehr interessant im Zusammenhang mit Ihrer Situation - ist, dass wir aus der Situation gelernt haben und erkannt haben, dass dies kein guter Weg ist, die Sache anzupacken. Und nun versucht die Regierung, das einzuführen, was Sie erwähnt haben, Frau Trukeschitz. Sie haben Dienstleistungen betrachtet. Es gibt nicht genügend Geld, um die Leute für die Dienstleistungen zu bezahlen. Und was die Regierung

jetzt tut, ist, dass sie viel Geld dafür zahlt, Dienstleistungen zu entwickeln, und jede Organisation - also der Dritte Sektor - kann diese Gelder beanspruchen. Sie haben die Möglichkeit, normale Jobs mit dieser Art Gelder zu schaffen. Das Geld erhalten diejenigen, die diese Dienstleistungen benötigen, also können diese sich eine Organisation aussuchen, die die Dienste leistet - in bestmöglicher Qualität - und sie haben das Geld zur Verfügung. Es wird also das vorher bestehende System wieder hergestellt und ausgebaut. Man hat von dem anderen System gelernt, dass es keine gute Art der Entwicklung von Diensten ist, und man versucht auch, die Möglichkeiten dieses Sektors zu erkennen, viele neue Arbeitsplätze zu schaffen, es aber auf bessere Weise zu tun. Dies ist eine optimistische Aussicht. Wir können schon einige Ergebnisse sehen, und wir können etwas dazu bemerken, aber auf flämischer Seite kann man momentan gute Ergebnisse sehen.

Birgit Trukeschitz: Die Frage war nach der Qualität von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen des Dritten Sektors. Ich mache einen kleinen historischen Rückblick. Anfang der achtziger Jahren hat in Österreich die Arbeitslosigkeit massiv zugenommen. In Reaktion darauf gab es gemeinnützige Initiativen, die in Dorferneuerungsprojekten bis hin zu Sanierungsprojekten Personen Arbeit gaben. Die Politik hat erst im Nachhinein entdeckt, dass das eigentlich ganz sinnvolle Tätigkeiten waren und hat Förderungen entwickelt. In Österreich liefen diese arbeitsmarktbezogenen Projektförderungen lang unter dem Begriff der experimentellen Arbeitsmarktpolitik. Zehn Jahre später hieß es dann „innovative Arbeitsmarktpolitik“, vielleicht um wieder einen Modernisierungsschub darzustellen. Aus zivilgesellschaftlichen Initiativen entstanden Projekte, die sich mit der Zeit professionalisiert haben. Heute haben wir eine Gliederung des Dritten Sektors in den Bereich, der eine Dienstleistung erstellt und in den Bereich, in dem die zivilgesellschaftlichen Wurzeln mehr Bedeutung haben bzw. stärker verankert sind, vorgenommen. Dieses Bild würde einer Status-Quo Aufnahme, quasi einem Foto, entsprechen. Wenn wir jetzt uns ein paar Jahre später dieselben Organisationen anschauen, welche Veränderungen wären zu beobachten? Vermutlich werden wir die Beobachtung machen, dass einige Organisationen von der Bildfläche verschwunden sind; sich andere Organisationen von zivilgesellschaftlichen Organisationen hin zu professionellen Dienstleistern entwickelt haben. In Österreich sind Qualifizierungsprojekte, Beschäftigungsprojekte, Beratungsprojekte für Arbeitslose zu einem hohen Maß professionalisiert. Es sind diplomierte SozialarbeiterInnen und andere Fachkräfte beschäftigt, die nicht mehr auf ehrenamtlicher Basis arbeiten, sondern für ihre Tätigkeit ein Gehalt erhalten. Die Initiative für die Linderung gesellschaftlicher Problemlagen wird im Non-Profit-Sektor gesetzt, etabliert sich aber im Laufe der Zeit (hier mit Unterstützung öffentlicher Mittel) und schafft Beschäftigung. Aber - wie Herr Mutz richtig gesagt hat - kann der Non-Profit-Sektor die Arbeitslosigkeit damit nicht kurieren oder in dem Maße reduzieren, wie sich die Gesellschaft das wünscht: hin zur Vollbeschäftigung. Wir haben darüber gesprochen, wie Arbeitsplätze geschaffen werden können. Ich meine, man sollte auch ein Auge auf die Qualität der Arbeitsplätze im Dritten Sektor haben. Insbesondere bin ich der Meinung, dass Non-Profit-Organisationen einem besonderen Dilemma unterliegen. Viele haben eine gesellschaftspolitische Mission. Wir haben heute auch gehört, dass Non-Profit-Organisationen nicht Formalziele, sondern Sachziele verfolgen - und davon viele. Bei dieser Zielorientierung - beispielsweise der Versorgung bestimmter Personengruppen mit Leistungen - kann es passieren, dass die Organisation den Blick auf Bedürfnisse der MitarbeiterInnen verliert bzw. dass diese eine untergeordnete Rolle spielen. Möglichweise wird in manchen Fällen auch zuviel an intrinsischer Motivation von den MitarbeiterInnen abverlangt. Bei der letzten Non-Profit-Sektor Konferenz der ISTR (Anm.: The International Society for Third-Sector Research) in Toronto wurde ein Paper präsentiert, in dem gezeigt wurde, dass in sozialen Nonprofit Organisationen ein Verhalten beobachtet werden kann, das „Samariterparadoxon“ genannt wird. Das „Samariterparadoxon“ tritt auf, wenn eine soziale Organisation in dem Bestreben alles daran zu setzen, um ihre Klientel so gut als möglich zu versorgen, gleichzeitig jedoch die Situation und Anliegen der MitarbeiterInnen vernachlässigt.

Eva Hambach: Ich möchte kurz antworten, weil ich sehe, dass einige Leute schon gehen. Die erste Sache ist die des Mehrwerts durch den Dritten Sektor. Ich denke, der Schlüsselfaktor für mich dabei ist, dass er ein Instrument für die Demokratie ist. Und dies ist der Mehrwert des Dritten Sektors: Dass er eine besonders private Initiative ist. Dies ist etwas, was man aus anderen Bereichen der Gesellschaft nicht erhält, glaube ich. Es gibt eine Tendenz in der Europäischen Union, dass Arbeitslose das Geld, das sie erhalten, erst verdienen müssen. Und man sagt auch, dass es nicht mehr ausreicht, Bürger zu sein, sondern man muss ein aktiver Bürger sein, muss man auch etwas für die Gemeinschaft tun. Es gibt eine Tendenz zu dieser neuen Art der Beziehung zwischen Staat und Bürger.

Es ist hier z.B. sehr wichtig, das Gespräch fortzusetzen und einen Dialog mit den Gewerkschaften aufzubauen. Denn wir sehen nun aus dem Freiwilligensektor, dass die Gewerkschaften den freiwilligen Tätigkeiten gegenüber etwas zu misstrauisch sind. Aber ich glaube, dass dies auch geschehen könnte, wenn sie dem Dritten Sektor und der Beschäftigung im Dritten Sektor mehr Beachtung schenken. Wenn andere Regeln oder andere Arbeitsformen eingeführt werden, kann dies auch alle sozialen Rechte zerstören, und die Arbeitskräfte werden die Konsequenzen zu tragen haben; man muss sich dessen bewusst sein, damit es nicht geschieht.

Volker Eick: Zur ersten Frage, ob das mit den 1-Euro-Jobs ein spezifisch deutsches Phänomen ist, das ist es nicht. Das gibt es beispielsweise in den USA, aber auch in Großbritannien, wenn auch nicht in identischer Form. Es ist aber auch unter kritischer Diskussion, wenn Sie beispielsweise an vorbereitete Verfassungsklagen denken, an Protest- und Widerstandsaktionen. Ich glaube, es sind mittlerweile drei Verfassungsklagen in Vorbereitung. Es wird auch juristisch noch eine Diskussion geben. Das betrifft nicht nur die Arbeitsverpflichtung - ich bleibe bei meinem Universitätsbegriff - sondern auch andere Fragen, die mit den Hartzgesetzen verbunden sind.

Es kam der Hinweis, dass hier bisher nicht darüber gesprochen wurde, dass die Löhne für Frauen deutlich niedriger sind, dass das auch für den Non-Profit-Bereich gilt, dass in den Führungspositionen - wie das in der sonstigen Wirtschaft üblich ist - eher Männer sitzen als Frauen. Ich möchte darauf mit zwei, drei Beispielen antworten. Das ist ein Phänomen, das ja einigen Non-Profit-Organisationen durchaus auch geläufig ist. Um ein Beispiel aus Los Angeles zu nennen, es gibt dort eine Organisation, die sich „Winter“ nennt, „Women in Non-Traditional Employment Roles“, die quasi explizit darauf fokussieren, Frauen in so genannten Männerberufen auszubilden. Die bekommen vorher eine Orientierung von drei Wochen, um herauszufinden, was sie machen könnten. Sie können zwischen Automechaniker, Klempner, Kranführer, Elektriker, Schweißer, Zimmermann - tolle Begriffe für Frauenberufe - etc. wählen. Wenn sie diese Einführungsphase durchlaufen haben, kommen sie unter der Betreuung der örtlichen Gewerkschaften in Betriebe und werden dort ausgebildet. Das ist natürlich auch das entscheidende Stichwort für die USA. Betriebe, die gewerkschaftlich organisiert sind, zahlen natürlich deutlich höhere Löhne als das in anderen Bereichen der Fall ist. Und in diesem Fall kommt dazu, dass eben explizit Frauen auch in Männerberufen ausgebildet werden. Vergleichbares gibt es in Berlin, etwa bei „Goldnetz e.V.“ oder „KomboBau“, die im Baugewerbe ausbilden. Es ist auch um die Sanierung von Häusern gegangen, und weil angeblich kein Sanierungsbedarf mehr besteht, haben sie heute auch größere Schwierigkeiten, wechseln aber dann in den Bereich Medien und Internet. Ob da die gleichen Qualifikationsniveaus erreicht werden, das will ich jetzt nicht diskutieren.

Zur Frage der zusätzlichen Qualität des Dritten Sektors. Ich glaube, obwohl ich ja eher kritisch über den Dritten Sektor berichtet habe, dass Teile dieses Sektors eine spezifische Qualifikation noch haben, nämlich, dass sie näher an den lokalen Bedürfnissen der Menschen sind und dass sie näher an den lokalen Bedürfnissen der so genannten benachteiligten Quartiere sind. Ich glaube, es liegt daran, dass nicht allein mit einem staatlich-verwaltenden Blick und nicht nur mit einem profit-

orientierten Blick darauf geschaut wird, sondern -ohne das jetzt idealisieren zu wollen- bisher jedenfalls immer relativ klar gesehen wurde, woran es eigentlich fehlt und was getan werden kann. Um ein Beispiel noch mal zu nennen, LowTec gGmbH ist einer der großen Träger, ist der größte Arbeitgeber in Kreuzberg in Berlin, das heißt der größte Arbeitgeber für ungefähr 340.000 BewohnerInnen, der jahresdurchschnittlich zwischen 800 und 1.200 Erwerbslose und Sozialhilfeempfangende beschäftigt und der die Produkte in seinen einzelnen Gewerken produzieren bzw. Dienstleistungen erbringen lässt. Diese werden in so genannten Sozialläden an Menschen, die entweder Erwerbslose oder Sozialhilfeempfangende oder schlicht arm sind, zu günstigeren Preisen abgeben. Und so könnte man lauter Projekte aufzählen, die versuchen entlang der Bedürfnisse und Quartiere der so genannten benachteiligten Bevölkerungsgruppen, diese Bedarfe zu befriedigen. Ich glaube auch, dass es nach wie vor eine - im Vergleich zu den beiden anderen genannten Sektoren jedenfalls - breitere Diskussion darum gibt, was an Produkten und Dienstleistungen Sinn hat und was nicht, auch wenn diese Diskussion und das entsprechende Bewusstsein unter Druck gerät, im Abnehmen begriffen oder auf dem Weg ist, „an der Kasse“ abgegeben zu werden. Was sind sinnvolle Güter und was sind sinnvolle Dienstleistungen? Das ist ja keine völlig sinnlose Frage.

Jürgen Klute: Ganz herzlichen Dank an die Kolleginnen und Kollegen hier auf dem Podium. Vielen Dank auch an die ÜbersetzerInnen. Ich glaube, es ist ein hartes Stück Arbeit, eine solche Diskussion zu übersetzen.

Panel Session II
Handlungsmöglichkeiten zur Stärkung des Dritten Sektors



Moderation Manfred Grönig (Der Paritätische, Göttingen):

Wir haben heute Gelegenheit, uns mehr mit der Praxis und den Alternativen auseinander zu setzen. Ich habe gedacht, zur Einstimmung in diesem schönen Ambiente - EU-gefördert und in einem Industriepalast, einem der schönsten Göttingens - bietet sich an, sich einmal kurz zu besinnen, wie ein solcher Palast entsteht und unter welchen Rahmenbedingungen wir sonst arbeiten. Deshalb möchte ich mit Bertolt Brecht beginnen: „Fragen eines lesenden Arbeiters“

„Wer baute das siebentorige Theben? In den Büchern stehen die Namen von Königen. Haben die Könige die Felsbrocken geschleppt? Und das mehrmals zerstörte Babylon. Wer baute es so viele Male auf? In welchen Häusern des goldstrahlenden Lima wohnten die Bauleute? Usw.“ Ich denke, viele von Ihnen kennen diesen Text. Inzwischen ist er auch um die „Fragen eines lesenden Arbeitslosen“ ergänzt worden. Nachzulesen unter www.otium-bremen.de, für alle Menschen, die sich gerne mit Müßiggang auseinandersetzen wollen eine interessante Quelle.

Dieser Palast hat auch ertragen müssen, dass hier über Entlassungen diskutiert wurde. Es sieht alles so schön glänzend hier aus, aber die Kolleginnen und Kollegen auch in diesem Betrieb haben vor zwei Jahren erlebt, dass der große Boom Mitte der neunziger Jahre - Global Player Sartorius - plötzlich zu 15% Stellenabbau und zu Kurzarbeit führte, und mancher Maurer, der hier mitgearbeitet hat, ist heute arbeitslos. Lassen wir uns nicht blenden von diesen Verhältnissen, konzentrieren wir uns auf das, was uns im Alltag mehr bewegt: die Arbeitslosigkeit, die Beschäftigungsprobleme und heute erfreulicherweise die Alternativen. Gibt es Möglichkeiten im Bereich der Beschäftigungsforschung und -förderung, der Entwicklung neuer Formen der Gesellschaften und neuer Formen der konkreten Praxis der Beschäftigungsförderung, Lichtblicke in Europa zu finden? Wir hoffen, heute Vormittag einige Antworten auf die Frage zu bekommen.

Zu den ReferentInnen:

- Monica Loss arbeitet bei ISSAN (Istituto Studi Sviluppo Aziende Non Profit, Università degli Studi di Trento, Italien), einem Institut für die Erforschung der Entwicklung von Non-Profit-Organisationen. Die Forschung dort bezieht sich auf kleine und mittlere Organisationen, ist aber auch im internationalen Bereich angesiedelt.
- Eva Johansson ist Genossenschaftsberaterin beim Kooperativt IdéCentrum, Hägersten in Schweden. Sie beschäftigt sich mit Infrastrukturberatung und schildert uns die Erfahrungen ihrer Organisation, welche seit 25 Jahren im Bereich der Beratung und Unterstützung von Non-Profit-Organisationen tätig ist.
- Bettina Roß und Karen Richter haben im Rahmen des Projektes Instruments & Effects eine Studie zur lokalen Förderung des Dritten Sektors in Göttingen durchgeführt. Die heutigen Veranstalter Beschäftigungsförderung Göttingen kAöR, zoom - Gesellschaft für prospektive Entwicklungen e.V. und BUPNET waren die Projektpartner.
- Jürgen Klute ist Sozialpfarrer im Kirchenkreis Herne. Heute wird er ein Memorandum zum Dritten Sektor vorstellen.
- Marilyn Taylor ist Professorin an der University of the West of England in Bristol. Ich bin sehr gespannt, wie dort der Versuch gelungen ist, in vertraglicher Weise einen Weg zwischen Regierung und Drittem Sektor zu finden.

Sozialgenossenschaften in Italien

Dr. Monica Loss (*Issan Istituto Studi Sviluppo Aziende Non Profit, Università degli Studi di Trento, Italien*)

1. Ursprung und Entwicklung des Dritten Sektors in Italien

Bis Ende des 19. Jahrhunderts spielten Markt und Staat eine sehr untergeordnete Rolle bei der Generierung von Einkommen in Italien; wesentlich wichtiger waren andere Akteure, vor allem Haushalte und private gemeinnützige Organisationen. Die wichtigsten unter letzteren waren die *Opere Pie* (Wohltätigkeitsvereine), die *Società di Mutuo Soccorso* (Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit), Kooperativen, und die *Casse di Risparmio* und *Monti di Pegno* (Sparkassen).

Ab Ende des 19. Jahrhunderts begannen Skepsis und Abneigung gegen wohltätige Organisationen zu steigen. Die Legitimation von gemeinnützigen Einrichtungen wurde in Frage gestellt und der Dritte Sektor schrumpfte. Eingeläutet wurde diese Phase durch eine Änderung der Gesetzgebung über die *Opere Pie*, die in sogenannte IPABs (wohltätige und philanthropische öffentliche Organisationen) umgewandelt und der Kontrolle der kommunalen Behörden unterstellt wurden. In den folgenden Jahren wurden die Aktivitäten der wohltätigen und ehrenamtlichen Organisationen stufenweise durch direkte Intervention der Behörden ersetzt.

Nach einem halben Jahrhundert der Skepsis und Abneigung gegen gemeinnützige Organisationen wurde 1948 mit der Ratifizierung der Verfassung der Italienischen Republik ein erster Schritt zur Umkehr dieser negativen Tendenz unternommen. Ausgehend von der Vorstellung, dass sich öffentliche und private Einrichtungen bei der Erbringung von sozialen Diensten gegenseitig ergänzen sollten, wurde die Bedeutung privater gemeinnütziger Organisationen in der Verfassung explizit anerkannt und ihnen wurde Handlungsfreiheit besonders im Bereich der sozialen Aktivitäten eingeräumt. Dennoch gab es bis Ende der 80er Jahre kein Gesetz, das die Anerkennung und Stärkung von Organisationen des Dritten Sektors und ihre Bedeutung in der Sozialpolitik auch konkret umsetzte.

Der Wandel des Dritten Sektors begann in den 70er Jahren. Die Mängel des italienischen Wohlfahrtsmodells traten immer deutlicher zutage und aufgrund der stärkeren Partizipation von Frauen am Arbeitsmarkt ging die soziale Unterstützungsfunktion der Familie zurück. Der Rückgang des Wirtschaftswachstums führte besonders bei jungen Leuten zu einem Anstieg der Arbeitslosenzahlen und der Bedarf an finanzieller Unterstützung zur Sicherung des Unterhalts wuchs.

Gleichzeitig begann sich der Bevölkerungsanteil älterer Menschen zu vergrößern und es entstanden neue Bedürfnisse, die mit den „postmaterialistischen Armutslagen“ (z.B. bedingt durch geistige Behinderung, Obdachlosigkeit, Drogenabhängigkeit, Einwanderung und Langzeitarbeitslosigkeit) zusammenhingen. Diese neuen Probleme konnten durch herkömmliche Ansätze und Programme kaum bewältigt werden. Der Bedarf an traditionellen Dienstleistungen wie auch an solchen, die neue Ideen entwickelten und umsetzten, stieg.

Aufgrund der spezifischen Form des italienischen Wohlfahrtssystems wurde vom öffentlichen Sektor erwartet, diese Bedarfe durch eine Ausweitung der Dienstleistungen abzudecken. Aufgrund mangelnder finanzieller Ressourcen einerseits, schlechtem Management öffentlicher Einrichtungen und der Verwaltung andererseits kam es jedoch nicht dazu. Während die Sozialausgaben (besonders bei den Renten) kontinuierlich stiegen, führten Einsparungen bei den öffentlichen Ausgaben zu einem Einstellungsstopp bei den öffentlichen Einrichtungen. Dies war ein Faktor, der dazu führte, dass sich die sozialen Einrichtungen nicht adäquat auf die neuen Bedürfnisse einstellen konnten.

In dieser Situation versuchte eine Anzahl von Gruppen, von denen viele mit der katholischen Kirche verbunden waren und sich stark auf Freiwilligenarbeit stützten, die Lücke zwischen Bedarfen und Angeboten an sozialen Diensten zu schließen. Sie führten innovative Dienstleistungen ein und erprobten neue Organisationsformen - welche später rückwirkend auch rechtlich anerkannt werden sollten. Die Aktivitäten dieser Gruppen verstärkten die Autonomie des Dritten Sektors.

Die Entwicklung des italienischen Dritten Sektors seit den 80er Jahren lässt sich in drei Phasen einteilen: Anfänge, Anerkennung und Konsolidierung (manche Autoren fügen eine vierte hinzu: die „politische Anerkennung“).

a. *Anfänge*: Die Anfänge lagen zwischen dem Ende der 70er und dem Ende der 80er Jahre, einer Zeit, in der eine große Zahl kleiner Freiwilligenorganisationen gegründet wurde. In enger Verbindung zu den jeweiligen lokalen Kontexten beschäftigten sich diese Organisationen hauptsächlich mit den „neuen Armen“: Jugendlichen mit familiären Problemen, Alten, Behinderten, Obdachlosen, Drogenabhängigen und Einwanderern. Zunächst waren diese Initiativen größtenteils als freie Vereinigungen organisiert, die sich stark auf Freiwilligenarbeit stützten. Die Unterstützung von öffentlicher Seite beschränkte sich auf finanzielle Leistungen, im Allgemeinen in Form kleiner Beträge, die nicht im Verhältnis zu den tatsächlich geleisteten Diensten standen. Die Tatsache, dass viele dieser Organisationen erfolgreich den Bedarf an Dienstleistungen gedeckt haben, erklärt ihr Größen- und zahlenmäßiges Wachstum und die Transformation einer Reihe von Organisationen in besser organisierte Verbände, die in der Lage waren kontinuierlicher Dienste anzubieten und Sozialarbeiter als bezahlte Kräfte einstellten. Diese Entwicklung traf jedoch auf eine rechtliche Schranke: In Italien war es Vereinen nicht gestattet, ständig gewinnbringend zu arbeiten. Um diese Schranke zu umgehen, begannen einige Gruppen ihre Aktivitäten unter der Rechtsform einer Kooperative zu organisieren. Dies lag nahe, da eine Kooperative zwar den Status eines Unternehmens hat, zugleich aber - wie viele Freiwilligenorganisationen - durch Mitgliederbeteiligung, demokratische Leitungsstrukturen und einen geringen Bedarf an Startkapital gekennzeichnet ist. Zudem war der Status der Kooperative in Italien nicht nur der einer „alternative form of enterprise ... on a personal and non-capitalist basis, self-managed and democratic“² (Santella 2002) geregelt, sondern es war auch vorgesehen, dass sie eine soziale Funktion erfüllen kann. Die Rechtsform der Kooperative war also ein Hybrid, eine Mischung aus Unternehmen und Not-for-Profit-Organisation, die hinsichtlich der Gewinnverteilung starken Beschränkungen unterworfen war und sie war die einzige Unternehmensform, deren nicht-ausgeschüttete Gewinne von der Steuer befreit waren.

b. *Anerkennung*: Die Phase der Anerkennung ging von 1988 bis 1991. Die Anerkennung der Legitimität privater Initiativen auf dem Gebiet der sozialen Dienstleistungen wurde mit einer Entscheidung des Verfassungsgerichts eingeläutet, derzufolge Artikel 1 des Gesetzes, das die Umwandlung der *Opere Pie* (mildtätigen Organisationen) in IPABs regelte, Artikel 38 der Verfassung widersprach, welcher die Unabhängigkeit von privater Pflege reguliert. Aufgrund dieser Entscheidung war jede Initiative von Bürgern erlaubt, private Organisationen zur Erbringung sozialer Dienstleistungen aufzubauen und zu unterhalten. Im Jahr 1991 wurden dann zwei Gesetze verabschiedet, die die beiden wesentlichen in den Vorjahren entwickelten Organisationsformen von Not-for-profit-Organisationen nachträglich legitimierten und gesetzlich regelten. Es handelt sich um folgende Gesetze:

² „alternative Unternehmensform ... auf persönlicher und nichtkapitalistischer Grundlage, selbstverwaltet und demokratisch“

1. Das Gesetz 266/91 über „Freiwilligenorganisationen“ erkannte die Rolle organisierter Freiwilligenarbeit an, regelte sie, sah eine Eintragung in spezielle Verzeichnisse vor und gewährte einige Steuervorteile;

2. Das Gesetz 381/91 über „Sozialkooperativen“, legte die Organisationsform von Kooperativen fest, die im Bereich der Erbringung sozialer Dienste tätig sind.³

Diese beiden Gesetze ergänzen die zwei im italienischen Zivilgesetzbuch vorgesehenen traditionellen Organisationsformen für Einrichtungen mit sozialer Zielsetzung (Verein und Stiftung), um zwei weitere Organisationsformen. Sie erkennen das Recht von Privatpersonen an, sich zum Nutzen Dritter zu organisieren, und gestehen nichtstaatlichen Organisationen das Recht zu, dauerhaft soziale Dienstleistungen anzubieten. Der Unterschied zwischen den beiden Organisationsformen ist einfach: Anders als Freiwilligenorganisationen können Sozialkooperativen ihre Mitglieder auch einstellen und besitzen Unternehmensstatus.

c. *Konsolidierung*: Der Verabschiedung der beiden nationalen Gesetze im Jahr 1991 folgte die Verabschiedung einer Reihe von regionalen Gesetzen, die die Entwicklung der beiden neuen Organisationstypen unterstützen sollten und deren vertragliche Beziehungen mit den Behörden regelten. Zudem wurde in nationalen und regionalen Gesetzen zur Umsetzung und Finanzierung von Dienstleistungen für bestimmte Klientengruppen (Behinderte, Drogenabhängige, Alte etc.) vielfach auf diese neuen Organisationen verwiesen.

Gleichzeitig wurde es den nationalen und kommunalen Behörden und ihren Agenturen gestattet, Aufträge über die Erbringung von Diensten an Sozialkooperativen und Freiwilligenorganisationen zu vergeben. Der Gedanke dabei war, dass der wachsende Bedarf an Dienstleistungen bewältigt werden könnte, wenn unabhängige Organisationen in die Lage versetzt werden, diesen zu decken. Die Praxis der Auftragsvergabe verbreitete sich daher, jedoch ohne einen klaren rechtlichen Rahmen und ohne angemessene Vorbereitung seitens der kommunalen Behörden und seitens der Organisationen des Dritten Sektors. Dennoch half diese Praxis dabei, die beiden neuen Organisationsformen zu fördern und zu stärken, besonders die der Sozialkooperative. Ein Resultat war auch, dass das Angebot an sozialen Diensten größer wurde.

2. Sozialkooperativen in Italien: Merkmale und Größenordnung

Die ersten Erfahrungen mit Sozialkooperativen wurden gegen Ende der 70er Jahre gemacht. Jedoch ergaben sich durch das Fehlen einer konkreten gesetzlichen Grundlage für Kooperativen mit sowohl sozialen als auch kommerziellen Zielen eine Reihe von Schwierigkeiten - insbesondere hinsichtlich einer steuerlichen Regelung. Der Bedarf nach einer spezifischer Gesetzgebung wurde größer. Schließlich wurde nach langer Debatte im Jahr 1991 das Gesetz 381 verabschiedet.

Das Gesetz definiert Sozialkooperativen als Organisationen, welche die allgemeinen Interessen der Gemeinschaft im Hinblick auf die Unterstützung und soziale Integration ihrer Bürger zu verwirklichen streben. Das Gesetz erkannte eine neue Art von Genossenschaft an: Eine neue Form eines sozialen Betriebs, welcher soziale und kommerzielle Ziele miteinander zu verbinden in der Lage ist.

Das Gesetz unterscheidet zwei Arten von Sozialkooperativen, je nach dem, ob sie Dienste der allgemeinen Wohlfahrt und der Bildung (Sozialkooperativen vom Typ A) anbieten oder in den Bereichen Landwirtschaft, Industrie oder Handel tätig sind bzw. Dienste zur Integration benachteiligter Personen in Arbeit bzw. den Arbeitsmarkt anbieten (Sozialkooperativen vom Typ B). Erstere können

³ Dieses Gesetz wird detailliert in Abschnitt 2.1. diskutiert.

kommerzielle Ziele verfolgen und sind unternehmerischer Natur, dürfen aber nur im Bereich der sozialen Dienste tätig werden. Letztere fokussieren besonders auf die Beschäftigung von „benachteiligten Werktätigen“ und ihre Belegschaft muss zu mindestens 30% aus dieser Gruppe bestehen.

Hinsichtlich der Leitungsstruktur von Sozialkooperativen sieht das Gesetz vor, dass auch freiwillige Mitarbeiter gleichberechtigte Mitglieder von Sozialkooperativen werden können und dass die Eigentumsstrukturen von Sozialkooperativen mehrere Kategorien von Mitgliedern gleichzeitig zulassen. Anders ausgedrückt, kann nach Gesetz 381/91 eine Sozialkooperative folgende Mitglieder haben:

- *Angestellte Mitglieder*; praktizierende Fachleute und Führungspersonal, die eine Vergütung in Form von Geld oder geldwerten Leistungen (Unterkunft, Verpflegung) erhalten;
- *Klienten als Mitglieder*; die Nutzer der von der Kooperative geleisteten Dienste (Alte, Behinderte, etc.) oder deren Familienmitglieder;
- *Freiwillige Mitglieder*; Mitglieder, die auf Grundlage von Gesetz 381 Art. 2 „frei, spontan und persönlich, ohne dass sie irgendeine Form von Vergütung erhalten“ in der Kooperative mitarbeiten; diese dürfen nicht mehr als 50% der gesamten Belegschaft ausmachen;
- *Fördermitglieder*; Kapitalgeber mit eingeschränkten Rechten bezüglich der Beteiligung an der Entscheidungs- und Führungsstruktur der Organisation;
- *juristische Personen*; nach Gesetz 381 Art. 11: „dazu berechtigt, Mitglieder von Sozialkooperativen zu sein, sind öffentliche oder private juristische Personen, deren Satzung die Finanzierung und Entwicklung von kooperativen Tätigkeiten vorsieht“.

Gesetz 381 stellt im Hinblick auf wirtschaftliche und finanzielle Angelegenheiten fest, dass Kooperativen vom Typ A und vom Typ B mit öffentlichen Organen Verträge über die Erbringung von Dienstleistungen und Maßnahmen der Arbeitsintegration abschließen dürfen. Speziell für Sozialkooperativen, die Maßnahmen zur Arbeitsintegration anbieten, gestattet das Gesetz öffentlichen Organen, „in Nichtbeachtung des Gesetzes über Vertragsaufnahme durch öffentliche Verwaltungsorgane Vereinbarungen mit Kooperativen einzugehen, die den in Art. 1 des Gesetzes dargelegten Tätigkeiten nachgehen“. Das Gesetz erkennt damit explizit an, dass öffentliche Organe und Sozialkooperativen gleiche Ziele verfolgen und betont die Möglichkeit der diesbezüglichen Zusammenarbeit.

Um eine Vorstellung von der Dimension des Phänomens Sozialkooperativen in Italien zu vermitteln, werden im folgenden Teil einige Zahlen zu Non-Profit-Organisationen (NPOs) sowie einige Zahlen zu Sozialkooperativen angeführt.

Die aktuellste und verlässlichste Datenquelle, aufgrund derer der Non-Profit-Sektor in Italien quantifiziert werden kann, ist eine im Jahr 2001 von ISTAT durchgeführte Untersuchung. Dieser Studie zufolge waren im Jahr 1999 221.412 NPOs in Italien tätig. Ihre Verteilung nach Makroregionen zeigt, dass sie stark auf den Norden konzentriert sind: insgesamt 113.172 NPOs haben ihren Sitz im Norden (51,1%), 21,2% in der Mitte und 27,7% im Süden Italiens.

Eine Analyse der Verteilung der NPOs nach ihrer Rechtsform zeigt, dass der häufigste Typ der nichteingetragene Verein ist (63,6% der gesamten Non-Profit-Organisationen), gefolgt vom eingetragenen Verein (27,7%). Demgegenüber machen Sozialkooperativen nur 2,1% der Gesamtzahl aus. Die Mehrheit der in Italien aktiven NPOs (Tabelle 1) bietet Dienstleistungen in den Bereichen Sport, Kultur und Freizeit an (63,4%), gefolgt von Sozialarbeit (8,7%) sowie Gewerkschaftsarbeit und Interessenvertretung (7,1% der NPOs).

Tabelle 1. Verteilung von Non-Profit-Organisationen nach Tätigkeitsgebiet und Rechtsform

	Eingetragener Verein	Stiftung	Nichteingetragener Verein	Komitee	Sozialkooperativen	Andere Formen	Gesamt
Kultur, Sport und Freizeit	60,7	28,8	69,4	60,9	10,2	22,2	63,4
Bildung und Forschung	4,3	23,7	4,0	5,3	2,9	29,2	5,3
Gesundheit	8,7	5,6	2,5	1,7	7,8	3,3	4,4
Soziale Dienste	10,7	25,7	5,7	8,4	51,5	15,3	8,7
Umwelt	2,1	0,5	1,2	4,0	1,4	0,4	1,5
Gewerkschaftsbeziehungen und Interessenvertretung	5,9	-	8,4	2,0	-	1,3	7,1
Wirtschaftliche Entwicklung und sozialer Zusammenhalt	1,6	2,7	1,6	5,3	14,9	1,5	2,0
Andere Aktivitäten*	5,7	13,0	7,1	12,3	11,3	26,8	7,7
Gesamt	100%	100%	100%	100%	100%	100%	100%

Quelle: unsere Analyse der ISTAT-Daten

* Die Klassifizierung „andere Aktivitäten“ umfasst Aktivitäten wie: Rechtsberatung und politische Aktivitäten, Philanthropie und freiwillige Förderung, Kooperation und internationale Solidarität, Religion und weitere selten vorkommende Aktivitäten.

Eine Analyse nach Gründungsjahren ermöglicht es, die Entwicklung des Sektors nachzuvollziehen. Dabei zeigt sich, dass die wirtschaftlichen, sozialen und gesetzgeberischen Veränderungen in den 90er Jahren die Entwicklung des Sektors und seiner verschiedenen Organisationstypen wesentlich beeinflusst haben (Tabelle 2). So ist die Zahl der Non-Profit-Organisationen in den 90ern stark angestiegen; allein in diesem Jahrzehnt wurden insgesamt 122.216 neue Organisationen gegründet - mehr als die Hälfte (55,2%) aller zum Jahr 2000 in Italien arbeitenden NPOs. Von diesem Wachstum profitierten sowohl die nördlichen Regionen (wo 48,2% der seit 1990 gegründeten NPOs angesiedelt sind), als auch die südlichen Landesteile (wo 30,8% der in den letzten zehn Jahren gegründeten NPOs ihren Sitz haben).⁴

Dieses Wachstum zeigt sich sowohl bei den alten, wie auch bei den neuen Rechtsformen: Seit 1990 wurden über 29.000 eingetragene Vereine (48,3% aller eingetragenen Vereine in Italien), 1.440 Stiftungen (46,7% aller italienischen Stiftungen), 84.000 nichteingetragene Vereine (59,8% aller nichteingetragenen Vereine), 2.400 Komitees (62,7% aller Komitees) und 2.500 Sozialkooperativen (54% aller Sozialkooperativen) gegründet. Die unterschiedlichen Wachstumsraten bei den verschiedenen Rechtsformen haben zu einer Abnahme derjenigen NPOs geführt, die als eingetragene Vereine, in anderer Rechtsform oder als Stiftung operieren und zu einer Zunahme der nichteingetragenen Vereinen, Komitees und Sozialkooperativen.

⁴ In absoluten Zahlen: Die Anzahl der Non-Profit-Organisationen im Süden hat sich im letzten Jahrzehnt mehr als verdoppelt (von weniger als 24.000 auf über 61.000 Organisationen gegenwärtig). Verglichen mit den anderen Makroregionen liegt der Prozentsatz der im Süden gegründeten NPOs an der Gesamtzahl der in den letzten zehn Jahren gegründeten Organisationen deutlich höher. Der Anteil der im Süden gegründeten NPOs an allen italienischen NPOs stieg von 17,4% in den 50er Jahren auf ungefähr 31% in den 90ern.

Tabelle 2. Institutionen nach Gründungsjahr, Rechtsform, hauptsächlichem Tätigkeitsgebiet und Region

Gründungsjahr:	vor 1950	1951-1960	1961-1970	1971-1980	1981-1990	nach 1990	Gesamt
RECHTSFORM							
Eingetragener Verein	34,1	37,9	36,9	33,3	29,5	24,3	27,7
Stiftung	2,3	2,8	2,2	1,6	1,3	1,2	1,4
Nichteingetragener Verein	48,8	50,5	54,4	55,8	60,3	68,9	63,6
Komitee	0,8	1,0	0,9	1,5	1,7	2,0	1,7
Sozialkooperative	0,3	0,3	0,3	1,4	3,4	2,1	2,1
Andere Rechtsform	13,7	7,6	5,3	6,5	3,8	1,7	3,6
TÄTIGKEITSGEBIET							
Kultur, Sport und Freizeit	46,4	52,1	61,3	57,3	63,3	66,7	63,4
Bildung und Forschung	10,2	8,2	5,5	6,6	5,3	4,4	5,3
Gesundheit	4,3	11,7	11,8	7,0	4,5	3,0	4,4
Soziale Dienste	12,0	11,5	6,6	8,5	9,9	8,0	8,7
Gewerkschaftsbeziehungen und Interessenvertretung	13,1	7,8	6,1	9,7	5,8	6,6	7,1
Andere Tätigkeiten	14,0	8,0	8,7	10,9	11,2	11,2	11,2
GEBIET							
Norden	61,0	64,0	63,7	56,0	50,7	48,2	51,1
Mitte	21,6	21,6	21,4	21,2	21,4	21,1	21,2
Süden	17,4	14,4	14,9	22,8	27,9	30,8	27,7

Quelle: unsere Analyse der ISTAT-Daten

Wenn man sich die ISTAT-Daten für die Zeit vor 1990 ansieht, fällt auf, dass bis 1970 lediglich 33 Sozialkooperativen gegründet wurden. Während der 70er Jahre wuchs ihre Zahl auf 333, in den 80ern auf 1.741 Organisationen. Dies zeigt, dass es bereits vor der rechtlichen Regelung der Sozialgenossenschaften in den 90er Jahren eine bedeutende Zahl von Sozialkooperativen in Italien gab, welche sich besonders auf der Grundlage privater Initiativen entwickelt hatten.

Eine Vorstellung von der Entwicklung sozialer Kooperation erhält man aus den Daten, die seit den frühen 90er Jahren die *Direzione Generale della Cooperazione*⁵ veröffentlicht (Tabelle 3). Demnach stieg zwischen 1993 und 2000 die Zahl der Sozialkooperativen von 1.479 auf 6.952, bei einem jährlichen Zuwachs von jeweils 500 bis 1.000 Organisationen.

Die Wachstumsquoten der nördlichen und südlichen Regionen des Landes unterschieden sich erheblich. In den nördlichen Regionen betrug das durchschnittliche Wachstum in jedem Dreijahreszeitraum jeweils um die 20%. In den südlichen Regionen (besonders auf den Inseln), in denen sich bis 1993 diese Organisationen nur wenig entwickelt hatten, stieg ihre Anzahl beträchtlich - zeitweilig stieg hier ihre Zahl der Sozialkooperativen um mehr als 100%, besonders zwischen 1995 und 1997.

⁵ Die Daten werden dem Arbeitsministerium durch die regionalen Arbeitsämter zur Verfügung gestellt, welche sie wiederum aus den Prüfungsberichten der Zentralagenturen für Kooperativen (für die Organisationen, die Verbänden angehören) und der ministerialen Inspektoren (für die keinen Verbänden angehörende Kooperativen) entnehmen.

Table 3. Entwicklung der Anzahl der Sozialkooperativen zwischen 1993 und 2000

	Absolute Werte								Dreijahresdurchschnitt (%)				
	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	1993-1996	1994-1997	1995-1998	1996-1999	1997-2000
Nordwesten	624	811	880	1177	1314	1485	1572	1755	29,5	20,7	22,9	11,2	11,2
Nordosten	194	360	442	503	528	589	630	702	53,1	15,6	11,1	8,4	11,0
Mitte	359	589	799	1142	1328	1563	1726	1935	72,7	41,8	31,9	17,0	15,2
Süden und Inseln	302	552	713	1035	1529	1765	2323	2560	80,9	59,0	49,2	41,5	22,5
Italien Gesamt	1479	2312	2834	3857	4699	5402	6251	6952	54%	34%	30%	21%	16%

Quelle: Direzione Generale della Cooperazione - Analyse in G. Marocchi: *I dati ministeriali: una fotografia della cooperazione sociale*, in 'Terzo rapporto sulla cooperazione sociale', 2001

* Der Nordwesten umfasst: Piemonte, Valle d'Aosta, Lombardia und Liguria; der Nordosten umfasst: Trentino-Alto Adige, Veneto und Friuli-Venezia Giulia; die Region Mitte umfasst: Toscana, Emilia-Romagna, Umbria, Marche, Lazio und Abruzzo; der Süden und die Inseln umfassen: Molise, Campania, Puglia, Basilicata, Calabria, Sicilia und Sardegn.

Vom Arbeitsministerium veröffentlichte Daten zu den Sozialkooperativen zeigen, dass Ende 2000 etwa 7.000 Sozialkooperativen in Italien aktiv waren:

- 58% von ihnen boten soziale und bildungsbezogene Dienste (Typ A)
- 37% (2.549) boten Maßnahmen zur Arbeitsintegration von benachteiligten Menschen an (Typ B)
- und 5% (377) verfolgten beide Ziele (eine Mischung aus den Typen A und B)

Die Sozialkooperativen vom Typ B waren bislang zahlenmäßig in der Minderheit, aber ihre Anzahl stieg in den letzten Jahren schnell an.

Sozialkooperativen sind hauptsächlich auf dem Gebiet der sozialen Dienste tätig: Sozialkooperativen vom Typ A bieten Dienste für ältere Menschen, Minderjährige mit familiären Problemen und Behinderte an (z.B. ambulante Pflege, betreutes Wohnen, Tagesstätten). In letzter Zeit wurden viele Kooperativen in der Unterstützung von Menschen aktiv, die von traditionellen (Drogensucht, geistige Behinderungen) wie auch „neuen“ Arten (wie Strafgefangene auf Bewährung, Alkoholiker, Obdachlose) von Benachteiligung betroffen sind.

3. Sozialkooperativen für Arbeitsintegration (WISE)

Nun ein Blick auf die sozialen Betriebe, die im Bereich der Arbeitsintegration tätig sind (*work integration social enterprises* = WISE).

Entsprechend der Gesetzgebung verfolgen Sozialkooperativen des Typs B folgende Ziele:

- Auf dem Arbeitsmarkt Benachteiligten Beschäftigungschancen zu bieten; eine Beschreibung der durch das Gesetz 381 abgedeckten Formen der Benachteiligung findet sich in Art. 4: Drogenabhängige, Alkoholiker, Behinderte, schlecht ausgebildete Arbeiter, Frauen und alte Männern mit niedrigen Qualifikationen sowie Strafgefangene auf Bewährung. Die Zahlen zeigen, dass im Jahr 2000 über 20.000 auf dem Arbeitsmarkt Benachteiligte bei sozialen Kooperativen (Typ B) beschäftigt waren.

- Förderung der sozialen Integration der Beschäftigten durch berufliche und persönliche Entwicklung: Die Erfahrung einer Tätigkeit in einem sozialen Betrieb ermöglicht den Beschäftigten neben einer Verbesserung ihrer beruflichen Fähigkeiten vor allem den Ausbau ihrer persönlichen Kompetenzen (im Sinne persönlicher Beziehungen, sozialen Verhaltens sowie eines Zuwachses an Autonomie in der Alltagsbewältigung).

In jüngerer Zeit bieten diese Organisationen nun auch Ausbildung, Arbeitsplatzvermittlung und andere Vermittlungstätigkeiten an.

Wesentliche Merkmale von Sozialkooperativen des Typs B sind, dass sie wie „normale“ Unternehmen in allen wirtschaftlichen Gebieten tätig sein können (Landwirtschaft, Industrie, Dienstleistungen und Handel), dabei aber zu mindestens 30% Benachteiligte beschäftigen müssen, wollen sie von den Sozialbeiträgen für die benachteiligten Beschäftigten befreit werden.

In den Ergebnissen von *Perse*, einer internationalen Untersuchung der sozioökonomischen Errungenschaften von sozialen Betrieben für die Arbeitsintegration in Europa, werden WISE wie folgt beschrieben:

- Unternehmen mit multiplen Zielen: In vielen Fällen sind Produktion und soziale Aktivitäten gleichermaßen wichtig. Die Sozialkooperativen engagieren sich auch in der Lobbyarbeit, wobei diese nicht das wichtigste Ziel der Arbeit ist.
- Unternehmen, die einen Ressourcenmix mobilisieren: Die meisten Sozialkooperativen sind von öffentlichen Mitteln abhängig; jedoch sind auch in der Privatwirtschaft viele andere Finanzquellen und nicht-finanzielle Ressourcen verfügbar. Die Sozialkooperativen profitieren von der Befreiung von Sozialbeiträgen, von Möglichkeiten der kostenlosen Gebäudenutzung oder anderer Infrastruktureinrichtungen. Besonders aber kommt ihnen ehrenamtliche Arbeit zugute.
- Unternehmen, die nutzbringend sind für
 - die Gemeinschaft;
 - die dort angestellten benachteiligten Beschäftigten; der Nutzen kann sowohl finanzieller Art (höheres Einkommen durch Beschäftigung) als auch nicht-finanzieller Art sein, wie zum Beispiel in Form von persönlicher Weiterentwicklung (persönliche Beziehungen, Autonomie, die Fähigkeit, mit einem Arbeitsumfeld zurecht zu kommen etc.).

4. Wettbewerbsvorteile von Sozialkooperativen

Abschließend lassen sich einige Merkmale von Sozialkooperativen herausarbeiten, die diese als soziale Betriebe ausweisen. Die mittlerweile erreichte quantitative Bedeutung der italienischen Sozialgenossenschaften zeigt, dass diese ein wesentlicher Teil von Sozialpolitik, aktiver Arbeitsmarktpolitik und - ganz allgemein - des italienischen Wohlfahrtssystems geworden sind. In naher Zukunft werden Sozialkooperativen und ihre Vertreter immer aktiver auch vor Ort in die kommunale Planung eingebunden sein, und zwar mehr in der Funktion von politischen Entscheidungsträger denn nur als Erbringer von Dienstleistungen.

Seit der Entstehung der ersten Sozialkooperativen war es ihre wesentlichste Strategie, den wachsenden Bedarf an Dienstleistungen nicht durch das individuelle Wachstum einzelner Kooperativen zu bewältigen, sondern neue Initiativen ins Leben zu rufen und damit eine zunehmende Spezialisierung zu ermöglichen. Dennoch nutzten die Sozialkooperativen die Vorteile, die größere Organisationseinheiten bieten, indem sie sich in örtlichen Konsortien zusammenschlossen. Diese werden

meist auf der Ebene der Provinzen gebildet, mit einer übergeordneten Struktur auf nationaler Ebene. So bildete sich in den letzten Jahren ein integriertes System sozialer Unternehmen heraus.

Die Konsortien haben eine oder mehrere der folgenden Funktionen:

- Unterstützungsleistungen für einzelne Kooperativen, meist in Form von Ausbildung, technisch-administrativen Diensten, sowie Wissens- und Informationsvermittlung;
- Vertretung der Interessen der Kooperativen; das Konsortium nimmt Einfluss auf die Entwicklung politischer Programme und Richtlinien, welche Gründung und Ausbau von Sozialkooperativen regeln;
- Förderung von Wirtschaftspolitik; Konsortien handeln auf verschiedene Weise, um die gewinnbringenden Aktivitäten ihrer Mitglieder zu fördern.

Konsortien von Sozialkooperativen bilden sich seit den 80er Jahren. Im Jahr 2000 waren in Italien in den regionalen Verzeichnissen 207 solcher Konsortien aufgeführt, bei einem Anstieg um 50% seit 1998. Sie entwickelten sich hauptsächlich in den Regionen des Nordens, wo 52% angesiedelt sind (107 Organisationen), gefolgt vom Süden (59 Konsortien oder 28%) und der Mitte Italiens (20% aller Konsortien).

Die Ziele und Interessen von Sozialkooperativen orientieren sich am Gemeinwohl, zugleich aber ähnelt ihre Management stark dem kommerzieller Organisationen: Sie arbeiten effizient und wirksam, um auf dem Markt wettbewerbsfähig zu sein. Möglich ist dies dank ihrer Fähigkeit, das explizite Ziel des Gemeinwohls mit unternehmerischen Zielen zu verbinden.

Die Vielfalt der in Sozialkooperativen involvierten Interessengruppen wird erkennbar, wenn wir einen Blick auf die Führungsstruktur solcher Unternehmen werfen: Im Vorstand finden sich die Vertreter verschiedensten Interessengruppen: Beschäftigte, Freiwillige, der öffentliche Sektor und Vertreter der Kommunen. Hier liegt ein Wettbewerbsvorteil von Sozialkooperativen; die Vielfalt der involvierten Interessengruppen garantiert, dass die Sozialkooperativen gesellschaftlich verankert und gesellschaftlich anerkannt sind, ihr Dienstleistungsangebot integriert und genau den Bedürfnissen der jeweiligen Kommunen angepasst ist.

Literatur

- Borzaga, C. (1994), "La cooperazione sociale di inserimento lavorativo: una analisi empirica dell'efficacia e dei fattori di successo", *Rivista della Cooperazione*, n. 18, settembre ottobre.
- Borzaga, C. - Defourny, J (2001), "L'impresa sociale in prospettiva europea. Un'analisi comparata", Edizioni 31.
- Borzaga, C. (2000), "Capitale umano e qualità del lavoro nei servizi sociali", Fondazione Italiana per il volontariato, Roma.
- Borzaga, C. - Zandonai, F. (2002), "I contenuti del terzo rapporto sulla cooperazione sociale", in *Comunità cooperative*, Edizioni della Fondazione Giovanni Agnelli, Torino.
- ISTAT, (2000): "Le istituzioni nonprofit in Italia. I risultati della prima rilevazione censuaria. Anno 1999".
- Macello, M. (1997), "La cooperazione sociale di inserimento lavorativo", in *Imprenditori sociali*, Edizioni della Fondazione Giovanni Agnelli, Torino.
- Marocchi, G. (2002), "L'inserimento lavorativo nelle cooperative sociali", in *Comunità cooperative*, Edizioni della Fondazione Giovanni Agnelli, Torino.

Nachfragen zum Vortrag von Monica Loss:

Manfred Grönig: Vielen Dank, Monica Loss. Ich denke nach der kritischen Debatte über Hartz IV und der kollektiven Depression der deutschen Beschäftigungsförderer, die wir gestern hier aufscheinen ließen, war das eine sehr schöne Ermutigung. Es gibt ja auch in Deutschland viele Projekte, die Ausgründungen von Kommunen sind oder sich in Trägerschaft von Kirchen oder Verbänden befinden oder kleinere eingetragene Vereine, die in der Beschäftigungsförderung tätig sind. Aber es gibt auch hier in Göttingen Beispiele, die inhaltlich sehr dicht an dem sind, was wir eben gehört haben, aber wo der Genossenschaftsgedanke, der Teilhabegedanke, das gemeinsame Unternehmen leider nicht so im Vordergrund stehen. Ich kenne die Diskussion um die Göttinger Wochenzeitung, bei der wir über das Genossenschaftsmodell nachdenken. Vielleicht können wir vieles aus Italien als Ermutigung aufnehmen.

Fragesteller: Ich hatte am Montag die Gelegenheit, das italienische Genossenschaftssystem kennenzulernen von einer Südtiroler Vertreterin des Verbandes der Sozialgenossenschaften. Sie hat uns drei Sozialgenossenschaftstypen vorgestellt. Den Typ A, den Typ B und einen Typ C, der kaum repräsentiert ist. Da habe ich die Frage gestellt, warum der Typ C so schlecht wegkommt in den Statistiken. Man hat mir die Erklärung gegeben, dass der Begriff der Benachteiligten im Artikel 4 des Gesetzes 381 sehr eingeschränkt definiert ist. Benachteiligte sind zum Beispiel nicht ältere Arbeitslose oder nicht gut ausgebildete Arbeitslose. Benachteiligte werden gesehen im Bereich psychischer Erkrankungen oder physischer Erkrankungen im weitesten Sinne, aber zum Beispiel der Bereich Altersarbeitslosigkeit, der uns ja auch interessiert, wird mit diesem Typ B nicht erreicht und deshalb kann der sich auch nicht in der Zusammensetzung von Typ C finden. Genossenschaften vom Typ B dürfen auch nicht im Bereich sozialer Dienstleistung und in der Gesundheitsfürsorge tätig sein. So habe ich es zumindest verstanden. Er hat ausschließlich den Beschäftigungsaspekt der Benachteiligten zum Ziel. Gibt es da Änderungsbemühungen in Italien? Für uns wäre ja ein Modell sinnvoll, bei dem auch die Integration Älterer in Arbeit und auch die Übernahme entsprechender kommunaler oder freiwilliger Dienstleistungen möglich sein sollte. Vielen Dank.

Monica Loss: Das Problem der Definition hat nur etwas zu tun mit der finanziellen Unterstützung des sozialen Betriebs. Es ist nicht so, dass ein sozialer Betrieb des Typs B keine älteren Arbeitslosen oder solche aus anderen Kategorien, die in der Gesetzgebung nicht vorgesehen sind, beschäftigen kann. Sie tun dies normalerweise. Das wichtigste und Hauptziel des Sozialbetriebs - in diesem Fall Sozialbetriebe vom Typ B - ist Beschäftigungs- und Arbeitsintegration für benachteiligte Menschen. Sie wenden die Kategorie an, die in derjenigen Gemeinde benötigt wird, in der sie arbeiten. Was sie also normalerweise tun, geschieht mit Hilfe der Sozialdienste; natürlich ist dies eine Art streng reglementierter Zusammenarbeit mit den Sozialdiensten, die entscheiden, ob eine Person einen Arbeitsplatz oder Betreuung durch Dienstleistungen benötigt. Also haben wir in diesem Fall eine Zusammenarbeit zwischen Sozialkooperativen der Typen A und B. In vielen Fällen haben wir auch Sozialkooperativen vom Typ A, die Arbeitsplätze stellen und Menschen helfen, einen Arbeitsplatz zu finden. Wenn ich Sie nicht falsch verstanden habe, haben Sie mich nach dem Typ C der Sozialkooperativen gefragt. Auch in diesem Fall ist es ein Problem des Verhältnisses zu den Behörden. Die Sozialkooperativen dürfen produktiv tätig sein, auch wenn sie Sozialkooperativen vom Typ B sind, und sie dürfen soziale Dienstleistungen anbieten, wenn sie vom Typ A sind. Es gibt bei uns einige vom Typ C. Aber sie können keine Leistungen in Anspruch nehmen nach der speziellen Gesetzgebung, die bei uns für Sozialkooperativen besteht. Dies ist der Hauptgrund. Aber sie existieren und funktionieren.

Fragesteller: Sie sind die erste Referentin, die etwas zu den regionalen Unterschieden gesagt hat. Zwischen Süden, Mitte und Norden. Ich vermute, das ist anderswo ähnlich. Können Sie konkrete

Ursachen für diese unterschiedlichen Schwerpunkte in in der Entwicklung des Dritten Sektors nennen?

Monica Loss: Bei uns gibt es eine wichtige Unterscheidung zwischen den Regionen des Nordens und des Südens, sozioökonomisch gesehen. Es ist fast so, als ob man zwei verschiedene Länder vorfindet. Der Norden ist sehr gut entwickelt, und im Süden haben wir eine höhere Arbeitslosenquote und andere kommunale Bedürfnisse. Während es im Norden so war, dass aufgrund der industriellen Entwicklung ab Ende der Siebziger Jahre, das Bedürfnis nach externer Betreuung für Kinder, Ältere, die Familie, etc. zunahm, weil Frauen auf den Arbeitsmarkt strömten, war dies im Süden nicht der Fall. In diesen ländlich geprägten Regionen war der Grad an wirtschaftlicher Entwicklung niedrig und Frauen partizipierten weniger am Arbeitsmarkt. Soziale Dienstleistungen finden dort immer noch innerhalb der Familie statt, oder zumindest war dies so bis etwa vor zehn Jahren. Daher ist man dort nicht so stark auf Dritte angewiesen, die Kinder, Ältere, etc. betreuen. Weiterhin ist es so, dass es auf dem Land, wo die Arbeitslosigkeit sehr hoch ist, in manchen Fällen hat man 35-38% Arbeitslosigkeit, sehr wichtig ist, Arbeitsplätze für normale Menschen zu suchen und zu finden. Man ist nicht daran interessiert, dass Benachteiligte einen Arbeitsplatz suchen. Dies ist ein sekundäres Anliegen, eine zweite Wahl.

Fragesteller: Vielen Dank für den Überblick über den italienischen Dritten Sektor. Inwiefern funktioniert er als Beschäftigungsbrücke? Oder ist er ein Beschäftigungsspeicher, der immer größer wird? Was vielleicht auch in Ordnung ist, aber funktioniert es denn auch, dass die Menschen aus diesen sozialen Kooperativen in den normalen Arbeitsmarkt hineinkommen? Wie sind die italienischen Erkenntnisse dazu?

Monica Loss: Vielleicht habe ich mich zu kurz gefasst. Wir haben zwei Modelle für Sozialkooperativen des Typs B. Manche sind darauf spezialisiert, feste Arbeitsplätze bei Sozialkooperativen anzubieten. Diese tendieren dazu, Benachteiligte auf ständiger Basis zu beschäftigen. Dies bezieht sich normalerweise auf Menschen mit spezifischen Bedürfnissen und schwer vermittelbare Menschen, wie geistig kranke oder alte Menschen. Sie ziehen es vor, solche Menschen zu beschäftigen und ihnen einen festen Arbeitsplatz zu bieten. Auf der anderen Seite - und dies ist natürlich die Mehrzahl der auf diesem Gebiet tätigen Organisationen - sind diejenigen, die besonders mit Arten der Benachteiligung wie Drogensüchtigen, Alkoholikern und Strafgefangenen auf Bewährung arbeiten - ihr Ziel ist, diese mit den Instrumenten zu versorgen, die für einen neuen Job benötigt werden. Sie bieten ihnen Ausbildung und Berufsausbildung und gewöhnen sie an Arbeitsbedingungen. Und dies ist eine Brücke zum offenen Arbeitsmarkt. Normalerweise sind sie es, wenn wir im Rahmen dieser ersten Untersuchung den Grund für Kündigung eines Arbeitsplatzes bei einer Sozialkooperative vor Ende der Laufzeit des Arbeitsvertrages betrachten. Der am häufigsten genannte Grund ist 'ich habe einen neuen Job auf dem offenen Arbeitsmarkt bei einem normalen Unternehmen gefunden'. Ich glaube, dass dies wirklich eine Brücke zum offenen Arbeitsmarkt und in Richtung Schaffung von festen, neuen Arbeitsplätzen ist.

Lokale kooperative Entwicklungszentren in Schweden: Förderung von neuen Genossenschaften und anderen Not-for-Profit Organisationen

Eva Johansson (Beraterin für Kooperativen, Kooperativt IdéCentrum i Stockholm, KIC, Schweden)

1. Einleitung

Ich bin Eva Johansson von der Agentur für die Entwicklung von Kooperativen (LKU)⁶ in Stockholm. Ich bin seit 1992 Beraterin für Kooperativen, und auch auf nationaler Ebene im Vorstand des nationalen Verbandes der LKU in Schweden aktiv gewesen.

Ich werde versuchen, Ihnen kurz zu berichten, wie dieses LKU-System organisiert und finanziert ist und welches unser Auftrag und unsere gemeinsamen Ziele sind. Ich werde mich auch auf eine Arbeit über das LKU-System von Prof. Yohanan Stryjan von der Södertörns Högskola in Stockholm beziehen.

2. Das LKU-System

In Schweden gibt es mindestens eine LKU in jeder Region, bei einer Gesamtzahl von 25. Die erste LKU nahm 1984 ihre Arbeit auf. Bis 1987 gab es acht Agenturen, 1992 waren es achtzehn, und 2002 hatten wir die Zahl von 25 LKUs erreicht.

Jede LKU ist eine unabhängige juristische Person, die sich aus ihren Mitgliedern, Kooperativen, Vereinen, kommunalen Behörden und anderen zusammensetzt. Die meisten von ihnen sind ökonomische Organisationen (Kooperativen), manche sind Vereinigungen von Freiwilligen.

Zusammen haben die LKUs eine freiwillige nationale Föderation gebildet, die FKU⁷. Diese Vereinigung wird durch die ihr angehörenden LKUs finanziert, um Bildungsprogramme anbieten zu können und nationale Entwicklungsprojekte durchzuführen. Eine weitere wichtige Aufgabe ist es, eine Schnittstelle zwischen LKUs, den nationalen Behörden und anderen nationalen Organisationen zu bilden, um kontinuierlich eine lebhafte Diskussion über den Auftrag und die Finanzierung der LKU-Arbeit zu führen.

3. Der Auftrag

Der den LKUs von der Nationalregierung erteilte Auftrag umfasst die folgenden Punkte:

- Der Bevölkerung und den Behörden auf örtlicher und regionaler Ebene Informationen über die Organisation und Tätigkeit von Kooperativen zu vermitteln.
- Beratung und Ausbildung für Leute anzubieten, die planen, einen kooperativen Betrieb, Verein oder eine Organisation zu gründen.
- Freiwilligen- und anderen Vereinen die nötige Beratung und Ausbildung anzubieten, um ihre Geschäftstätigkeiten zu verbessern oder zu entwickeln.
- In regionalen Partnerschaften und Netzwerken für Geschäftsentwicklung, kommunale Entwicklung und Arbeitsmarkt-/Beschäftigungsentwicklung mitzuwirken, z.B. im Rahmen der EU-Strukturfonds.

⁶ Lokala Kooperativa Utvecklingscentrum LKU

⁷ Föreningen Kooperativ Utveckling FKU

Für die Erfüllung dieser Aufgaben hat die Nationalregierung für das Jahr 2004 ein Budget von 3 Millionen EUR festgesetzt, das entsprechend der Bevölkerungszahl auf die 25 LKUs in den jeweiligen Regionen verteilt wird. Um das zugeteilte Budget abrufen zu können, muss jede LKU die gleiche Summe als Kofinanzierung auf regionaler Basis aufbringen.

In jeder LKU wird der Gesamtauftrag in einem regionalen und örtlichen Arbeitsplan umgesetzt. Dieser berücksichtigt die lokalen Bedingungen, die Interessen der Mitglieder, und natürlich die Möglichkeiten, eine passende Finanzierung zu finden. Die Nachfrage nach Diensten der LKUs und die Art der gegründeten Unternehmen veränderten sich im Laufe der Zeit und sind in den verschiedenen Regionen Schwedens unterschiedlich.

Für die tägliche Arbeit bei einer LKU heißt dies, dass wir uns gemeinsam mit den Behörden, der örtlichen Wirtschaft und anderen lokalen Organisationen aktiv an der kommunalen Entwicklung beteiligen. Das Wichtigste ist jedoch, dass die LKUs den Bürgern die Möglichkeit bieten, kostenlose Beratung und Informationen zu folgenden Themen zu erhalten:

- Beurteilung der Geschäftsidee;
- Wahl der Rechtsform;
- Gestaltung der internen Regelungen und Vereinbarungen;
- Kalkulationen und Budgets;
- Gestaltung der Arbeitsorganisation und -verwaltung.

Im Laufe der letzten 10-15 Jahre wurden mit Hilfe der LKUs etwa 200-300 neue Kooperativen pro Jahr gegründet, darunter von Eltern betriebene Schulen und Kindertagesstätten genauso wie kommerzielle Schönheitssalons und Computerdienstleistungen. In den letzten beiden Finanzierungszeiträumen der EU-Strukturfonds haben die LKUs neue Tätigkeitsfelder entdeckt. Dazu gehört die Unterstützung von kleinen Vereinen und Kooperativen bei der Durchführung von EU-finanzierten Projekten der lokalen Entwicklung, Unternehmensentwicklung, Arbeitsmarkt und Beschäftigung.

4. Aus Yohanan Stryjans Arbeit über „Das schwedische System der Entwicklung von Kooperativen“

Auf den ersten Blick könnte das FKU-System als geschickt aufgebaute, quasi-öffentliche Einrichtung (oder 'Quango'⁸⁾) angesehen werden, die auf dem Gebiet der sozialen Integration und Arbeitsbeschaffung Regierungspolitik realisiert. Als solche ist es auch von der nationalen Prüfungsbehörde und in einer Reihe von Untersuchungen bewertet worden (mit überaus positiven Ergebnissen)⁹. Gleichzeitig besitzt das FKU-System aber auch Merkmale einer ideell begründeten Interessenvertretung, die mit beträchtlichem Erfolg ihr eigenes Programm für die lokale Entwicklung und soziale Dienste fördert und diesbezügliche Lobbyarbeit leistet. Dieses Programm ist nicht unbedingt mit dem der Regierung identisch.

Der eindeutige Erfolg und das hohe Leistungsniveau des Systems lassen sich auf eine Reihe von Schlüsselmerkmalen zurückführen. Diese sind:

- 1) *Öffentliche Grundfinanzierung*, die für ein Minimum an Stabilität und Kontinuität sorgt (und damit für Zuverlässigkeit aus der Sicht anderer wichtiger Organisationen).

⁸ QUAsi Non-Governmental Organization.

⁹ RRV (die schwedische Haushaltskontrollbehörde) (RRV 1993) fand heraus, dass die LKUs im Jahr 1993 insgesamt einen Umsatz von 20 Millionen SEK erwirtschafteten. 300 neue Kooperativen wurden gegründet, mit einem Gesamtumsatz von etwa 500 Millionen SEK. 1.300 Arbeitsplätze wurden mit Unterstützung der LKUs oder durch ihre Initiativen geschaffen, bei durchschnittlichen Kosten von 11.000 SEK pro Arbeitsplatz. Im Vergleich fielen 1992 bei der AMS, der nationalen Arbeitsmarktbehörde, pro geschaffenem Arbeitsplatz Kosten von 72.450 SEK an; siehe auch Jonnergård und Svensson 1990.

- 2) Die Abhängigkeit von der Zentralregierung wird durch die institutionelle Anforderung ausgeglichen, eine *Kofinanzierung in gleicher Höhe* einzuwerben. Diese Bedingung soll jede LKU dazu motivieren, ihre lokalen Kontakte zu pflegen und fest in der Region eingebettet zu bleiben.
- 3) Eine *lose föderative Struktur*, die den Mitgliedern genügend Spielraum lässt, um den lokalen Bedarf zu decken und sie zugleich in die Lage versetzt, Beziehungen zu zentralen politischen Institutionen zu pflegen.
- 4) Eine *Arbeitsgemeinschaft*, die ihr eigenes Wissens- und Kompetenzgremium betreut und fördert, und die in der Vereinigung aktiven Personen in einer professionellen Organisation von Kooperativen-Beratern zusammenführt.

Der Erfolg des Systems sollte nicht einem einzelnen dieser Merkmale zugeschrieben werden. Ihm liegt vielmehr zugrunde, dass *alle* diese Elemente zusammenwirken. Dieses komplexe, sorgfältig ausgewogene Gleichgewicht entwickelte sich im Laufe der Zeit und größtenteils spontan. In einer Reihe abgestufter Anpassungen wurden die Elemente zusammengefügt und miteinander abgestimmt.

5. Schlussbemerkung

Seit einer Reihe von Jahren behauptet und entwickelt sich das LKU-System in Schweden sehr erfolgreich - auf einem höchst instabilen und stark politisierten Gebiet. In den meisten Jahren verbesserte sich für die einzelnen LKUs und das gesamte System die Finanzierung und bessere Ergebnisse konnten erzielt werden. Gelegentlich treten jedoch auch Probleme, vor allem wenn sowohl regionale als auch lokale Behörden dazu gezwungen sind, Zuschüsse zu kürzen. Aus unserer Sicht ist die Struktur der LKUs aufgrund ihrer Kombination aus staatlicher Unterstützung und Finanzierung einerseits und lokaler Einbettung in Wirtschaft, NGOs und kommunale Behörden andererseits so gut dazu geeignet, Kooperativen und andere Not-for-Profit-Organisationen zu unterstützen.

Nachfragen zum Vortrag von Eva Johansson:

Fragesteller: Sie haben auf die europäischen Strukturförderprogramme Bezug genommen. Welchen Stellenwert hat die EU-Förderung für Ihre LKU und wie wird es perspektivisch gesehen, wo die Diskussion um die Verlagerung der EU-Förderung in Richtung Osten immer stärker wird? Scheinen die CDAs dadurch möglicherweise bedroht zu sein oder ist die regionale Verankerung und Akzeptanz mittlerweile so hoch, dass Sie sagen, Schweden macht es auch ohne europäische Gelder?

Eva Johansson: Die Mittel der EU sind wichtig für die LKUs und für die Menschen und Organisationen, mit denen wir arbeiten. Natürlich sind wir bedroht und etwas besorgt darüber, was nach 2007 passieren wird. Ich glaube nicht, dass das System auseinander fallen wird. Vielleicht wird sich sein Umfang für einige Zeit verringern und dann wieder vergrößern. Aber natürlich haben wir dies erkannt, und bei der LKU, bei der ich arbeite, haben wir in den letzten zwei oder drei Jahren Kontakte in Polen, in Litauen und in anderen Teilen der EU aufgebaut, und ich sehe, dass viele unserer Kollegen das gleiche tun. Wir arbeiten also auf regionaler und lokaler Ebene, und wir arbeiten auch auf internationaler Ebene. Viele von uns sind nun in ähnlichen Projekten aktiv. Wir werden einen Weg finden, um zu überleben, glaube ich.

Manfred Grönig: Da wird offenbar dann das Know-how der „Handlanger“ in den Osten getragen. Ob das dann allerdings konkret der Basis der konkret Beschäftigungslosen vor Ort die Strukturförderung bietet, wage ich zu bezweifeln. Die Sahnehäubchen -die Kooperationen- lassen sich finanzieren, aber nicht immer das, was an der Basis nötig ist. Wir haben da auch ja hier in der Region

einschlägige Erfahrungen (BUPNET, Arbeit und Leben, Projekte der Stadt, der Kirchen und Träger). Andere Fragen? Offenbar war das gut, transparent referiert.

Fragesteller: Gestern ist ja auch von der EU-Ebene angedeutet worden, dass man sehr stark auf lokale Initiativen setzt. Und wie Sie jetzt auch gesagt haben, muss alles lokal kofinanziert werden. Wie wirkt sich das aus in Bezug darauf, dass die Kommunen unterschiedlich ausgestattet sind und dass möglicherweise gerade die Kommunen, die einen hohen Bedarf haben, eine schlechte lokale Finanzausstattung haben? So dass dann auch die Gelder, die zur Verfügung gestellt werden können, gar nicht eingesetzt werden können, weil eben die Kofinanzierung nicht funktioniert. Es ist auch eine Frage im Hinblick auf die mittel- und osteuropäischen Länder. Wie bekommen die die Kofinanzierung hin? Welche Erfahrungen haben Sie in Schweden gemacht?

Eva Johansson: Meinen Sie diese gleich hohe Finanzierung, von der ich gesprochen habe, oder sprechen Sie von Kofinanzierung von EU-Mitteln?

Natürlich ist es nicht immer einfach, und meistens ist es natürlich schwieriger in Gegenden, wo weniger Geld vorhanden ist. Aber wenn man mit kommunalen Behörden und regionalen Behörden und anderen Organisationen zusammen arbeitet, scheint es so zu sein, dass man auch von außen Ressourcen anwirbt. Ich denke, um erfolgreich sein zu können, muss man sich wirklich auf gemeinsame Ziele konzentrieren. Wenn man dies nicht tut, wird man das Ziel nicht erreichen, man wird keine Kofinanzierung finden. Ist das klar genug? Und natürlich ist man nicht immer erfolgreich.

Fragesteller: Ich habe eine Frage. Sie haben gesagt, dass Ihre Aktivitäten Mitte der Achtziger Jahre begonnen haben, während eines Zeitraums mit hoher Arbeitslosigkeit. Ich denke, dass sich heute die Beschäftigungssituation in Ihrem Land verbessert hat. Sie können mich korrigieren, aber meine Frage ist: für die Kooperativen, was sind deren Hauptmotive dafür, eine Kooperative zu gründen? Ist es Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, oder sind es andere, unterschiedliche Motive? Es wäre interessant, dies zu wissen.

Eva Johansson: Die meisten Leute, die eine Kooperative gründen, tun dies, um zusammen mit Leuten, die sie mögen und die die gleichen Ziele im Geschäft oder im Leben oder im Wohlfahrtssektor haben, verwirklichen zu können, was sie möchten. Wichtig für die Kooperativen ist, zu wissen, was sie tun wollen und mit wem zusammen. Wir haben auch diese speziellen Kooperativen im Stil Italiens, wo sie dann Ziele wie Schaffung von Arbeitsplätzen und solche Sachen aufstellen. Aber eigentlich gibt es verschiedene Typen von Kooperativen.

Manfred Grönig: Ich meine, der Charme solcher Projekte liegt darin, dass sie von den Menschen mitgestaltet werden, die sie inhaltlich gestalten und gemeinsam auch in sozialen Systemen ausfüllen. Das unterscheidet sich ja auch von den Dingen, die wir gestern unter Ein-Euro-Jobs und Zuweisung durch die Arbeitsverwaltung diskutiert haben. Insofern denke ich, sollten wir davon profitieren, dass wir hier Anregungen bekommen, was die Teilhabechance betrifft.

Instrumente für eine lokale Förderung des Dritten Sektors

Karen Richter und Bettina Roß (Instruments & Effects, Göttingen, Deutschland)

Ich freue mich, Ihnen heute gemeinsam mit meiner Kollegin einige unserer im Rahmen des Projekts „Instruments & Effects“ (im weiteren I&E) erarbeiteten Ergebnisse präsentieren zu können.

Nochmals kurz zu Beginn: das übergeordnete Ziel des Projekts Instruments & Effects ist es, einen Beitrag zur Aufwertung, zum Erhalt und zur Stabilisierung der lokalen Infrastruktur in den Bereichen Soziales, Kultur, Sport und Umwelt in ihrer organisatorischen und inhaltlichen Breite zu leisten. Unsere Empfehlungen zeigen wir am Beispiel Göttingens auf.

Zum Zeitpunkt der Projektentwicklung und -beantragung waren die Entwicklungen, die sich momentan durch z. B. die Hartz-Gesetze abzeichnen, noch nicht absehbar - für uns als Projektteam ist dadurch jedoch der Handlungsspielraum, in dem sich unsere Vorschläge und Aktionen zur Erreichung des Projektziels bewegen können, enger geworden.

Während der ersten Projektphase hat das Projektteam die Handlungsspielräume, die angesichts der aktuellen Rahmenbedingungen verbleiben, ausgelotet, Fachliteratur gesichtet und Vorgespräche mit Expertinnen und Experten aus den unterschiedlichsten Arbeits- und Forschungsbereichen geführt.

Der Schwerpunkt während der zweiten Projektphase lag in der Bestandsaufnahme der Situation des Dritten Sektors vor Ort. Hierzu wurden kleine und mittelgroße Einrichtungen, Vereine und Initiativen, die gemeinnützig in den Bereichen Soziales, Kultur, Sport und Umwelt in Göttingen tätig sind, zu Angeboten, Finanzierung und Beschäftigung befragt. An dieser Stelle danken wir den Trägern nochmals für ihr Engagement - ohne ihre Mitarbeit hätten wir keine relevanten Datenmengen erhalten, um fundierte Rückschlüsse auf die Situation in Göttingen ziehen zu können.

Ergänzend wurde die Förderpraxis öffentlicher und privater Mittelgeber untersucht und soweit möglich mit diesen diskutiert.

Über die auf Basis dieser Vorarbeiten während der dritten und letzten Projektphase vom Projektteam erstellten Empfehlungen zur Stabilisierung der lokalen Infrastruktur gebe ich Ihnen im Folgenden einen kurzen Überblick.

Die Not-for-Profit-Organisationen sind in unterschiedlichen Bereichen tätig und haben unterschiedliche Organisationsformen, wie z. B. gemeinnütziger Verein, soziale Genossenschaft, gGmbH und sozialer Betrieb.

Ihre Finanzierung steht meist auf mehreren Säulen, wobei bislang Mittel von Bund und Kommune (wie z. B. Personalkostenzuschüsse) bei vielen Einrichtungen die Basis für den Erhalt/den Ausbau des Angebotsspektrums, die Akquirierung weiterer öffentlicher und privater Mittel sowie den eventuellen Aufbau eines Geschäftsbereichs darstellte.

Um dem breiten inhaltlichen und organisatorischen Spektrum der lokalen Not-for-Profit-Organisationen gerecht werden zu können, wurden vom Projektteam Empfehlungen zu mehreren Bereichen entwickelt.

Einbezogen haben wir dabei auch Bereiche, auf die lokal kein Einfluss genommen werden kann (Bundesgesetze).

Unsere Empfehlungen gliedern sich in vier Bausteine:

Baustein A: Formen und Entscheidungsstrukturen der Kommunalen Förderung

Die Kommune ist die zentrale Partnerin für die kleinen und mittelgroßen Träger. Sie kann trotz der angespannten Haushaltslage auf mehreren Ebenen zur Entwicklung und Stabilisierung der Potentiale des Dritten Sektors beitragen, indem die wichtige gesellschaftliche Funktion der sozialen und kulturellen Infrastruktur öffentlich anerkannt und gewürdigt und die Förderdurchführung vereinfacht wird. Zudem können über die Einrichtung von Fonds sowie einer Servicestelle für Not-for-Profit und Profit-Organisationen weitere Gelder für den Dritten Sektor in der Kommune akquiriert werden.

Baustein B: Kompetenz- und Ressourcennetzwerk lokaler Träger aus dem Not-for-Profit-Bereich

Durch die Nutzung von Synergieeffekten, Kompetenz- und Ressourcensharing sowie die verstärkte Erschließung lokal vorhandener Potentiale soll die Handlungsfähigkeit der gemeinnützig tätigen Träger verbessert und erweitert werden. Dies dient den Zielen der Förderung der Organisationsentwicklung bei den Trägern, des Ausbaus der Eigenmittelerwirtschaftung der Träger und der Optimierung der Akquise von Geld- und Sachmitteln sowie Dienstleistungen durch die Träger sowohl von öffentlicher als auch von privater Hand.

Baustein C: Öffentliche Förderung von Beschäftigungsförderung im Dritten Sektor

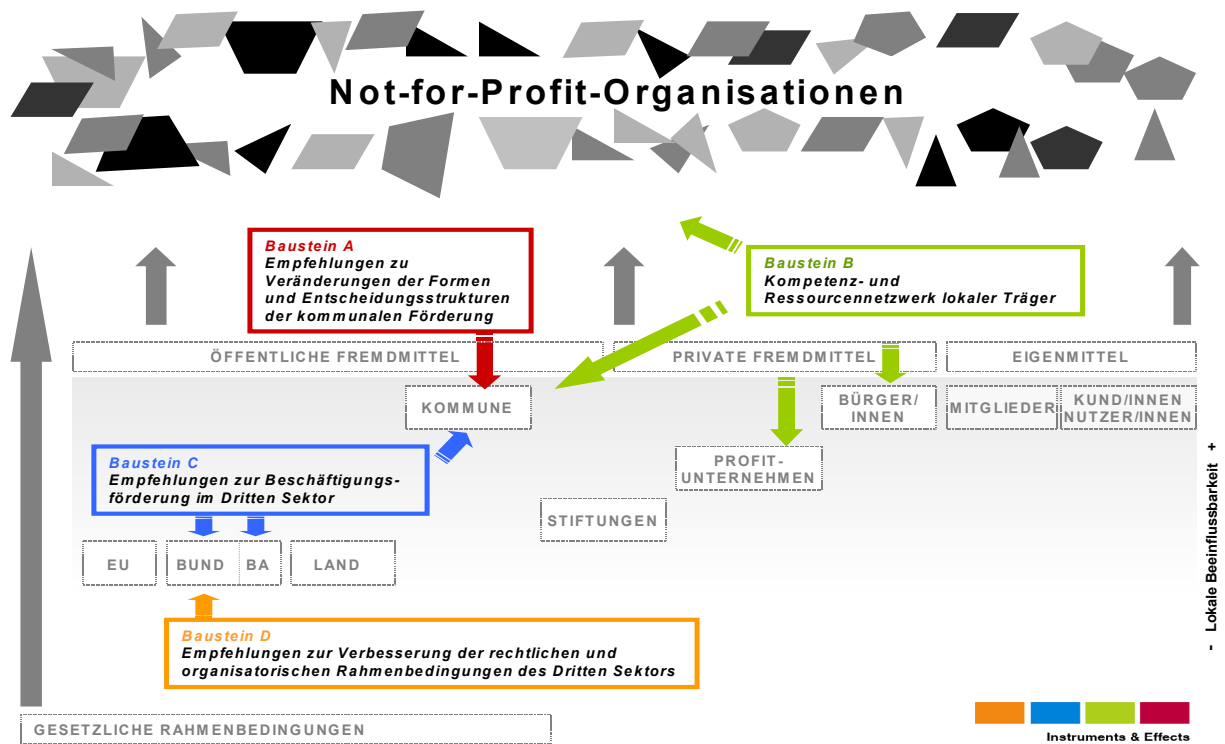
Die in diesem Baustein beschriebenen Vorschläge basieren auf der Feststellung von Beschäftigungseffekten und -Potentialen des Dritten Sektors. Die Vorschläge zielen auf bundespolitisch zu entscheidende Rahmenbedingungen im Bereich der Beschäftigungsförderung mit dem Ziel, neue Erwerbsarbeit zu schaffen und Integration in Erwerbsarbeit zu ermöglichen. Behandelte Aspekte:

- Beibehaltung und Weiterentwicklung von Beschäftigungsförderung
- Investition in Beschäftigungspotentiale des Dritten Sektors

Baustein D: Rechtliche Rahmenbedingungen

Die in diesem Modellbaustein beschriebenen Reformvorschläge beziehen sich auf zentrale und überkommunal geregelte Rahmenbedingungen von Not-for-Profit-Organisationen. Sie zielen v.a. auf eine integrierte Nutzung zivilgesellschaftlicher, sozialintegrativer und wirtschaftlicher Potentiale des Dritten Sektors ab. Behandelte Aspekte:

- Gemeinnützigkeitsrecht
- Spendenrecht
- Zuwendungsrecht
- Leistungsverträge
- Soziale Genossenschaften als Organisationsform zur Integration sozialer und wirtschaftlicher Ziele



Aspekte der lokalen Förderung des Dritten Sektors

- Gesamtmodell**
- Modellbaustein A: Kommunale Förderung
 - Modellbaustein B: Kompetenz- und Ressourcennetzwerk der Träger
 - Modellbaustein C: Beschäftigungsförderung
 - Modellbaustein D: Rechtliche Rahmenbedingungen

Zeitachse:	Ausgewählte Empfehlungen für die lokale Förderung des 3. Sektors				
Zu Beginn	Förderung und Absicherung der Infrastruktur durch kommunale Basisfinanzierung (A1)				
kurzfristig	Entwicklung von mehrjähriger Förderung und von Zuschussverträgen (A1)		Fortführung von Beschäftigungsförderung innerhalb des 3. Sektors durch Kommune und BA (C)		Einrichtung eines Fonds für Bürgschaften (A3)
mittel- und langfristig	Öffentlichkeitsinitiative und öffentliche Anerkennung des Bedarfes (A5), Verbesserung von Kooperation und Ressourcensharing (A6)	Änderung von Bewilligung und Verwaltung: Frühzeitigkeit der Bescheide, Planbarkeit für Träger, Vereinfachung (A2)	Änderung der Förderdurchführung: Vereinfachung, Mehrjährigkeit, Übertragbarkeit (A2)	Neue Instrumente zur Kombination von Beschäftigungs- und Infrastrukturförderung durch Kommune und BA (C)	Einrichtung eines Ko-Finanzierungsfonds (A4)

(Die Buchstabenkürzel entsprechen der Nummerierung in der I&E Broschüre „Empfehlungen zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der Potenziale...“)

Beschreibung ausgewählter Modellbausteine

Ich möchte Ihnen hier einige Elemente der lokalen Förderung des Dritten Sektors näher beschreiben. Diese Ausschnitte sind eingebunden in ein Gesamtkonzept der Anerkennungskultur und Zusammenarbeit zwischen Trägern, Kommune und Unternehmen. Wir sehen gerade auf lokaler Ebene Handlungsbedarfe und Handlungsmöglichkeiten, um die beschäftigungspolitischen und anderen gesellschaftlichen Potentiale der sozialen und kulturellen Infrastruktur fördern und ausbauen zu können. Hierzu sind allerdings auch Verbesserungen in den gesetzlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen auf Landes- und Bundesebene nötig, um den Trägern mehr Planbarkeit, Rechtssicherheit und Flexibilität sowie den Kommunen mehr finanzielle Spielräume und Gestaltungsmöglichkeiten zu schaffen.

1. Kommunale Basisfinanzierung

Grundlage jeder Stabilisierung und Weiterentwicklung des lokalen Dritten Sektors sollte die Anerkennung und Absicherung der lokalen Infrastruktur sein. Dies beinhaltet die Entwicklung eines Verständnisses, dass zur Sicherung der Infrastruktur bei den meisten Organisationen Zuschüsse im Sinne einer Basisfinanzierung notwendig sind.

Hierzu empfehlen sich folgende Schritte:

- Darstellung des Förderbedarfes und der kommunalen Zuständigkeit, d.h. Gewinnen von UnterstützerInnen vor Ort und Werben um die Zustimmung der übergeordneten Institutionen (Bezirks- und Landesregierung) im Zuge einer Öffentlichkeitsinitiative
- Öffentliche Darstellung, dass die Absicherung der bestehenden Infrastruktur zielführender und effizienter ist als die Fortführung von Kürzungen
- Vereinfachte und planbare Förderdurchführung
- Entwicklung von Zuschuss-Verträgen für soziale und kulturelle Dienstleistungen inkl. mehrjähriger Finanzplanung
- Verbesserung der Kooperation und des Ressourcensharing zwischen Not-for-Profit-Organisationen und Profit-Unternehmen sowie zwischen unterschiedlichen Trägern

1.1 Skizzierung der Ausgangslage von Kommunen

Die Kommune ist laut Grundgesetz prinzipiell zuständig für die „Anliegen der örtlichen Gemeinschaft“ (Art. 28 II Grundgesetz) und entscheidet in dieser Funktion auch über die Mittelvergabe in den Bereichen Soziales, Kultur, Umwelt und Sport. In Zeiten knapper Kassen gibt es eine Tendenz, die sog. „freiwilligen“, also nicht gesetzlich festgeschriebenen Leistungen zu kürzen. Auf diese Weise lassen sich nur kleine Summen einsparen, die aber dennoch bei den Projektträgern große Lücken verursachen und zu einer Unterversorgung von manchen Zielgruppen führen können. In Göttingen ist dies z.B. in der Aidsprävention, der Suchtkrankenhilfe und bei sozio-kulturellen Zentren zu befürchten. Diese Kürzungen können sich in Kombination mit dem derzeitigen Umbau beschäftigungspolitischer Maßnahmen - vor allem von ABM und Maßnahmen nach §19 des BSHG - existenzgefährdend für die Projekte und die Infrastruktur auswirken. Entsprechende Detailzahlen können Sie der gesonderten Broschüre zur Bestandsaufnahme von I&E entnehmen¹⁰.

¹⁰ Die Broschüre kann über zoom - Gesellschaft für prospektive Entwicklungen, Theaterstr. 8, 37073 Göttingen, 0551/5084510/3 bestellt werden bzw. ist als pdf unter www.instrumentsandeffects.de abrufbar.

Für 28 % der von I&E näher untersuchten Organisationen ist die Kommune die Hauptfinanzquelle, teilweise über die kommunale Beschäftigungsförderung. Kommunale Gelder sind, so wurde oft betont, eine wichtige Sockelfinanzierung für weitere Mittel.

Die kommunale Förderung verfügt über den Vorteil, sehr nah am Bedarf sowie an den spezifischen Bedingungen und AkteurlInnen vor Ort zu sein. Dadurch eignet sie sich besonders für die Basisfinanzierung. Diese erfüllt wichtige Funktionen zur Deckung der Kosten von Einrichtung, Overhead-Kosten und der ersten hauptamtlichen Stelle. Diese erste Stelle ist von entscheidender Bedeutung als Basis für die weitere Mittelakquise, zur Bewältigung von Antragswegen, als Ko-Finanzierung für Landes-, EU- und Stiftungsgelder sowie für das Einbinden von Ehrenamtlichen und weiteren Hauptamtlichen. Erst durch mindestens eine Stelle können Kontinuität (im Kontrast z.B. zur Innovationsförderung der Länder) und die Befriedigung gesellschaftlicher Bedarfe jenseits von aktuellen, politischen Trends sichergestellt werden.

1.2 Planungssicherheit und Verträge

Es stellt sich also die Frage, ob es nicht ressourcenschonender wäre, die Förderung der sozialen und kulturellen Infrastruktur als wesentliche Kernaufgabe der Kommune zu definieren („Öffentlichkeitsinitiative“). Dann wäre auch zu gewährleisten, die hierfür notwendigen finanziellen Aufwendungen als entsprechend gesicherte und nicht jedes Jahr zu bezweifelnde Ausgaben zu betrachten. Mit einer solchen Basissicherung hätten Träger - aber auch Verwaltung und Politik - eine wesentlich günstigere Ausgangslage zur Entwicklung von bedarfsorientierten und langfristigen Planungen.

Denkbar sind hier Zuschussverträge auf Basis der Tatsache, dass eine grundlegende Einigkeit über die Wichtigkeit der sozialen und kulturellen Infrastruktur besteht¹¹. Diese, möglichst mehrjährigen Förderverträge sollten im ersten Schritt den bestehenden Status absichern. Vorranges Ziel dieser Sicherung ist Stabilisierung und erhöhte Planungssicherheit. Diese können zu einer kalkulierbaren, an Bedarfen orientierten und durch den Wegfall der jährlichen „Reibereien“ auch effektiveren Verwendung der bestehenden Gelder führen. Dieser Nutzen ist gegenüber Bezirks- und Landesregierung durchaus darstellbar. Allerdings ist es eine politische Entscheidung, ob ein solcher Weg in Kommunen wie Göttingen gegangen werden kann.

1.3 Veränderte Förderdurchführung in der Kommune

Neben der Frage, auf welcher finanziellen Basis die Träger planen können, ist auch von Bedeutung, wie die Förderung beschlossen, ausgezahlt, verwaltet und dokumentiert wird. I&E hat daher - in Gesprächen mit Trägern, Verwaltung und Politik - Empfehlungen hinsichtlich der Art, Bewilligung und Verwaltung der Förderung zusammengestellt:

- *Mittelvergabe*: Planungssicherheit, frühzeitige Bewilligung / Ablehnung von Anträgen, verlässliche und frühzeitige Auszahlung, langfristige und verlässliche Planbarkeit, Mehrjährigkeit von Zuschüssen / Verträgen, Sicherung von institutioneller Förderung, Erhalt von indirekten Zuschüssen
- *Mittelverwaltung und -abrechnung*: Frühzeitigkeit, Verlässlichkeit, Anpassung an Bedarfe von Projekten (z.B. Übertragbarkeit von Mitteln auf das nächste Jahr, Abrechnung nach Laufzeit und nicht nach Kalenderjahr), Entbürokratisierung und Vereinheitlichung der Anforderungen bei verschiedenen Geldgebern

¹¹ Vgl. die Kampagne des Städtetages unter: www.staedtetag.de/10/schwerpunkte/artikel/29/ und die Mitteilung der Stadt Göttingen vom 3.11.2003: www.goettingen.de/cgi-bin/news/news.fcgi?action=show_news&id=1092.

Eine Umstellung ist hier sicherlich nicht einfach, besonders da der Handlungsspielraum der Kommune von den rechtlichen Rahmenbedingungen abhängig ist. Viele Änderungen sind jedoch im Verwaltungshandeln umsetzbar.

1.4 Kombination von Beschäftigungs- und Infrastrukturförderung

Der Dritte Sektor sollte zudem bei der Konzipierung und Entwicklung insbesondere lokaler Beschäftigungsstrategien verstärkt Berücksichtigung finden. In vielen Forschungsarbeiten und Fachveröffentlichungen zum Thema Beschäftigungspolitik wurden für den Dritten Sektor im Vergleich zur Gesamtwirtschaft überdurchschnittliche Beschäftigungseffekte nachgewiesen. Auch in der im Rahmen des Projekts I&E durchgeführten Untersuchung wurden sowohl Beschäftigungseffekte als auch nicht verwirklichte Beschäftigungspotentiale deutlich. Dort, wo Beschäftigungsverhältnisse geschaffen und verstetigt werden konnten, war im Sample häufig eine Anschubfinanzierung aus öffentlichen Mitteln die Grundlage.

Die Instrumente der Arbeitsförderung waren bisher ausschließlich als *individuelle* Förderung von bestimmten Zielgruppen konzipiert und hatten in diesem Sinne für die Beschäftigten vielfältige Qualifizierungs- und Integrationseffekte. Darüber hinaus haben diese Instrumente jedoch auch einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung und Aufrechterhaltung von sozialer und kultureller *Infrastruktur* als Ganzes geleistet. Wir empfehlen diese Förderung weiter zu entwickeln und um die *explizite* Kombination von Beschäftigungs- und Infrastrukturförderung zu erweitern. Damit liegen wir natürlich nicht im Trend des derzeitigen Umbaus der Beschäftigungsförderung, können aber belegen, dass sich aus derartigen Maßnahmen sowohl beschäftigungsfördernde Wirkungen als auch eine Förderung der gemeinwohlorientierten Arbeit von Not-for-Profit-Organisationen ergeben.

1.4.1 Umwidmung von Mitteln der Arbeitsförderung

Generell ist zu prüfen, ob und mit welchen Verfahren die bisherigen indirekten Förderungen des Dritten Sektors durch Beschäftigungsförderung in eine direkte und dauerhafte Förderung des Dritten Sektors umgewidmet werden können.

1.4.2 Beibehaltung eines öffentlich kofinanzierten Beschäftigungssektors im Not-For-Profit-Bereich

Die Beibehaltung eines öffentlich kofinanzierten Beschäftigungssektors im Not-for-Profit-Bereich zielt auf Qualifizierung und Erhalt der Beschäftigungsfähigkeit und dabei gleichzeitig auf die Verbesserung der sozialen und kulturellen Infrastruktur unter Nutzung ihrer besonderen Beschäftigungspotentiale.

Ausgangspunkt für ein Konzept eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors ist die Überlegung, sozial abgesicherte Arbeit statt Arbeitslosigkeit zu finanzieren und dabei gesellschaftlich sinnvolle Tätigkeiten zu verwirklichen. Derartige Ziele sind mit gemeinnütziger Arbeit, die erzwungen wird und noch dazu mit keinem Anrecht auf Leistungen der Sozialversicherung verbunden ist, nicht zu erreichen.

1.4.3 Investition in Beschäftigungspotentiale des Dritten Sektors

Über die Beibehaltung öffentlich geförderter Beschäftigung hinaus sind Instrumente zu entwickeln, um mit einer investiv angelegten Förderung Drittsektoreinrichtungen die Nutzung und Ausweitung ihrer Beschäftigungspotentiale zu ermöglichen. Bislang existieren dafür jedoch noch keine förderrechtlichen Grundlagen, diese müssten im Rahmen des SGB II und SGB III noch entwickelt werden.

Die zu etablierende Zusammenarbeit zwischen Kommunen und der lokalen Agentur für Arbeit bietet aber durchaus Ansatzpunkte einer integrierten Infrastruktur- und Beschäftigungspolitik. Organisatorische Grundlage könnte z.B. die Regionalisierung von Mitteln und Entscheidungskompetenzen der Bundesagentur für Arbeit sein. Insbesondere Kommunen, die derzeit auf Übernahme der Beschäftigungsförderung in kommunaler Hand optieren, können die besonderen Beschäftigungspotentiale des Dritten Sektor positiv gestalten, indem sie die Förderung der gemeinwohlorientierten lokalen Infrastruktur in die Zielvereinbarungen der Beschäftigungsförderung aufnehmen.

2. Einrichtung eines Fonds für Bürgschaften

Über die Basissicherung und die Kombination derselben mit Beschäftigungsförderung hinaus schlagen wir die Einrichtung von zwei Fonds auf kommunaler Ebene vor, die als Instrumente dienen, zusätzliche Gelder für die Region zu erschließen. Der erste Fonds soll die Handhabung von Förderprojekten auch für mittelgroße Projektträger ermöglichen.

Bestimmte Fördermittel, vor allem auf EU-Ebene, können derzeit von freien Trägern nicht beantragt und gehandhabt werden, weil die Geldgeber von den Antragstellern verlangen, zum einen Bürgschaften zu stellen und zum anderen das gesamte Projekt über Monate vorzufinanzieren. Dies können mittelgroße Träger oft nicht leisten, obwohl sie fachlich und organisatorisch durchaus in der Lage wären, das jeweilige Projekt durchzuführen.

Um es den Trägern zu erleichtern, auf weitere und eben auch größere Projektöpfe zugreifen zu können, regt I&E an, einen Bürgschaftsfonds einzurichten, der vor allem zwei Funktionen hat:

- Vor-Finanzierung bereits bewilligter Projektgelder, die bei Auszahlung durch den eigentlichen Geldgeber an die Stadt zurückfließen, oder, wo diese nicht möglich sein sollte, die Stellung von zinsgünstigen Krediten
- Verbindung dieses Fonds mit Bürgschaften

Durch den Einsatz dieser Gelder kann es zumindest mittelgroßen, gemeinnützigen Organisationen gelingen, auf Projektmittel zurück zu greifen, die derzeit nicht akquiriert werden können. Auf diese Weise können sowohl die Angebote der Träger als auch die insgesamt zur Verfügung stehenden Finanzmittel erhöht werden.

Hierfür sollte der Rat der jeweiligen Kommune Rahmenrichtlinien beschließen, die die Adressatengruppen und den zulässigen Verwendungszweck genauer beschreiben.

3. Einrichtung eines Fonds für Ko-Finanzierungen

Der zweite Fonds dient dem Ziel, die Akquirierung und Handhabung von Ko-Finanzierungsprojekten organisatorisch und finanziell zu ermöglichen, womit Gelder in die Kommune fließen und die kommunale Infrastruktur als solche stabilisiert wird.

Bestimmte Programme zur sozialpolitischen Steuerung (z.B. gegen Rassismus, zur sozialen Integration, zur Förderung lokaler Ökonomie und sozialen Kapitals) wird es auf EU- und Bundesebene aus politischen und sozialintegrativen Gründen auch weiterhin geben (Abfederung sozialer Härten, soziale Integration, Integration in der EU). Um diese Programme zu nutzen, wird eine Ko-Finanzierung vor Ort verlangt. Für Kommunen und Träger besteht hier die Möglichkeit aus 20 bis 55 % Ko-Finanzierung 100 % Finanzmittel zu „machen“. Dies setzt jedoch die Bereitstellung der Ko-Finanzierung voraus (also Mittelbereitstellung, Planbarkeit, verbindliche Zusagen, Flexibilität).

Sowohl für die Ko-Finanzierung von Projekten als auch für die Absicherung von pauschal geförderten ABM-Stellen wäre ein Ko-Finanzierungsfonds insbesondere für die kleinen und mittelgroßen Organisationen mit wenigen Hauptamtlichen eine Chance, weitere Gelder zu akquirieren bzw.

weitere Personalstellen zu ermöglichen. Geschieht dies nicht, werden eigentlich für den Dritten Sektor nutzbare Geld nicht ausgeschöpft.

Für diesen Fonds sollte eine Grundsumme durch kommunale und weitere Gelder (z.B. Lottostiftung, eigene Lotterie) bereitgestellt und in einem schnellen und unbürokratischen Verfahren Trägern in den Bereichen Soziales, Kultur, Umwelt und Sport zur Verfügung gestellt werden. Hierzu müsste die Kommune zwar zusätzliche Mittel aufwenden, würde aber einen Nutzen erlangen, der finanziell, gesellschaftspolitisch und hinsichtlich der Beschäftigungsförderung erheblich über der eingebrachten Fördersumme liegen würde.

Wir können hier nur Schlaglichter auf einige Elemente einer erweiterten lokalen Förderung des Dritten Sektors werfen. Wir haben unsere Empfehlungen in einer zweiten Broschüre zusammengestellt. Diese wird ab Dezember auch in englischer Sprache auf unserer Homepage zur Verfügung stehen¹². Ich hoffe, ich habe trotz der Kürze deutlich machen können, dass es bei entsprechender Prioritätensetzung durchaus möglich ist, gerade auf lokaler Ebene finanzielle und organisatorische Grundlagen zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der positiven Wirkungen des Dritten Sektors zu verwirklichen.

Nachfragen zum Vortrag von Bettina Roß und Karen Richter:

Fragesteller: Mich interessiert vor allem der Bereich der Refinanzierung. Das Suchfeld für die Finanzierung war ja überwiegend die Kommune. Ich komme aus einer Kommune, die weder einen Haushalt noch ein Haushaltssicherungskonzept hat. Das heißt, der Punkt ist der: Das ist im Prinzip unmöglich, da braucht man nicht zu suchen. Gibt es Überlegungen zu alternativen Möglichkeiten, im Bereich Public-Private-Partnership zu schauen, inwieweit Kapital akquiriert werden kann über In-Kind-Leistungen, also in Tauschgeschäften, kreative Möglichkeiten der Kapitalgewinnung? Das scheint mir ein wichtiger Punkt zu sein, weil das ganze System an der Stelle kippt. Insbesondere durch die jetzige Umstrukturierung scheint es mir so zu sein, dass auch aus anderen bisher möglichen Quellen, Bundesagentur bzw. auch Sozialhilfeträger kein Entsatz kommen kann. Das ist im Moment für uns eine Suchrichtung aber kein Findeprozess.

Manfred Grönig: Wir haben ja auch die gleichen Bedenken als freie Träger. Es gab damals, als dieses Projekt gegründet wurde, eine kritische Auseinandersetzung über die Frage, wie hilft es eigentlich, wenn sich David mit der Frage beschäftigt, wie kann man gegen Goliath gewinnen. Und wir wissen inzwischen, dass Goliath dreimal so groß geworden ist wie zu Beginn dieser Studie. Und jetzt reden wir über die kleinen Schutzschilde. Die Landesregierung kürzt massiv zur Zeit. 20-30 Millionen Euro fehlen der Region, wenn man drei Jahre zurückschaut und jetzt das Jahr 2005 betrachtet -Wissenschaft, Kultur, Bildung und unser Bereich Soziales, Sport usw. - bei Blinden wird in Niedersachsen das Blindengeld gestrichen. Das wird wahrscheinlich dann auf andere Länder überschwappen. Es gibt ganz viele gute Gründe skeptisch zu sein, insofern müssen wir uns hier mit den kleinen Ansätzen des Versuches, eine Legitimation für die Beschäftigungswirkung zu finden, das ist ja unser Thema im Bereich Soziales, schon fast zufrieden geben. Umso wichtiger, dass wir uns diese Details auch anschauen.

Bettina Roß: Unser Projekt versucht, die Dramatik der Situation zu erkennen und öffentlich zu machen, dass bei den Kürzungen sowohl im Beschäftigungsbereich als auch im Kultur- und Bildungsbereich in erster Linie wirklich weitere Arbeitslose geschaffen werden und die Wohlfahrtsverbände

¹² Die Broschüre kann über zoom - Gesellschaft für prospektive Entwicklungen, Theaterstr. 8, 37073 Göttingen bestellt werden bzw. ist als pdf unter www.instrumentsandeffects.de abrufbar.

bedroht sind und damit das ganze soziale System ins Kippen gerät. Das ist leidlich präsent, immer noch zu wenig, aber leidlich und wir haben uns daher ganz bewusst auf einen Bereich konzentriert, der eben nicht betrachtet wird, nämlich die Infrastruktur, wie sie gerade auch im Paritätischen repräsentiert wird, kleiner und mittelgroßer Träger, die ganz erhebliche Effekte hat sowohl bei den Angeboten, die sie stellen: der ganze Bereich der Selbsthilfe, der kulturellen Angebote, des Sports, der Prävention, Betreuung. Dieser wird eben im Nebeneffekt einfach so weggewischt. Man stellt die Finanzierung der Beschäftigungsförderung ein und das macht man sozusagen mit kaputt. Das ist nicht einmal das Ziel, das macht man so nebenbei. Diese Dramatik darzustellen, ist Teil unseres Projektes.

Von vornherein war das Projekt so angelegt, auch Perspektiven aufzuzeigen. Nur mit Jammern kommt man ja nicht weiter. Es ist schon so, dass Göttingen als Kommune auch sehr viel versucht, wir sind ja nicht untätig, sondern da gibt es eine Reihe von Versuchen im Bereich der Beschäftigungsgesellschaften. Es hat Ausgliederungen gegeben, wo es darum ging, sowohl soziale Dienstleistungen zu ermöglichen als auch Beschäftigung zu fördern, die schwierig funktionieren, die teilweise sehr erfolgreich funktionieren. Dann gibt es teilweise kleine aber für mich sehr wichtige Versuche, zum Beispiel gibt es eine Tombola, aus deren Erlös Gelder in den Kultur- und Sportbereich fließen, da ist sehr viel zu machen, aber dennoch ist natürlich immer das Ende der Fahnenstange nahe, weil, wenn wir einen Kofinanzierungsfonds vorschlagen wollen, wo sollen die Gelder denn dafür herkommen, wenn die Kommunen das vorstrecken sollen und das ist sehr schwierig. Darum kann man nicht herumreden, dass solange der Haushalt gedeckelt wird, solange der Haushalt genehmigungspflichtig ist - Göttingen ist so mitteldramatisch, aber eben auch dramatisch - weil der Haushalt einfach nicht durchkommt, wenn weitere Ausgaben beschlossen werden. So ist die Situation hier vor Ort. Nichtsdestotrotz können wir aber darauf hinweisen, dass wenn man bestimmte Gelder nicht investiert, man mehr verliert als nur diese Gelder. Wir haben im Moment einen negativen Dominoeffekt, das heißt, man nimmt irgendwo ein Steinchen weg und die ganze Kette funktioniert nicht mehr. Und wir dringen sehr darauf, zu sagen auf kommunaler Ebene könnte man auch einen positiven Dominoeffekt anstoßen, indem man zum Beispiel in bestimmte Bereiche Gelder hineinsetzt. Wir sagen dies nicht nur deswegen, weil wir das beforschen, sondern weil auch empirisch belegt ist, dass der Dritte Sektor, einfach Beschäftigung ermöglichen kann, nicht endlos, aber mehr als er das jetzt tut. Und der dabei als Hauptprodukt Dienstleistungen und Angebote schaffen kann, die eben auch Folgekosten verursachen, wenn sie jetzt wegbrechen. Gerade im Bereich Prävention zahlt man das in fünf Jahren doppelt und dreifach. Das ist einfach die Idee.

Manfred Grönig: Ich kann im Gegensatz zu Ihrem Beispiel, dass es bei Ihnen gar keinen Haushalt gibt, sagen, Göttingen hat einen Haushalt, aber der hat 194 Millionen Euro Defizit und wir wissen nicht, wann er genehmigt wird im nächsten Jahr.

Fragesteller: Ich finde diesen Beitrag sehr konstruktiv, weil er tatsächlich mal in die Richtung von Empfehlungen geht, wie man tatsächlich mit dem Thema Beschäftigung umgeht. Wir haben in unserem Forschungsprojekt in Brandenburg eine ähnliche Zielstellung. Was ich spannend fände, wie bei solch einer internationalen Zusammensetzung die Erfahrung anderer Länder wie die italienischen Sozialgenossenschaften aussieht. Die haben ja auch diese Fondsmodelle, dass drei Prozent aus diesen Genossenschaften zum Beispiel in so einen Revolving-Fonds eingeführt werden, um andere Projekte in der Startphase zu unterstützen. Wenn also die deutsche Gesetzgebung hier tätig werden würde - es ist ja noch nicht so weit, diese Sozialgenossenschaften tatsächlich europaweit einzuführen, das wäre ja das nächste Thema - wie weit lässt sich über die entsprechende Besteuerung, über die entsprechende Förderung ein Weg erzielen, dass da auch wieder Rückflüsse in den kommunalen Haushalt oder in diese entsprechenden Fonds vorhanden sind? Über diesen Weg ließe sich auch eine ganze Menge wieder refinanzieren. Das müsste weitergedacht werden.

Manfred Grönig: Ich meine, das ist ein spannender Gesichtspunkt, der gut in diese Instrumentenentwicklung hineinpasst. Wir haben noch zwei Referate. Wir schließen damit auch an die Diskussion von gestern noch mal an, wo es ja auch um die Frage ging, brauchen wir den Dritten Sektor als eigenständigen Bereich oder läuft es in Richtung erster Markt/Wirtschaft/generelle Liberalisierung? Auf der anderen Seite lernt der Staat von der Wirtschaft, und für den Dritten Sektor gibt es vielleicht gar keine Spielräume mehr auf mittlere Sicht. Heute folgt noch mal eine Akzentuierung genau in diesem Themenkomplex „Dritt-Sektor-Bewusstsein“. Was können wir tun, um das was wir eben im Beitrag aus Göttingen vernommen haben, nicht nur die Beschäftigungswirkung zu sehen, sondern das Bewusstsein für den Dritten Sektor als soziale Instanz, als sozialstaatliches Spielbein sozusagen, weiter zu fördern?

**Förderung eines Dritt-Sektor-Bewusstseins:
Memorandum für eine zukunftsfähige und gemeinwohlorientierte
Weiterentwicklung des Dritten Sektors**

Jürgen Klute (Sozialpfarramt Kirchenkreis Herne, Deutschland)

Warum - mögen Sie fragen - ein Memorandum zum Dritten Sektor? Es hat doch in der 1. Legislaturperiode der rot-grünen Bundesregierung die Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ (s. Bundestagsbeschluss vom 14. Dez. 1999 und den Kommissionsbericht vom 03. Juni 2002, Bundestagsdrucksache 14/8900) gegeben.

In der Tat. Die Enquete-Kommission hätte die Möglichkeit gehabt, sich mit dem Dritten Sektor in seiner Gesamtheit zu befassen. Nur, sie hat das nicht getan. Vielmehr hat sich der Schwerpunkt ihrer Arbeit auf den Bereich des Ehrenamtes fokussiert. Dass der Dritte Sektor ein wesentlicher Produzent von gesundheitlichen, sozialen, kulturellen und Bildungsdienstleistungen ist, also in weiten Teilen ein bürgerschaftlich verankerter Produzent öffentlicher, Gemeinwohl orientierter Dienstleistungen ist und somit auch ein relevanter Erwerbsarbeitgeber, hat die Enquete-Kommission vernachlässigt und damit hat sei eine große Chance vertan.

Damit ist ein erster Grund für ein Memorandum zum Dritten Sektor benannt: Nämlich auf breiter Ebene bewusst zu machen, dass der Dritte Sektor nicht nur aus ehrenamtlicher Tätigkeit besteht, sondern dass er als ein bürgerschaftlich verankerter Produzent öffentlicher, Gemeinwohl orientierter Dienstleistungen auch einen relevanten Arbeitsmarktfaktor darstellt.

Die Ergebnisse der Enquete-Kommission bzw. deren politische Umsetzung sind bisher weit hinter dem zurückgeblieben, was man / frau sich hätte vorstellen können.

Ein zweiter Grund für ein Memorandum zum Dritten Sektor ist also, die offenen politischen Fragen in Bezug auf den Dritten Sektor stärker ins öffentliche Bewusstsein zu bringen und deren Bearbeitung einzufordern und voranzubringen.

Die starke Fokussierung der Enquete-Kommission auf den Bereich des Ehrenamtes und die entsprechende Vernachlässigung der Erwerbsarbeitsseite des Dritten Sektors ist um so weniger verständlich, als SPD und Gewerkschaften in ihrer Geschichte entsprechende konzeptionelle Anknüpfungspunkte haben, die die rot-grüne Bundesregierung in die Enquete-Kommission hätte eintragen können.

1928 hat Fritz Naphtali im Auftrag des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (ADGB) ein umfassendes Konzept zur Wirtschaftsdemokratie vorgelegt. Ein am Gemeinwohl orientierter „Gemeinwirtschaftssektor“ spielt in Naphtalis Konzept eine wichtige Rolle. Ein Dritter Sektor im heutigen Sinne war damals noch unbekannt - der Begriff geht ja auf Amitai Etzioni zurück, der den Begriff Ende der 60er Jahre in den USA in die Diskussion gebracht hat. In Naphtalis Konzept einer „Gemeinwirtschaft“ darf aber eine der Wurzeln des modernen Dritten Sektors gesehen werden - vielleicht darf man darin auch eine spezifische europäische Seite des Dritten Sektors sehen. Für Naphtali war die „Gemeinwirtschaft“ ganz explizit ein auf dem Selbstverwaltungsprinzipien fußender Weg zwischen profitorientierter, freier Konkurrenz-Wirtschaft und Staatsbetrieben. Durch das Selbstverwaltungsprinzip sollte die schon in den 1920er Jahren überbordende und teils auch aus sachlichen Gründen unvermeidbare Bürokratie von Staatsbetrieben vermieden, zugleich aber die Unternehmerfunktion in der Wirtschaftsführung erhalten werden. Durch die Gemeinwohlorientierung sollte sichergestellt werden, dass die Produktivität der modernen Wirtschaft der gesamten Gesellschaft zugute kommt, und nicht nur einer kleinen Gruppe¹³.

¹³ Vergl. dazu: Fritz Naphtali: Wirtschaftsdemokratie. Ihr Wesen, Weg und Ziel. Frankfurt / Main 1966 (erstmal erschienen: 1928), S.

Nach wie vor spielen diese Aspekte in der Diskussion zum Dritten Sektor eine bedeutende Rolle.

Die Idee eines bürgerschaftlich verankerten und dem Gemeinwohl verpflichteten Unternehmertums (Gemeinwohl-Unternehmer) taucht noch einmal in Ulrich Becks Konzept „Erwerbsarbeit durch Bürgerarbeit ergänzen“ auf, das er für die „Kommission für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen“ verfasst hat (veröffentlicht: 1997)¹⁴. Becks Konzept zielt zwar in die ehrenamtliche Richtung des Dritten Sektors, kann m. E. aber eine Brücke zwischen Naphtalis Überlegungen zu einem gemeinwirtschaftlichen Sektor und den heutigen Diskussionen über den Dritten Sektor als Gemeinwohl orientierten und bürgerschaftlichen Sektor bilden.

Die Enquete-Kommission wäre m. E. ein guter politischer Ort gewesen, diese Vorlagen aufzunehmen und mit Blick auf eine Dienstleistungsgesellschaft weiterzuentwickeln.

Da dies nun nicht geschehen ist, ergibt sich ein dritter und m. E. der wesentlichste Grund für ein Memorandum zum Dritten Sektor: Die Transformation der Industriegesellschaft in eine Dienstleistungsgesellschaft.

Der Dritte Sektor erbringt überwiegend Dienstleistungen: Dienstleistungen im Gesundheitsbereich, Dienstleistungen im sozialen Bereich, Dienstleistungen im Bildungsbereich und Dienstleistungen im kulturellen Bereich. In diesen Bereichen ist die weit überwiegende Zahl von Erwerbsarbeitsplätzen im Dritten Sektor angesiedelt.

Während der Epoche der Industriegesellschaft war für die Privatwirtschaft der Produktionssektor von vorrangigem Interesse. Die genannten Dienstleistungen galten als ökonomisch unattraktiv, so dass man sie bereitwillig dem Dritten Sektor überlassen hat.

Mit der Konstruktion der Dienstleistungsgesellschaft hat sich diese Einschätzung aus nachvollziehbaren Gründen geändert. Seinen deutlichsten und gleichzeitig radikalsten Ausdruck findet diese veränderte Einschätzung im General Agreement on Trade in Services - kurz: GATS -, das - neutral formuliert - den globalen ordnungspolitischen Rahmen für die Dienstleistungsgesellschaft bildet bzw. bilden soll. Das Alarmierende dabei ist, dass das GATS einen Dritten Sektor gar nicht kennt, sondern nur Staat oder Markt, wobei dem Staat nur Aufgaben überlassen bleiben sollen, die ausschließlich hoheitlicher Natur sind und die faktisch nur vom Staat wahrgenommen werden. Alle anderen Handlungsfelder sollen vorrangig der Wirtschaft vorbehalten sein.

Die heute schon wahrnehmbare Folge dieser Entwicklung ist, dass die Privatwirtschaft in dem Maße, wie sie sich zur Dienstleistungsgesellschaft entwickelt, sich in Bereiche des bisherigen Dritten Sektors hineindrängt und Dienstleistungen, die bisher im Dritten Sektor angesiedelt sind bzw. waren, in den privatwirtschaftlichen Sektor hineinzieht.

Dieser Prozess hat zweierlei zur Folge:

Zum einen verändert sich der Dritte Sektor rasant - vor allem gerät er im Erwerbsarbeitsbereich unter Druck.

Zum anderen verändert sich die Handlungslogik, unter der die oben genannten Dienstleistungen erbracht werden bzw. wurden. Während der Dritte Sektor einer am Gemeinwohl orientierten Handlungslogik folgt, folgt der privatwirtschaftliche Sektor einer Profitmaximierungslogik.

Nun geht es keineswegs darum, gesellschaftliche Veränderungen aufhalten zu wollen. Doch mit der skizzierten Entwicklung werden wirtschaftliche wie auch allgemeine gesellschaftliche Fragestellungen berührt, die einer gesellschaftlichen Diskussion bedürfen. Unter ökonomischem Gesichts-

54 ff.

¹⁴ Kommission Für Zukunftsfragen der Freistaaten Bayern und Sachsen: Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in Deutschland. Entwicklung, Ursachen und Maßnahmen. Teil III. Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungslage. Bonn 1997. S. 146 - 168, insbesondere S. 154 ff.

punkt gilt, dass bei weitem nicht alle Dienstleistungen des staatlichen und des Dritten Sektors marktfähig sind bzw., wenn sie in eine Marktfähigkeit hineingepresst werden, besteht die Gefahr, dass sie von ihrer eigentlichen Qualität verlieren oder sie auch ganz einbüßen. Deshalb ist es zum einen für einen Teil dieser Dienstleistungen nicht wünschenswert, sie dem Markt zu überlassen. Zum anderen sind die Handlungslogiken des staatlichen und des Dritten Sektors für die Handlungsfähigkeit eines sozialen Rechtsstaates existenznotwendig und dürfen daher nicht dem freien Markt durch dessen stetige Ausweitung in andere gesellschaftliche Bereiche geopfert werden.

Die Entwicklung der Dienstleistungsgesellschaft, die - wie gesagt - auf internationaler Ebene durch das GATS einen rechtlichen Rahmen erhalten soll, bringt die Balance der drei Sektoren (Wirtschaftssektor - Staatssektor - Dritter Sektor) in eine Schieflage mit weitreichenden Folgen für eine sozial gerechte und menschenwürdige Organisation einer Gesellschaft.

Daraus ergibt sich als zentrale politische Notwendigkeit, die drei genannten Sektoren in eine neue funktionsfähige Balance zu bringen. Angesichts der gegenwärtigen Destabilisierung des Dritten Sektors - vor allem durch die AGENDA 2010 der rot-grünen Bundesregierung - ist das vorrangige Ziel einer in diesem Kontext erfolgenden Weiterentwicklung des Dritten Sektors die Stärkung der Zivilgesellschaft, die Stabilisierung und die Förderung der arbeitsmarktpolitischen Bedeutung des Dritten Sektors als eines bürgerschaftlich verankerten und Gemeinwohl orientierten Dienstleistungssektors, der qualitativ hochwertige öffentliche Güter und Dienstleistungen erstellt und der für deren bedarfsgerechte Allokation sorgt.

Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es einer breit angelegten öffentlichen Debatte, in die das GATS einzubeziehen ist. Dazu will das Memorandum zum Dritten Sektor anstoßen und beitragen.

Da die gegenwärtig in der BRD unter dem Titel AGENDA 2010 diskutierten und teils schon umgesetzten Reformen deutlich negative, destabilisierende Wirkungen auf den Dritten Sektor haben (das ist ja einer der Hintergründe dieser Konferenz), versteht sich das Memorandum zugleich als Alternative zu den entsprechenden Teilen der AGENDA 2010.

Lassen Sie mich noch eine letzte Anmerkung zur politisch-programmatischen Einordnung des Memorandums zum Dritten Sektor machen.

Letztlich sind es die technisch-wissenschaftlichen Fortschritte der letzten Jahrzehnte, die unsere Gesellschaft erneut vor politische Herausforderungen von beachtlicher Dimension stellen. Die technischen Rationalisierungsschübe in der industriellen Produktion sowie in den klassischen Verwaltungsdienstleistungen haben zum millionenfachen Abbau von Arbeitsplätzen in diesen Bereichen geführt und die Struktur der Arbeitswelt tiefgreifend verändert mit weitreichenden Folgen für die gesamte Gesellschaft. So gesehen, lassen sich die gegenwärtigen gesellschaftlichen Konflikte als Konflikt um die Rationalisierungsgewinne verstehen. Die Diskussion um den Dritten Sektor ist m. E. Teil dieses Konfliktes, da ein reformierter Dritter Sektor ja auch aus den Rationalisierungsgewinnen mitzufinanzieren wäre. Ein Dritter Sektor als ein bürgerschaftlich verankerter und Gemeinwohl orientierter Dienstleistungssektor wäre somit Teil eines Prozesses, in dem der angedeutete technische Fortschritt in sozialen und kulturellen Fortschritt übersetzt wird.

Ziel meiner Ausführungen war es, Ihnen die Hintergründe, die zur Formulierung des Memorandum für einen Dritten Sektor geführt haben, darzulegen und das Memorandum gesellschaftspolitisch einzuordnen. Ich hoffe, dass mir das gelungen ist. Auf den Text des Memorandums will ich hier nicht näher eingehen. Er ist, wie Sie gesehen haben werden, in den Konferenzunterlagen enthalten.

Nachfragen zum Vortrag von Jürgen Klute:

Manfred Grönig: Nach diesem sowohl bürokratiekritischen als auch ein wenig antikapitalistischen Ansatz, der Versuch auch die Globalisierung zu thematisieren und die Gefahr der Ausgrenzung und Ausbeutung zum Thema zu machen, die Verteilung zum Thema zu machen und zu sagen, da gibt es Gründe, einen Dritten Sektor zu pflegen und ihn nicht nur als zivilgesellschaftlichen Gewinn oder Bürgerengagementgewinn zu betrachten in dem es keine Arbeitsplätze, sondern nur Freiwilligkeit und Ehrenamtlichkeit gibt, haben wir nachher noch mal Gelegenheit, das Ganze aus der informellen und politischen Diskussion in eine vertragliche Ebene zu bringen, die in England ganz spannend diskutiert wird. Gibt es Nachfragen zum Memorandum?

Fragesteller: Mich interessiert vor allem der zuletzt angesprochene Punkt zum Thema der teilweisen Vergesellschaftung der Rationalisierungsgewinne. Es gibt in den angelsächsischen Ländern eine gewisse Kultur des partiellen Zurückgebens. Ein ganz anders verbreitetes Stiftungswesen oder eine ganz andere Unternehmenskultur. Das deutsche Modell wäre eigentlich eher ein Modell, wie Sie auch angedeutet haben, das eher durch Steuerung des Staates operationalisiert werden könnte. Gibt es einen Weg, aus dem Memorandum heraus, diesen Punkt der Umsteuerung dieser Gewinne nicht über den Staat zu machen, weil wir sonst in eine Debatte kommen, die wir gerade schon hatten. Und ich glaube, das was ein bisschen dahinter liegen könnte wäre ja auch, nicht nur dem Dritten Sektor Gewicht zu verschaffen in Bezug darauf, das eigene Selbstverständnis und Selbstbewusstsein zu entwickeln, sondern auch die entsprechenden Instrumente zumindest anzudeuten, die in Deutschland sehr fremd sind, weil wir keine oder nur eine geringe Kultur dieses gemeinwohlverpflichtenden Unternehmertums haben.

Jürgen Klute: Wenn ich mich richtig erinnere, wird das auch durch die Johns-Hopkins-Studie bestätigt, dass Spendengelder, Sponsoring usw. in der Bundesrepublik sehr niedrig sind im Vergleich zu den USA. Unsere Lieblingsidee ist folgende: Es gibt ja immer wieder die Diskussion um die Vermögenssteuer, ob die nun in der alten Form sinnvoll ist oder nicht, darüber kann man streiten, aber dass es durchaus einen Reichtum gibt in der Gesellschaft, das lässt sich nicht bestreiten. Den kann man bis zu einem gewissen Grad besteuern und verpflichten, sich für das Gemeinwohl zu engagieren. Man könnte auch sagen: Es geht darum, Armut aus dem Reichtum der Gesellschaft zu überwinden!. Da haben wir die Idee zu sagen, man muss Vermögen ja nicht unbedingt besteuern und die Steuern dem Staat zuführen, sondern man könnte auch versuchen den Menschen anzubieten, dass sie für eine befristete Zeit bestimmte Vermögensanteile in eine Stiftung einbringen. Hartz hat ja in seinem ursprünglichen Konzept im Hinblick auf Ausbildung über ein Stiftungsmodell nachgedacht. Man muss das ja nicht für Ausbildung machen, man kann ja auch sagen, für die Dritte-Sektor-Finanzierung lassen sich Stiftungen aufbauen und finanzieren. Ich glaube, das ist vermittelbar, das ist praktikabel. Das ist eine Frage des politischen Willens und auch eine Frage der breiten Diskussion solcher Möglichkeiten. So könnte das aussehen, denke ich.

Manfred Grönig: Dass der politische Wille oder die staatliche Steuerung im Moment in die umgekehrte Richtung geht, wissen alle. Ab 1.1.2005 werden die Millionäre in Deutschland 31.500 Euro Steuererleichterung erhalten, während andere einen Euro bekommen, ein bisschen auf die Spitze getrieben. Das ist das Bild, was im Moment der Staat in dieser Frage verursacht und das unter rot-grüner Regierung. Wir müssen noch viel arbeiten, um solche Aspekte in den Vordergrund zu schieben und solche Fondsideen oder andere Steuermodelle tatsächlich zu erkämpfen.

Der Vertrag zwischen der Regierung und dem Dritten Sektor in Großbritannien: Auswirkungen aktueller Politik auf den Not-for-Profit Sektor

Prof. Marilyn Taylor (University of the West of England, Bristol; UK)

In meiner Präsentation werde ich mich auf das sich verändernde Umfeld konzentrieren, in dem der Dritte Sektor in Großbritannien arbeitet, sowie darauf, durch welche Chancen und Herausforderungen dieses neue Umfeld den Beitrag des Dritten Sektors zur Ökonomie beeinflusst. Vielleicht sollte ich aber damit beginnen, kurz über die Stellung des Dritten Sektors auf dem Arbeitsmarkt zu berichten. Es gibt viele verschiedene Definitionen dessen, was wir in England „the voluntary and community sector“ („Sektor der gemeinnützigen und Freiwilligenarbeit“) nennen, so dass möglicherweise die Zahlen, die ich nennen werde, nicht alle genau dasselbe beschreiben, und schon gar nicht das, was Sie als Zuhörer vielleicht unter dem Dritten Sektor verstehen. Beispielsweise schließt keine der Zahlen, die ich anführen werde, Genossenschaften ein. Andere beziehen sich nur auf Wohlfahrtsverbände, und einige wiederum darauf, was als ehrenamtliches Engagement im engeren Sinne gilt, d.h. ohne die Universitäten, öffentlichen Schulen, Sportvereine, Gewerkschaften und Berufsverbände. Eines jedoch lässt sich über den Dritten Sektor sagen, nämlich dass die Bezeichnung „Freiwilligensektor“ für ihn falsch ist. Während nur ein Viertel der karitativen Organisationen bezahlte Arbeitskräfte beschäftigt, stellt der Dritte Sektor im engeren Sinne über 2% der Beschäftigung in Großbritannien, und wenn wir die ehrenamtliche Arbeit dazu rechnen, macht der 'engere' Dritte Sektor 5% der nationalen Beschäftigung aus. Legt man eine breitere Definition zugrunde, und schließt alle von mir oben angeführten Organisationen ein, arbeiten in diesem Sektor 6% aller Beschäftigten (12% wenn man die Ehrenamtlichen mit berücksichtigt). Forscher schätzten 1999, dass auf vier im öffentlichen Sektor Beschäftigte ein Beschäftigter im Dritten Sektor kam.

Im Wohlfahrtssystem Großbritanniens spielte der Dritte Sektor immer eine wichtige Rolle. Bis Anfang des 20. Jahrhunderts boten Wohlfahrtsorganisationen oder Organisationen auf Gegenseitigkeit aus dem Dritten Sektor - den wir in UK den der gemeinnützigen und Freiwilligenarbeit nennen - auf örtlicher Ebene einen großen Teil der (sozialen) Dienste an. Eine führende Reformerin des Wohlfahrtssystems zur Zeit der Jahrhundertwende - Beatrice Webb - nannte dieses System 'a parallel bars system' ('ein zweigleisiges System'), in dem der Staat sich mit den 'unwürdigen Armen' (denjenigen, die Lohnarbeit ablehnten) beschäftigte, und der Dritte Sektor sich um die 'würdigen Armen' (diejenigen, die nicht arbeiten konnten) kümmerte.

Im Verlauf der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde die Rolle des Dritten Sektors schrittweise vom Staat übernommen, bis in den 40er Jahren ein umfassender Wohlfahrtsstaat entstanden war. Im Laufe der nächsten zwanzig Jahre schufen sich Organisationen des Dritten Sektors Nischen für ihre ergänzenden und spezialisierten Dienstleistungen und wurden so zu dem, was Beatrice Webb als 'an extension ladder' (Ausziehleiter) bezeichnete. Mit dem Amtsantritt von Margaret Thatcher und dem Beginn des Thatcherismus wurde dem Dritten Sektor eine neue Rolle angeboten, die ihn in den Mittelpunkt gesellschaftlicher Entwicklung rückte: Die Organisationen des Dritten Sektors sollten auf dem Wohlfahrtsmarkt in einen Wettbewerb mit privatwirtschaftlichen Unternehmen treten und als Dienstleister Aufträge von staatlichen Stellen erhalten.

Mit der New Labour-Regierung kam das Signal, die Einstellung gegenüber den Organisationen des Dritten Sektors zu ändern und sie als Teil eines 'dritten Weges' zwischen Markt und Staat anzusehen. Die neue Regierung setzte sich für eine radikale Reform der öffentlichen Dienste ein, war aber auch entschlossen, soziale Ausgrenzung zu bekämpfen. Nach ihrem Antritt erschienen im Vokabular nun Begriffe wie Partnerschaft, Beteiligung an der Gemeinschaft, Engagement für die Modernisierung der Kommunen oder Fördern der partizipatorischen und beratenden Demokratie.

Seitdem wurde eine Art 'neuer Lokalismus' eingeführt, der darauf angelegt ist, Verantwortung nach unten auf die lokale Ebene zu übertragen.

Von Anfang an wurde der Dritte Sektor als wesentliches Element dieses dritten Weges angesehen. Dies belegt u.a. ein Zitat aus einem Bericht des *HM Treasury* (britisches Finanzministerium) von 1999:

*"The social economy can be effective at developing services which may be unattractive or inappropriate for the private sector, or cannot be delivered effectively by the public sector. It can also be valuable in engaging local people in economic activities in ways that public agencies have found difficult. The social economy does not simply provide substitutes for real jobs and services where there has been market failure. It also helps develop a stronger sense of community."*¹⁵ HM Treasury 1999, p. 14.

New Labours Einsatz für den Dritten Sektor zeigte sich darin, dass man im Herbst 1998 - weniger als 18 Monate nach Regierungsantritt - einen 'Vertrag' zwischen Regierung und dem *voluntary and community sector* aushandelte und vereinbarte. Dieser Vertrag war eine Grundsatzklärung, die darauf angelegt war, das Verhältnis zwischen Staat und Drittem Sektor auf eine stabilere Basis zu stellen. Gestützt wurde er durch fünf Vereinbarungen: Zur Finanzierung, zur Beratung, zur Freiwilligenarbeit, für BME-Organisationen (*organisations led by and serving people from black and minority ethnic organisations*) und für Organisationen im Sozialbereich. Die beiden letzten Vereinbarungen dienten dazu, die Vielfalt und die Notwendigkeit des Dritten Sektors anzuerkennen. Staatliches Handeln wurde so angepasst, dass es der Arbeitsweise unterschiedlicher Organisationen mit verschiedenen Funktionen zur Deckung unterschiedlicher Bedarfe angemessen ist. Auch wenn der Vertrag auf nationaler Ebene geschlossen wurde, verpflichtete sich die Regierung explizit, den Abschluss ähnlicher Verträge auf lokaler Ebene zu fördern. Dadurch sollten die Kommunalbehörden und andere örtlichen öffentlichen Körperschaften zu ähnlichen Prinzipien und Praktiken verpflichtet werden. Die Umsetzung des Vertrags unterliegt regelmäßiger ministerieller Kontrolle.

Die große Bedeutung des Dritten Sektors für die Pläne von New Labour wird überdies deutlich durch zwei sog. Revisionen, die während der ersten Amtsperiode der New-Labour-Regierung durchgeführt wurden:

- Erstens eine Revision der Rolle des Dritten Sektors bei der Erbringung von Sozialleistungen, die vom Finanzministerium im Rahmen des *Comprehensive Spending Review* (Umfassende Überprüfung der Staatsausgaben) 2002 durchgeführt wurde.
- Zweitens eine Revision des gesetzlichen und steuernden Rahmens für gemeinnützige Tätigkeiten.

Lassen Sie mich die beiden nacheinander behandeln.

In der ersten Revision kam man zu dem Schluss, dass einiges geschehen müsse, damit der Dritte Sektor sein volles Potential ausschöpfen und damit zur Erbringung von Sozialleistungen beitragen kann. Es sei erstens notwendig, die Kapazitäten des Dritten Sektors und besonders seine Infrastruktur auszubauen. Zweitens sei es nötig, dass 'die Finanzierung stimme'. Besonders die im Rahmen eines Vertrages entstehenden Kosten müssen voll gedeckt werden können und ein stabileres Verhältnis zu staatlichen Auftraggebern muss bei der Finanzierung entwickelt werden. Beides waren Problempunkte, auf die man durch den o.g. Vertrag aufmerksam geworden war. In der Revision

¹⁵ "Die Sozialwirtschaft kann bei der Entwicklung von Diensten effektiv sein, die für den privatwirtschaftlichen Sektor unattraktiv oder ungeeignet sind oder durch den öffentlichen Sektor nicht effektiv geleistet werden können. Ihr Wert liegt auch darin, dass sie Menschen vor Ort in einer Weise in ökonomische Tätigkeiten einbindet, die für öffentliche Stellen schwierig umsetzbar ist. Die Sozialwirtschaft bietet nicht nur Ersatz für 'echte' Arbeitsplätze und Dienste bei Versagen des Marktes. Sie hilft auch dabei, ein stärkeres Gemeinschaftsgefühl zu entwickeln."

wurde festgestellt, dass mehr getan werden müsse, um sicher zu stellen, dass der Vertrag umgesetzt wird. Drittens, und für diese Konferenz bedeutsam, führte die Revision auch zur Aufwertung der Rolle der sozialen und gemeinnützigen Betriebe.

Dieser Revision folgten eine Reihe von Maßnahmen. Erstens wurde durch die Revision der Weg für eine neue Form von Investitionen in den Dritten Sektor geebnet - über einen *futurebuilders* genannten Fonds. Dieser wird parallel zu einem zuvor vom Innenministerium gegründeten Fonds aufgebaut, der 'geduldiges Kapital' für Investitionen in gemeinnütziges Eigentum und gemeinnützige Unternehmen zur Verfügung stellt. Zweitens wurden zwei weitere Revisionen angesetzt - zum Ausbau der Leistungsfähigkeit und der Infrastruktur. Für letztere wurde nun der Bericht vorgelegt, der neue Investitionen in die Infrastruktur empfiehlt. Dies soll in Verbindung mit dem Aufbau nationaler 'Wissens-Zentren' stattfinden, um *best practice*-Ansätze in einer Reihe von Bereichen, etwa bei der Fortbildung von Mitarbeitern zu fördern und zu entwickeln. Es wurde ebenfalls empfohlen, dass sich in jeder lokalen Region, Unterregion und Gemeinde die Organisationen, die sich mit der Infrastruktur des Dritten Sektors befassen mit dem öffentlichen Sektor und anderen Geldgebern vernetzen um die Entwicklung der Infrastruktur im jeweiligen Gebiet zu planen. Die Ziele sind Kostendegression zu erreichen, Doppelungen zu vermeiden und Fachwissen auf breiterer Ebene zu vermitteln.

Durch die zweite Revision - die des gesetzlichen und steuernden Rahmens für gemeinnützige Aktivitäten - sollte ein System reformiert werden, das über 400 Jahre lang bestanden hat. Durch sie wurde die Definition von Wohltätigkeit erweitert. Statt der vier im 19. Jahrhundert festgelegten karitativen Zwecke sind es heute zehn. Zudem wurde beschlossen, neue Rechtsformen zuzulassen - die *Community Interest Companies* (Gesellschaften in gemeinschaftlichem Interesse) und die *Charitable Incorporated Organisations* (amtlich eingetragene karitative Organisationen). Darüber hinaus sollte das Gesetz über *Industrial and Provident Associations* (gewerbetreibende und unterstützende Vereine) revidiert werden, da auf Gegenseitigkeit beruhende Organisationen am häufigsten diese Form der Eintragung wählen und die gesetzliche Grundlage dringend einer Reform bedurfte. In ihrer Gesamtheit sollen diese Rechtsformen einem breiteren Spektrum an Organisationen mehr Flexibilität bieten, um ihnen zu ermöglichen, Geldmittel für gemeinnützige Arbeit einzuwerben.

Bevor wir uns der Betrachtung des wirtschaftlichen Beitrags des Dritten Sektors zuwenden, der durch diese politischen Reformen ermöglicht wird, sind noch zwei andere Entwicklungen zu nennen, die sich mit diesen Reformen überschneiden und die den von ihr geleisteten Beitrag deutlich beeinflussen. Die erste wurde ebenfalls durch das Innenministerium initiiert, bei dem die Abteilung, die für den gesamten Dritten Sektor zuständig ist, wesentlich erweitert wurde. Diese Abteilung läuft nun unter der Bezeichnung *Active Communities Department (ACD)*. Das ACD fördert eine Politik der zivilgesellschaftlichen Erneuerung, die nach den Worten des *Home Secretary* (Innenministers) darauf zielt, 'den öffentlichen Bereich wiederzubeleben' und soziales Kapital und eine aktive Bürgerbeteiligung durch die Dezentralisierung von Macht und Verantwortung aufzubauen.

Obwohl die Details dieser Politik der zivilgesellschaftlichen Erneuerung - und der damit verbundenen Finanzierung - nicht klar sind, sollte sie theoretisch eng mit einer zweiten, sie überschneidenden Entwicklung in Verbindung stehen. Das Regierungsprogramm sieht vor, soziale Ausgrenzung zu bekämpfen. In ihrer *National Strategy for Neighbourhood Renewal* (Nationale Strategie zur Erneuerung der nachbarschaftlichen Lebens) formulierte New Labour das Ziel, die lokalen Gemeinschaften ins Zentrum von Programmen zu rücken, mit denen die Probleme der am stärksten benachteiligten Gegenden in England gelöst werden sollen. In den 88 am stärksten benachteiligten Gegenden sollen Partnerschaften eingerichtet werden, um umfangreiche staatliche Zuschüsse zu verwalten, die lokale Wirtschaft wiederzubeleben und das Angebot von Sozialleistungen zu verbessern. Der Dritte Sektor ist in die Planung und Leitung dieser Programme an entscheidender Stelle

eingebunden und gleichzeitig wird von ihm erwartet, dass er seine Rolle als Dienstleister gewissenhaft erfüllt.

Als Teil dieser Strategie wurden lokale strategische Partnerschaften aufgebaut, um Organisationen des öffentlichen Sektors, des privatwirtschaftlichen Sektors und des Dritten Sektors zusammen zu bringen. Sie sollen Strategien der nachbarschaftlichen Erneuerung entwickeln, lokale Sozialleistungen in Auftrag geben und miteinander verknüpfen sowie einen Beitrag zu Strategien für die Gemeinwesen in ihrer Gegend leisten. Die Zentralregierung erwartet von diesen lokalen strategischen Partnerschaften, dass sie mit ihren in der gemeinnützigen und ehrenamtlichen Arbeit engagierten Mitgliedern klare Vereinbarungen treffen. Dieses soll sicher stellen, dass die Partner voll eingebunden sind und es sollen Geldmittel auf lokaler Ebene der Drittsektor-Infrastruktur direkt zur Verfügung stehen, die den Partnern eine solche Einbindung auch ermöglichen. Zur Zeit wird vorgeschlagen, dass diese Partnerschaften eine große Rolle bei der Entwicklung von Vereinbarungen über lokale Sozialleistungen spielen und Motor für die Verbesserung von Sozialleistungen sein sollen.

Zusammen genommen bilden diese Reformen vier 'Säulen' des Dritten Sektors. Sie sind die Grundlage für seinen Beitrag zur Volkswirtschaft und können unter folgenden Stichworten zusammengefasst werden:

- Ein neues Repertoire an Organisationsformen,
- gestützt durch einen neuen Rahmen für Investitionen
- innerhalb einer neuen institutionellen Architektur
- und untermauert durch einen neuen Rahmen für den Aufbau von Beziehungen.

Die beiden ersten Punkte ermöglichen es, eine Vielfalt neuer Impulse und Ressourcen in das Feld der sozialen Hilfen einzubringen und neue Formen des Unternehmertums zu erschließen. Beide fördern die Rolle sozialen Unternehmertums und der Sozialwirtschaft - Konzepte, die in England wesentlich weniger verbreitet sind als auf dem Kontinent. Das Augenmerk wurde auf die Wiederbelebung von auf Gegenseitigkeit basierenden Organisationen gerichtet - vom Kreditverein bis zur Genossenschaft. Der Staat experimentiert zudem mit neuen Formen von Investitionen und Risikokapital, und es wurde eine Reihe von Steuererleichterungen eingeführt, um neue Formen sozialen Unternehmertums zwischen Markt und Staat zu fördern.

Mittlerweile ist vorgesehen, den traditionellen Finanzierungsformen der Zuschussung und der Vergabe von vertraglich vereinbarten Aufträgen für Sozialleistungen mehr Stabilität zu verleihen. Dies geschieht mit Hilfe einer Bestimmung im Grundsatzvertrag, die einen vollen Kostenausgleich und eine planungssichere Finanzierung vorsieht. Damit gekoppelt sind Investitionen in die Infrastruktur des Dritten Sektors, um sicher zu stellen, dass dessen Organisationen Zugang zu bestmöglicher Unterstützung haben - bei der Personalentwicklung genauso wie bei Finanzierung, Freiwilligenarbeit und Unternehmensführung.

Die dritte Säule umfasst den Aufbau von institutionellen Partnerschaften und die Umverteilung von Verantwortung auf die lokalen Ebenen und die Ebene der Nachbarschaften. Die Organisationen des Dritten Sektors erbringen so nicht nur Sozialleistungen, sondern sind auch in die Planung von Diensten und Programmen eingebunden. Mittlerweile wächst das Wissen über den Dritten Sektor, da mit dem Engagement in lokalen strategischen Partnerschaften und mit der Entwicklung des Grundsatzvertrags eine systematischere Kontrolle der wirtschaftlichen und sozialen Leistungen des Sektors möglich wurde. Somit konnte sich in den beiden anderen Sektoren ein besseres Verständnis der Leistungsfähigkeit des Dritten Sektors entwickeln.

Die vierte Säule stellt der Vertrag selbst dar. Er ist darauf angelegt, die Stabilität des Dritten Sektors als gleichberechtigtem Partner in der Gesellschaft zu untermauern.

So weit, so gut. Es werden neue Türen geöffnet, neue Ressourcen eingesetzt und es gibt neue Chancen, wodurch der Dritte Sektor in der Wirtschaft und der Gesellschaft gestärkt werden soll. Doch mit den Chancen kommen auch die Herausforderungen.

Die erste Herausforderung bezieht sich auf die **Organisationsformen**, die wahrscheinlich in diesem neuen politischen Umfeld entstehen werden. In den 70er und 80er Jahren war der größte Erfolg bei der Erweiterung der Rolle des Dritten Sektors wohl der, dass Träger des sozialen Wohnungsbaus alle Vorteile der neuen Chancen und Finanzierungsmöglichkeiten nutzen konnten - einschließlich der Möglichkeit, Gelder auf dem privaten Markt zu beschaffen - und so die Kommunen als Hauptträger des sozialen Wohnungsbaus abgelöst haben. Ein Element ihres Erfolges war dabei der Prozess des Wachstums durch Konzentration: der Markt zwang den Sektor dazu, sich durch Fusionen und Übernahmen zu rationalisieren und so privatwirtschaftliche Unternehmensstrategien nachzuahmen. Ist es wahrscheinlich, dass dies ebenso geschieht, wenn der Dritte Sektor sich auf andere Wirtschaftszweige ausdehnt? Oder werden die Organisationen des Dritten Sektors Wege finden „ohne Wachstum zu wachsen“? Während die Notwendigkeit anerkannt wird, die Vielfalt des Sektors zu erhalten, besteht bereits Sorge, dass beispielsweise in der Auftragsvergabepolitik zunehmend größere und stärker professionalisierte Organisationen gegenüber den kleineren vorgezogen werden. Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass mittelgroße Organisationen hier besonders hohen Risiken ausgesetzt sind.

Vielfalt ist ein entscheidendes Merkmal des Dritten Sektors. Vielfalt ermöglicht es ihm, unterschiedliche Bedürfnisse abzudecken, auf lokale Gegebenheiten zu reagieren und dabei das breiteste mögliche Spektrum an Ressourcen und Energien zu nutzen. Konsortien, die eine Art 'flexibler Spezialisierung' - der Begriff ist dem italienischen Kooperativen-Sektor entlehnt - ermöglichen, könnten eine Quelle organisatorischer Innovation sein. Diese Spezialisierung hilft, die vorhandene Vielfalt zu erhalten. Es wurden bereits einige Schritte unternommen, um die Zusammenarbeit sowohl zwischen großen und kleinen Organisationen wie auch zwischen kleineren Organisationen untereinander zu fördern.

Bei der zweiten Herausforderung geht es um **Investitionen und Nachhaltigkeit**. In den Augen mancher ist der Wohnungsbau-Sektor inzwischen auch fast nicht mehr von kommerziell orientierter Geschäftstätigkeit zu unterscheiden. Um den Wohnungsbau im Dritten Sektor zu erhalten, sind jedoch neue Investitionsformen notwendig. Die Bereitschaft von Einzelpersonen, hier zu investieren, geht zurück. Das daraus folgende Problem der starken Unbeständigkeit und Unsicherheit für die einzelnen Organisationen wird aber durch die zunehmende Bedeutung staatlicher Finanzierung für den Sektor verdeckt. Es wird sich noch herausstellen, in wie weit der Grundsatzvertrag die Praxis der nachträglichen Zahlung einschränken wird, die die Fähigkeit kleinerer Organisationen, Transaktionskosten zu tragen, wesentlich beeinflusst. Auch wird sich zeigen, ob er die Planungsunsicherheit verringern wird, deretwegen viele kleinere Organisationen Kündigungen aussprechen. Für sie erweist es sich als problematisch, wenn sie über genehmigte Zuschüsse nicht rechtzeitig informiert werden oder diese nicht lange genug gewährt werden, um kontinuierliche Beschäftigung zu ermöglichen.

Das Interesse der Regierung an der Förderung von sozialen Unternehmen kann Türen öffnen, die zu neuen Investitionsformen führen, und neue Rechtsformen werden mehr Flexibilität möglich machen. Gleichzeitig wird die Umsetzung der Ideen einer sozialen Geldanlage und eines 'geduldigen Kapitals' eine Veränderung sowohl in der Investitionskultur als auch in der Praxis der öffentlichen Auftragsvergabe erfordern. Es wird mitunter daran gearbeitet, innovative Formen einer sozialen Buchführung zu entwickeln, die sowohl soziale als auch ökonomische Werte anerkennen. Diese sind jedoch noch nicht sehr weit entwickelt. Alles, was über ökonomische Messverfahren hinaus geht, würde wesentliche Veränderungen bei der Praxis der Auftragsvergabe notwendig machen.

Staatliche Investitionspläne sind zudem bisher nur auf kurze Zeiträume angelegt. Dies führt dazu, dass, obwohl sich die sozialen Unternehmen der Zukunft nach einer erfolgreichen Anschubfinanzierung theoretisch selbst tragen sollten, dies bezogen auf den gesamten Sektor eine Randerscheinung bleiben wird. Viel wird davon abhängen, wie realistisch es ist, eine neue Investitionskultur zu etablieren.

Eine Bemerkung noch zur Nachhaltigkeit. Als die Praxis der Vergabe von Sozialleistungsaufträgen eingeführt wurde, konnten viele der Befürchtungen des Dritten Sektors, zum Beispiel, dass man zu ausführenden Organen des Staates werden würde, zumindest im Anfangsstadium der Vergabe nicht durch die Forschung bestätigt werden. Was sich jedoch herausstellte war, dass die Dienstleister des Dritten Sektors das Gefühl hatten, mehr zu tun und dafür weniger zu bekommen. Dies traf besonders auf mittelgroße Organisationen zu.

Eine dritte Herausforderung ist, welche Rechtsformen Organisationen des Dritten Sektors haben können und welche Arten von Arbeitgeber sie sein können. Ich habe die Tatsache erwähnt, dass durch die Vielfalt des Sektors das breiteste mögliche Spektrum an Ressourcen und Energien zur Abdeckung von Bedürfnissen mobilisiert wird. Dies bedeutet, dass den Menschen verschiedene Wege der Beteiligung geboten werden - als Freiwillige, als Unternehmer, als Geldbeschaffer, als bezahlte Arbeitskräfte, als Mitglieder von Selbsthilfegruppen, als Macher, Planer und manchmal als Kritiker. Doch die steigende Professionalisierung des Dritten Sektors und die Tatsache, dass der Sektor im Rahmen der populären und risikoscheuen Kostensenkungskultur immer stärker Normierungen und externen Anforderungen unterliegt, tragen die Gefahr in sich, dass viele derjenigen, die ihre Energie grundsätzlich in den Dritten Sektor investieren würden, abgeschreckt werden. Im informellen Bereich des Dritten Sektors habe ich einen Experten skeptisch fragen hören, wie wohl Frauen, die ihr ganzes Leben lang für ihre Familien gekocht haben, darauf reagieren werden, wenn von ihnen verlangt wird, vor der Mitarbeit in einer Organisation des Dritten Sektors an einer Weiterbildungsmaßnahme als Köchin teilzunehmen. Kleine und mittlere Unternehmen, im Dritten wie im privatwirtschaftlichen Sektor, werden durch unangemessene Bestimmungen und Anforderungen, die für alle Organisationsarten und Größen gleichermaßen gestaltet sind, aus dem Geschäft gedrängt.

Dabei geht es nicht darum, gegen hohe Qualität bei Sozialleistungen zu argumentieren - sie ist für viele Organisationen des Dritten Sektors ein wichtiges Ziel. Aber durch eine Überspezifizierung und Überregulierung werden die Entwicklung und Unverwechselbarkeit unabhängiger Organisationen schwächen und blasse Imitationen öffentlicher Sozialeinrichtungen werden entstehen. Soweit dadurch weniger qualifizierte Menschen ausgeschlossen werden, besteht die Gefahr, dass die Funktion des Dritten Sektors geschwächt wird, einen Zugang zum Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Ein ähnliches Problem entsteht dadurch, dass kleineren, eher informellen Organisationen eine bestimmte Organisationskultur und zentral festgelegte Ziele aufgezwungen werden. Dies trifft beispielsweise auf dem Gebiet der Erneuerung nachbarschaftlichen Zusammenlebens zu, wo viele Organisationen das Gefühl haben, dass sich die Qualität ihrer Arbeit nicht einfach messen lässt.

Ich habe mich hier auf die Rolle des Sektors bei den Sozialleistungen konzentriert, da hier der Anteil der Beschäftigungsverhältnisse im Dritten Sektor am größten ist. Es finden viele Veränderungen statt, die den Stellenwert des Dritten Sektors in der Politik beeinflussen, auf die ich aus Zeitgründen hier nicht näher eingehen konnte. Was ich aber beschrieben habe, ist eine Situation, in der viele neue Chancen für Dienstleister und Arbeitgeber des Dritten Sektors bestehen. Es ist zu erwarten, dass der Dritte Sektor in steigendem Maße zur Beschäftigung beiträgt. Es besteht auch das Potential dafür, dass Sozialbetriebe zur Blüte kommen. Was mir jedoch Sorgen macht, ist die Nachhaltigkeit dieser Beiträge sowie die Qualität und Vielfalt von Beschäftigungsmöglichkeiten, die solche Organisationen auf einem zunehmend wettbewerbsorientierten Markt bieten können. Wenn der Dritte Sektor weiterhin einen so markanten und wichtigen Beitrag zur Beschäftigung leisten soll,

wird viel davon abhängen, dass auch kleinere und eher informelle Organisationen diesen Markt mit ihren organisatorischen Innovationen und ihrer Kreativität bereichern.

Nachfragen zum Vortrag von Marilyn Taylor:

Manfred Grönig: Für diejenigen, die in Deutschland die Diskussion verfolgen: es gab mal ein Schröder-Blair-Papier, in dem es um den Dritten Weg und die Entwicklung der Zivilgesellschaft ging und ich denke, Tony Blair hatte immer die besseren Marketingberater. Und ich stelle auch fest, es gibt dort nicht nur dieses typisch deutsche „Wir müssen den Gürtel enger schnallen“ oder Forderungen, sondern es gibt offenbar ein entwickeltes Programm, das für uns sehr spannend zu beobachten ist. Ich bin gespannt auf unsere Diskussion. Ich fand es auch gut, dass wir am Ende noch mal gehört haben, dass dort nicht alles nur leicht ist, sondern es auch dort Probleme gibt. Es gibt auch da Entlassungen und es gibt den Kampf um Vielfalt, all das, was wir hier in der Diskussion auch kennen.

Fragestellerin: Sie haben von der neuen Rolle der auf Gegenseitigkeit beruhenden Organisationen im Rahmen des Compact gesprochen. Können Sie noch ein paar genauere Angaben dazu machen?

Marilyn Taylor: Die auf Gegenseitigkeit beruhenden Organisationen gliedern sich gegenwärtig über Industrieverbände und Unterstützungsverbände ein. Und über das Verzeichnis der Versicherungsverbände auf Gegenseitigkeit. Aber dies bedarf wahrscheinlich genauso der Reform wie das Wohltätigkeitsrecht, da es aus dem neunzehnten Jahrhundert stammt. Was in der Überprüfung des Cabinet Office erkannt wird, ist die Notwendigkeit, dies auf den neuesten Stand zu bringen. Manche Organisationen auf Gegenseitigkeit nutzen diese Form der Eingliederung nicht, weil die Bestimmungen zu restriktiv sind.

Fragesteller: Ich habe zusammen mit Monica Loss und Mike Aiken im angesprochenen Perse-Projekt der EMES-Gruppe gearbeitet, zusammen mit Adalbert Evers und ansetzend an Ihre Herausforderung kann man vielleicht sagen, dass es verschiedene Tendenzen oder Ausdifferenzierungen des Dritten Sektors geben könnte. Ein Teil, der sich als quasi staatlicher Dienstleister etabliert, wo über Vertragsbeziehungen genau festgelegte Leistungen für die Kommunen, für den Staat erbracht werden, wie wir es z. B. bei den Ein-Euro-Jobs sehen oder in anderen Bereichen der Arbeitsmarktpolitik. Oder im Bezug auf Wohlfahrtsverbände, die für den Staat in Deutschland sozialpolitische Leistungen wahrnehmen. Der zweite Bereich umfasst Quasibeziehungen zum Staat, indem die Kommune oder der Staat institutionelle Förderungen oder Rahmenbedingungen setzt, in denen Vereine, Verbände arbeiten können. Ich denke z. B. an einen Politiker in einer Kommune, der sagt, dass dieses Netzwerk der sozialen Erneuerung eines Stadtteils ihm sehr wichtig ist, weil die BürgerInnen etwas zusammenmachen und mit der Wohnungsbaugesellschaft oder anderen Trägern zusammenarbeiten, und er es politisch unterstützt. Und dann könnte es einen dritten Bereich geben, der im Schatten der Politik und der öffentlichen Unterstützung arbeitet, in dem man sich mehr auf zivilgesellschaftliche Ressourcen und Leistungen oder auch marktliche Ressourcen zurückziehen. Da heißt es dann weniger Staat, mehr Markt oder mehr Zivilgesellschaft. Vielleicht könnte man in diesen drei Szenarien Lösungsmuster sehen, und da vielleicht auch mit Vorschlägen ansetzen, was man für den Dritten Sektor tun könnte.

Marilyn Taylor: Ich bin nicht sicher, was das zweite davon war, aber ich denke, dass es möglich ist, über den Sektor hinweg erhebliche Variationen zu erkennen in Bezug darauf, wie das Verhältnis gegenüber den Bestimmungen ist. Eine der interessanten Sachen, die aus der zur Zeit der Einführung der Auftragsvergabe durchgeführten Forschung stammen, ist, dass viele Dritt-Sektor-Organisationen herausfanden, dass sie mehr Spielraum hatten als sie gedacht hatten. Wo größere Dritt-Sektor-Organisationen mit einer lokalen Behörde zu tun hatten, die ziemlich klein war, konnte

es sein, dass sie mächtiger waren, als die auftragsvergebende lokale Behörde. Wiederum glaube ich, dass die mittelgroßen Organisationen die meisten Probleme hatten, weil sie nicht den gleichen Spielraum hatten und weniger Selbstbewusstsein und Schlagkraft im Umgang mit Dienstleistern. Ich habe die nationale Strategie für nachbarschaftliche Erneuerung erwähnt. Hier arbeiten Dritt-Sektor-Organisationen Seite an Seite mit dem öffentlichen Sektor und dem Privatsektor in lokalen strategischen Partnerschaften, um Lösungen zu erarbeiten und dann Aufträge für Dienstleistungen und andere Initiativen zu vergeben. So sind sie in gewisser Weise auf der Seite des Auftraggebers ebenso wie auf der des Dienstleisters, was eine flüssigere Beziehung ermöglicht. Das Hauptproblem kommt von der enormen Fülle an von oben nach unten angeordneten Zielvorgaben und Regelungen, die von der Zentralregierung festgelegt wurden und die Flexibilität und Freiheit der Drittsektor-Organisationen dabei einschränken, Lösungen so zu entwickeln, wie sie möchten.

Fragesteller: Ist der Dritte Weg, wie er in Großbritannien beschrritten worden ist, eine spezifische Form des Neoliberalismus und sollten Non-Profits/Freie Träger in dieses neoliberale, auf lokalstaatlicher Ebene aufgebaute System integriert werden, um genau die Verwüstungen des Neoliberalismus abzufedern?

Marilyn Taylor: Ich glaube ganz bestimmt, dass man argumentieren kann, dass die Regierung versucht den Dritten Sektor in dieser Weise zu benutzen. Manche Organisationen werden tatsächlich einverleibt. Doch der Dritte Sektor ist ein sehr vielfältiger Sektor - nur eine von fünf seiner Organisationen beschäftigt bezahlte Kräfte, so dass es eine riesige Masse kleinerer Organisationen gibt, die nicht alles vom Staat diktiert bekommen. Ich habe auch angedeutet, glaube ich, dass viele Organisationen einen größeren Spielraum als erwartet bemerkten, also dass sie mehr Möglichkeiten haben. Die Gefahr einer Kooption und Einverleibung ist groß und ich denke, dass die Leute manchmal nicht bemerken, dass sie einverleibt werden. Ich denke jedoch auch, dass der Dritte Sektor im Verlauf der Jahrhunderte bewiesen hat, dass er dazu fähig ist, sich an viele verschiedene Situationen anzupassen, und er kann sich an diese anpassen. Eine interessante Sache ist die, dass sowohl die Compacts als auch die Revision des Wohltätigkeitsgesetzes in sich das Recht der Dritt-Sektor-Organisationen bewahren, Öffentlichkeitsaktionen durchzuführen und zu kritisieren, auch wenn sie von der Regierung bezahlt werden. Anfang der Neunziger Jahre, als die Auftragsvergabe eingeführt wurde, dachten wir alle, dass die anwaltschaftlichen Funktionen darunter leiden würden. Aber das ist nicht unbedingt der Fall. Grosse Organisationen wie „Barnardo's“, eine große Wohltätigkeitsorganisation für Kinder, kann als Teil des Establishments angesehen werden. Aber sie führt immer noch einiges an energischen Kampagnen durch. Es ist der Vorteil des Dritten Sektors, dass er eine riesige Vielfalt umfasst. Adalbert Evers war es, der die Idee vom Dritten Sektor als Spannungsfeld zwischen Staat, Markt und Zivilgesellschaft hatte. Wir beobachten tatsächlich, dass ziemlich viele Organisationen in die Randzonen gezogen werden - in Richtung Markt oder Staat - aber manche bemühen sich sehr, ihren Platz zwischen öffentlich und privat zu behaupten. Was **auch** passiert, ist, dass manche der Organisationen sich aus ihren Ecken in die Mitte bewegen. Viele Hybridformen entstehen, die sich nicht wirklich sicher sind, was sie eigentlich sind, und ich glaube, dass eine neue Gefahr besteht, nämlich, wie Sie sagen, dass dieses Spannungsfeld des Dritten Sektors von staats- und marktorientierten Organisationen kolonisiert wird.

Fragesteller: Sie hatten davon gesprochen, dass es Risikokapitalfonds gibt, die aus Rückflüssen aus den Organisationen des Dritten Sektors finanziert werden. Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen, wie das zu verstehen ist. Zum anderen sprachen Sie von steuerlichen Vergünstigungen für Sozialunternehmen? Sind das Sozialunternehmen wie im Deutschen, die also auch den Fokus auf Beschäftigungsschaffung haben oder haben die andere Ziele und wie sind diese steuerlichen Vergünstigungen zu verstehen?

Marilyn Taylor: Obwohl ich weiß, dass der Finanzminister Steuererlasse eingeführt hat, bin ich dafür keine Expertin und habe keine Einzelheiten vorliegen. Möglicherweise finden Sie Informationen auf der Website des Finanzministeriums (www.hmtreasury.gov.uk). Der *futurebuilders* - Fonds wird erst einmal drei Jahre lang laufen. Das ist keine riesige Summe, so dass er nicht den gesamten Sektor umformen wird. Er wird eher am Rande operieren. Es sind 125 Millionen Pfund Sterling (ungefähr 180 Millionen Euro), um es Organisationen zu ermöglichen, sich darauf vorzubereiten, danach Dienstleistungsverträge auf bestimmten Gebieten zu übernehmen. Für den Anfang wird damit an Modellprogrammen gearbeitet, er stellt keinen riesigen Fonds für den gesamten Sektor dar. 80% davon gehen in die Kapitalbildung und 20 % stehen für die Förderung zur Verfügung. Es gibt drei grobe Kategorien an Gütern, die durch den Fonds erworben werden können. Materielle Güter, immaterielle Vermögenswerte wie Wissen, Erfahrung und Rechte an geistigem Eigentum, und Entwicklungsfinanzierung oder Finanzierung von Einkünften als Beihilfe zu Entwicklungskosten. Es können Zuschüsse gewährt werden, aber ein Spektrum an Krediten wird auch dazu gehören. Der Gedanke ist, dass dieses Geld reinvestiert werden kann, wenn die gewährten Kredite wieder herein geholt werden. Sie finden aber eine zuverlässigere Zusammenfassung über den Fonds auf der Website des *National Council for Voluntary Organisations*, auf der Briefings über die meisten politischen Maßnahmen stehen, die den Sektor betreffen (www.ncvo-vol.org.uk).

Fragesteller: Gibt es in Großbritannien denn überhaupt gar keine Diskussion über unerlaubte Beihilfen und eine Wettbewerbsdiskussion? Mir scheint das zumindest in Deutschland und auch in Europa perspektivisch eine der wichtigsten Diskussionen zu sein, um den Bestand des Dritten Sektors zu sichern. Sie reden über Finanzierungsmöglichkeiten und ich frage mich, ob nicht, wenn der Staat sozusagen Dienstleistungen auch einkauft aus diesem Bereich, es nicht die Versuche gibt, wie auch Jürgen Klute es angedeutet hat, das zu vermarklichen und ob es da nicht Akteure aus dem Marktbereich gibt, die dann mit dem EU-Wettbewerbsrecht auch versuchen, dies anzugreifen.

Marilyn Taylor: Wir haben in GB nicht das gleiche Problem gehabt wie die USA in Bezug darauf, dass der private Sektor gegen Organisationen des Dritten Sektors wegen unlauteren Wettbewerbs intrigiert. Ich habe aber das Gefühl, je mehr der Wohlfahrtsmarkt expandiert, desto wahrscheinlicher wird dies. Es gab zum Beispiel eine Maßnahme des privaten Sektors gegen Läden von Wohltätigkeitsorganisationen an Hauptstraßen, weil man der Ansicht war, dass diese eine unredliche Konkurrenz darstellten. Ein Grund dafür, dass es bei uns diese organisierte Opposition aus dem privaten Sektor nicht gegeben hat könnte sein, dass letzterer tatsächlich gut aufgestellt ist, um auf dem Wohlfahrtsmarkt zu konkurrieren. Als die Auftragsvergabe für Sozialfürsorge in den Neunziger Jahren eingeführt wurde, war der private Sektor bereits der größte Akteur auf dem Markt, wegen der Art und Weise, wie das Leistungssystem in den Achtziger Jahren funktioniert hatte. Das Leistungsbudget hatte ein explosionsartiges Wachstum der privaten häuslichen Pflegedienste finanziert. Letztere sind immer noch die erstrangigen Akteure in diesem Markt, obwohl die Veränderungen am System ihnen einen Schlag versetzt haben. Ich habe jedoch noch nicht bemerkt, dass dies in Angriffe auf den Dritten Sektor umgesetzt wurde.

Manfred Grönig: Wenn es so etwas wie ein Fazit nach dieser Diskussion geben kann, dann will ich ein mal ganz kurz danken für das Memorandum und den Versuch, deutlich zu machen, dass wir selbstbewusst mit dem Dritten Sektor umgehen müssen, er ist nicht einfach nur die Restmenge zwischen Staat und Wirtschaft. Wenn ich Herrn Klute richtig verstanden habe und wenn ich aus den anderen drei Beiträgen zusammenfasse, ohne fördernde Bedingungen des Staates wird es nicht gehen, nicht gegen den Staat, sondern mit dem Staat. Rahmenbedingungen erkämpfen wie wir sie eben präsentiert bekommen haben oder bezogen auf die Genossenschaften in Italien oder Schweden erlebt haben. Zweitens muss es ein Mindestanforderungspaket für Beschäftigung und materielle Ausstattung des Dritten Sektors geben und last but not least ohne eine Teilhabe, Vielfalt, Regionalisierung kann es nicht gehen. Die Großen würden sich unnötig stark an Wirtschaft orientieren

und die gleichen Marktgesetze würden uns treffen. Um mit Brecht zu enden: „Wenn die Irrtümer verbraucht sind, sitzt als letzter Gesellschafter uns das Nichts gegenüber.“ Wollen wir das vermeiden?

Podiumsgespräch II Wege zur Stabilisierung des Dritten Sektors: Möglichkeiten und Grenzen gegenseitigen Lernens in Europa



Podiumsgespräch II

Wege zur Stabilisierung des Dritten Sektors: Möglichkeiten und Grenzen gegenseitigen Lernens in Europa

Dr. Mike Aiken

Visiting Research Fellow, Co-operatives Research Unit, Open University, UK

Dr. Dagmar Schlapeit-Beck

Stadträtin, Göttingen, Deutschland

Marianna Török

Leiterin des Non Profit Informations- und Trainingszentrums (NIOK), Budapest, Ungarn

Dr. Eckhard Priller

Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Deutschland

Moderation:

Markus Kurth, *MdB Bündnis 90/Die Grünen, Berlin, Deutschland*

Markus Kurth: Ich bin als Politiker in einer etwas ungewohnten Rolle hier. Zum einen habe ich beruflich beim Umgang mit den Ministerien, wenn es um den Dritten Sektor geht, meistens mit Menschen zu tun, die nicht soviel Phantasie entwickeln können - um es vorsichtig auszudrücken - die noch an gemeinnützige Beschäftigung mit Mehraufwandsentschädigung oder Ein-Euro-Jobs denken und dann hört es eigentlich schon auf. Insofern ist es ganz erfrischend hier dieser Tagung beizuwohnen, um Anregungen zu bekommen, die man vielleicht in das Regierungshandeln hineinbringen kann. Zum zweiten ist für mich ungewohnt, dass ich moderiere, denn normalerweise sitze ich auf dem Podium, um möglichst viel zu sprechen und dem Moderator das Leben schwer zu machen bzw. ohne, dass er es merkt und mich unterbricht.

Wir haben die Aufgabe, die verschiedenen Stränge, die wir heute morgen diskutiert haben, ein bisschen zusammenzuführen.

Ich möchte mit Mike Aiken beginnen und ihn fragen, inwiefern überhaupt beim Dritten Sektor, der ja doch ein recht schillernder Begriff ist, ein gegenseitiges Lernen möglich ist. Wenn man die unterschiedlichen Rahmenbedingungen, die institutionellen Settings, Markt - Staat - Zivilgesellschaft, sieht, kann europäisches Lernen überhaupt möglich sein? Wo liegen die Grenzen und wo sind Lernmöglichkeiten vielleicht noch nicht ausgeschöpft?

Mike Aiken¹⁶: Ich wollte drei Bereiche skizzieren, die sich meiner Meinung nach aus der Diskussion ergeben haben. Ich sehe es so, dass unser Ziel hier nicht ist, zusätzliche Informationen zusammenzutragen. Vielmehr sollten wir versuchen, einige der Ideen, über die wir gesprochen haben, zu integrieren und vielleicht auch einige Ideen aus unserer eigenen Erfahrung hinzu zu fügen. Die erste Frage ist, glaube ich, ob es möglich ist, über nationale Grenzen hinweg zu lernen. Dies ist eine wichtige Frage für die Konferenz, weil es eine sehr erfolgreiche Konferenz in der Hinsicht gewesen ist, dass sowohl lokale Initiativen und Leute aus der Wissenschaft als auch nationale und internationale Vortragende zusammengebracht werden. Ich denke, dass dies ein sehr spannender Teil der Konferenz ist. Aber was ich tun will ist, darüber nachzudenken, inwieweit wir erfolgreich kontextübergreifend lernen können. Außerdem möchte ich einige Bemerkungen über die Göttinger Unter-

¹⁶ Im Anschluss an die Podiumsdiskussion findet sich eine ausführliche Version des Statements von Mike Aiken.

suchung - die ich sehr gut finde - machen. Und schließlich in einigen Punkten darauf hinzuweisen, wie manche der Vortragenden von heute morgen meiner Ansicht nach zur Diskussion beigetragen haben.

Zuerst ist es meiner Meinung nach wichtig zu sagen, dass wir in verschiedenen Staaten voneinander lernen können. Ein persönliches Beispiel ist mein Besuch in den frühen 80er Jahren in Berlin. Ich war damals arbeitslos; es gab keine Arbeitsintegrations-Programme für mich. Vermutlich würde ich meine Zeit in Berlin heutzutage als „Forschungsaufenthalt“ verklären. Damals habe ich es einfach „in Berlin rumhängen, mit Leuten reden und Bier trinken“ genannt. Ich war damals sehr beeindruckt von der „Hausbesetzer-Bewegung“, besonders davon, wie Studenten und junge Anarcho-Punks - wahrscheinlich aus der Mittelschicht - Häuser besetzten, sie renovierten und Teile der Erdgeschosse zu interessanten Einrichtungen umbauten - zu Theatern, Läden, Büros, die verschiedene Dienste anboten und die lokale urbane Infrastruktur verbesserten. Ich brachte diese Ideen mit nach Großbritannien zurück und beteiligte mich in gewissem Maße an der Sache der Sozialbetriebe dort. Ich würde sagen, dass zu jener Zeit in Brixton, im Londoner Süden, wo ich Freunde hatte, die Idee, Gebäude zu renovieren, Läden aufzubauen und Produkte zu fertigen, als Misserfolg der revolutionären Ziele der Szene angesehen worden wäre! Dieser Kontrast hat zu meinem eigenen Lernen beigetragen.

Ich meine, auf eher systematischer Ebene ist es wichtig zu sehen, wie Konferenzen wie diese hier Lernen beeinflussen können. Einige der Felder möglichen gegenseitigen Lernens wurden mir deutlich, als ich vor meiner Abreise zu dieser Konferenz in meinem lokalen kommunalen Zentrum vorbeischaute und dort zufällig eine Untersuchung über den lokalen Dritten Sektor in meiner eigenen Stadt fand. Ich möchte Ihnen einfach ein paar Zeilen aus den ersten Sätzen dieser Untersuchung vorlesen, die in einem ganz anderen Kontext entstand: „Dies ist die erste Erhebung des Sektors ... Es bestand der Bedarf nach einer Untersuchung, die den finanziellen und sozialen Wert des Dritten Sektors wie auch seine Größe zeigen sollte. Uns frustrierte zunehmend, dass wir staatlichen Organisationen gegenüber nicht in der Lage waren deutlich zu machen, welche Bedeutung der Sektor hat, wie reich an Fähigkeiten, Wissen und Erfahrungen er ist und wie gut er geeignet ist, mit den gesellschaftlich am meisten benachteiligten Menschen zu arbeiten.“

Ich glaube in der Tat, dass diese Ideen und Ziele in unterschiedlicher Weise auch in dem Göttinger Bericht enthalten sind. Lernen über Sektoren hinweg kann tatsächlich stattfinden. Der Punkt, den wir allerdings klarstellen müssen, ist - und jeder Soziologe wird dies bestätigen -, dass der Kontext essentiell ist. In Deutschland oder in Ungarn ist der Wohlfahrtsstaat jeweils unterschiedlich strukturiert. Diese Strukturen sind absolut entscheidend dafür, wie der Dritte Sektor vor Ort funktioniert. Meine Konzeptualisierung des Dritten Sektors entspricht in vieler Hinsicht der heute morgen von Marilyn Taylor dargelegten: Es handelt sich dabei nicht um einen Gegenstand, sondern er erstreckt sich von Gruppen und Organisationen, die ihrer Intention nach nahezu revolutionär sind bis zu den fast staatlich kooptierten Organisationen andererseits. Grundsätzlich beziehe ich mich auf die Arbeit von Henry Mintzberg, über „missionarische Organisationen“ - wie er Dritt-Sektor-Organisationen nennt. Ich glaube, wir müssen einräumen, dass Dritt-Sektor-Organisationen im Grunde *reformistische Organisationen* sind, so dass sie sich immer in einem Spannungsfeld befinden zwischen zu großer Staatsnähe - was Kooptation bedeutet - oder zu großer Entfernung zum Staat - was bedeutet, dass sie irrelevant werden. Meiner Meinung nach sollte man dies im Kopf behalten.

Ich wollte andeuten, dass wir, wollen wir kontextübergreifend lernen, theoretische Konzepte brauchen. Schwierigkeiten entstehen dann, wenn wir Initiativen oder interessante Ideen aus anderen Ländern und anderen Städten aufgreifen und meinen, sie zuhause einfach umsetzen zu können. Ich glaube, Aktivisten haben die Erfahrung gemacht, dass dies nicht immer möglich ist. Ich habe bei-

spielsweise in Deutschland einige soziale Betriebe besucht. Die Leute dort sahen genauso aus wie in Großbritannien. Sie trugen die gleichen Jeans und sogar den gleichen Körperschmuck in Ohren und Nasen. Es ist daher verlockend zu denken, dass auch die Arbeit ähnlich ist. Aber in Wirklichkeit ist sie strukturell oft sehr unterschiedlich. Mein Vorschlag ist, und ich glaube, hier haben sowohl Aktivisten als auch Akademiker etwas zu bieten, dass die umsichtige Anwendung einiger theoretischer Konzepte uns helfen kann, trotz unterschiedlicher Kontexte gemeinsam zu diskutieren und zu einem gemeinsamen Verständnis zu kommen.

Ich finde, sehr wichtig ist für unsere Diskussion die Frage der Infrastruktur des Freiwilligensektors.

Der deutsche Wohlfahrtsstaat verändert sich aktuell grundlegend. In dieser Situation geht es darum, wie Handlungsfähigkeit erhalten bleiben kann. Sehen wir uns also in der Theorie um, um zu sehen, ob sie uns helfen kann. In der Innovationstheorie gibt es Hinweise darauf, dass immer wenn gravierende Veränderungen stattfinden, externe unterstützende Faktoren notwendig sind, wie z.B. Ausbildung für Beschäftigte im Dritten Sektor, Freiräume für Lernprozesse, Möglichkeiten zum Informations- und Ideenaustausch, aber auch finanzielle Unterstützung, so durch Angebote der kostenfreien Raumnutzung oder einmalige Gründungsfinanzierung. All diese Dinge sind für Innovationen im Technologiesektor notwendig und wir können meiner Meinung nach zu Recht anführen, dass auch dem Dritten Sektor ähnliche Mechanismen zur Verfügung stehen sollten. Deshalb ist die Infrastruktur, die hier im Göttinger Bericht diskutiert wird, sehr wichtig. Ich meine, dass dies auch aus den Diskussionen über die schwedischen Agenturen für Entwicklung von Kooperativen hervorgegangen ist, bei denen es um Infrastruktur zur Unterstützung lokaler Initiativen geht. Auch aus den Diskussionen über die Sozialkooperativen vom Typ B in Italien kann dies herausgelesen werden, über die Monica Loss gesprochen hat. Es gibt noch andere Beispiele, aber ich glaube, das reicht vielleicht.

Markus Kurth: Es drängt sich mir eine Nachfrage auf, zunächst an Herrn Priller. Sie beobachten das aus europäischer Perspektive, aus der Wissenschaftlerperspektive. Mike Aiken ist auf das Lernen von Aktivisten eingegangen, auch von den Einrichtungen, die voneinander lernen und die mit ähnlichen Methoden vorgehen. Lernen denn die Institutionen voneinander, die die Rahmenbedingungen zur Verfügung stellen? Gibt es denn so etwas wie einheitliche Trends?

Eckhard Priller: Zunächst sollte man erst einmal systematisieren. Lernen ist auf unterschiedlicher Ebene möglich und das hat auch schon der heutige Vormittag gezeigt - die jeweilige Ebene ist hier durchaus zu beachten. Das Lernen, und es ist ein bisschen schade, dass die EU-Ebene nicht so stark vertreten ist, erfolgt einerseits auf der EU-Ebene. Es gibt eine Reihe von Aktivitäten auf dieser Ebene, beispielsweise in der Hinsicht, dass man versucht, dem Dritten Sektor in den Diskussionen hier mehr Raum einzuräumen. Dabei - das muss man an dieser Stelle dazu sagen - treten noch sehr unterschiedliche Auffassungen hervor, sowohl solche, die die Rolle dieses Sektors hervorheben als auch jene, die ihn unter dem Gesichtspunkt von Wettbewerbsverzerrung und Subventionsabbau möglichst verringert wenn nicht sogar in den Bereich der Marktunternehmen integriert sehen wollen. Diese Ebene der EU ist also die erste Ebene, auf der ein Lernen zu und über den Dritten Sektor erfolgt. Erfreulich ist dabei, dass der Stellenwert des Dritten Sektors als zivilgesellschaftliche Infrastruktur zunehmend Anerkennung findet.

Die zweite Ebene ist natürlich die nationale Ebene. Auch hier ist, wenn man die Akteure anschaut, die Politik, sind die Regierungen in diesen Ländern ganz entscheidende Akteure. Man muss sagen, dass hier bisher hinsichtlich wechselseitigen des Lernens relativ wenig erfolgt. Meiner Ansicht nach entwickelt sich national in jedem der europäischen Länder eine eigene Spezifik, die zu großen Unterschieden in der Ausprägung der jeweiligen nationalen Dritte Sektoren führen. Bestimmte Ansätze eines dritten Weges, wie sie heute schon in Bezug auf die Situation in Großbritannien dargestellt wurden, sind in Deutschland schon wieder sehr stark ad acta gelegt worden.

Dann gibt es natürlich die regionale und lokale Ebene, da habe ich nicht solch einen großen Einblick, aber gerade diese Ebene enthält wichtige Gesichtspunkte, da eher konkrete, vergleichbare Gesichtspunkt als Ausgangspunkt gewählt werden können.

Schließlich ist wechselseitiges Lernen auch auf der institutionellen Ebene, d. h. zwischen den Nonprofit-Organisationen selbst möglich.

Insgesamt und das trifft für alle Ebenen gleichermaßen zu, ist das Lernen im Dritten Sektor bisher noch recht wenig entwickelt. Außer bei Treffen auf solchen Konferenzen wie dieser, fehlt es oft noch an einer systematischen, langfristigen Kooperation und Zusammenarbeit, um die umfangreich vorhandenen Erfahrungen zu nutzen. Es gibt zwar im Kontext einzelner Städtepartnerschaften einen gewissen Erfahrungsaustausch, aber ich meine, das ist noch weiter entwicklungsfähig. Es müssten solche Modelle, wie sie beispielsweise mit dem hier in Göttingen entwickelten Projekt noch viel stärker im internationalen Kontext diskutiert werden. So positiv, wie die Ergebnisse sind, die hier vorgestellt wurden, so liegen in anderen Ländern, in Finnland, in Schweden etc. durchaus andere Erfahrungen vor, die man einbeziehen sollte. Ich muss allerdings auch sagen, dass der Kontexthintergrund in Form der konkreten nationalen, regionalen, lokalen und institutionelle Bedingungen stets eine Berücksichtigung finden müssen. Eine reine Übertragung, ohne Berücksichtigung der jeweiligen Spezifik sehe ich als oft nicht machbar an.

Gleichzeitig ist es aber auch so, dass wir oft einen Blickwinkel wählen sollten, der doch oft über die konkreten Projekte oder Vorhaben weit hinausreicht muss. Wenn wir gerade den Dritten Sektor betrachten, ist dabei für mich oft eine Perspektive erforderlich, die davon ausgeht, was für eine Gesellschaft wir eigentlich wollen, welche Werte wir in dieser Gesellschaft anstreben und welche Position der Dritte Sektor in dieser Gesellschaft einnehmen kann. Das kann sich auf einem anderen Hintergrund deutlich unterschiedlich darstellen. Ich denke beispielsweise an Schweden. Wenn wir dort vor einigen Jahren solche großen Reformen hatten, wie wir sie gegenwärtig in Deutschland angreifen, dann waren die Akteure des Dritten Sektors in die Diskussion dieser Reformen viel stärker einbezogen, als dies in Deutschland der Fall ist. Und das trifft besonders für den Zeitpunkt der Einbeziehung zu. Während man in Schweden bereits in der Phase der Suche nach Reformwegen ein integratives Vorgehen praktizierte, entdeckt man die Dritt-Sektor-Organisationen in Deutschland erst, wenn es um die Ausführung und um die Realisierung der Reformen geht. Die Vorgehensweise in Schweden erscheint mir wesentlich effizienter und auf die Vermeidung von nicht notwendigen Konflikten ausgerichtet zu sein als jene Vorgehensweise der Expertenkommissionen, die man in Deutschland beschritten hat. Dieses Beispiel zeigt, dass man auch in den großen, nationalen Kontexten stärker voneinander lernen kann. Hätte man sich in Deutschland der schwedischen Erfahrungen bedient, dann müsste man heute in Deutschland nicht von einem Vermittlungsproblem bei den Reformen sprechen. D. h. durch die Einbeziehung der Dritte-Sektor-Organisationen wäre nicht nur ein besserer Informationsfluss über den Inhalt der Reformen erfolgt, sondern gleichzeitig hätte die Einbeziehung der Interessen, der von den Reformen Betroffenen über die Dritte-Sektor-Organisationen realisiert werden können. Das würde ich beispielsweise als eine Form des Lernens auf der großen Ebene der nationalen Politik ansehen.

Markus Kurth: Ich möchte in ein konkretes Beispiel einführen und zwar in eines aus den neuen Ländern der Europäischen Union. Ich werde als praktisches Beispiel herausgreifen die formalisierte Förderung des Dritten Sektors durch einen Prozentsatz von der Einkommensteuer, über deren Verwendung die BürgerInnen frei verfügen können. Das ist ein interessanter Ansatz und da wir nicht aus dem Kontext herausgelöst in die Diskussion einzelner Elemente treten wollen, möchte ich Marianna Török bitten, kurz einmal die Situation des Dritten Sektors in Ungarn und das Konzept der „percentage laws“ darzustellen.

Marianna Török: Ich soll über vier Dinge sprechen. Ich soll mich vorstellen, über Beschäftigung, den Dritten Sektor und wechselseitiges Lernen sprechen. Diese vier Themen, über die man jeweils eine Doktorarbeit schreiben könnte, soll ich in weniger als zehn Minuten entwickeln. Ich werde versuchen, mein Bestes zu tun.

Um mich vorzustellen: Ich leite eine Organisation, die sich auf die Förderung von Non-Profit-Organisationen konzentriert. Sie nennt sich Non-Profit-Informations- und Trainingszentrum (NIOK). Vor 1989 konnten Non-Profit-Organisationen in kommunistischen Ländern kaum existieren. Seit dem Jahr 1989 befindet sich der zivile Sektor nun in einer Wachstumsphase. Mittlerweile gibt es fünfzigtausend eingetragene Non-Profit-Organisationen in Ungarn.

In Ungarn ist die Kluft zwischen Arbeitslosen und Beschäftigten, den bezahlten und unbezahlten Jobs sehr groß. Die Arbeitslosigkeit liegt in Ungarn bei 5,9%. Aber auch bei vielen, die eine Beschäftigung haben, sind die Löhne sehr gering. Der Unterschied zwischen den Löhnen des „alten“ und des „neuen“ Europas ist unglaublich. Ich möchte Sie jedoch nicht mit Zahlen langweilen.

Zum Not-for-Profit-Sektor, dem Bereich, mit dem meine Organisation arbeitet und mit dem ich mich normalerweise beschäftige: Die Einkünfte des ungarischen Non-Profit-Sektors stammen zu 25% aus staatlicher Unterstützung. 17% kommen aus privaten Beiträgen (Firmen, Einzelpersonen, private Stiftungen) und über die Hälfte des Einkommens kommt aus eigenen Aktivitäten, Unternehmen und Mitgliedsbeiträgen. Aufgrund der Tatsache, dass es eine Abteilung für Non-Profit-Angelegenheiten im nationalen Amt für Statistik gibt, sind viele der Daten, über die wir verfügen, sehr genau. Zudem sind wir Teil der vergleichenden Johns-Hopkins-Studie. Auch aus diesem Grund verfügen wir wirklich über sehr gute Statistiken. Die Statistiken zeigen, dass von den fünfzigtausend eingetragenen NGOs etwa 7% ihren Schwerpunkt auf der ökonomischen Entwicklung des Gemeinwesens und auf Beschäftigungsförderung haben. Nur ein Sechstel der NGOs beschäftigt bezahlte Arbeitskräfte. Diese arbeiten meistens im Bereich der Gemeinwesenentwicklung, der Wirtschaftsförderung, der Gesundheitsförderung und der sozialen Fürsorge. Die aktuelle ungarische Regierung - sie wird zur Zeit von einer Koalition aus Liberalen und Sozialisten getragen - ist die erste Regierung seit 1989, die eine spezifische Strategie entwickelt hat, um mit dem Non-Profit-Sektor oder Not-for-Profit-Sektor zu arbeiten und ihn zu fördern (Ich verwende diese Begriffe übrigens synonym). Den Regierungsrichtlinien folgend haben Ministerien sowie viele Kommunalverwaltungen eigene Strategien für eine erfolgreiche Arbeit entwickelt. In einem Papier des Arbeitsministeriums werden bestehende Hürden aufgezeigt. Die Zahl der stabilen, professionell tätigen Organisationen ist niedrig. Den meisten NGOs fehlen Ressourcen und Infrastruktur, zuweilen auch professionelle Managementkompetenzen; dies ist unbefriedigend. Gesetzlich gesehen sind die Möglichkeiten der Förderung der NGOs in unterschiedlichem Maße eingeschränkt. Auch wenn die Regierung mehr für die NGOs tun wollte, könnte sie dies aus gesetzlichen Gründen nicht immer. Und schließlich ist die Praxis der Untervergabe staatlicher und kommunaler Aufgaben nicht klar geregelt.

OFA, der nationale Fonds für Beschäftigung, eine quasi-NGO, die von der Regierung vor etwa zehn Jahren initiiert wurde, verfolgt das Ziel Erwerbslose zurück in Arbeitsmarkt zu bringen. OFA tut dies einerseits in Zusammenarbeit mit Firmen, andererseits, und tatsächlich liegt dort ihr Schwerpunkt, in Zusammenarbeit mit NGOs. Der Grund dafür ist, dass Langzeitarbeitslose und andere Benachteiligte durch die Arbeit in Non-Profit-Organisationen bessere Chancen auf Reintegration in den Arbeitsmarkt haben. Zudem vertritt die OFA auch die Ansicht, dass innovative Modelle der Arbeitsmarktintegration eine bessere Umsetzungschance haben, wenn sie von Non-Profit-Organisationen durchgeführt werden. Solche Modelle werden mit Geldern der OFA getestet können dann im Erfolgsfall im ganzen Land verbreitet werden. Es gibt mehrere dieser Modelle. Im Non-Profit-Sektor findet große Zustimmung, dass NGOs prioritäre Partner von OFA sind.

Der zweite Punkt, den ich Ihnen mitteilen will, fiel mir während Ihrer Diskussion eben ein. Es handelt sich um eine brandaktuelle Erfahrung, die ich noch nicht bewerten kann. Diesen Sommer musste die ungarische Regierung zehn Prozent der Stellen im öffentlichen Dienst streichen. Sie entschied sich, diesen aus allen möglichen öffentlichen Stellen entlassenen Leuten anzubieten, für NGOs zu arbeiten. Die NGO schließt dann einen Vertrag mit der Regierung und sichert zu, dass sie die Person vier Jahre lang beschäftigen wird. Im ersten Jahr zahlt die NGO nichts für die Arbeitskraft, weil der Staat das volle Gehalt bezahlt. Im zweiten Jahr zahlt der Staat zwei Drittel des Gehalts und die NGO zahlt das fehlende Drittel. Im dritten Jahr wird vom Staat nur ein Drittel übernommen, und die anderen zwei Drittel sollen aus den Geldern der NGO kommen, und im vierten Jahr soll die NGO das volle Gehalt der Person zahlen. Und was danach geschieht, muss abgewartet werden. Dies ist eine neue Entwicklung, die einzuschätzen uns einfach noch nicht möglich ist. Wir sehen aber, dass diese Lösung dem Staat die Möglichkeit gegeben hat, seine Leute auf elegante Weise zu entlassen. Auch ermöglicht es dem NGO-Sektor, der nur über wenig bezahltes Personal verfügt, einige fest angestellte Beschäftigte in die Organisationen zu holen.

Wie ich Ihnen sagte, ist mein Thema üblicherweise der Non-Profit-Sektor. Ich hatte vorhin berichtet, dass rund 25% seiner Einkünfte vom Staat kommen. EU-Vorgaben erfordern die Zuwendung staatlicher Gelder. Die Regierung ist jedoch auch der Ansicht, dass langfristig private Beiträge von Einzelpersonen, Firmen und privaten Stiftungen von entscheidender Bedeutung für die Unabhängigkeit und das Überleben des Sektors sind. Wir haben in Ungarn keine philanthropische Grundeinstellung, weil wir zur Zeit des Kommunismus vom Staat erwarteten, dass er alle Bedürfnisse der Gesellschaft abdecken sollte. So muss etwas von einer philanthropischen Haltung wieder aufgebaut werden.

Das ungarische Modell funktioniert folgendermaßen: Jeder Steuern zahlende Bürger in Ungarn kann ein Prozent seiner Einkommenssteuer einer Non-Profit-Organisation seiner Wahl zukommen lassen. Unter diesen Organisationen sind einige staatliche Institutionen, ihre Zahl ist jedoch minimal (was mit der Geschichte der Gesetzgebung zusammenhängt). Nehmen wir also an, ich zahle 100 Euro Einkommenssteuer. Wenn ich mein Formular ausfülle, kann ich am Ende vermerken, dass von diesen 100 Euro ein Euro an die Umweltorganisation meiner Wahl oder an irgendeine andere Organisation gehen soll. Es gibt rund 20.000 Organisationen, die letztes Jahr Nutznießer dieses Modells waren. Wir haben ein Projekt zur Beurteilung dieses Systems entwickelt, und viele der Informationen sind - auf Englisch und Ungarisch - unter www.onepercent.hu abrufbar.

Das Modell wurde mittlerweile - initiiert von den jeweiligen Non-Profit-Sektoren - von mehreren anderen Ländern übernommen. Diese Länder sind ähnlich wie Ungarn ebenfalls neue Mitgliedsländer und ihre Gesetzgebungsverfahren noch nicht abgeschlossen sind. Auch in diesen Ländern kämpft der NGO-Sektor ums Überleben. Diese Länder sind die Slowakei, Polen und Litauen. Mittlerweile sind weitere Länder, wie Georgien, Mazedonien und die Tschechische Republik interessiert. Wir haben festgestellt, dass dieses Interesse der Regierungen zunächst durch Informationen von und Erfahrungsaustausch im Dritten Sektor ausgelöst wurde. Vor Ort gab es dann stets starke Partner, die die Idee aufnahmen, das jeweilige nationale Umfeld berücksichtigten und eine Lobby für die Einführung solcher Gesetze aufbauten. Überraschend ist, dass dies gar nicht so schwierig war. Weshalb das so war, haben wir in einigen unserer Publikationen herausgearbeitet.

Die geschilderte Entwicklung ist ein gutes Beispiel für die Übernahme von Modelle und internationales Lernen. Sie ist auch ein Beispiel dafür, wie man mit Modellen experimentieren kann. Denn z.B. die Slowakei hat das Modell nicht nur einfach übernommen, sondern ein zusätzliches Element hinzu gefügt: demnach können in der Slowakei auch Firmen zwei Prozent ihrer Steuern spenden. Was jetzt geschieht, ist, dass wir in Ungarn, die wir die Idee zuerst hatten, nun versuchen, einige der Modelle zu übernehmen, mit denen unsere Partner in anderen Ländern auf Grundlage der

ursprünglichen Idee experimentiert haben. Gestern war einer der ungarischen Kollegen hier, der als der Vater des Modells gilt. In einer seiner Arbeiten äußert er sich sehr kritisch zu dem Modell, weil er als Liberaler glaubt, dass es langfristig kein gutes System ist, weil wir als Individuen ohne Beteiligung des Staates wohltätig sein sollten, und weil es unsere Entscheidung sein sollte, in welcher Weise der Not-for-Profit-Sektor in unserem Umfeld tätig wird.

Was ich von hier nicht als positives Modell mitnehme, ist diese Ein-Euro-Regelung. Das macht mir wirklich große Sorgen, und ich befürchte, dass es in meinem Land nicht den verfassungsmäßigen Anspruch der Menschenwürde erfüllt. Also nehme ich dieses Modell nicht an.

Markus Kurth: Frau Dr. Schlapeit-Beck, Beschäftigungsgesellschaften mit degressiven Lohnkostenzuschüssen kennen wir hier auch. Würden auch Sie gern zehn Prozent des städtischen Personals bei einer Nichtregierungsorganisation abladen und dann über vier Jahre nach unten fahren? Nein, das war nicht ganz ernst gemeint. Aber was würden Sie von einem einprozentigen Steueraufkommen, über das die Steuerbürger frei verfügen können, denken? Würden Sie das überhaupt wollen oder würden Sie fürchten, dass in dem gegenwärtigen politischen Umfeld, das von Vermarktlichung aber auch von extremer Mittelkürzung gekennzeichnet ist, das dann zum Anlass genommen würde, noch weiter Mittel abzusenken? Teilen Sie meine Einschätzung, dass eine Vermarktlichung, eine sehr starke Orientierung auf den Wettbewerbsgedanken erfolgt? Ich habe ja zum Schluss der letzten Runde gefragt, ob in England zum Beispiel Wettbewerbsfragen auch eine Rolle spielen. Sie scheinen sie nicht in dem Maße zu spielen wie in den USA, aber offensichtlich auch nicht so wie hier in Deutschland, wo ich eine ganz entscheidende Auseinandersetzung aktuell sehe. Da ich weiß, dass die Stadt Göttingen auch im Hinblick auf Beschäftigungsförderung und Förderung des Dritten Sektors durchaus eine Menge vorzuweisen hat, würde ich Sie gerne um eine Einschätzung aus Ihrer kommunalen Sicht vor dem europäischen Kontext bitten.

Dagmar Schlapeit-Beck: Diese Frage des Ein-Prozent-Betrages - man fragt sich dann nur „ein Prozent von was“? Bedeutet das, dass die öffentlichen Mittel, die heute schon im Dritten Sektor eingesetzt werden, ergänzt werden und zusätzlich ein Ein-Prozent-Betrag hinzukommt - denn das kann man natürlich nur unterstützen, weil das neue Mittel wären? Das wäre sicherlich eine ganz hervorragende Idee im Sinne von Identifizierung, Bürgersinn und Partizipation, und dass der Bürger und die Bürgerin selbst stärker entscheiden können und weniger den staatlichen und den Regierungsebenen überlassen. Umgekehrt gab es aber vor einem Jahr den Ansatz von Finanzminister Eichel, die steuerliche Absetzbarkeit von Spenden in Deutschland auf 50% zu halbieren. Der Vorschlag ist wieder in der Schublade verschwunden. Wir haben uns große Sorgen gemacht, weil, wenn ein solcher Vorschlag zum Tragen gekommen wäre sicherlich in Deutschland die Spendenbereitschaft deutlich zurückgegangen wäre. Und von diesen Spenden hängen sehr viele Einrichtungen und Institutionen des Dritten Sektors ab. Zur Frage der Vermarktlichung: Wir finden schon heute im sozialen Bereich eine Schizophrenie der Marktgesetze. Ich gebe Ihnen ein Beispiel, das in unserer Stadt immer wieder aktuell wird. Die Europäische Union hat durchgesetzt, dass schon heute beispielsweise die pflegerische Versorgung von Behinderten und älteren Menschen den Marktgesetzen unterliegt. Eine öffentliche Subvention einer Altenpflegeeinrichtung ist gesetzlich untersagt. Wenn Sie allerdings nur noch freie, private Träger haben, dann kann es allerdings auch zu Insolvenzen kommen; es können also Altenpflegeeinrichtungen geschlossen werden. Wer ist in diesem Fall zuständig für die Versorgung der BewohnerInnen? Es ist dann wieder die öffentliche Hand, die für die Daseinsvorsorge zuständig ist. Das ist Schizophrenie, die öffentliche Hand darf nicht mehr steuern, planen, in den Markt hineinregieren, muss aber die negativen Folgen von Marktgesetzen kompensieren. Das ist undurchdacht. Wir sollen ein System verantworten, das wir selber nicht mehr steuern und beeinflussen können. Die Vermarktlichung hat - an diesem Beispiel Pflege können wir es am Besten beobachten, weil die Marktgesetze in diesem Bereich in Deutschland bereits regieren - zu einem Verlust an Pflegesicherheit geführt. Dies hängt damit zusammen, dass niedrige Personal-

standards vorgegeben sind und viele freie gemeinnützige Träger eigentlich Mittel aus dritter Hand, nämlich nicht aus dem System Pflege holen, sondern Mittel von anderen Stellen - Kirchensteuermittel oder andere Zuschüsse - in solche Einrichtungen einfließen lassen um höherwertige qualitative Standards sicher zu stellen. Der Markt führt zu einer minimalen Standardversorgung, aber nicht zu dem pflegerischen Ergebnis, das ethisch - vom freien, gemeinnützigen Träger - gewünscht wird. Auch dieses System ist unlogisch, ist undurchdacht und hier bedarf es einer Weiterentwicklung.

Zum Thema Arbeitsmarkt: Göttingen ist eine Stadt der Projekte, wenn ich so sagen darf. Viele hundert Projekte führen zu einer schillernden Landschaft im Dritten Sektor. Da haben Sie viel gehört in diesen zwei Tagen. Diese Projekte sind in einem großen Maße immer von zeitlich befristeten Zuschüssen und Zuwendungen abhängig und hier stellt sich ein volkswirtschaftliches Problem, weil diese Projekte erhebliche Ressourcen einsetzen müssen, um ihr Weiterleben zu sichern. Viele von Ihnen kennen die Situation, dass man mit Projektanträgen beschäftigt ist, mit Anträgen, Zuwendungsbescheiden. Man muss sich Gedanken machen, wo neue Mittel herkommen können, damit die eigene Stelle und andere Mitarbeiterstellen von Projekten weiter finanziert werden. Es ist volkswirtschaftlich sicherlich eine Verschwendung von Ressourcen, dass der Dritte Sektor in relevantem Umfang seine Stellen mit der Aufgabe des Weiterbestehens des Dritten Sektors belegt. Dieser Nonsense ist aber Alltag. Im Fördermittelschub, wenn ich es so ausdrücken darf, muss man viel Beratung und viel Know-how haben. Es sind die erfolgreich, die jetzt schon erfolgreich sind. Wer jetzt schon gut mit Stellen ausgestattet ist, hat es leichter, neue Fördermittel anzuwerben, weil sehr hohe Professionalität und intensive Beratung dafür erforderlich sind. In der Kommune findet sehr viel Beratung statt, auch für Organisationen des Dritten Sektors. Diese Beratung ist aber auch eine Machtstellung und auch das ist letztlich nicht befriedigend. Wir bemühen uns natürlich vor Ort alle Träger gleichermaßen zu beraten und zu bedienen. Man könnte diese Beratungskompetenz aber auch missbrauchen, wenn man den einen Träger stärker berät und einen anderen vielleicht weniger gut berät. Es ist auch kein befriedigendes, zukunfts wirksames Konzept, dass es Fachleute für die Fördermittelkanäle gibt, es ist nicht transparent und nicht demokratisch.

Zur Frage des Arbeitsmarktes: Wir wissen gemeinsam, dass gerade in Deutschland viele Organisationen des Dritten Sektors sich nicht nur aus Bargeldmitteln finanziert haben, sondern auch durch Personalkosten. Personal wurde in der Vergangenheit sehr oft gegengerechnet aus den Mitteln der Bundesagentur für Arbeit; klassische ABM-Stellen oder BSHG §19-Stellen aus der Sozialhilfe, auch der Zivildienst spielten eine Rolle, der soweit ich weiß auch weiter reduziert werden soll. Da gibt es dann natürlich auch wieder Existenzprobleme. Wo wird kompensiert - denn diese Beschäftigten waren bisher eine tragende Säule des Dritten Sektors in Deutschland - wenn diese Mittel nicht mehr vorhanden sind? Konkret hat sich die Stadt Göttingen dafür engagiert - aktuell in dieser Woche - Optionskommune im Rahmen von Hartz IV zu werden. Einer unserer entscheidenden Beweggründe war auch, dass man im Rahmen der kommunalen Option zwei Ziele miteinander verbinden kann, nämlich die individuellen Beschäftigungs- und Integrationsmaßnahmen mit der Stützung und Unterstützung des Dritten Sektors vor Ort um solche Einrichtungen zu unterstützen, die das Gemeinwesen hier in unserer Region maßgeblich tragen und um hier sozusagen zu einem besseren Abstimmungsprozess zu kommen, dass nützliche Arbeiten und keine überflüssigen Dinge gemacht werden, keine falschen Steuerungen stattfinden. Das war ein wichtiger Beweggrund, die soziale und gemeinnützige Infrastruktur vor Ort mit unterstützen zu wollen. Ich hoffe, dass es uns gelingt.

Markus Kurth: Versuchen Sie auch, den Dritten Sektor durch öffentliche Aufträge mit zu stärken hier in Göttingen?

Dagmar Schlapheit-Beck: Wir unterliegen gesetzlichen Vorgaben bei der Auftragsgestaltung. Wo es möglich ist, Dienstleistungen vor Ort zu verankern, da möchten wir das besonders gerne. Es gibt viele Beweggründe, die Infrastruktur vor Ort zu halten. Durch die Bundesagentur sind in den letzten

Jahren durch Hartz I und II viele Dinge ausgeschrieben worden - gerade im weiterbildungs- und beschäftigungspolitischen Markt - und dort hatten wir oft das Nachsehen, weil private Träger von anderenorts nach Göttingen gekommen sind und über Dumpingpreise die Arbeitsvermittlung erledigen wollten. Das hatte zwei Effekte. Erstens, dass sie nicht erfolgreich waren; sie konnten sich als Fremdkörper hier nicht erfolgreich etablieren. Zum Zweiten hatte es den negativen Effekt, dass erfahrene, vernetzte Träger, die hier vor Ort verankert sind, Stellen abbauen mussten.

Noch zu einem Aspekt, den Sie vorhin in Ihrer These angesprochen haben. Sie haben gefragt, ob wir bereits dem ungarischen Beispiel folgen, öffentliche Beschäftigte an die freien Träger delegieren. Im Grunde macht der deutsche Staat das ständig. Die freien Träger des Dritten Sektors in Deutschland tragen mit ihrer Aufgabenwahrnehmung gleichzeitig das komplette Beschäftigungsrisiko. Der Staat kann es sich bequem machen, weil er die Bedarfsschwankungen auf den Träger verlagert. Der Träger muss einstellen, kündigen - je nach Bedarfslage. Die öffentliche Hand stellt einfach die Mittel in den Haushalt. Das macht der Bund genauso wie wir in der Kommune. Wir setzen Mittel ein oder setzen Mittel nicht ein. Der Träger muss sich anpassen - weder Kommune noch Bund haben das Risiko der beschäftigungspolitischen Auswirkung. Für uns ist der Dritte Sektor längst der bequemste Partner, mit dem man sehr schlecht umspringen kann.

Markus Kurth: Also ist es vielleicht doch ein Abfangen der Folgen des Neoliberalismus, wie es etwa provokant einer der Diskussionsteilnehmer am späten Vormittag heute formulierte.

Ich habe den Aspekt der Ausschreibungen und den Dritten Sektor ins Spiel gebracht, weil es seit knapp zwei Wochen eine EU-Richtlinie gibt (2004/18), die bei der öffentlichen Auftragsvergabe ausdrücklich die Möglichkeit zulässt, dass auch Aufträge - oder ein Teil der Auftragssumme - qualifiziert an Firmen mit einer sozialen, ökologischen oder kulturellen Absicht vergeben werden. Das heißt, das was nach dem „Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen“ bislang nicht erlaubt war, wird möglich sein, wenn diese Richtlinie in nationales Recht umgesetzt ist. Ich möchte hier darauf aufmerksam machen, damit Sie sich in diese Diskussion auch einmischen. Ich glaube, ich kann als Moderator hier auch einmal meine Funktion als Politiker zusätzlich einbringen. Natürlich ist es so, dass das Wirtschaftsministerium unter Wolfgang Clement dies nicht umsetzen will. Dann wäre allerdings jede Auftragsvergabe an Einrichtungen, die eine soziale, kulturelle oder ökologische Zielsetzung zusätzlich damit verfolgen, sogar verboten. Aus meiner Sicht würde das bedeuten, dass der Dritte Sektor damit einen Axtschlag bekommen würde, der alles, was bisher noch an haushaltspolitischen Entscheidungen, an Ausschreibungsentscheidungen da war, übertrifft.

Frau Török, Sie sagten, dass Sie in Ungarn 57% am Markt erwirtschaften. Und Sie haben keine Probleme mit Privatunternehmen, die Sie als unliebsame Konkurrenz wahrnehmen?

Marianna Török: Die Antwort ist spezifisch ungarisch, weil die Organisationen dort so klein sind. Wenn man sie zusammenzählt, kann es sein, dass sie ein großer Akteur sind; tatsächlich aber sind sie so zerstreut, dass sie nicht wirklich mit den Marktakteuren konkurrieren können.

Eckhard Priller: An diesem Beispiel zeigt sich ein Problem bei den großen internationalen Vergleichen. Ich hatte ja gestern Ungarn als Teil der international vergleichenden Studie mit vorgestellt. Dabei handelte es sich um hochaggregierte Daten. Diese sind nur begrenzt aussagefähig, denn wir müssen zugleich die innere Struktur des Dritten Sektors in den einzelnen Ländern mit berücksichtigen. Was bei uns in Deutschland sehr stark vom Staat finanziert wird, das sind die Organisationen im Bereich Gesundheit und soziale Dienste. Diese Bereiche sind im Dritten Sektor in Ungarn nicht so stark vertreten. Der Dritte Sektor wird hier wesentlich stärker durch die Organisationen im Bereich Freizeit und Kultur geprägt. In den Organisationen in diesen Bereichen ist natürlich der Anteil staatlicher Mittel nicht in dem Maße erforderlich bzw. es besteht dort eher die Möglichkeit, eigenwirtschaftete Mittel z. B. in Form von Mitgliedsbeiträgen oder den Verkauf von Eintrittskarten einzusetzen. Das, was in Deutschland Dritte-Sektor-Organisationen in den Bereichen Gesundheit und

soziale Dienste leisten, wird in Ungarn noch häufig direkt von staatlichen Einrichtungen realisiert. Wir müssen also immer aufpassen - das hatten wir gestern schon festgestellt -, dass das Spektrum des Sektors relativ breit ist und man gerade beim internationalen Vergleich nicht Äpfel und Birnen zusammenzählt. Es ist also schon eine gewisse Tiefe der Betrachtung erforderlich, um zu erkennen, wo aus internationaler Perspektive vergleichbare Strukturen vorhanden sind, die man eventuell auch übernehmen kann.

Markus Kurth: Wie schätzen Sie denn, Herr Priller, die Entwicklung in der Auseinandersetzung innerhalb der Kommission vor dem Hintergrund der Markt-Staat-Zivilgesellschaft-Debatte ein? Die Richtlinie, die ich gerade angesprochen habe, ist der eine Pol, wir wissen aber, dass es noch einen anderen Pol gibt, Herrn Bolkestein und andere.

Eckhard Priller: Gegenwärtig kann man schwer sagen, welche Seite das Übergewicht gewinnen wird. In den letzten Jahren ist es stärker in Richtung der Betonung der zivilgesellschaftlichen Rolle des Dritten Sektors gegangen. Das macht meines Erachtens deutlich, man hat erkannt, dass es hier nicht nur um wirtschaftliche Fragen und jene des wirtschaftlichen Wettbewerbs bzw. der Wettbewerbsverzerrung geht, sondern um Fragen der Gesamtgesellschaft in allen ihren Facetten. Die Bedeutung des Dritten Sektors für die gesamte gesellschaftliche Entwicklung ist also hier mit einzubeziehen und es ist nicht nur ganz eng auf wirtschaftliche Fragen zu achten. Wenn wie alle Fragen, die wir z. B. unter Integration, Armutsbekämpfung oder Demokratieentwicklung behandeln, nur auf wirtschaftliche Effizienzfragen zurückführen, dann haben wir eine Situation, die zwar den Marktmechanismus stärken könnte, aber für die Gesellschaft insgesamt unheimlich schädlich ist. Gegenwärtig scheint sich die Tendenz auch in der Europäischen Kommission durchzusetzen, dass man diese umfassendere Bedeutung des Dritten Sektors stärker berücksichtigt, notwendig wäre aber meines Erachtens, dass man aus Brüssel versuchen müsste auf die nationale Ebene mehr Druck auszuüben. Man sollte versuchen, die in einzelnen Ländern vorhandenen positiven Erfahrungen stärker zu verbreitern. Ich muss allerdings dazu auch sagen, dass wir in Deutschland bestimmte Möglichkeiten nicht genügend ausschöpfen. Gerade das Modell der Sozialgenossenschaften ist ein sehr praktisches Beispiel. Eigentlich sind die Genossenschaften ja eine deutsche Erfindung. Sie fanden immer in Krisenzeiten besondere Resonanz und könnten in dieser Hinsicht auch gegenwärtig eine stärkere Rolle bei vielen Fragen spielen. Das Genossenschaftsmodell wird auf EU-Ebene viel stärker propagiert und unterstützt, sowie in einer Reihe von Ländern auch umfassend praktiziert. In Deutschland nutzen wir gegenwärtig diese Form völlig unzureichend. Die Ansätze und Mittel die hier auf der EU-Ebene vorhanden sind, sollten wir auch in Deutschland nutzen.

Fragesteller: Ich würde gerne noch mal etwas zur Bedeutung des Dritten Sektors sagen und explizit verstärken, was Herr Priller gerade sagte. Ich würde nicht nur soweit gehen, den Dritten Sektor immer nur in seiner zivilgesellschaftlichen Bedeutung zu unterstützen, sondern auch seine Bedeutung bei der Entwicklung und der Leistungsfähigkeit moderner Industriegesellschaften hervorzuheben. Ist es nicht so, dass der Dritte Sektor, wir haben es ja heute Morgen in einigen Statements anklingen hören, ein Teil der Voraussetzung dafür ist, dass moderne industrielle Entwicklung stattfinden kann. Frau Loss hat davon gesprochen, dass soziale Kooperativen in Italien, im Norden bemerkenswerterweise sehr viel stärker, etabliert werden. Offensichtlich sind da aufgrund von Industrialisierung Bedarfe entstanden. Im Süden sind noch traditionelle Formen der Problembearbeitung vorhanden, die durch Industrialisierung, Wandel, Intensivierung der Arbeit, Verdichtung der Arbeitsprozesse entstehende Probleme abfangen können. Ist es möglicherweise nicht so, dass wir diese Perspektive auch als Standortfaktor begreifen müssen? Nicht „nur“ als zivilgesellschaftliches Instrument oder als demokratietheoretische Wünschbarkeit, sondern als harten Standortfaktor und eben auch bereit sein müssen, dafür Geld auszugeben? Wie Frau Trukeschitz gestern sagte: „ohne Geld, keine Musik“; in diesem Sinne kann man von Dritten Sektor als Beschäftigungsmotor nur zusätzliche Beschäftigung erwarten, wenn dort mehr Geld ankommt, gleichgültig, wo es herkommt.

Markus Kurth: Das verleitet mich zu einer kurzen Antwort, weil ich diese Verteilungskämpfe mitmache und zwar zur Frage, inwieweit man Finanzierungshorizonte oder Kosten-Nutzen-Horizonte von mehr als einem, zwei oder vier Jahren aufziehen kann. Es ist in ganz vielen Bereichen das entscheidende Problem, insbesondere in der Sozialpolitik, dass man betriebswirtschaftliche Investitionen tätigt, die sich erst in vier oder mehr Jahren auszahlen oder anders: Investitionen, die, wenn man sie unterlässt, negative Folgekosten entwickeln, die man zu dem Zeitpunkt, wo man die Investition unterlässt, weil man sparen soll/muss, noch gar nicht abschätzen kann. Was das Übel noch zusätzlich vergrößert, zumindest in Deutschland - ich weiß nicht, ob es ein deutsches Spezifikum ist - dass die Seite, die die Investition unterlässt, in aller Regel den Schaden, also die zusätzlichen Kosten wiederum einer anderen Stelle aufbürdet, Kosten so also externalisiert werden. Das scheint mir ein institutionelles Grundproblem zu sein. Da würde mich, Mike Aiken, schon einmal die britische Diskussion des Dritten Sektors interessieren. Wird in England auch eine Debatte geführt, die einen staatlichen oder auch privaten Beitrag für den Dritten Sektor als gesellschaftliche Investition begreift? Wird in England im Zusammenhang mit dem Dritten Sektor eine Debatte über Werte geführt, über die Frage, in welcher Gesellschaft wir als Bürger leben wollen? Die ja wichtig ist, um bestimmte Verteilungsentscheidungen durchzusetzen.

Mike Aiken: Ich denke diese Frage umfasst mehrere Aspekte. Auf einer Ebene würde ich mich einfach darauf beziehen, was unsere Kolleginnen vorhin zu dem gesagt haben, was ich Vermarktlichung nenne. In gewisser Weise wurden Sozialleistungen in GB auf sehr breiter, umfassender Weise an andere Dienstleister vergeben. Meiner Meinung nach ist dies ein Prozess, der leider vermutlich in anderen europäischen Ländern kopiert wird. Dies bewirkt, dass Leistungen nicht mehr in einer kooperativen oder gesellschaftlich solidarischen Weise erbracht werden. Ich nehme an, dass das deutsche Sozialmodell in der Vergangenheit sehr kooperativ war, in dem Sinne, dass Staat und Dritter Sektor eng zusammen gearbeitet haben. Je mehr man also diese Wirtschaftsgüter - wie viele unserer sozialen Dienste heute bezeichnet werden - vermarktlicht, desto mehr bricht auch ein Teil der sozialen Solidarität weg. Das Ergebnis ist, dass die Erbringung der Dienstleistungen nicht mehr über die gesamte Gesellschaft hinweg gleichmäßig verteilt ist, sondern jeweils von den lokalen Dienstleistern und ihre Verträgen abhängt. Dies ist eine sehr große Sorge, die ich habe. Die zweite Ebene ist, dass es nun in gewisser Weise im Dritten Sektor in GB bei der Erbringung von sozialen Diensten einen Wettbewerb gibt zwischen privaten Organisationen, privaten Firmen und Dritt-Sektor-Organisationen. Dies kann gar nicht so schlecht sein, ist aber möglicherweise auch nicht gut, es gibt da keine eindeutige Position. Der dritte Punkt ist, dass - wenn man über die Beiträge oder Spenden an Dritt-Sektor-Organisationen spricht - sich die Position in GB immer noch stark von der in den Vereinigten Staaten unterscheidet. Da private Organisationen, Firmen und kommerzielle Organisationen immer noch sehr wenig an den Dritten Sektor spenden, sind die Beiträge des Staates, von Privatpersonen, und sogar die Eigeneinnahmen von Dritt-Sektor-Organisationen immer noch viel höher als sämtliche Beiträge aus dem kommerziellen Sektor. Der vierte Aspekt, den ich aus der Frage herausgehört habe, ist: Wenn Dritt-Sektor-Organisationen am Markt auftreten, bedroht dies ihre Werte? Ich glaube, die Antwort darauf ist, um einen deutschen Ausdruck zu verwenden: „Jein!“ Ich habe vor ein paar Jahren eine Untersuchung gemacht, bei der ich in manchen Fällen, für manche Organisationen, in manchen Kontexten (so vorsichtig möchte ich sein!) herausgefunden habe, dass Dritt-Sektor-Organisationen, die auf privaten Märkten operierten, nicht unbedingt ihre Werte verloren haben. Tatsächlich war das Gegenteil der Fall, weil staatliche Finanzierung oft viel ideologischer ist, was die Entscheidung darüber betrifft, was wann und für wie lange finanziert wird. Der private Markt ist demgegenüber viel weniger ideologisch. So hatten bestimmte Arten von Organisationen - sagen wir, Recycling-Organisationen, Organisationen, die Produkte an Einzelpersonen verkaufen - tatsächlich mehr Kontrolle und sie hatten ein finanziell sehr sicheres Auskommen. Der Fehler, den wir machen, besteht darin anzunehmen, dass ein Modell für alle

Organisationen funktioniert. Da gibt es zum Beispiel Organisationen, die mit Opfern häuslicher Gewalt arbeiten. Ich sehe hier nur sehr wenige Möglichkeiten, wie diese Produkte verkaufen können. Sollen sie T-Shirts herstellen, Spielzeug verkaufen? Es gibt keine einfache Art und Weise, in der solche Organisationen auf einem freien Markt operieren können. Der andere Punkt, den ich noch erwähnen sollte, ist, dass sich ein viel komplizierterer Markt entwickelt. Marilyn Taylor hat heute morgen sehr erhellend über die Verträge gesprochen, die Freiwilligenorganisationen des Dritten Sektors angeboten werden. Dies bedeutet, dass nun wirklich ein Markt für Ausschreibungen des öffentlichen Sektors existiert. In unserem europäischen PERSE-Projekt zur Arbeitsintegration, an dem auch Andreas Schulz und Monica Loss beteiligt waren, haben wir uns eine Drittsektor-Organisation in Schottland namens „Childcare Works“ angesehen, die etwa 20 Einkommensquellen von verschiedenen öffentlichen Körperschaften kombinierte. Es waren Finanzierungsquellen aus verschiedenen Strängen europäischer, britischer und schottischer Programme und aus lokalen Programmen aus Glasgow. Die Organisation hatte in gewisser Weise einen Markt, mit dessen Hilfe sie sich eine sehr sichere Einkommensbasis erarbeiten konnte. Sie hatte für sich allein zwanzig Quellen an Geldern aus dem öffentlichen Sektor. Dies ist auch ein Markt.

Martin Kurth: Wie viele Leute waren damit beschäftigt, dieses ganze Geld zu organisieren?

Mike Aiken: Ich stimme zu, dass die Arbeitskosten diesbezüglich hoch sind. Ich könnte auch die Nachteile dabei aufzählen, aber jedes Projekt muss einen Prozess dieser Art durchlaufen. Es gibt tatsächlich hohe 'Opportunitätskosten', wie wir sagen würden (womit wir den Aufwand an Personal meinen), weil es viele Leute braucht, die sehr aktiv in Netzwerken arbeiten, in Finanzierungssitzungen teilnehmen usw. Aber dies sind dann die Kosten für die Art von Organisation, d.h. sie braucht dieses Niveau an Infrastruktur, um dies zu tun. Childcare Works operiert ein wenig wie eine Dachorganisation, welche die Recherchen und die Vernetzung betreibt. Ich weiß nicht, ob diese fünf Punkte Ihre Fragen beantwortet haben.

Martin Kurth: Ich will dies nicht generell kritisieren, aber es hat mich an das erinnert, was Frau Schlapeit-Beck sagte. Diejenigen, die in diesen Systemen drin sind, die bereits Ressourcen und Kontakte haben, können immer mehr ansammeln, und die, die es nicht sind, werden eigentlich ausgegrenzt. Gibt es auch im Dritten Sektor ein Muster der sozialen Ausgrenzung?

Mike Aiken: Ich meine, auch dies ist eine sehr interessante Frage. Wenn ich den Dritten Sektor im UK kritisieren soll, würde ich anführen, dass die Profis in manchen der größeren Organisationen die Nähe zur Regierung suchen und auf diese Weise daran arbeiten größer zu werden oder mit anderen Organisationen zu fusionieren. Man könnte aus diesem Prozess, den ich theoretisch 'Institutionalisierung' nennen würde, eine Studie machen. Von der Institutionentheorie her könnten wir argumentieren, dass sich diese Profis vielleicht eher in Richtung dieser (Ausgrenzungs-)Modelle bewegen werden. Die Profis sprechen mit dem Premierminister, dem Finanzminister und sie bekommen deshalb mehr Chancen. Beeinflusst dies in gewissem Maße die Entwicklung dieser größeren Organisationen? Und bewirkt es, dass kleinere Organisationen, die näher an der Graswurzel-Ebene sind und möglicherweise kritischere Arbeit leisten, möglicherweise ausgegrenzt werden? Ich glaube, dass diese Gefahr besteht. Ich glaube nicht, dass die Antwort vollkommen eindeutig ist, die soziale Realität so einfach ist, dass man sagen kann, dass dies mit Sicherheit die ganze Zeit genau so passiert. Immerhin erreichen manche sehr kritischen Organisationen so große öffentliche Anerkennung, dass man ihnen zuhören muss, wenn sie Aufmerksamkeit fordern und von Regierungen umworben werden.

Dagmar Schlapeit-Beck: Aus unserer Sicht ist genau dieses Prinzip sehr stark in Europa verbreitet. Der Erfolg bei der Beantragung der europäischen Fördermittel hängt stark vom bekannten Windhundverfahren ab, und ob man vorher schon weiß, welche Richtlinie zu welchem Zeitpunkt erscheint. Auch dort sind die Wege, bei der Antragstellung Erfolg zu haben eher intransparent und

wer Vorteile hat, z. B. in Brüssel eine Außenstelle hat, das gerade besprochene Lobbying macht, der ist entsprechend erfolgreicher. Das sind alles Nachteile der heutigen Finanzierung.

Fragesteller: Die Ausgangsfrage, die Sie gestellt haben und der erste Teil der Antwort haben bei mir assoziativ eine Modifikation der Fragestellung und eine Umleitung in Richtung Frau Schlapeit-Beck in erster Linie, aber auch in Richtung Herrn Priller geführt. Und zwar geht es mir um einen Aspekt, der in den letzten anderthalb Tagen hier einige Male angeklungen ist, dem aber zu meinem Bedauern nicht nachgegangen wurde. Die Frage nach dem sozialen Mehrwert der Arbeit des Dritten Sektors. Diese Frage wird in der politischen Öffentlichkeit kaum oder gar nicht diskutiert. Frau Schlapeit-Beck, Sie als Verantwortungsträgerin in der politischen Administration, welche Möglichkeiten sehen Sie, dieses aus meiner Sicht bestehende Defizit auf kommunaler Ebene - in diesen kleinräumlichen Zusammenhängen - ein Stückweit zu kompensieren und das, was an sozialem Mehrwert zweifellos geschaffen wird und was häufig nicht messbar ist, mehr in den Vordergrund zu bringen?

Eckhard Priller: Sie haben natürlich völlig recht, dass dieser soziale Mehrwert, den Dritte-Sektor-Organisationen produzieren, sowohl in seiner Gesamtheit, als auch in seinen einzelnen Facetten mehr Beachtung finden muss. Ich habe an mehreren Stellen versucht zu zeigen, dass wir hier einen Bereich haben, der sich durch vielfältige Wirkungen und auch durch unterschiedliche Einbindungen auszeichnet. Meines Erachtens kommt es darauf an, gerade diese Spezifik, diese innere Logik des Dritten Sektors, - wir sprechen dabei von der Multifunktionalität von Dritte-Sektor-Organisationen -, noch viel stärker zu betonen. Das heißt auch, dass der Dritte Sektor nicht allein mit den Kriterien des Marktes bzw. an den Marktmechanismen gemessen werden kann. Denn wenn man das macht, entsteht jener Widerspruch, mit dem wir es gegenwärtig zu tun haben. Heute können wir ein zunehmendes Eindringen von Marktmechanismen in den Dritten Sektor feststellen, womit die Wirkungen der Organisationen, die nicht im ökonomischen Bereich liegen oder die nicht ökonomisch wirksam sind, aus dem Blickfeld geraten oder an Bedeutung verlieren. Hier besteht ein wesentliches Problem. Inwieweit man die vielfältigen und umfangreichen Wirkungen von Dritte-Sektor-Organisationen messen kann, dafür sind mir zur Zeit noch keine fundierten wissenschaftlichen oder praktischen Ansätze bekannt. Das ist auch keine einfache Aufgabe. Man müsste eine solche Vorgehensweise allerdings in Betracht ziehen. Damit würden jene Positionen an Gewicht gewinnen, die davon ausgehen, dass man die umfassenden Leistungen der Organisationen für das Gemeinwohl und damit ihren Beitrag für die Funktionalität der Gesellschaft zum Gegenstand von Bewertungen macht. Damit würde der soziale Mehrwert einfach deutlich sichtbar.

Dagmar Schlapeit-Beck: Ich kann eigentlich nur noch einmal meine Aussage von vorhin verstärken, dass wir heute uns als Kommune immer auch als Beraterin und als Partnerin des Dritten Sektors verstehen und versuchen, alle denkbaren Geldflüsse, Fördermittel usw. in diese Richtung weiterzugeben, zu beraten und existenzsichernd zu wirken. U.a. deshalb gibt es unser Engagement im Hinblick auf die kommunale Option - eigentlich ein in Deutschland eher konservatives Modell, aber wir haben eben unsere spezifischen Erfahrungen, dass die Kommune näher am Dritten Sektor dran ist als die Bundesagentur für Arbeit. Das war für uns der Beweggrund zu sagen hier kann man das Sinnvolle mit dem Nützlichen kombinieren. Wir können Menschen Jobchancen geben, Beschäftigungsmöglichkeiten aufbauen und Sie haben ja auch über den Multiplikatoren- oder den Dominoeffekt gesprochen, dass eben eine Stelle im Dritten Sektor weitere Stellen aufbauen und nach sich ziehen kann. Unserer Ansicht nach ist es richtig, dass viele arbeitslose Menschen auch Jobchancen, Beschäftigungschancen im Dritten Sektor erhalten. Dass wir den Dritten Sektor damit stabilisieren und diesem Gelegenheit geben, gesellschaftlich sinnstiftende und für das Gemeinwesen wertvolle zusätzliche Aufgaben zu verrichten, ohne die das Leben in einem Gemeinwesen nicht lebenswert wäre.

Fragesteller: Wir haben heute Morgen sehr schön herausgearbeitet, dass uns noch ein bisschen Selbstbewusstsein als Dritter Sektor fehlt, dass wir uns nicht nur als Restmenge zwischen Staat und Wirtschaft definieren sollten, sondern sehr viel bewusster so zusammen gehen sollten, wie wir das auf dieser Tagung machen. Ich denke, die europäische Perspektive hat auch den Vorteil, dass Korrektive und Voneinanderlernen besser möglich werden. Ich würde mir sehr wünschen, vielleicht noch mal angeschlossen an die gestrige Hartz-Diskussion, wenn der Gesichtspunkt von Freiwilligkeit, Engagement in den kleinen Strukturen, in den kleineren Organisationen, die Beispiele aus Genossenschaften in Italien oder Schweden, uns noch stärker motivieren, in diesem Bereich selbstbewusst aufzutreten und uns nicht zu stark ausschließlich an Wirtschaft oder ausschließlich an Bürokratie zu orientieren. Die Frage für mich wäre, wie man das hin bekommt und wie auch noch von dieser Tagung aus ein Impuls in diese Richtung gegeben werden kann. Wir sind in Deutschland an der Schwelle, diese Zwangsarbeitsdebatte einfach über uns ergehen zu lassen und viele haben sich schon angepasst und denken, es wird halt so kommen, dass es diese Ein-Euro-Jobs gibt. Vielleicht kann da noch mal ein Impuls von dieser Tagung und von den KollegInnen aus anderen Ländern ausgehen, der uns ermutigt hier stärker Widerstand zu leisten und nicht einfach nur auszugestalten, was in Deutschland passiert. Würde es so passieren, hätte es auf alle anderen europäischen Länder angesichts der europäischen Beschäftigungsproblematik sicherlich erhebliche negative Einflüsse.

Sandra Kotlenga: Ich wollte in diesem Zusammenhang mit der Stärkung des Selbstbewusstseins des Dritten Sektors noch mal ganz explizit auf das Memorandum aufmerksam machen. Es ist im Prinzip auch ein Versuch, es zu stärken und da wäre es wichtig, wenn auch gerade von den hier auf der Tagung Anwesenden gewisse Multiplikatoreffekte ausgehen würden. Ich meine, die Selbstverständigung darüber, was eigentlich der Dritte Sektor ist und warum wir unsere Arbeit wichtig finden, sollte uns noch weiterhin beschäftigen und das sollte auch deutlich nach außen vertreten werden. Ich meine, das Memorandum wäre dazu ein konkreter Ansatz und ich möchte noch mal darum werben, sich damit genauer zu befassen.

Markus Kurth: Und das war doch eigentlich schon fast das perfekte Schlusswort! Den Hinweis auf das Memorandum hatte ich mir auch noch im Hinterkopf zurecht gelegt, mitsamt der Empfehlung, dieses politisch zu operationalisieren und einen Bereich, den meiner Einschätzung nach diese Gesellschaft mehr als dringend benötigt auch sozusagen anzubringen und zu verankern, dass ihm auch ein eigener Platz gebührt und das Ganze nicht nur bewertet wird als ein Anhang irgendwo an wirtschaftliche Restbedürfnisse für Menschen, die die nicht verwerten können. Ich glaube, dass hier eine ganz eigene Qualität zu finden ist und dass man sich da einer Sache manchmal zwar bange sein muss, aber wahrlich nicht schämen und seine Qualitäten auch nicht verstecken muss. Wenn in diesem Sinne mit der gestrigen und heutigen Diskussion die Tagung ein bisschen Mut gemacht hat und auch Anstöße gegeben hat, dann ist das schön. Mir hat es auf dem Podium hier jedenfalls Spaß gemacht. Vielen Dank an die DiskutantInnen!

Resümee

Der Dritte Sektor: Wege zur Stabilisierung und Unterstützung der beschäftigungspolitischen Potentiale von Not-for-Profit-Organisationen

Dr. Mike Aiken (Open University, Milton Keynes, United Kingdom)

Der Dritte Sektor im Übergang - kontextübergreifendes Lernen: Einige Überlegungen aus Großbritannien

In diesem Beitrag werde ich einige der Herausforderungen beleuchten, mit denen Organisationen des Dritten Sektors in Europa konfrontiert sind, wenn sie ihre finanzielle Förderung und Ihre Projekte zur Bereitstellung von Beschäftigungsmöglichkeiten für benachteiligte Gruppen erhalten und weiter entwickeln wollen. Hierbei sind allerdings zwei grundlegende Schwierigkeiten zu beachten. Sind die Probleme und Herausforderungen in den verschiedenen Ländern überhaupt vergleichbar? Sind Lösungen von einem Land auf ein anderes übertragbar? An dieser Stelle soll auf diese Fragen aus den Perspektiven der Praxis und der Wissenschaft eingegangen werden. Können wir voneinander lernen und kann gegenseitiges Lernen in Europa hilfreich sein?

In diesem Beitrag werde ich mich z.T. auf die Arbeit des Göttinger Projekts („instruments & effects“) beziehen, so wie es in zwei Veröffentlichungen („Overview of Proposals“ und „Instruments & Effects“¹⁷) präsentiert wurde. Ich werde mich auch auf die von Roger Spear und mir im Rahmen der *Co-operatives Research Unit* an der Open University durchgeführten Forschungen über Aktivitäten von Organisationen des Dritten Sektors zur Arbeitsmarktintegration in Großbritannien beziehen, die Teil der EMES-Studie über Soziale Betriebe in elf europäischen Ländern waren. Auch werde ich einige andere Quellen nutzen, um aus ihnen theoretische und praktische Ideen bezüglich des Themas Innovation zu ziehen, sowie Bezüge zu den Arbeiten und Diskussionen herstellen, die bereits während der Konferenz präsentiert wurden.

Ich möchte diese Fragen wie folgt behandeln: Erstens möchte ich verdeutlichen, **dass es möglich ist, trotz der verschiedenen Kontexte des Dritten Sektors voneinander zu lernen. Dass dieser Austausch aber mit einigen Schwierigkeiten verbunden ist**, insbesondere für die Praktiker, die in ihrem Arbeitsalltag mit diversen Umsetzungs- und Organisationsproblemen beschäftigt sind.

Zweitens möchte ich veranschaulichen, dass die **gleichzeitige Nutzung von wissenschaftlichen Erkenntnissen und Praxiswissen den Lernprozess manchmal unterstützen kann**, indem einen Rahmen für unsere Arbeit entwickelt werden kann.

Drittens möchte ich zeigen, dass Organisationen des Dritten Sektors über ein spezifisches Fachwissen **sowie organisatorische Fähigkeiten und Innovationspotential verfügen, um abschließend zu betonen, dass es im Dritten Sektor den Spielraum für einen selbstbewussteren Umgang mit dem gibt, was wir tun, was wir brauchen und was wir nicht alleine schaffen können.**

1. Ist Lernen im Dritten Sektors durch einen Austausch in Europa möglich?

Sind die Probleme in den verschiedenen Ländern vergleichbar? Gestatten Sie mir, mit dem folgenden Zitat einzuleiten:

‘The first audit of...the sector...people wanted some kind of research that would demonstrate both the monetary and social value as well as the size of the sector in the city...[We] were becoming increasingly frustrated at being unable to justify to [state] organisations the

¹⁷ Anm. der Redaktion: Bei den Veröffentlichungen handelt es sich um Kurzinformationen über das Projekt, die auf der Konferenz ausgelegt wurden.

importance of the sector, the wealth of skills, knowledge and experience that is harnessed within the sector, the ability of the sector to work with the most disadvantaged people and therefore the need for the sector to be acknowledged, resourced and worked with as equal partners.'

Bramwell, P. (2003)¹⁸

Dies ist kein Zitat aus der Göttinger Untersuchung. Bevor ich mich gestern auf den Weg zu dieser Konferenz gemacht habe, habe ich beim örtlichen Wohlfahrtsverband in meiner britischen Heimatstadt vorbeigeschaut und 25 Exemplare der zitierten Untersuchung mitgenommen, die den Titel 'Economic and Social Audit of the Community and Voluntary Sector...' ('Wirtschaftliche und soziale Evaluation des gemeinnützigen und Freiwilligensektors') trägt. Beim Lesen der Göttinger Untersuchung, die auf Interviews mit Aktiven hier in Göttingen beruht, konnte ich aber feststellen, dass große Teile der hier gemachten Aussagen auch sehr wohl in dem anderen Bericht stehen könnten.

Ich betone dies, weil dies sofort zeigt, dass viele von uns in unseren jeweiligen Dritten Sektoren, besonders in kleineren Organisationen, mit ähnlichen Problemen konfrontiert sind. Zu diesen gehört der Mangel an Anerkennung durch staatliche Organisationen. Wir werden nicht als gleichberechtigte Partner behandelt und erhalten keine angemessene finanzielle Unterstützung. Außerdem wird unsere Arbeit ignoriert, die wir zur Bewältigung von Problemen oder zur Beschäftigung von Gruppen leisten, um die sich der Staat nicht kümmert. Das Zitat macht aber auch die Ähnlichkeiten mit der Göttinger Untersuchung deutlich. Europaweit entwickeln wir ähnliche Strategien, um den oben genannten Tendenzen entgegen zu wirken. Ein Beispiel hierfür ist die Durchführung von Untersuchungen oder Evaluationen unseres Sektor: Sie weisen auf den enormen wirtschaftlichen und sozialen Beitrag unserer Arbeit hin und sind ein wichtiger Pfand in Diskussionen mit politisch entscheidenden Institutionen.

1.1 Kontextübergreifendes Lernen

Es gibt sicher einige gemeinsame Merkmale, und dies macht europaweites gegenseitiges Lernen sinnvoll und wünschenswert. Wir haben heute morgen einiges darüber gehört, wie der Dritte Sektor gestärkt werden könnte: Monica Loss hat die Rolle von Sozialkooperativen (besonders des Typs B) in Italien beschrieben, sowie die Rolle der Gesetzgebung, die dies ermöglicht. Eva Johansson hat die Rolle der Agenturen zur Entwicklung von Kooperativen in Schweden bei der Förderung von Wachstum und Ausbildung in diesem Sektor beschrieben (obwohl wir festgestellt haben, dass sie zu gleichen Teilen vom Staat und vom Dritten Sektor selbst finanziert werden). Marilyn Taylor hat über den Vertrag zwischen Dritt-Sektor- und staatlichen Organisationen in Großbritannien referiert, der einen Versuch darstellt, im nationalen Kontext einige Grundregeln und Prinzipien der Zusammenarbeit zwischen den beiden Sektoren auszuloten. Wir haben auch gelernt, wie die Potentiale des Dritten Sektors und einige der Instrumente lokaler Förderung des Sektors in der Öffentlichkeit bewusst gemacht werden können. Marianna Török hat die in Ungarn entwickelte wegweisende '1%'-Idee zur Demokratisierung der Einkommenssteuer zugunsten des Dritten Sektors skizziert. Diese Idee hat sich schnell in anderen osteuropäischen Ländern verbreitet.

¹⁸ 'Bei der ersten Überprüfung...des Sektors...wollte man eine Art Untersuchung, die den finanziellen wie auch der sozialen Bedeutung sowie die Größe des Sektors in der Stadt nachweist... [Wir] waren mehr und mehr davon frustriert, dass wir nicht dazu in der Lage waren, [staatlichen] Organisationen gegenüber die Bedeutung des Sektors zu erläutern, den Reichtum an Fähigkeiten, Wissen und Erfahrung, die innerhalb des Sektors genutzt werden, die Fähigkeit des Sektors, mit den am stärksten benachteiligten Menschen zu arbeiten und damit den Bedarf des Sektors an Anerkennung, Ressourcen und gleichberechtigter, partnerschaftlicher Zusammenarbeit aufzuzeigen.'

Dies alles zeigt Wege auf, die uns zum Denken und Lernen anregen. Es fallen mir einige Beispiele in Großbritannien ein, in denen Erkenntnisse aus anderen Kontexten genutzt wurden - die Foyer-Bewegung (Unterkunft und Ausbildung für Jugendliche) wurde ganz bewusst und ausdrücklich auf Grundlage der in Frankreich gemachten Erfahrungen entwickelt. Ich möchte sagen, dass ich auf persönlicher (und bescheidenerer) Ebene stark beeinflusst wurde durch die Anarcho-/Punk-/Studenten-Hausbesetzerszene im Berlin der frühen achtziger Jahre, als ich selbst arbeitslos war (heutzutage würde ich solche persönlichen Nachforschungen verherrlichend 'Studienreise' nennen, damals hieß es aber einfach 'in Berlin rumhängen'). Die Qualität der Aktivitäten, zu denen nicht nur gehörte, den Wohnraum in alten Häuserblocks wieder herzustellen, sondern auch Cafés, Theater und andere Gewerbe im Erdgeschoss öffentlich zugänglich anzusiedeln und neue urbane Räume zu schaffen, war erstaunlich hoch. Diese Aktivitäten haben einen Einfluss darauf gehabt, wie ich selbst später über Soziale Betriebe des Dritten Sektors gedacht habe. Wir sollten uns daher dessen bewusst sein, dass Kenntnisse nicht nur durch systematische, wissenschaftliche Bemühungen, sondern auch durch individuelle Erfahrungen unterstützt werden.

1.2 Probleme beim kontextübergreifenden Lernen

Trotz allem sollten wir vorsichtig sein. Kontextübergreifendes Lernen ist - wie uns jeder Soziologe sagen würde - nicht einfach. In der Geschichte der von westlichen Regierungen (und von NGOs) organisierten Entwicklungsprojekte in Afrika, Lateinamerika und Asien gibt es eine lange Reihe von Fehlern (z.B. als Lagerräume genutzte Toiletten - wir haben wohl alle unsere Lieblingsbeispiele). Für die politisch Verantwortlichen war es eine wichtige Lektion, die Bedeutung lokaler Partizipation (Gaventa, J. 2001) der Adressaten bei der Entwicklung und Erbringung von Dienstleistungen zu erkennen. Dies trifft besonders dann zu, wenn wir den Versuch unternehmen, Ideen zwischen verschiedenen Kontexten zu transferieren.

Ein wohlgemeinter liberaler Spruch lautet ungefähr so: 'Gib den Leuten einen Laib Brot, und sie haben für einen Tag zu essen, bring ihnen aber das Fischen bei, und sie werden ihr Leben lang zu essen haben.' Natürlich ist das Blödsinn (als ob arme Leute an einem Fluss nicht wüssten, wie man fischt). Vielleicht leben sie flussabwärts von einem Stahlwerk, und es gibt gute Gründe, nicht zu fischen, vielleicht verbietet ihnen ihre Religion, Fisch zu essen. Meine eigene (wohl genauso von verbohrt) Version des Spruchs wäre so was wie 'unterstütze die Leute dabei, sich zu organisieren, zu vernetzen, Informationen zu sammeln und Kampagnen für mehr Rechte zu veranstalten, und schaffe vielleicht noch einen anständigen Wohlfahrtsstaat' - aber in vielen Ländern kann es passieren, dass man für solche Ansichten erschossen wird, und in Europa könnte man seinen Job als Regierungsmitglied verlieren!

Um einige der Unterschiede zu betonen, die sich aus Kontexten ergeben - sogar innerhalb derselben Stadt - möchte ich eine Untersuchung erwähnen, die ich 2002 durchgeführt habe. Ich erforschte verschiedene Ansätze (top-down und bottom-up) für Stadterneuerungsprogramme an vier Standorten in London, die alle dasselbe staatliche Finanzierungsprogramm nutzten. Die vier Ansätze waren völlig unterschiedlich. Bei manchen gab es vor Ort gewählte Räte der örtlichen Drittsektor-Organisationen und Geld wurde direkt an karitative Organisationen gespendet, während in anderen Bezirken das andere Extrem realisiert wurde, nämlich alle Entscheidungen hauptamtlichen kommunalen Funktionären zu überlassen. (Aiken, M. 2004).

Worum es mir bei diesen Beispielen geht, ist: *Kontexte sind wichtig*, sogar auf den untersten lokalen Ebenen. In der Arbeit von Pawson and Tilley (1997) über *Realistic Evaluation* wird betont, dass der Kontext essentiell wichtig für den Transfer von Praktiken und Programmen ist. Wir können uns zum Beispiel vorstellen, dass die Belegschaft der Kommunalverwaltung in Göttingen freundlicher und hilfsbereiter sein könnte als in Giessen; die geographische Struktur Hamburgs könnte eine

Vernetzung leichter machen als die Düsseldorf; oder eine Geschichte sozialer Bewegungen in Leipzig könnte dort ein Sich-Organisieren einfacher machen als in Braunschweig. Also sogar innerhalb einzelner Bundesländer - und manchmal sogar innerhalb von Gemeindebezirken oder Kommunen - finden sich unterschiedliche kontextuelle Merkmale, die starken Einfluss haben auf das, was getan, was gelernt und angewendet werden kann. Die Forschungsarbeit und die Vorschläge von zoom, BUPNET und der Göttinger Beschäftigungsförderung beziehen sich auf den lokalen Kontext, und wir können daher darauf hoffen, dass sie für den lokalen Rahmen von positiver Bedeutung sein werden.

Aber es gibt noch eine weitere Schwierigkeit. Als Beispiel möchte ich das europäische Forschungsprojekt über Beschäftigungsförderungsprogramme anführen, an dem ich, wie zahlreiche andere hier auch, beteiligt war. Als Forscher können wir uns einbilden, dass wir über die gleiche Sache sprechen, aber tatsächlich versteht jeder etwas anderes. Dies passiert auch dann, wenn wir alle dieselbe Bezeichnung verwenden (in unserem Fall 'social enterprise'). Es können unterschiedliche rechtliche Traditionen bestehen, unterschiedliche wohlfahrtsstaatliche Systeme, unterschiedliche Beziehungen zwischen Kommunen und Dritt-Sektor-Organisationen, unterschiedliche Arten, Statistiken zu erstellen und Verzeichnisse bestehender Organisationen zu führen. Dies alles kann bedeuten, dass die Organisationen im Grunde einander sehr ähnlich zu sein scheinen (sogar die beteiligten Leute können einander ähneln, bis hin zu ihren Frisuren!), jedoch in einem sehr unterschiedlichen sozialen und politischen Umfeld tätig sind. In Belgien waren alle Sozialen Betriebe mit Namen und Adressen in einem zentralen staatlichen Register verzeichnet. In Großbritannien und auch in Irland war es eine umfangreiche Arbeit, die verschiedenen Arten von Betrieben herauszufinden, die als Soziale Betriebe bezeichnet werden können, dann auch noch herauszufinden, wo sie sich befanden und wenn wir sie dann besuchten, kam es vor, dass die Beteiligten sich selbst unter der Bezeichnung 'Sozialer Betrieb' gar nicht selbst wiedergefunden hätten. Alle, die wir an diesem Projekt mitarbeiteten, waren engagiert, tolerant und akademisch gebildet und teilten eine Definition von 'social enterprises', die neun Kategorien umfasste (siehe Defourny u. Borzaga 2001). Und doch stießen wir auf alle bekannten Probleme, die bei unterschiedlichen konzeptuellen Kategorien und Kontexten auftreten. Wir haben selbstverständlich auch eine Menge gelernt über die Situation in Großbritannien, durch Vergleiche zwischen Irland und Großbritannien und zwischen Deutschland und Großbritannien (vgl. www.emes.net sowie Spear u. Aiken 2003; Aiken u. Bode 2004; Spear, Oshaughnessy, Aiken 2004. Weitere Arbeiten von vielen Kollegen zu diesem Projekt liegen vor oder werden bald veröffentlicht.) Mit diesem Beispiel wollte ich einige der Schwierigkeiten hervorheben, die bei europaweiten Vergleichen „sogar“ auf der wissenschaftlichen Ebene auftreten.

Für die hart arbeitenden Praktiker des Dritten Sektors sind manche dieser Probleme größer, weil sie oft mit der Forderung konfrontiert werden, mehr zu leisten, dazu zu lernen und messbare Ergebnisse schneller zu erreichen. Sie werden nicht zu dem Zweck finanziert, in dieser bei der Wissenschaft so beliebten Art vergleichend zu forschen. Diese Konferenz in Göttingen ist wohl insofern eine deutliche Ausnahme, da versucht wird, Praktiker aus dem Dritten Sektor, kommunale Akteure und Wissenschaftler aus Deutschland und anderswo zusammen zu bringen.

2. Kontextübergreifendes Lernen: Konzepte für Wissenschaft und Praxis

Ich möchte hervorheben, dass Kontext übergreifendes Lernen möglich ist und dass wir die Potentiale sowohl unserer Forschung als auch der Aktiven, Praktiker und Ehrenamtlichen nutzen hierfür sollten.

Erstens haben Praktiker sehr wohl *tacit practitioner knowledge* (Nonaka u. Takeuchi 1995) - sie wissen viel darüber, was sie tun und wie sie es tun. Sie haben ihr Wissen vielleicht nicht ausformuliert - ihm ein Etikett verpasst und es aufgeschrieben - aber sie arbeiten damit. Oft kommt es vor,

dass bestimmte Praktiken erst später von der Forschung entdeckt werden. Dies passiert häufig. Als aktuelles Beispiel trifft dies meiner Meinung nach auf Praktiken wie 'networking' zu. (Gilchrist u. Taylor 1997). Ich denke, es trifft ebenso auf die Ideen des 'social capital' (Putnam 1993) zu - was auch immer wir von den theoretischen Schwächen des Begriffs und seiner Verwendung für politische Zwecke halten mögen. Die Vorstellung, dass Organisationen des Dritten Sektors 'social inventions' ('soziale Erfindungen'; Whyte 1991) machen, ist ein weiteres Beispiel. In allen diesen Fällen gibt es die Praxis, aber die Wissenschaft gibt ihr ein hübsches Etikett und ein konzeptuelles Fundament. Deshalb sollte es einen intensiven Austausch zwischen Wissenschaft/Forschung und der Praxis auf dem Gebiet des Dritten Sektors geben.

Zweitens kann Wissenschaft dadurch helfen, dass sie einen konzeptuellen Rahmen schafft. Innerhalb unseres EMES-Projekts über Soziale Betriebe war es für uns sehr nützlich, dass wir bei der Arbeit von einem allgemein anerkannten Konzept von Sozialen Betrieben ausgingen - auch wenn wir später auf andere Schwierigkeiten trafen.

Ich möchte als Beispiel ein Konzept nennen, das wir vielleicht im Dritten Sektor nutzen können, um uns beim Nachdenken über unsere gemeinsamen Schwierigkeiten zu helfen - und welches wir dann wiederum auf unseren eigenen Kontext abstimmen können. Die Grundidee ist es zu schauen, ob wir nicht einige theoretische Annahmen nutzen und konstruieren können, die uns verschiedene Sichtweisen auf Probleme des Dritten Sektors ermöglichen, um diese dann innerhalb unserer eigenen Kontexte anzuwenden.

Um diese Art des Ansatzes anschaulich zu machen, möchte ich das Konzept des *Strategic Niche Management* (SNM) (Kemp, R. u.a. 1998) verwenden. Die Ideen für diesen Rahmen stammen aus einem ganz anderen Gebiet als dem der sozialen Tätigkeiten, mit dem wir uns beschäftigen. Wenn Kemp davon spricht, dass neue Technologien sich 'weiter tragen und verbreiten', meint er die Einführung von Innovationen - besonders Versuche, in verschiedenen Gegenden Europas die Nutzung von Elektroautos zu fördern. Ich werde sein Werk nicht ausführlich behandeln, jedoch möchte ich einige Elemente herausnehmen und fragen, ob wir diese auf unsere Arbeit anwenden können. Es ist nicht mein Ziel, zu vermitteln, dass SNM das allerwichtigste Konzept darstellt, sondern zu zeigen, wie wir Ideen dieser Art bei der Entwicklung des Dritten Sektors verwenden können.

Einige der folgenden, von Kemp stammenden Ideen könnten für uns in unserer Diskussion um Innovation und Veränderung im Dritten Sektor nützlich sein. Für die Verbreitung von Innovationen gelten eine Reihe von Merkmalen als wichtig:

(a) Es müssen 'Räume' geschaffen werden, in denen Menschen Innovationen entwickeln können. Dies kann bedeuten, dass für diese 'Räume' Infrastruktur benötigt wird - Personen, Ressourcen, Netzwerke, Orte.

(b) Wenn eine Innovation unter günstigen Umständen eingeführt wird, ist es wahrscheinlicher, dass sie erfolgreich ist. Möglicherweise werden solche Umstände nicht im Voraus erkannt - es ist daher wichtig, zu akzeptieren und anzuerkennen, dass aus 'Fehlern' ebenso zu lernen ist wie aus 'Erfolgen'.

(c) Politisch Verantwortliche und Entwicklungsplaner sollten sich des Prinzips der 'niedrig hängenden Früchte' bewusst sein. Damit ist gemeint, dass Innovationen dann angenommen werden, wenn sie auf günstige lokale Umstände treffen. Bei der Arbeit in 'günstigen Kontexten' ist es notwendig zu erkennen, dass die 'Ernte' bei einem Erfolg sehr groß sein kann, dies aber unter weniger günstigen Umständen anders sein wird.

(d) Es ist wichtig, wesentliche lokale Interessengruppen bei einer Innovation einzubinden - besonders diejenigen, denen die Innovation Nutzen bringen soll.

- (e) Es ist wichtig, bei innovativen Praktiken top-down und bottom-up-Ansätze von unten nach oben sowie von oben nach unten zu kombinieren.
- (f) Es ist wichtig, Spielraum und Zeit zum Lernen und zur Reflektion zu gewähren.
- (g) Finanzielle Anreize und besondere Regeln/Verfahren können erforderlich sein, damit eine Innovation in die Praxis umgesetzt werden kann.

Viele dieser Ideen können in Kontexten des Dritten Sektors Anwendung finden - vielen Leuten aus der Praxis mögen sie sogar offensichtlich erscheinen. Sie können uns jedoch dabei helfen, die politisch Verantwortlichen daran zu erinnern, dass dem Sektor Unterstützung geboten werden sollte, wenn sie an den Leistungen interessiert sind, die der Dritte Sektor bieten kann. Die Unterstützung sollte so gestaltet sein wie sie auch in allen anderen Bereichen benötigt wird, in denen Innovationen und Lernprozesse stattfinden.

Anhand des Dritten Sektors können wir darüber nachdenken, wie sich in einer Situation der sich verändernden politischen Kontexte solche Ideen in die Praxis umsetzen lassen. Wir können uns zum Beispiel vorstellen, dass Organisationen des Dritten Sektors bei den Kommunen Anträge stellen, um Unterstützung der oben angeführten Art zu erhalten - und zwar durch Instrumente, die dem Dritten Sektor auch etwas Entscheidungsfreiheit und ein gewisses Maß an Unabhängigkeit verschaffen könnten. Ich denke hier an materielle Güter (Übertragung der Eigentumsrechte an bestimmten Gebäuden oder Räumlichkeiten an eine Dritt-Sektor-Organisation); Einrichten einer Stiftung für einen Zeitraum von, sagen wir, fünf Jahren, um die Weiterbildung und Entwicklung von Organisationen des Dritten Sektors zu erleichtern; Änderung der rechtlichen Strukturen, um den Organisationen des Dritten Sektors mehr Freiheiten zu verschaffen; Übernahme von Bürgschaften für Kredite an Dritt-Sektor-Organisationen; Steuervorteile oder Steuerbefreiung für bestimmte Aktivitäten.

Ich sollte hier betonen, dass mein Vorschlag nicht lautet, dass *Strategic Niche Management* als Antwort auf alle unsere Probleme zu begreifen ist, sondern dass es ein anschauliches Beispiel bietet, wie die Ressourcen der Wissenschaft genutzt werden können, um einen brauchbaren und sinnvollen Rahmen zu erhalten. Solche lokal genutzten Konzepte können dann auf einer höheren Abstraktionsebene eingeordnet werden, mit dem Zielen, dass (a) die Praktiker besser gerüstet sind für ihre Diskussionen mit Verantwortlichen aus Politik und Programmleitung, aber auch dass (b) die Wissenschaft Konzepte für nutzbringendes kontextübergreifendes Lernen bieten können.

Eine interessante Anmerkung zu diesem Punkt entnehme ich aus der Untersuchung, die Roger Spear und ich in der kürzlich durchgeführten EMES-Untersuchung über Soziale Betriebe in Großbritannien durchgeführt haben. Eine der von uns untersuchten Dritt-Sektor-Organisationen könnte als 'in kaltem Klima Innovationen entwickelnd' beschrieben werden. *Factory* ist ein soziales Projekt in Nord-London, tätig in einem Gebiet mit stark benachteiligter Einwohnerschaft, insbesondere Asylbewerber und wenig qualifizierten Menschen. Im Kontext einer Stadtgemeindeverwaltung, die der sozialen Entwicklungsarbeit des Projekts gegenüber feindlich eingestellt ist, muss es höchst innovativ arbeiten, um die Finanzierung aufrecht zu erhalten. In einem Ansatz, der implizit auf den obigen SNM-Rahmen zurück greift, hat *Factory* lokal mit anderen Dienstleistern des Dritten Sektors horizontale Netzwerke gebildet, die vom Projekt genutzt werden, um zu lernen, Informationen zu sammeln, Unterstützung zu erhalten und gemeinsam die Finanzierung zu organisieren, indem nationale und europäische Förderungen beantragt wurden. Auf diese Weise kann das Projekt die Situation in der Gemeinde oder die kommunale Ebene größtenteils umgehen.

2.1 Der Dritte Sektor: Anpassung oder Partnerschaft?

Es ist sinnvoll, an dieser Stelle einen Moment inne zu halten und sich aus politischer Sicht die Frage zu stellen, ob Organisationen des Dritten Sektors an solchen Veränderungen beteiligt sein sollten. Sollte es ihre Rolle sein, sich nicht zu schnell auf die neuen Anforderungen des Staates einzustellen, sondern sich ihnen zu widersetzen, wenn die Veränderungen gegen die Interessen der von ihnen betreuten Gruppen gerichtet sind? Zur Zeit sind vielfältige Aktivitäten zur Reformen des 'Wohlfahrtsstaates' festzustellen - besonders in Deutschland mit Hartz IV, aber auch in Schweden und Italien.

Unterschiede bei den Wohlfahrtsmodellen verschiedener Länder sind von essentieller Bedeutung für die Organisationen des Dritten Sektors. Kürzlich haben Ingo Bode und ich in einer Arbeit einen Vergleich zwischen Sozialen Betrieben in Großbritannien und in Deutschland angestellt (Aiken u. Bode 2004). Auf den ersten Blick entwickelt sich Großbritannien im Vergleich in Richtung eines korporativen Stils (in Großbritannien häufig Partnerschaft genannt). In Deutschland geht die Entwicklung dahin, diesen korporativen Ansatz, der eine enge Partnerschaft zwischen den Sektoren erfordert hat, abzulehnen. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Instrumente, die zur Zeit in Großbritannien eingeführt werden, in einem *Vermarktungs-Kontext* entwickelt werden. Das bedeutet, dass sie nicht in einem Kontext entstehen, bei dem Dienste für Bürger auf der Basis von Rechten und Solidarität geleistet werden. Bei einem einfachen Vergleich kann es passieren, dass auf oberflächliche Merkmale geschaut wird (Instrumente, etc.), ohne das zugrunde liegende Muster zu analysieren. Es mag sein, dass die Instrumente in Großbritannien oberflächlich betrachtet gleich aussehen, aber die Wirkungen insgesamt haben eine andere Bedeutung in anderen Kontexten. Diese Art von Schwierigkeiten können der Politik genauso wie den Praktikern beim kontextübergreifenden Lernen Probleme bereiten.

Die Grenzen zwischen Wohlfahrtsstaat, Privatsektor, Drittem Sektor und Bürgern/Familien ist nie festgelegt worden und daher sind die sozialen / Pflagetätigkeiten des Dritten Sektors in ihrer Positionierung nicht eindeutig definiert. In gewissen Abständen findet bei den Definitionen ein 'Paradigmenwechsel' statt: Zum Beispiel beim Beveridge-Plan in Großbritannien in den 40er Jahren, durch die Veränderungen in Osteuropa nach 1989 und auf Grund der momentanen Debatten über die 'Reformen' in Deutschland.

Die derzeitigen Veränderungen werden politisch in Frage gestellt und angefochten. Volker Eick hat hier auf der Konferenz eine präzise Analyse der Widersprüche und Gefahren gemacht, die den neuen Arbeitsmarktprogrammen für Organisationen des Dritten Sektors innewohnen (vgl. auch Eick, Maayer, Sambale 2003 und die Zusammenstellung von Engelen-Kefer 2004). Historisch gesehen haben sich die Organisationen des Dritten Sektors jedoch in neuen politischen Kontexten immer wieder hartnäckig angepasst, umgestellt und neu erfunden. Dies liegt wohl an ihrer Funktion als *reformistische Organisationen*. Hier wiederum bin ich der Meinung, dass diese Annahme dabei hilft, einen Konzept für Lernen und Vergleiche zu finden. Die verschiedenen Wohlfahrtssysteme in ganz Europa bieten unterschiedliche Chance und Gefahren. Es kann hilfreich sein, die Rolle des Dritten Sektors als 'reformistischen' zu betrachten und gleichzeitig wahrzunehmen, dass es Zeiten des Widerstands und Zeiten der Kooperation gibt.

Zum Beispiel hat Mintzberg (1999) über 'missionarische Organisationen' geschrieben. Kurz zusammengefasst spricht er von mindestens drei Typen - obwohl natürlich keine Organisation einen dieser Typen in seiner Reinform darstellt. Erstens gibt es die 'Kloster'-Organisationen - die an Klöster erinnern, weil durch sie Menschen dazu angehalten werden, die 'Botschaft' aufzunehmen und sich selbst als Individuen zu ändern (eine autarke Kommune wäre hier ein Beispiel); reformierende Organisationen haben das Ziel, bestehende Institutionen zu verändern; Ziel der Revolutionäre ist, Mitglieder für die Sache zu gewinnen, um das Wesen von Institutionen/Sozialstrukturen zu verändern. Ich würde behaupten, dass ein Großteil der Dritt-Sektor-Organisationen im Rahmen der

zweiten, 'reformierenden' Kategorie operieren. Wie Mintzberg deutlich macht, ist das Problem der Organisationen des reformierenden Typs die Spannung zwischen zu großer Nähe zur Staatsgewalt (mit dem Risiko einer Einverleibung) und zu großer Entfernung davon (mit dem Risiko, im Sinne der Debatte irrelevant und daher unfähig zu sein, Einfluss zu nehmen und zu verändern). Dies ist ein Problem, mit dem Dritt-Sektor-Organisationen regelmäßig konfrontiert sind, wenn radikale Veränderungen an Strukturen oder Prinzipien stattfinden.

3. Fachwissen des Dritten Sektors: Durchsetzen von Forderungen

Wir mögen wohl nach Anerkennung als Sektor streben, jedoch kann es passieren, dass ein solches Ansehen, und der damit verbundene „Wohlstand“, auch mit gewissen Nachteilen verbunden ist.

In Großbritannien hat diese *Anerkennung* aber einige Implikationen: einen hohen Grad an Kontrolle der Dritt-Sektor-Organisationen; Techniken des *New Public Sector Management*; der Dritte Sektor wird ausschließlich als Umsetzungsmechanismus für staatliche Programme angesehen; und schließlich die vorgeschlagene Einführung einer 'Gemeinnützigkeitsprüfung' für Organisationen des Dritten Sektors. Marilyn Taylor hat in ihrem Vortrag einige dieser Punkte berührt. Auch wenn die Rolle des Sektors in der Lobbyarbeit und Fürsprache sowie unterschiedliche Organisationsformen nicht verboten sind, werden sie doch ganz einfach ignoriert (dies hat Thomas Wex gestern betont). Der Staat fördert aus Eigeninteresse (finanziell) die Dynamik des ehrenamtlichen Engagements, aber oft zu seinen eigenen Bedingungen. Das Beispiel Großbritanniens dient als Warnung, weil die Gefahr besteht, dass der marktwirtschaftliche Ansatz für Wohlfahrtsarbeit auf dem europäischen Kontinent als 'Lösung' angesehen wird. In Großbritannien spielt der Dritte Sektor eine zentrale Rolle, weil auf ihn die Aufgaben des Staates abgewälzt werden können. Es ist interessant gehört zu haben, wie der Referent von der EU vom Interesse am Dritten Sektor sprach und davon, wie 'er sich entwickeln muss'. Natürlich um den Anforderungen des Arbeitsmarks und den Zielen der EU und nationalen Plänen entsprechen zu können und nicht weil er bürgerschaftliches Engagement transportiert oder eine Form des Ausdrucks von Solidarität ist.

Das Risiko hier ist, den Dritten Sektor in einer Rolle des rein ausführenden, nützlichen Dienstleisters zu sehen - der politische Ziele umsetzt, aber wenig weitergehenden Einfluss hat, unter Verlust eines Teils des Mehrwerts, den der Dritte Sektors im Rahmen der Sozialen Arbeit verschaffen könnte.

Werfen wir einen Blick auf Organisationen des Dritten Sektors und ihre Aktivitäten für Beschäftigungsförderung. Wir haben zum Beispiel durch das EMES-Forschungsprojekt in Großbritannien - und auch in Irland - (Spear u. Aiken 2003; O'Shaughnessy, Spear u. Aiken 2004) herausgefunden, dass die Organisationen eine Reihe verschiedener Motivationen zur Arbeitsmarktintegration hatten. Jeweils für einige der Organisationen:

(1) War Arbeitsintegration **der Hauptzweck der Organisation** (CREATE in London bot kurzfristige Ausbildungsgänge für junge Arbeitslose an; es wurden Elektrogeräte repariert und verkauft, um das Projekt teilweise zu finanzieren).

(2) War Arbeitsintegration **ein Teil einer viel breiter angelegten Aufgabe** mit Umwelt-, Sanierungs- oder Ausbildungszielen - dies war der Fall bei FRC in Liverpool (Dienstleistungen auf den Gebieten Möbel, Abfall und Zustellung in Liverpool, mit Arbeitskräften aus benachteiligten Gruppen), wie auch bei sozialen Projekten wie *Factory* und Kooperativen wie *Magpie*, deren Arbeitskräfte an der Haustür Recyclingstoffe sammeln.

(3) Stellten Beschäftigungsbetriebe Arbeitsplätze; dies war jedoch **nicht das wichtigste Ziel** - die Organisationen benötigten Arbeitskräfte und nutzten Arbeitsbeschaffungsprogramme, um diese zu erhalten.

Die Gefahren sind speziell für Organisationen in Gruppe (3) besonders groß, da sie dadurch von ihrem eigentlichen Zweck - z.B. künstlerische Organisationen - abgehalten werden, dass sie im Auftrag des Staates die Rolle eines Arbeitgebers übernehmen. Dies entzieht ihnen wiederum beim Erreichen ihres eigentlichen Ziels Energie und Ressourcen. Für Organisationen unter (1) und (2) bestehen die Gefahren eher darin, dass sich in ihren Programmen für Arbeitsmarktintegration die Beziehung zu den Auszubildenden verschiebt. Dies gilt insbesondere dann, wenn letztere unter dem Zwang einer neuen Politik möglicherweise unwillig und verärgert teilnehmen und von der Trägerorganisation überwacht werden.

Ein weiterer Punkt sollte hier angesprochen werden, nämlich der Mix der finanziellen Ressourcen. In der Göttinger Untersuchung wird klar herausgearbeitet, wie eine Finanzierung von Organisationen des Dritten Sektors im Kontext einer möglichen Kürzung staatlicher Unterstützung stabilisiert werden kann. Es ist interessant, die Frage des Ressourcenmixes in unseren eigenen Forschungen anzusehen. Große Hoffnungen werden darauf gesetzt, dass die Organisationen finanziell unabhängig werden. Es gibt tatsächlich einige Organisationen mit Grundbesitz, einige die in der Sanierung tätig sind, die dazu in der Lage sind und ihre Ziele damit verwirklichen können. So konnten Räume für ein Ladencafé oder ein *seedbed* - einen Ort mit gesichert niedrigen Mieten für Kleinunternehmen - etc. entstehen und damit wiederum Quer-Unterstützungen für andere soziale Projekte. Dies sind die Erben meines Hausbesetzer-Beispiels von vorhin: Hier sind Organisationen entstanden und Ideen ausgearbeitet worden, die sich in der *Development Trust Association* in Großbritannien engagieren. Für manche Organisationen sieht die Realität jedoch anders aus: Arbeit mit Frauen, die Opfer von Gewalt sind, oder mit von Folter traumatisierten Asylbewerbern wird sich kaum in der gleichen Weise „vermarkten“ lassen. Organisationen dieser Art haben einen im Verhältnis hohen Personalbedarf: Die Unterstützung von ehemaligen Strafgefangenen, die niemals gearbeitet haben, durch Ausbildung und Beschäftigung ist ein weiteres Beispiel hierfür.

In unserer Untersuchung haben wir unter „*resource mix*“ für Soziale Betriebe verschiedene Typen von 'Finanzmischen' für verschiedene Arten von Dritt-Sektor-Organisationen erstellt. Diejenigen, deren Ziel es war, stark benachteiligten Gruppen Arbeit zu bieten, wofür viel Unterstützung nötig war und deren zu Beschäftigende nicht ausgebildet war, benötigten starke Unterstützung durch den öffentlichen Sektor. Die Zahlen der Organisationen in Göttingen unterscheiden sich kaum von einigen unserer Ergebnisse in der Hinsicht, dass bei manchen Typen Sozialbetrieben die für den Arbeitsmarkt qualifizieren, fast die Hälfte der Ressourcen aus dem öffentlichen Sektor stammt (Spear u. Aiken 2004). Auch in der lokalen Untersuchung, aus der ich zu Beginn dieses Vortrags zitiert habe, ergeben sich vergleichbare Zahlen: Üblich ist, dass 50% der Einkünfte aus Ressourcen des öffentlichen Sektors stammten.

In diesem Vortrag ging es viel um Lernen, Kontexte und Ressourcen. Zum Schluss sollten wir uns kurz wenigstens noch an eine der sehr wichtigen Eigenschaften des Sektors erinnern. Es besteht innerhalb des Sektors - häufig nicht bewusst angeeignetes - Fachwissen. Dieses einmalige Potential sollte in der politischen Auseinandersetzung vielleicht stärker betont werden. Es ist wichtig, dass der Sektor das fordern sollte, was er braucht (wir erinnern uns an das Innovationsdenken im Rahmen von SNM). In anderen Branchen würde eine innovative Organisation, die neue Pflichten auf sich nehmen soll, wohl Subventionen, Grundbesitz, Zuwendungen von Ressourcen oder Steuerbefreiungen erhalten. Wissensnetzwerke, ob von Wissenschaftlern oder Praktikern, müssen aber auch finanziert werden. Insgesamt benötigt der Dritte Sektor besondere Unterstützung. Aus diesem Grund sollten einige der in Göttingen entwickelten Gedanken zu *instruments and effects* für eine Stabilisierung des Dritten Sektors unter den Praktikern aus dem Sektor diskutiert und auch auf kommunaler, Landes- und Bundesebene ernst genommen werden, mit dem Ziel, einen Sektor im Wandel konkret unterstützen zu können.

Literaturverzeichnis

- Aiken, M. (2004) Where does bottom-up end? Exploring tensions and dilemmas in community-led approaches within regeneration programmes, NCVO Research Conference, Sheffield Hallam University, UK, 1-2/09/2004.
- Aiken, M. and Spear, R. (2003) Gateways into employment: third sector organisations working with people disadvantaged in the labour market, NCVO Research Conference, University of Central England, Birmingham, 2.-3. September 2003.
- Bode, I u. Aiken, M. (2004) Non-profit organisations tackling unemployment in Germany and the UK: Vigorous independent enterprises meeting social needs or the emergence of 'entrepreneurial not-for profits with limited social liability'? VSSN Conference Paper, 12. Mai 2004, Manchester University.
- Bramwell, P. (2003) Economic Social Audit of the Community and Voluntary Sector in Brighton and Hove, Brighton and Hove Dialogue 50/50 Group, Voluntary Sector Forum, Community Base, Queens Road, Brighton BN1, UK.
- Defourny, J. u. Borzaga, C. (2001) *The Emergence of Social Enterprise*, Andover, UK: Routledge.
- Eick, V., Mayer, M. u. Sambale, J. (2003) From Welfare to Work: non-profits and the workfare state in Berlin and Los Angeles, Arbeitspapier Nr. 1 des Fachbereichs Politikwissenschaft, J.-F.-Kennedy-Institut, Freie Universität Berlin.
- Engelen-Kefer, U. (Hrsg.) (2004) *Reformoption Bürgerversicherung: wie das Gesundheitssystem solidarisch finanziert werden kann*, Hamburg: VSA Verlag.
- Gaventa, J. (2001) *Towards Participatory Local Governance: six propositions for discussion*, Working Paper delivered for the Ford Foundation LOGO Program Officers Retreat, Sussex UK, June 13th - 15th 2001, Institute of Development Studies, Sussex.
- Gilchrist, A. u. Taylor, M. (1997) 'Community Networking: developing strength through diversity' in *Contested Communities*, Hrsg.: Hogget, P., Bristol: Policy Press.
- Kemp, R. Schot, J. u. Hoogma, R. (1998) 'Regime Shifts to Sustainability through Processes of Niche Formation: the approach of strategic niche management,' *Technology Analysis and Strategic Management* 10:2.
- Mintzberg, H. (1999) 'Ideology and the Missionary Organisation', in *The Strategy Process (revised European Edition)*, Ed. Mintzberg, H., Quinn, J-B, Ghosal, S. London: Prentice Hall.
- Nonaka, I. u. Takeuchi, H. (1995) *The Knowledge Creating Company: how Japanese companies create the dynamics of innovation*, Oxford: OUP.
- O' Shaughnessy, M., Spear, R. u. Aiken, M. (2004) How do government policies and programmes impact on third sector organisations offering work opportunities for disadvantaged workers? Lessons from research into organisations in Ireland and the UK, NCVO's 10th Researching the Voluntary Sector Conference, Sheffield, Hallam University, UK, 1-2/09/2004.
- Pawson, R. u. Tilley, N. (1997) *Realistic Evaluation*, London: Sage.
- Putnam, D. (1993) *Making Democracy Work*, Chichester: Princeton University Press.
- Spear, R. u. Aiken, M. (2004) Where does the money come from? Lessons from research into the income streams of UK Social Enterprises, Conference paper at the Social Enterprise Research Conference, Open University, 2.-3. Juli 2004, Milton Keynes.

Whyte, W.F. u. Whyte K.K. (1991) Making Mondragon: the Growth and Dynamics of the Worker Co-operative Complex, New York: Ithaca.

Zoom e.V.; BUPNET; Beschäftigungsförderung Göttingen; Europäische Union (2004) Overview of Proposals' and 'Instruments and Effects' at: <http://www.instrumentsandeffects.de/>

Anhang

Memorandum für eine zukunftsfähige, gemeinwohlorientierte Weiterentwicklung des Dritten Sektors

Präambel

Der technisch wissenschaftliche Fortschritt der letzten Jahrzehnte hat unsere Gesellschaft erneut vor politische Herausforderungen von erheblicher Dimension gestellt. Die technischen Rationalisierungsschübe in der industriellen Produktion sowie in den klassischen Verwaltungsdienstleistungen haben zum millionenfachen Abbau von Arbeitsplätzen in diesen Bereichen geführt und die Struktur der Arbeitswelt tiefgreifend verändert mit weitreichenden Folgen für die gesamte Gesellschaft.

Um im Kontext dieser strukturellen Umwälzungen soziale Gerechtigkeit und demokratische Verfasstheit unserer Gesellschaft zukunftsfähig zu machen, bedarf es weitreichender Reformen, die diesen technischen Fortschritt in sozialen Fortschritt transformieren.

Diese Reformen werden nicht ohne eine Einbeziehung des Dritten Sektors in ein gesellschaftliches Reformprogramm gelingen. Die Forschungen der letzten Jahre zum Dritten Sektor zeigen seine Relevanz für ein zukunftsfähiges gesellschaftliches Reformprogramm zweifelsfrei auf. So sind im Dritten Sektor ca. 1,4 Millionen Erwerbsarbeitsplätze - vor allem in sozialen, Gesundheits- und in Bildungseinrichtungen - angesiedelt.

Das entspricht einem Anteil von knapp 5 % der Gesamtbeschäftigung. Im Durchschnitt kommen auf drei Beschäftigte im Dritten Sektor zwei ehrenamtlich Tätige¹⁹. Diese Zahlen skizzieren einerseits die arbeitsmarktpolitische Bedeutung des Dritten Sektors und andererseits seine gesellschaftspolitische Bedeutung als Ort bürgerschaftlichen Engagements, als Ort der Erstellung von öffentlichen, sozialen und Bildungsdienstleistungen, als Ort, an dem Erwerbsarbeit und ehrenamtliche Arbeit zu einer sinnvollen gegenseitigen Ergänzung gelangen, sowie als Ort gesellschaftlicher Reflexion und Integration, als Ort demokratischer Interessenaushandlung und praktischen Engagements im Blick auf ökologische, sozialpolitische und andere relevante öffentliche Fragestellungen.

Die in der gegenwärtigen Politik vorherrschende einseitige Ausrichtung auf den marktwirtschaftlichen Sektor - insbesondere auf die Interessen der so genannten Global Player - wird dagegen die oben angesprochenen Reformen nicht leisten. Denn die psychologische Basis der modernen Ökonomie ist die Aktivierung des Eigennutzes, die soziale Basis ist das Prinzip der Konkurrenz aller Individuen miteinander. Die Aussicht auf den eigenen Nutzen gilt als zentrale innere Leistungsmotivation für das Individuum, das Konkurrenzprinzip als zentrale externe Leistungsmotivation, die im Ergebnis zu einer effizienten und leistungsfähigen Güterproduktion und -verteilung führen sollen. Als steuernde und zielführende Handlungslogik für den Wirtschaftssektor ergibt sich daraus *Profit orientiertes Handeln*.

Adam Smith, einer der Vordenker der modernen Ökonomie am Übergang vom Feudalismus zum Industriezeitalter, ging es als Moralphilosoph primär um die Frage, wie die Güterproduktion so gesteigert werden kann, dass eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung sichergestellt werden kann, um den seinerzeitigen Hunger in vielen Gesellschaften Europas zu überwinden - was eine durchaus am Gemeinwohl orientierte Zielvorgabe darstellt. Aus seinem historischen Kontext heraus gelangte A. Smith zu der Annahme, eine Aktivierung des Eigennutzes aller Individuen einer Gesellschaft - angestoßen durch eine produktivitätssteigernde Forcierung der (gesellschaftlichen) Arbeits-

¹⁹ Gerechnet in Vollzeitäquivalenten. Vgl.: E. Priller / A. Zimmer / H. K. Anheier: Der Dritte Sektor in Deutschland. In: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament. B 9/99, 26. Februar 1999.

teilung - ergebe in der Summe eine Zunahme des Gemeinwohls, den „Wohlstand der Nationen“, der für ihn gleichbedeutend war mit der Überwindung materieller Not.

Tatsächlich hat die Aktivierung von Eigennutz und das Konkurrenzprinzip zu einer immensen Steigerung der Produktivität in den westlichen Gesellschaften geführt. Doch die Skandale um Enron, Mannesmann/Vodafone, Parmalat so wie das Platzen der Spekulationsblasen der New Economy verdeutlichen, dass die Aktivierung des Eigennutzes keineswegs - wie Adam Smith erwartet hat - aus sich heraus zur Mehrung des Gemeinwohls führt, sondern ein ambivalenter Prozess ist, der auch eine destruktive Richtung einschlagen kann und daher politischer Regulierungen bedarf: Die genannten Skandale sind Synonyme für Maßlosigkeit, Selbstüberschätzung und kriminelle Regelverstöße und veranschaulichen beispielhaft, welche Fehlentwicklungen eine Überbetonung des Eigennutzes bzw. der Profitorientierung als Handlungslogik zeitigt.

Ebenso zeigen die Probleme der Stromversorgung in Teilen der USA und Italien in den vergangenen Monaten, die chaotischen Zustände des öffentlichen Verkehrssystems in Großbritannien und die Probleme im Bereich der Wasserversorgung in einigen südamerikanischen Ländern infolge von Privatisierungen, dass die auf Individualinteressen aufbauende Privatwirtschaft aufgrund ihrer spezifischen Handlungslogik nicht in der Lage ist, eine kontinuierliche und flächendeckende Versorgung mit öffentlichen Gütern und Leistungen sicherzustellen - also das Funktionieren einer Gesellschaft sicher zu stellen, zur Mehrung des Gemeinwohls beizutragen und sozial gerechte Verhältnisse zu schaffen.

Die zuvor genannten Fehlentwicklungen im Wirtschaftssektor machen deutlich, dass der Wirtschaftssektor nur dann sinnvoll funktionieren kann, wenn er in einen umfassenderen gesellschaftlichen Kontext eingebunden ist. Denn es gelingt ihm gerade nicht, die für eine humane Gesellschaft nötigen Werte zu generieren.

Eigennutz und Konkurrenz stimulieren zwar Produktivkräfte, fördern aber weder das Zusammenleben von Menschen in einer Gesellschaft noch demokratische Beteiligungsformen noch das Gemeinwohl noch sozial gerechte Verhältnisse.

Ohne Solidarität, ohne Kooperation, ohne Partizipation an der Gestaltung gesellschaftlicher Prozesse ist eine humane, demokratische und sozial gerechte Gesellschaft nicht denkbar. Um diese Werte zu generieren und lebendig zu halten, bedarf es eines entsprechenden gesellschaftlichen Rahmens. Diesen Rahmen bietet der Dritte Sektor als Gemeinwohl orientierter Sektor. Der Dritte Sektor muss daher eine wesentlich zentralere Rolle in der Reformdebatte spielen. Dieses Memorandum will dazu beitragen.

Eine Reform-Agenda für den Dritten Sektor

Sowohl der Dritte Sektor (Nonprofit-Sektor) als auch der Staat²⁰ mit seinen Einrichtungen stellen gemeinwohlorientierte Dienstleistungen bereit. Sie folgen dabei jeweils eigenen Handlungslogiken²¹.

²⁰ Insgesamt werden drei gesellschaftliche Handlungsbereiche unterschieden, die als Sektoren bezeichnet werden:

Der Bereich der Wirtschaft als 1. Sektor, der staatliche Bereich als 2. Sektor und seit Ende der 60er Jahre des 20. Jahrhunderts wird der Bereich der Nonprofit-Aktivitäten und ehrenamtlicher Tätigkeiten als eigenständiger Dritter Sektor klassifiziert. Diese Aufteilung der Gesellschaft in Sektoren ist zu unterscheiden von den drei ökonomischen Sektoren, dem primären (Land- und Forstwirtschaft, Fischerei), dem sekundären (industrieller Sektor) und dem tertiären Sektor (Dienstleistungssektor), die in ihrer historischen Interpretation jeweils bestimmte Entwicklungsstufen einer Volkswirtschaft bezeichnen: Agrargesellschaft, Industriegesellschaft und Dienstleistungsgesellschaft als die höchste ökonomische Entwicklungsstufe.

²¹ Handlungslogik bezeichnet in diesem Zusammenhang die im ordnungspolitischen Rahmen zum Ausdruck gebrachten und durch die entsprechenden Gesetze und Verordnungen bevorzugte handlungsleitende Motivation der im jeweiligen Sektor tätigen Personen.

Der staatliche Sektor folgt der Handlungslogik „Administration“. Das meint, dass das primäre Ziel staatlichen Handelns die Umsetzung und Observanz parlamentarischer Entscheidungen im Rahmen der öffentlichen Verwaltung ist. Das schließt die Ausübung des staatlichen Machtmonopols zum Zwecke des Erhalts der öffentlichen Ordnung und die Erbringung öffentlicher Daseinsvorsorge ein.

Der Dritte Sektor folgt einer Handlungslogik, die sich in Anlehnung an Gerd Mutz²² mit den Begriffen Engagement, gemeinwohlorientiertes soziales Handeln, Gestaltung gesellschaftlicher Verhältnisse, Verantwortung und Partizipation umschreiben lässt. Dieser Bereich der Gesellschaft lässt sich als Zivilgesellschaft bezeichnen.

Im Zuge der Entwicklung einer Dienstleistungsgesellschaft entstehen seitens des Wirtschaftssektors Begehrlichkeiten, sich der Dienstleistungserstellung des staatlichen und des Dritten Sektors zu bemächtigen und den Wirtschaftssektor in die beiden anderen Sektoren hin auszuweiten. Dabei sollen Erbringung und Distribution dieser Leistungen der Logik des Marktes folgen.

Mit dieser Entwicklung werden sowohl wirtschaftliche wie auch allgemeine gesellschaftliche Fragestellungen berührt. Unter ökonomischem Gesichtspunkt gilt, dass bei weitem nicht alle Dienstleistungen des staatlichen und des Dritten Sektors marktfähig sind bzw., wenn sie in eine Marktfähigkeit hineingepresst werden, die Gefahr besteht, dass sie von ihrer eigentlichen Qualität verlieren oder sie ganz einbüßen. Deshalb ist es zum einen für einen Teil nicht wünschenswert, sie dem Markt zu überlassen. Zum anderen sind die Handlungslogiken des staatlichen und des Dritten Sektors für die Handlungsfähigkeit eines sozialen Rechtsstaates existenznotwendig.

Die Entwicklung der Dienstleistungsgesellschaft, die auf internationaler Ebene durch das GATS²³ einen rechtlichen Rahmen erhalten soll, bringt die Balance der drei Sektoren zunehmend in eine Schiefelage mit weitreichenden Folgen für eine sozial gerechte und menschenwürdige Organisation einer Gesellschaft.

Als zentrale politische Notwendigkeit ergibt sich daraus, die drei genannten Sektoren in eine neue funktionsfähige Balance zu bringen. Ziel einer in diesem Kontext erfolgenden Weiterentwicklung des Dritten Sektors ist die Stärkung der Zivilgesellschaft, die Stabilisierung und Förderung der arbeitsmarktpolitischen Bedeutung des Dritten Sektors sowie eine verlässliche und nachhaltige Organisation einer qualitativ hochwertigen Erstellung und bedarfsgerechten Allokation öffentlicher Güter und Dienstleistungen, soweit sie nicht in den Bereich staatlicher Daseinsvorsorge und hoheitlicher Aufgaben gehören. Dazu bedarf es einer breit angelegten öffentlichen Debatte, in die das GATS einzubeziehen ist.

Zugespitzt auf den Dritten Sektor ergeben sich folgende politische Handlungsbedarfe:

- Die Neustrukturierung des ordnungspolitischen Rahmens auf intersektoraler Ebene.
- Die Neustrukturierung des ordnungspolitischen Rahmens auf innersektoraler Ebene des Dritten Systems.
- Die Neustrukturierung der Finanzierung des Dritten Systems.

²² Hier wird auf eine Beschreibung von Gerd Mutz zurückgegriffen, die er im Rahmen eines Workshops zum Thema Kirche als Agentur des Dritten Systems vorgetragen hat. Dieser Workshop fand am 06. Februar 2003 im Haus Landeskirchlicher Dienste in Dortmund statt. Veranstalter war der Kirchliche Dienst in der Arbeitswelt (KDA). Mit Gerd Mutz (MISS; München) haben Eckhard Priller (WBZ, Berlin) und Sigrid Betzelt (Universität Bremen) an dem Workshop mitgewirkt.

²³ GATS = General Agreement on Trade in Services der World Trade Organisation (WTO)

Die Neustrukturierung des ordnungspolitischen Rahmens auf intersektoraler Ebene

Gerade im Kontext der Konstruktion einer Dienstleistungsgesellschaft ist eine *öffentliche* Diskussion über den Umgang mit *öffentlichen* Gütern und Dienstleistungen und ihrer sektoralen Zuordnung dringend erforderlich.

- Klare Festlegung, welche Aufgaben und Leistungen künftig in welchem Sektor und damit nach welcher Handlungslogik erbracht und zur Verfügung gestellt werden sollen.
- Das Verhältnis zwischen Wirtschaftssektor und Dritten Sektor ist durch eine Neudefinition der Gemeinnützigkeit klar zu regeln: Nicht Gewinnverzicht, sondern die Gewinnnutzung sollte zum Hauptdifferenzkriterium zwischen diesen beiden Sektoren werden.

Die Zulassung von Gewinnen auch im Dritten Sektor stärkt die Organisationen dieses Sektors. Der Ausschluss einer privaten Gewinnverwendung schließt hingegen die Handlungslogik des Wirtschaftssektors - jedenfalls im Sinne einer privaten Profitvermehrung - aus dem Dritten Sektor aus und lässt ihm damit seine eigenen Handlungslogiken.

- Abgrenzung von staatlicher Daseinsvorsorge zum Dritten Sektor / zivilgesellschaftlichem Engagement.

Das unserer Sozialordnung zugrunde liegende Subsidiaritätsprinzip wird seit geraumer Zeit durch Politik und Wirtschaft von einem bürgerschaftlichen Beteiligungsrecht in eine Strategie zur Verlagerung ökonomischer Risiken auf die individuelle Ebene umgedeutet. So sollen beispielsweise im Rahmen der so genannten AGENDA 2010 Bürgerinnen und Bürger deutlich stärker zur privaten Absicherung von Gesundheitsrisiken und Altersversorgung gezwungen werden (was eine Marktausweitung zu Gunsten der privaten Versicherungsdienstleister und zu Lasten der öffentlichen sozialen Sicherungssysteme bedeutet). In ähnlicher Weise wird das Risiko der Arbeitslosigkeit individualisiert.

- Doch diese großen Lebensrisiken - Krankheit / Invalidität; Arbeitslosigkeit; Alter - können weder auf individueller noch allein auf zivilgesellschaftlicher Ebene aufgefangen werden. Vielmehr sind diese Risiken, da sie in der arbeitsteiligen Organisation unserer Gesellschaft selbst gründen, mit dem Ziel der Wahrung der Menschenwürde zumindest als eine auskömmliche Grundsicherung durch öffentliche Sicherungssysteme abzusichern. Erst unterhalb dieser Ebene kann zivilgesellschaftliches Engagement sinnvoll und wirkungsvoll zum Zuge kommen. Zur Abgrenzung dieser Ebenen bieten sich als Differenzkriterium die so genannten großen Lebensrisiken Krankheit / Invalidität, Arbeitslosigkeit, Alter an, wie sie z.B. in der 1973 erschienenen Denkschrift der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) „Die soziale Sicherung im Industriezeitalter“ (in: Die Denkschriften der Evangelischen Kirche in Deutschland, Soziale Ordnung, Bd. 2/1, Gütersloh 1986, 2. Aufl., S. 125 f.) beschrieben sind.

Weitere Bereiche der staatlich anzusiedelnden Daseinsvorsorge sind alle Bereiche einer absoluten Grundversorgung, wie z.B. Wasserversorgung, Energieversorgung, öffentliche Verkehrssysteme, öffentliche Sicherheit, Schulbildung (im Interesse einer ergebnisorientierten Chancengleichheit).

- Umwidmung vorhandener nicht direkt sichtbarer Förderungen und Subventionen des Dritten Sektors aus Arbeitsmarktprogrammen u.ä. in eine dauerhafte, offene, politisch bewusste und berechenbare öffentliche Förderung des Dritten Sektors. Damit ist eine stärkere Planbarkeit und Kalkulierbarkeit der den Dritte-Sektor-Organisationen zur Verfügung stehenden Mittel zu erreichen. Gleichzeitig ist die Transparenz bei der Verwendung der Mittel zu erhöhen.

Die Neustrukturierung des ordnungspolitischen Rahmens auf innersektoraler Ebene des Dritten Systems²⁴

Die Rechtsgrundlagen für den Dritten Sektor in Deutschland bilden eine kaum zu überblickende Zahl von Einzelregelungen aus ganz unterschiedlichen Rechtsbereichen. Die wesentlichen Rechtsbereiche sind das Vereinsrecht, das Stiftungsrecht von Bund, Ländern und den Kirchen, das Genossenschaftsrecht, das Steuerrecht und das Zuwendungsrecht der Haushaltsgesetze von Bund, Ländern und Kommunen. Diese Regelungen sind im Laufe der letzten 150 Jahre entstanden und wurzeln zum Teil in einem vordemokratischen Staats- und Gesellschaftsverständnis und zielen somit eher auf eine Kontrolle und Beschränkung bürgerschaftlicher Aktivitäten statt auf ihre Förderung und Entfaltung. Zudem stellt die Vielzahl der Einzelregelungen als solche ein Problem dar: Sie ist für die Akteure des Dritten Sektors unüberschaubar und teils widersprüchlich und in der alltäglichen Praxis nur sehr schwer und mit einem erheblichen Verbrauch an personellen und finanziellen Ressourcen handhabbar.

Daraus ergeben sich folgende innersektorale Reformbedarfe:

- Schaffung eines eigenständigen Gesetzes²⁵ als Rechtsgrundlage für den Dritten Sektor. Darin ist folgendes zu regeln:

- Definition der Handlungsprinzipien des Dritten Sektors.

Sozialökonomie (d.h. wirtschaften zu gesellschaftlich nützlichen Zielen; Umgang mit öffentlichen Gütern und Dienstleistungen) anstelle von Profitmaximierung; Verbot der privaten, individuellen Gewinnverteilung zugunsten einer Pflicht zur Reinvestition von Überschüssen bzw. Gewinnen; Partizipation der Nutzer von Leistungen und innerorganisatorische demokratische Entscheidungsstrukturen.

- Definition gemeinnütziger Tätigkeiten.

Als Vorbild kann die Diskussion zur Neudefinition von „charity“ in Großbritannien dienen:

„Eine charity sollte neu definiert werden als eine Organisation, die dem Gemeinwohl dient und eines oder mehrerer der folgenden Ziele verfolgt: 1) Die Vermeidung und Erleichterung von Armut. 2) Die Förderung von Bildung. 3) Die Förderung von Religion. 4) Die Förderung der Gesundheit. 5) Die Förderung von Gesellschaft und Gemeinwesen. 6) Die Förderung von Kultur, Kunst und Kulturerbe. 7) Die Förderung des Amateursports. 8) Den Einsatz für Menschenrechte, Konfliktlösung und -aufarbeitung. 9) Die Förderung von Umweltschutz und Verbesserung der Umweltqualität. 10) Andere Zwecke, die dem Gemeinwohl dienen.“²⁶

Eine solche Regelung schafft überprüfbare und berechenbare Rahmenbedingungen für die Dienstleistungswirtschaft und für den Dritten Sektor, und verhindert zugleich, dass dem Dritten Sektor nur die wirtschaftlich uninteressanten Arbeitsfelder bleiben.

Die definierten Bereiche schaffen dem Dritten Sektor Handlungsräume in Analogie zum klassischen Subsidiaritätsprinzip.

²⁴ Vergl. dazu insbesondere die Analysen und Vorschläge von Sigrid Betzelt, Universität Bremen.

²⁵ Vergl. das italienische Gesetz über die "Organizzazione Non Lucrativa di Utilità Sociale" (ONLUS). Einen kurzen Überblick dazu gibt Gian Paolo Barbetta in seinem Beitrag "Italiens Dritter Sektor auf Konsolidierungskurs". In E. Priller / A. Zimmer (Hg.): Der Dritte Sektor international. Mehr Markt - weniger Staat? edition sigma, Berlin 2001, S. 101 - 120.

²⁶ Private Action, Public Benefit. A Review of Charities and the Wider Not-For-Profit Sector. Strategy Unit Report, September 2002. Deutsch: Bertelsmann Stiftung, Mai 2003. Seite 4 f.

- Definition eines kohärenten und rechtssicheren steuerrechtlichen Status¹ der Organisationen²⁷ des Dritten Sektors.
- Neustrukturierung der klassischen Organisationsformen des Dritten Sektors: Verein - Genossenschaft²⁸ - Stiftung.

Erforderlich sind hier insbesondere in Bezug auf Transparenz und demokratische Legitimation verbesserte Handlungsmöglichkeiten der Entscheidungsorgane; die Ermöglichung wirtschaftlicher Tätigkeiten nach der spezifischen Handlungslogik des Dritten Sektors mit dem Ziel der Schaffung von Erwerbsarbeitsplätzen für Vereine; die Zulassung von Genossenschaften mit sozialen und ideellen Zielen (das bedeutet, das die reine marktwirtschaftliche Ausrichtung der Genossenschaften in Deutschland zu revidieren ist!) sowie eine Vereinfachung der Gründungsmodalitäten für Genossenschaften; Vereinheitlichung und Vereinfachung des Stiftungsrechts; die Schaffung handhabbarer förder- und steuerpolitischer sowie buchhalterischer Rahmenbedingungen, die auch den Ressourcen kleinerer Organisationen angemessen sind.

- Verpflichtung der Akteure des Dritten Sektors zur Transparenz durch jährliche öffentliche Berichterstattung über Aktivitäten und Finanz- und Vermögenslage - bei der Verwendung öffentlicher Gelder auf der Grundlage von Zielvereinbarungen.

Dies ist im Gegenzug zu einer Straffung und Vereinfachung der Rechtsformen von Vereinen, Genossenschaften und Stiftungen kompensatorisch erforderlich. Zugleich wird damit erreicht, dass die Arbeit der Akteure im Dritten Sektor auf einem angemessenen qualitativen Niveau erfolgt.

- Definition eines einheitlichen, rechtssicheren, transparenten Zuwendungsrechts seitens der öffentlichen Hand, das den Akteuren des Dritten Sektors eine mittel- und langfristige Planung ermöglicht. Dazu gehört insbesondere die Ablösung des Gebots der zeitnahen Mittelverwendung sowie des bisherigen Prinzips der Fehlbedarfsfinanzierung durch die Zulassung einer Kombination aus öffentlichen Fördermitteln, Sponsoring, Spenden, Mitgliedsbeiträgen und eigen erwirtschafteten Mitteln, die den Aufbau von Rücklagen zur Kompensation von Einnahmeausfällen, für Eigenmittel für Projekte und für größere Investitionen ermöglicht. Ebenso gehört dazu eine sinnvolle Neubestimmung des Verhältnisses von Projektfinanzierung und Infrastrukturfinanzierung, da allein aus Projektfinanzierungen eine Infrastrukturfinanzierung nicht möglich ist (oder bestenfalls sehr großen Organisationen, die noch über weitere Einnahmequellen verfügen). Ohne eine vorhandene Infrastruktur sind Projekte aber nicht realisierbar.
- Vereinbarung eines Vertrages zwischen der Regierung und dem Dritten Sektors, in dem
 - die Grundsätze zum Selbstverständnis des Dritten Sektors beschrieben sind sowie das Verhältnis zwischen dem Dritten Sektor und dem Staat (was die Anerkennung des Dritten Sektors als eigenständigem Sektor beinhaltet);
 - die Verpflichtungen des Staates gegenüber dem Dritten Sektor;
 - die Verpflichtungen des Dritten Sektors gegenüber Staat und Öffentlichkeit.

²⁷ Vergl. auch hierzu die Ausführungen von Gian Paolo Barbetta zum italienischen Gesetz über die "Organizzazione Non Lucrativa di Utilità Sociale" (ONLUS). A.a.O.

²⁸ Vorbildhaft sind z.B. die sozialen Genossenschaften in Italien, die gesetzlich verankert sind.

Als Vorbild für die Vereinbarung eines solchen Vertrages kann der Compact der Labor-Regierung mit dem Dritten Sektor in Großbritannien von 1998 dienen. Er ist als Anhang diesem Memorandum beigefügt.

Mit diesen inter- und innersektoralen Regelungen lassen sich Wettbewerbsfragen fair und sinnvoll gestalten. Die Akteure des Dritten Sektors werden zu einem verantwortungsvollen, sparsamen und zielorientierten Umgang mit Ressourcen motiviert. Ein berechenbarer und verlässlicher Rahmen für den Dritten Sektor motiviert dessen Akteure zur Entwicklung von Leitbildern, die nicht primär auf Konkurrenz basieren, sondern auf der Handlungslogik des Dritten Sektors.

Die Neustrukturierung der Finanzierung des Dritten Systems

Wir sind der Meinung, dass unsere Gesellschaft über den nötigen Reichtum verfügt, um einen Dritten Sektor, wie er oben skizziert ist, aus dem vorhandenen gesellschaftlichen Reichtum finanzieren zu können. Dies kann durch eine zielgerichtete Nutzung des Reichtums in unserer Gesellschaft geschehen, die sich folgendermaßen organisieren lässt:

- Durch eine zeitlich befristete Abgabe auf hohe Vermögen sind Stiftungen aufzubauen, die zur Finanzierung des Dritten Sektors grundlegend beitragen.
- Als weitere Finanzsäule ist eine Beteiligung aller Bürgerinnen und Bürger an der Finanzierung des Dritten Sektors zu installieren. Dies ist über zwei Wege möglich: Einmal mittels einer Kultursteuernachlass nach italienischem Vorbild oder aber den Bürgerinnen und Bürgern kann das Recht eingeräumt werden - wie z.B. in Ungarn oder in Großbritannien praktiziert -, 1% ihrer Einkommenssteuer gezielt einer Organisation im Dritten Sektor zuzuführen.
- Damit werden die vorhandenen Förderungen ergänzt und die Armut der öffentlichen Hand in einer zivilgesellschaftlichen Weise kompensiert.
- Gezeigte gesellschaftspolitische Verantwortung von Unternehmen in Form von Spenden für Projekte und Organisationen im Dritten Sektor sowie in Form der Gründung und Unterstützung von Stiftungen sind steuerpolitisch besser zu honorieren, als dies heute geschieht. Ein solcher zweckgebundener Steuernachlass ist sozialpolitisch sinnvoller als allgemeine Steuernachlässe, wie sie von der Bundesregierung in den letzten Jahren vorgenommen wurden.
- Und schließlich sind die bisherigen indirekten Förderungen des Dritten Sektors in direkte zu transformieren, um sie transparent zu machen und sie politisch so abzusichern.

Anhang

Compact der Labour-Regierung mit dem Dritten Sektor in GB (1998)²⁹

Grundsätze

- Ein unabhängiger und vielfältiger Nonprofit-Sektor und das Ehrenamt sind von fundamentaler Bedeutung für das Wohlergehen der Gesellschaft.
- Bei der Entwicklung und Umsetzung staatlicher Politik sowie bei der Erbringung entsprechender Dienstleistungen haben Regierung und Dritter Sektor unterschiedliche, jedoch einander ergänzende Aufgaben zu erfüllen.
- Durch die partnerschaftliche Zusammenarbeit im Hinblick auf gemeinsame Ziele und Zielsetzungen kommt ein besseres Ergebnis zustande.
- Regierung und Dritter Sektor übernehmen unterschiedliche Verantwortung, teilen aber gemeinsame Werte im Hinblick auf Integrität, Offenheit, Aufrichtigkeit und Leadership.

Verpflichtungen der Regierung

- Anerkennung und Unterstützung der Unabhängigkeit des Dritten Sektors,
- Finanzierung gemeinsamer, transparenter Arrangements zur Abstimmung und Bewertung von Zielstellungen sowie Bereitstellung langfristiger finanzieller Förderung zur Gewährleistung von Stabilität,
- Berücksichtigung der Position des Sektors zu Fragen, die ihn betreffen,
- jährliche Prüfung der Umsetzung des *Compact*.

Verpflichtungen des Dritten Sektors

- Aufrechterhaltung der hohen Standards der Leistung und Verantwortung,
- Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen,
- Berücksichtigung der Interessen von Nutzern und anderen Beteiligten, insbesondere im Hinblick auf Kontakte zur Regierung sowie bei der Ausarbeitung von Programmen,
- Förderung gegenseitiger bindender Arbeitsbeziehungen,
- jährliche Prüfung der Umsetzung des *Compact*.

Herne, im Juli 2004

Wolfgang Belitz / Jürgen Klute / Hans-Udo Schneider / ...

²⁹ Jeremy Kendall: Dritter Sektor und Dritter Weg in Großbritannien. In: Eckhard Priller / Annette Zimmer (Hg.): Der Dritte Sektor international. Mehr Markt - weniger Staat? edition sigma, Berlin 2001, S. 122.

Tagungsprogramm

Donnerstag, 16.9.2004

14:00

Panel Session I

Beschäftigung im Dritten Sektor: Theoretische und empirische Zugänge

Moderation: Sandra Kotlenga, Instruments & Effects, Göttingen, Deutschland

14:10

Der Dritte Sektor und seine beschäftigungspolitischen Potentiale im Kontext der europäischen Förderpolitik

Liesbet de Letter oder Bodo Richter, Europäische Kommission, Brüssel, Belgien

14:30

Facetten von Arbeit und Beschäftigung im Dritten Sektor

Dr. Thomas Wex, Universität Chemnitz, Deutschland

14:50

Die Beschäftigungswirkung des Dritten Sektors in europäischer Perspektive

Dr. Eckhard Priller, Wissenschaftszentrum Berlin, Deutschland

15:10

Pause

15:30

Der Dritte Sektor in Deutschland – Ergebnisse einer Unternehmensbefragung

Prof. Dr. Ernst Kistler, inifes, Stadtbergen, Deutschland

15:50

Diskussion im Plenum

16:30

Pause

16:50

Podiumsgespräch I

Die Rolle des Dritten Sektors für die zukünftige Gestaltung von Arbeit

Moderation: Jürgen Klute, Sozialpfarramt Kirchenkreis Herne, Deutschland

- Volker Eick, J.F.K. Institut für Nordamerikastudien, Freie Universität Berlin, Deutschland
- Eva Hambach, Vlaams Steunpunt Vrijwilligerswerk, European Volunteer Center (CEV), Belgien
- PD Dr. Gerd Mutz, Münchner Institut für Sozialforschung (MISS), Deutschland
- Dr. Birgit Trukeschitz, Universität Wien, Österreich

18:30

Ende des ersten Tages

Freitag, 17.9.2004

- 9:00 *Panel Session II*
- Handlungsmöglichkeiten zur Stärkung des Dritten Sektors**
Moderation: Manfred Grönig, Der Paritätische Göttingen, Deutschland
- 9:10 **Sozialgenossenschaften in Italien**
Dr. Monica Loss, Istan Istituto Studi Sviluppo Aziende Non Profit, Università degli Studi di Trento, Trento, Italien
- 9:30 **Lokale kooperative Entwicklungszentren in Schweden: Förderung von neuen Genossenschaften und anderen Not-for-Profit Organisationen**
Eva Johansson, Genossenschaftsberaterin, Kooperativt IdéCentrum, Hägersten, Schweden
- 9:50 **Instrumente für eine lokale Förderung des Dritten Sektors**
Karen Richter und Dr. Bettina Roß, Instruments & Effects, Göttingen, Deutschland
- 10:10 *Pause*
- 10:30 **Förderung eines Dritt-Sektor-Bewusstseins: Memorandum für eine zukunftsfähige und gemeinwohlorientierte Weiterentwicklung des Dritten Sektors**
Jürgen Klute, Sozialpfarramt Kirchenkreis Herne, Deutschland
- 10:50 **Der Vertrag zwischen der Regierung und dem Dritten Sektor in Großbritannien – Auswirkungen aktueller Politik auf den Not-for-Profit Sektor**
Prof. Marilyn Taylor, University of the West of England, Bristol, Vereinigtes Königreich
- 11:10 *Diskussion im Plenum*
- 12:00 *Mittagspause*
- 13:00 *Podiumsgespräch II*
- Wege zur Stabilisierung des Dritten Sektors: Möglichkeiten und Grenzen gegenseitigen Lernens in Europa**
Moderation: Markus Kurth, MdB Bündnis 90/die Grünen, Berlin, Deutschland
- Dr. Mike Aiken, Visiting Research Fellow, Co-operatives Research Unit, Open University, Vereinigtes Königreich
 - Dr. Eckhard Priller, Wissenschaftszentrum Berlin, Deutschland
 - Dr. Dagmar Schlapheit-Beck, Stadträtin, Göttingen, Deutschland
 - Marianna Török, Leiterin des Nonprofit Informations- und Trainingszentrums (NIOK), Budapest, Ungarn
- 14:30 *Ende der Konferenz*